

Eine Gewerkschaft in Bewegung

Maria Wirth
Sabine Lichtenberger

Eine Gewerkschaft in Bewegung

Die Geschichte der GPA

Von den ersten Vorläuferorganisationen
im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

gpa
MEINE
GEWERKSCHAFT

zeit **geschichte**

HSF

INSTITUT FÜR HISTORISCHE
SOZIALFORSCHUNG

OGB VERLAG

Alle Angaben in diesem Band sind von den Autorinnen und vom Verlag sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann eine Garantie nicht übernommen werden. Eine Haftung der Autorinnen bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist ausgeschlossen.

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
Johann-Böhm-Platz 1
1020 Wien

Tel. Nr.: 01/662 32 96-0
E-Mail: office@oegbverlag.at
Web: www.oegbverlag.at

In memoriam Karl Proyer

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien
© 2020 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Hersteller: Verlag des ÖGB GesmbH, Wien
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria
ISBN 978-3-99046-501-1

Inhalt

Einleitung	11
1. Eine Bewegung entsteht – die Bildung erster Angestelltengewerkschaften in der Habsburgermonarchie 1848–1914	15
1.1 Die Entstehung der modernen Arbeiterbewegung und die Bildung erster Gewerkschaften	17
1.2 Forderungen nach dem Acht-Stunden-Tag und politischer Partizipation sowie die Entwicklung des Kollektivvertragswesens	22
1.3 Die Angestelltengewerkschaften: Vereine und Persönlichkeiten	23
1.4 Verbesserungen für die Angestellten durch die „Mittelstandspolitik“	32
2. Die Angestelltengewerkschaften während des Ersten Weltkrieges 1914–1918	35
2.1 Die Gewerkschaften zwischen internationaler Solidarität und Kriegseuphorie	35
2.2 Die „Ständige Delegation“ und die Angestelltengewerkschaften während des Ersten Weltkrieges	38
3. Die Angestellten und ihre Gewerkschaften 1918–1933	41
3.1 Die Erste Republik und die Gewerkschaften bis 1920	43
3.2 Das politische, wirtschaftliche und soziale Umfeld (1920–1933)	46
3.3 Der „Bund der Freien Gewerkschaften“	48
3.4 Die Angestelltengewerkschaften: Vereine, Persönlichkeiten und Schwerpunkte	50
4. Vom Bürgerkrieg 1934 bis zum „Anschluss“ 1938 – die Angestelltengewerkschaften im Austrofaschismus	57
4.1 Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung	58
4.2 Gewerkschaften im Austrofaschismus	60
4.3 Die „Freie Angestelltengewerkschaft Österreichs“ (FRAGÖ)	64

4.4 Die Angestellengewerkschaften: Auflösung, Widerstandsaktionen und deren AkteurInnen	65
5. Der Nationalsozialismus und seine Folgen 1938–1945	69
5.1 Der „Anschluss“ an das Deutsche Reich, die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und die Anpassung des österreichischen Sozialversicherungssystems an das deutsche Recht	70
5.2 Verfolgte AngestellengewerkschafterInnen	72
6. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung 1945 – die Gründung des ÖGB und der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft (GAP)	77
6.1 Die Anfänge der Zweiten Republik	78
6.2 Die Gründung des ÖGB und seine Organisationsprinzipien	79
6.3 Die Gründung der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft (GAP) und der erste (provisorische) Vorsitzende Richard Seidel	82
6.4 Die Gründung der Sektionen der Angestellten in der Privatwirtschaft	84
7. Die Ära Friedrich Hillegeist 1945–1962	87
7.1 Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Etablierung der Sozialpartnerschaft	88
7.2 Die Rückkehr von Friedrich Hillegeist nach Österreich	91
7.3 Für eine selbständige Angestellengewerkschaft – „Nur über meine Leiche geht der Weg zur perfekten Industriegruppenorganisation“	92
7.4 Die Gründung der Bildungs-, Jugend- und Frauenabteilung, das Erscheinen des ersten „Privatangestellten“ und die Schaffung einer eigenen Wohnbauvereinigung	95
7.5 Herausforderungen: Wiederaufbau des Sozialstaats, KV-Verhandlungen, Nivellierung der Gehälter, Rentenreform und Ladenöffnungszeiten	100
7.6 „Du hättest das Zeug dazu“ – Friedrich Hillegeist als Nachfolger von Johann Böhm als ÖGB-Präsident?	105
8. Als Gewerkschaft der Privatangestellten in die 1960er- und 1970-Jahre – die GPA unter dem Vorsitz von Rudolf Häuser 1962–1974	109

8.1	Ein neuer Vorsitzender und die Gewerkschaft der Angestellten in der Privatindustrie (GAP) wird zur Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA)	110
8.2	Österreich in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren	112
8.3	Gewerkschaftliche Forderungen und Arbeitsfelder der GPA in den 1960er-Jahren: Arbeitszeitverkürzung und Automation	115
8.4	Erstmals ein Angestelltenvertreter als Sozialminister und Vizekanzler (1970–1976)	118
8.5	Das Ausscheiden von Rudolf Häuser aus der GPA und Politik	120
9.	Die Ära Alfred Dallinger 1974–1989	123
9.1	Alfred Dallinger – GPA-Vorsitzender und Sozialminister	125
9.2	Der Aufstieg der GPA zur mitgliederstärksten Gewerkschaft	127
9.3	Die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Ära Dallinger	129
9.4	Soziale Errungenschaften: 40-Stunden-Woche, Gleichbehandlungsgesetz und eine eigene Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	132
9.5	Neue Herausforderungen: Leiharbeit, die Öffnungszeiten im Handel, wachsende Arbeitslosigkeit und neue Konzepte zur Finanzierung des Sozialsystems	134
9.6	Der Unfalltod von Alfred Dallinger und Richard Wonka am 23. Februar 1989	139
10.	Eleonora Hostasch – Die erste Frau an der Spitze der GPA 1989–1994	143
10.1	Eleonora Hostasch wird GPA-Vorsitzende	144
10.2	Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch	148
10.3	Verteidigung der GPA als erste Aufgabe	151
10.4	Von der Unterstützung der Gewerkschaften im Osten bis zu Konflikten um die Öffnungszeiten im Handel	153
10.5	Beginnender Mitgliederverlust und erste organisatorische Reformen	157
11.	Die GPA unter dem Vorsitz von Hans Sallmutter 1994–2005 ..	161
11.1	Die Kammerkrise der 1990er-Jahre und der Wechsel von Eleonora Hostasch an die Spitze der Arbeiterkammer ...	165

11.2	Hans Sallmutter wird GPA-Vorsitzender	168
11.3	Von der Großen Koalition zur ÖVP-FPÖ-Regierung (1994–2000)	171
11.4	Sparpakete, Konsumkrise und wiederum die Öffnungs- zeiten im Handel	172
11.5	Organisatorische Reformen – Von der Einführung der Quotenregelung bis zur größten Strukturreform in der Geschichte der GPA	181
11.6	Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2000–2006)	193
11.7	Protest gegen den Sozialabbau, die Abberufung Sallmutter im Hauptverband der Sozialversicherungs- träger, neue Kollektivverträge und das Projekt KV-net	196
11.8	Die Umsetzung der Organisationreform, das Projekt „G5“ und ein neues Haus für die GPA	206
12.	Als GPA-djp zu neuen Projekten – die Ära Wolfgang Katzian 2005–2018	217
12.1	Wolfgang Katzian wird GPA-Vorsitzender	219
12.2	Die BAWAG-Krise, das Modell „1e Gewerkschaft“ und die ÖGB-Reform 2007	222
12.3	Die Fusion der GPA mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp)	226
12.4	Die Fortsetzung der Großen Koalition, Finanz- und Wirtschaftskrise	231
12.5	Die „Chance 2010“, das Modell „40–40–40“, Forderungen nach einer Steuerreform und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Gründung der UNIJA in der Slowakei	235
12.6	Finanzielle Sanierung, Mitgliederwachstum und ein stärkeres Zusammenwachsen der Organisation durch die „Chance 2010“	249
13.	Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen – die GPA-djp unter dem Vorsitz von Barbara Teiber	253
13.1	Erneut eine ÖVP-FPÖ-Regierung und ein Wechsel an der Spitze – Wolfgang Katzian wird ÖGB-Präsident und Barbara Teiber neue Vorsitzende der GPA-djp	256
13.2	2019 – Gewerkschaftsarbeit in politisch turbulenten Zeiten	264

13.3 Die Corona-Krise: Eine Krise, tausend Facetten	268
13.4 Ein Blick in die Zukunft	273
Literatur	277
Interviews	293
Periodika	293
Archive	294
Bildnachweis	294
Anhang	295
ÖGB- Mitglieder seit 1945	296
GPA-/GPA-djp-Mitglieder seit 1945	297
Gewerkschaften: Mitglieder seit 1947	298
Wirtschaftsbereiche der GPA-djp	308
Interessengemeinschaften der GPA-djp	309
Internationale Mitgliedschaften der GPA-djp	309
Gewerkschaftliche Dachverbände (August 2020)	310
Personenregister	311
Autorinnen	315

Einleitung

Die GPA ist heute die größte Gewerkschaft Österreichs. Im Vergleich zu den anderen sechs Gewerkschaften, die sich gegenwärtig mit ihr unter dem Dach des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) befinden, zeichnet sie sich vor allem durch eine Vielfalt der vertretenen Branchen und Mitglieder aus.¹ Die von ihr repräsentierten Wirtschaftsbereiche reichen vom Handel und der Metallindustrie über Banken, Sparkassen und Versicherungen bis zu Forschung, Erwachsenenbildung, Gesundheit, Pflege und Soziales.

Ihre Entstehungsgeschichte geht bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, an den Beginn der österreichischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zurück. Erste Angestelltengewerkschaften als Vorläuferorganisationen der heutigen GPA entstanden ab den 1880er-Jahren. Nach dem Verbot während des Austrofaschismus und nach dem Nationalsozialismus wurde die GPA 1945 unter dem Namen „Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft“ (GAP, bis 1962) gegründet. Eine Besonderheit stellte dar, dass sie unter den damals existierenden 16 Gewerkschaften nicht dem Industriegruppenprinzip (eine Gewerkschaft pro Betrieb) folgte, weshalb sie sich in ihrer Existenz immer wieder rechtfertigen musste. Die Gefahr, auf die anderen Gewerkschaften „aufgeteilt“ zu werden, stand zumindest verbal wiederholt im Raum.

Seither hat sich die GPA nie nur mit gewerkschaftlichen Kernthemen beschäftigt, sondern sich immer auch zu politischen Fragen geäußert. Dass es für sie ein zentrales Anliegen war, den allgemein- bzw. insbesondere den sozialpolitischen Diskurs mitzugestalten, hat sich nicht zuletzt darin niedergeschlagen, dass mit Rudolf Häuser, Alfred Dallinger und Eleonora Hostasch mehrfach FunktionärInnen aus ihren Reihen in hohe politische Ämter aufgestiegen sind.²

¹ Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017; Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018; Interview mit Ilse Fetik am 28.6.2018; Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019; Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

² Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017, Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018; Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019; Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019.

Durch die enorme Breite an Branchen und Mitgliedern war die GPA stets mit einer Vielzahl an Themen konfrontiert, was sie für viele zu einer besonders diskutierfreudigen Gewerkschaft gemacht hat, in der auch unterschiedliche Standpunkte der Fraktionen mit Respekt behandelt wurden. Die drängenden Fragen der Zeit auf einer inhaltlich breit fundierten Basis bearbeiten zu können, stellte für die GPA schon früh ein wichtiges Anliegen dar. Dies führte bereits in den 1960er-Jahren zur Schaffung eines „Automationsausschusses“ und um 2000 zur Einrichtung einer einzigartigen Grundlagenabteilung. Der Kontakt mit der „Außenwelt“ bzw. die Zusammenarbeit mit externen WissenschaftlerInnen spielen dabei eine besondere Rolle.³

Nicht zuletzt war die GPA immer auch eine Gewerkschaft, die sich für die Anliegen der Frauen besonders eingesetzt hat und in der Frauen hohe Positionen einnahmen – hat sie doch nicht nur früh eine eigene Frauenabteilung eingerichtet, sondern später mit Eleonora Hostasch als erste Gewerkschaft auch eine Frau an ihre Spitze gestellt und eine Quotenregelung eingeführt.

In den letzten Jahrzehnten war die GPA – wie viele andere Gewerkschaften auch – mit einer Reihe von großen Herausforderungen konfrontiert, die aus einem beschleunigten ökonomischen, technologischen und gesellschaftlichen Wandel resultieren und sie aufgrund ihrer Branchenvielfalt oft stärker als andere Gewerkschaften betroffen haben.⁴ Hierzu zählen die voranschreitende Globalisierung, die Durchsetzung neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte, neue politische Rahmenbedingungen und grundlegende Veränderungen am Arbeitsmarkt ebenso wie Krisen in den eigenen Reihen bzw. vor allem der sogenannte „BAWAG-Skandal“ 2006, der nicht nur den ÖGB, sondern alle Gewerkschaften in eine tiefe Krise stürzte.

Die letzten Jahre waren aber auch eine Periode, in der die GPA durch zahlreiche Erneuerungen und Innovationen auf die neuen Problemstellungen reagiert hat. So kam es auf organisatorischer Ebene 2000 zur umfassendsten Reform in der Geschichte der GPA, in der diese ihre 1945 etablierte, in Wirklichkeit jedoch viel weiter zurückreichende Struktur komplett erneuerte und mit den Interessengemeinschaften erstmals Foren schuf, um auf die neuen „atypischen Arbeitsverhältnisse“ zu reagieren. 2006 folgte die Fusion

³ Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018; Interview mit Franz Bödenauer am 30.5.2018.

⁴ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

mit der traditionsreichen Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier, womit die GPA zur GPA-djp wurde. In inhaltlich-thematischer Hinsicht wurden nicht nur Prozesse gestartet, um die Kollektivverhandlungen zu evaluieren und auf neue Beine zu stellen, sondern auch neue Arbeitszeitmodelle uvm. entwickelt.

Die jüngste Vergangenheit stellt somit in mehrfacher Hinsicht eine besonders interessante Etappe in der Entwicklung der Organisation dar. In der vorliegenden Studie soll daher ein besonderer Fokus auf die Entwicklung seit den 1990er-Jahren gelegt werden und die nur bis zu diesem Zeitpunkt reichende Geschichtsschreibung fortgesetzt werden.⁵ Da die GPA bzw. wie sie „tickt“ nicht ohne Kenntnis ihrer Entstehung und Entwicklung verständlich ist,⁶ wird der Auseinandersetzung mit der jüngsten Historie aber auch ein ausführliches Kapitel über ihre Genese und prägenden Persönlichkeiten vorangestellt. Zentrale Akteure wie Friedrich Hillegeist, Alfred Dallinger und Wolfgang Katzian haben die GPA nicht nur langanhaltend dafür sensibilisiert, sich für den sozialen Frieden und die Sicherung des Sozialstaates sowie gegen alle Formen des Faschismus und Rechtspopulismus einzusetzen. Sie haben auch ihr Image als progressive, eher links stehende Gewerkschaft nachhaltig geprägt.⁷

Wir danken Dwora Stein und Wolfgang Katzian für die Initiative zu diesem Projekt, das in Kooperation des Vereins zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und dem Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte/AK-Archiv (seit Mai 2019 Institut für Historische Sozialforschung) an der Arbeiterkammer Wien durchgeführt wurde. Für Hilfestellungen bei der Recherche, die Zurverfügungstellung von Unterlagen und die Bereitschaft zu einem Interview danken wir seitens der GPA-djp Franz Bittner, Reinhard Bödenauer, Werner Drizhal, Karl Dürtscher, Ilse Fetik, Wolfgang Greif, Karin Gregor, Renate Hoffmann, Eleonora Hostasch, Wolfgang Katzian, Ursula Mehl, Martin Panholzer, Erich Reichelt, Ingrid Reischl, Hans Sallmutter, Dwora Stein, Sandra Stern, Christoph

⁵ Ernst Lakenbacher, *Die österreichischen Angestelltengewerkschaften. Geschichte und Gegenwart*, Wien 1967; Josef Hindels/Helga Stubianek/Renate Winklbauer, *Die österreichischen Angestellten und ihre Gewerkschaft. Aus der Geschichte für die Gegenwart lernen*, Wien 1982; Walter Göhring, *Um Freiheit und Mitbestimmung 1892–1992*, Wien 1992.

⁶ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.

⁷ Vgl. hierzu etwa: Wolfgang Katzian neuer ÖGB-Chef: „Wir sind keine Hosenscheißer“, in: *Die Presse*, 14.6.2018.

Sykora, Barbara Teiber, Heinz Vogler und Ursula Voyta. Friederike Scherr und Thomas Reimer möchten wir für Recherchen im ÖGB-Archiv, Georg Spitaler (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung) für die Unterstützung bei der Bebilderung und Fritz Verzetnitsch für ein Gespräch als ehemaliger ÖGB-Präsident danken. Seitens der Arbeiterkammer Wien gilt unser Dank Barbara Kintaert (Sozialwissenschaftliche Dokumentation) und Klaus-Dieter Mulley vom Institut für Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, seitens des Instituts für Zeitgeschichte haben wir Unterstützung durch Oliver Rathkolb, Ina Markova, Melanie Leopold, Florence Klauda und Sara Vorwalder erfahren. Peter Autengruber (Programmleitung Verlag ÖGB) danken wir für die professionelle Unterstützung bei der Buchproduktion.

Maria Wirth
Sabine Lichtenberger

1. Eine Bewegung entsteht – die Bildung erster Angestelltengewerkschaften in der Habsburgermonarchie 1848–1914

Chronologie	
13.3.1848	Revolution
21.12.1867	Dezemberverfassung. Per Staatsgrundgesetz wird die Vereins- und Versammlungsfreiheit eingeführt.
13.12.1869	Demonstration von 20.000 Wiener ArbeiterInnen für das Koalitionsrecht
7.4.1870	Das neue Koalitionsrecht ermöglicht die Bildung erster Gewerkschaftsverbände.
17.6.1883	Gewerbeinspektorengesetz
30.3.1888	Das Gesetz über die „obligate Arbeiterkrankenversicherung“ wird erlassen.
4.4.1889	Das Gesetz über die „obligate Arbeiterunfallversicherung“ wird erlassen.
1890	In der offiziellen Berufsstatistik wird erstmals der Angestelltenbegriff verwendet.
1.5.1890	Große Demonstration der ArbeiterInnen in Wien. Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag
14.1.1892	Der „Zentralverein der kaufmännischen Angestellten“ wird gegründet.
1893	Erste gewerkschaftliche Organisation für Angestellte im Sozialversicherungsbereich
24.–27.12. 1893	Erster österreichischer Gewerkschaftskongress. Die „Reichskommission der Freien Gewerkschaften Österreichs“ wird gebildet.
7.–8.9.1900	Der erste internationale Angestelltenkongress findet in Paris statt.

Chronologie	
1901	Gründung des „Vereins der Versicherungsbeamten“
17.8.1904	Gründung des „Internationalen Bundes der Privatangestellten“ (FIET)
1906	Gründung des „Verbands der technischen Beamten Österreichs“
16.12.1906	Das Pensionsversicherungsgesetz für Angestellte wird beschlossen.
1907	Gründung des „Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs“
26.1.1907	Das Gesetz über die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer wird sanktioniert.
3.1907	Die Koalition der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen wird gegründet.
14.–24.5.1907	Erste allgemeine Wahlen in Österreich. Wahlberechtigt sind nur Männer.
4.5.1910	Beschluss des Handlungsgehilfengesetzes
21.2.1911	Das Nachtarbeitsverbot für Frauen wird erlassen.

1.1 Die Entstehung der modernen Arbeiterbewegung und die Bildung erster Gewerkschaften

Neben den Auseinandersetzungen um wirtschaftliche und politische Macht gab es in der Geschichte immer auch Kämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für eine gerechtere Verteilung von Reichtum. Mit der Industrialisierung traten diese Konflikte in eine neue Phase. Waren bis dahin die Menschen vorwiegend als Bauern und Handwerker tätig, brachte es die maschinelle Herstellung von Gütern in Fabriken mit sich, dass eine immer größere Anzahl von Menschen zu LohnarbeiterInnen wurde und mit dem Proletariat eine neue Klasse entstand.⁸

Die sich aus Westeuropa ausbreitende Industrialisierung erreichte im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert auch die wirtschaftlich rückständige Habsburgermonarchie. Mit der Zunahme der Zahl der ArbeiterInnen in den Fabriken und deren schrankenloser Ausbeutung zeigten sich bald auch hier die verheerenden Folgen der Industrialisierung durch eine fehlende Sozialgesetzgebung. Die Löhne lagen zumeist weit unter dem Existenzminimum. Schlechte Wohnverhältnisse und Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden am Tag, der Mangel an Nahrungsmitteln, warmer Kleidung und ärztlicher Versorgung gehörten zum Alltag. Oft waren TagelöhnerInnen und FabrikarbeiterInnen aus Not gezwungen, auch ihre Kinder arbeiten zu lassen.⁹

Hinzu kam, dass die ArbeiterInnen im absolutistischen System des frühen 19. Jahrhunderts politisch rechtlos waren. Als es 1848 auch im Kaisertum Österreich zur Revolution kam, konnten sich die Bauern aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit ihrer Grundherren befreien. Aus dem Bürgertum und den ArbeiterInnen, die in einer ersten Phase der Revolution zusammengekämpft hatten, erwuchs keine Koalition. Nachdem das Bürgertum die so-

⁸ Hans Fehlinger/Fritz Klenner, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Rückblick und Vorschau, Wien o. J., S. 15 ff.

⁹ Göhring, Um Freiheit und Mitbestimmung, S. 11 ff.; Brigitte Pellar, Eine andere Geschichte Österreichs. Gewerkschaft, soziale Verantwortung und menschliche Politik (Ausgabe GPA-djp), Wien 2008, S. 21 ff.; Brigitte Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten in Gegenwart und Vergangenheit (Gewerkschaftskunde Spezialinformation 1, Stand: Juli 1987), Wien 1987, S. 21 ff.; Hans Fehlinger/Fritz Klenner, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Rückblick und Vorschau, Wien o. J., S. 15 ff.

zialen Forderungen der ArbeiterInnen (u. a. Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit) fürchtete, setzen diese ihren Kampf um soziale und politische Rechte alleine fort. So kam es auch zu ersten Organisationsversuchen von kaufmännischen Angestellten.¹⁰ Nach der Niederringung der Revolution fanden diese jedoch bald wieder ein Ende, da das nun herrschende neoabsolutistische Regime weder die Bildung von Arbeitervereinen noch Gewerkschaften erlaubte. Erst als das Kaisertum Österreich nach einer Reihe von außenpolitischen Niederlagen **1867** zur Doppelmonarchie wurde und das neue Staatsgrundgesetz die Versammlungs- und Vereinsfreiheit garantierte, folgte auch ein neues **Vereinsgesetz**, das es der Arbeiterbewegung ermöglichte, Vereine zu gründen. Gewerkschaftsvereine zu bilden, war aufgrund des sogenannten Koalitionsverbots jedoch weiterhin untersagt. Da eine politische Betätigung damit nur stark eingeschränkt möglich war und die politische Tätigkeit von Vereinen rigiden Kontrollen unterlag, wurden zunächst nur **Bildungsvereine**, allen voran der am 12. Dezember 1867 gegründete Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein, eingerichtet, die vielerorts **Fachsektionen** als Übergang zu Gewerkschaften bildeten.¹¹ Erst mit der **Aufhebung des Koalitionsverbots 1870** wurde die Gründung von Gewerkschaftsvereinen möglich. Mit dem neuen Koalitionsrecht war es nun erlaubt, zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen mit Streik zu drohen und sich wegen gemeinsamer Einstellung der Arbeit zu verabreden bzw. Vereinbarungen für einzelne Berufsgruppen zu treffen. Zuvor war dies sowohl in der Gewerbeordnung als auch im Strafgesetz verboten gewesen.¹² Damit fiel – wenn die Gewerkschaften auch weiterhin von Verfolgung und Auflösung bedroht waren – der Startschuss für die Bildung erster Gewerkschaftsvereine. Diese entstanden zunächst auf Seiten der Sozialdemokratie. Später bildeten sich neben den freigewerkschaftlichen (sozialdemokratischen) Organisationen auch christliche und deutschnationale Verbände.¹³ Zudem wurden allmählich auch **erste Sozialgesetze** zur Beruhigung und Besänftigung der Arbeiterbewegung erlassen.

¹⁰ Brigitte Mazohl, Die Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs, 2. Auflage, Stuttgart 2015, S. 391 ff.; Willy Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945 (Gewerkschaftskunde 2, Stand: September 2002), Wien 2002, S. 8 ff.

¹¹ Fritz Klenner, Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung und Entwicklung, Wien 1981, S. 20.

¹² Peter Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945 (Gewerkschaftskunde 2, Stand: März 2010), Wien 2010, S. 26 f.

¹³ Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 23.

1883 trat das **Gewerbeinspektorengesetz** in Kraft, um die Situation in den Fabriken kontrollieren zu können. 1888/89 wurde eine zwar noch nicht flächendeckende, aber für große Teile der ArbeitnehmerInnen obligatorische **Unfall- und Krankenversicherung** eingeführt.¹⁴ Bereits in den Jahren zuvor hatten die Gewerkschaften eigene freiwillige Krankenkassen geschaffen, die sich nach der Einführung der Krankenversicherung jedoch allmählich wieder auflösten.¹⁵



Abb. 1: Gewerkschaftskommission Österreichs 1893–1896

Vordere Reihe von links nach rechts: Ludwig Exner, Johann Smitka,
Anna Boschek, Anton Hueber, Ludwig Handel

Hintere Reihe: Franz Nader, Robert Preußler, Karl Borgula, Johann Kahay,
Michael Hackl, Ludwig Unger, Josef Mornik, Karl Kořinek, Willibald Pekař

Für die weitere Entwicklung spielte der **Hainfelder Parteitag 1888/89** eine bedeutende Rolle, auf dem es nicht nur zu einer Einigung zwischen den ver-

¹⁴ Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945, S. 22 f.

¹⁵ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 52.

schiedenen Flügeln der Arbeiterbewegung durch **Victor Adler** kam, sondern dieser auch zur Gründung von Gewerkschaften aufrief. Diese sollten sich analog zur Partei von der Orts- über die Bezirks- und Kronlandgruppe zu Zentralvereinen entwickeln. Die Zentralvereine sollten sich dann in einem Bund zusammenschließen.¹⁶

In der Folge wurde vom 24. bis 27. Dezember 1893 der erste österreichische Gewerkschaftskongress abgehalten und die „**Reichskommission der Freien Gewerkschaften Österreichs**“ als erster Dachverband der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit 69 Wiener Gewerkschafts- und 125 Landesvereinen gegründet.¹⁷ Das damit verbundene Ziel war es, die ArbeiterInnen besser organisieren zu können, wozu die einzelnen Vereine in Industriegruppen und Landesvereinen vereinigt wurden, aus denen je ein Vertreter in die Reichskommission gewählt wurde. Damit wurde erstmals eine Gliederung nach Industriegruppen festgelegt und gleichzeitig eine Ausnahmestellung für die Angestellten verankert – sah die Reichskommission, der zwischen 1893 und 1921 alle freien Angestelltengewerkschaften beitraten,¹⁸ doch folgenden Aufbau vor:

1. Bauarbeiter
2. Bekleidungsindustrie
3. Bergarbeiter
4. Chemische Industrie
5. Eisen- und Metallindustrie
6. Gas- und Wasserarbeiter
7. Glas-, Porzellan- und Tonwarenindustrie
8. Graphische Fächer und Papierindustrie
9. Handelsgewerbe und Angestellte
10. Holzarbeiter
11. Horn-, Bein- und Schildkrotindustrie

¹⁶ Klenner, Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 29 f.; Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945, S. 24 f.

¹⁷ Sabine Lichtenberger, Anton Hueber (1861–1935), in: Österreichisches Biographisches Lexikon ab 1815, 2. überarbeitete Auflage, ÖBL Online-Edition, Lfg. 1 (1.3.2011), online: <http://www.biographien.ac.at> (2.8.2019).

¹⁸ Michael Mesch/Andreas Weigl, Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik, in: Michael Mesch u. a. (Hg.), Die Angestellten und die Klassengesellschaft (Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen 5), Wien 2010, S. 31 f.

12. Landwirtschaftliche Gruppe
13. Lebensmittelindustrie
14. Lederindustrie
15. Textilindustrie
16. Verkehrs- und Transportwesen
17. Weibliche Hand- und Maschinenindustrie¹⁹

Zu den ersten Aufgaben der Kommission, die von **Anton Hueber** (1861–1935) als Sekretär geleitet wurde und die aus VertreterInnen der einzelnen Industriegruppen und eigenen Landessekretariaten bestand, zählte die Ausarbeitung eines Streikreglements. Dieses sollte dazu dienen, unkontrollierte („wilde“) Streiks zu verhindern und dazu beitragen, die Mitglieder bei Streiks finanziell unterstützen zu können. Auch war die „Frauenfrage“, d. h. die Öffnung der gewerkschaftlichen Organisationen für „Frauen und Hilfsarbeiter“, ein wichtiges Thema. Wesentlich war hierfür, dass sich sowohl die Vereine der Facharbeiter als auch die Gewerkschaftsvereine zunächst noch weigerten, Frauen als Mitglieder aufzunehmen. Da immer mehr Unternehmen Frauen als billige Arbeitskräfte einsetzten, wurden diese als potenzielle Mitglieder jedoch immer wichtiger.²⁰ **Anna Boschek** (1874–1956) sollte neben ihrer Sekretariatstätigkeit daher auch die Organisierung von Frauen vorantreiben.²¹

Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg rasch an. Als es in Folge des Nationalitätenkonflikts zur Bildung einer eigenen tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission in Prag kam,²² bedeutete dies für die Entwicklung jedoch einen Rückschlag.²³ Dennoch erhöhte sich die Zahl der freien

¹⁹ Fritz Klenner/Brigitte Pellar, *Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999*, Wien 1999, S. 128.

²⁰ Krula, *Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945*, S. 25 f.; Autengruber, *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945*, S. 35.

²¹ Walter Göhring/Sabine Lichtenberger, „Ich hab mich behaupten können ...“ – Anna Boschek – Pionierin der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, in: *Arbeit und Wirtschaft* 10 (1997) S. 24 ff.

²² Brigitte Pellar, *120 Jahre Mission Gerechtigkeit. Der erste große Gewerkschaftskongress und der Weg ins heute*, Wien 2014, S. 39 ff.

²³ Klenner/Pellar, *Die österreichische Gewerkschaftsbewegung*, S. 909; John Evers, *Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914 (Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte 1)*, Wien 2010.

Gewerkschaftsmitglieder im Dachverband von knapp 100.000 im Jahr 1896 auf über 500.000 im Jahr 1907.²⁴

1.2 Forderungen nach dem Acht-Stunden-Tag und politischer Partizipation sowie die Entwicklung des Kollektivvertragswesens

Mit dem Erstarren der Gewerkschaftsbewegung konnte diese ihre Forderungen immer stärker vertreten. Ihre zentralen Anliegen zielten nach der Wiener Massendemonstration vom 1. Mai 1890 weiterhin auf die Einführung des **Acht-Stunden-Tages** und auf die Gewährung einer **wirklichen Koalitionsfreiheit** ab, nachdem die Gewerkschaften auch nach 1870 weiterhin mit polizeilichen Kontrollen und der Auflösung durch die Behörden zu rechnen hatten. Hinzu kam die Forderung nach der Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Als Mittel, um diese Forderungen zu erfüllen, dienten vielfach Streiks, weshalb auch die Ausarbeitung des Streikreglements für die „Reichskommission der Freien Gewerkschaften Österreichs“ ein zentrales Anliegen war.²⁵

Ein wichtiger Erfolg konnte **1907** mit der **Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts** verbucht werden,²⁶ das Wahlrecht für die Frauen konnte erst nach dem Ersten Weltkrieg erreicht werden. Gleichfalls kam es – ermöglicht durch das Vereinsgesetz von 1867 und die Koalitionsfreiheit von 1870 – zur Vereinbarung erster **Kollektivverträge**. Diese wurden zunächst noch auf Betriebs- oder Lokalebene abgeschlossen, entwickelten sich aber allmählich zu Vereinbarungen zwischen den Interessenvertretungen von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen und spielten ab 1900 als zentrales Instrument der Gewerkschaften eine immer größere Rolle. 1914 standen 17 Prozent der nichtlandwirtschaftlichen ArbeitnehmerInnen unter dem Kollektivvertragsschutz, der Bestimmungen über die Entlohnung, die Arbeitszeit und den Arbeitnehmerschutz umfasste.²⁷

²⁴ Klenner/Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 909.

²⁵ Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945, S. 28 f.; GPA (Hg.), 100 Jahre Angestelltengewerkschaften. Arbeit, Kampf und Erfolge der Interessenvertretung der Angestellten. Eine Dokumentation, Wien o. J., S. 10.

²⁶ Pellar, Eine andere Geschichte Österreichs, S. 26.

²⁷ Ebd., S. 28. Vgl. dazu auch: Julius Deutsch, Tarifverträge in Österreich, Wien 1908.

Dass gewerkschaftliche Tätigkeit weiterhin mit Restriktionen verbunden sein konnte, zeigte sich dadurch, dass im **Arbeitsbuch**, das alle ArbeitnehmerInnen bei sich führen mussten, eine gewerkschaftliche Betätigung durch bestimmte Eintragungen („Kürzel“) vermerkt wurde. Dadurch sollte es den ArbeitnehmerInnen nach einer Kündigung erschwert werden, eine neue Arbeitsstelle zu finden. „Auführerische Elemente“ wurden seitens der Unternehmen auch in sogenannten „Schwarzen Listen“ verzeichnet.²⁸

1.3 Die Angestelltengewerkschaften: Vereine und Persönlichkeiten

Die soziale Situation vieler Angestellter unterschied sich kaum von jener der ArbeiterInnen. Auch sie forderten daher bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Erweiterung ihrer Rechte auf sozialer und politischer Ebene. Anders als die ArbeiterInnen fühlten sie sich aufgrund ihrer Stellung im Betrieb aber „als Ausführungsorgane“ der Unternehmen und als Angehörige des „Mittelstands“, d. h. nicht dem Proletariat zugehörig. Sie wurden als Beamte, Privatbeamte oder als Handlungsgehilfen bezeichnet bzw. mit ihrer Berufsbeschreibung (Techniker, Buchhalter, Kassier oder Schreiber) benannt. In der offiziellen Berufsstatistik wurde der **Angestelltenbegriff erstmals 1890** verwendet. In diesem Jahr waren damit ein Prozent der Erwerbstätigen, 1900 zwei Prozent und 1910 drei Prozent der Erwerbstätigen gemeint.²⁹ Mit ihrem Anstieg wuchs auch das Bewusstsein, sich – wie die ArbeiterInnen – als abhängig Beschäftigte zur Interessendurchsetzung gewerkschaftlich organisieren zu müssen.³⁰

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bildeten sich mit Ausnahme der Land- und Fortwirtschaft für alle Gruppen, die zu den Angestellten zählten, Interessenverbände. Dabei handelte es sich meist um Vereine der Richtungsgewerkschaften, d. h. um sogenannte freie (sozialdemokratische) Vereinigungen. Im weiteren Verlauf entstanden aber auch christliche und

²⁸ Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, 1. Band, Von den Anfängen bis 1928, Wien 1951, S. 290 f.; Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 46; Brigitte Pellar, Gewerkschaft. Macht. Geschichte. Spots auf 200 Jahre Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen, Wien 2015, S. 32 ff.

²⁹ 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 15.

³⁰ Angestellte – Ein Begriff, in: Angestelltenjournal 2 (1990) S. 11.

deutschnationale Vereine und erste internationale Zusammenschlüsse. Die Vorläuferorganisationen der späteren GPA waren jene gewerkschaftlichen Vereine und Verbände, die sich zur Organisierung der kaufmännischen Angestellten, der Angestellten im Versicherungs-, Sozialversicherungs- und Banken- sowie Sparkassenbereich, aber auch in der Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft bildeten.

Erste Organisationsversuche im Bereich der **kaufmännischen Angestellten** gehen bis ins Jahr 1848 zurück. Weitere Verbände bildeten sich ab 1885. 1892 entstand der „Zentralverein der kaufmännischen Angestellten“.³¹ Zum ersten Obmann wurde **Julius Bermann** (1868–1943) gewählt, der von 1918 bis 1934 auch Mitglied des Gemeinderates in Wien war und 1943 im Ghetto Theresienstadt ermordet wurde.³²



Abb. 2: Julius Bermann

Eine weitere zentrale Persönlichkeit des Vereins war **Karl Pick** (1867–1938), der Bermann 1895 als Obmann ablöste und sich besonders für die Gesund-

³¹ Gewerkschaft der Handelsangestellten, in: Angestelltenjournal 6 (1990) S. 14.

³² „Ich widme es den jungen Generationen“, in: Der Standard, 2.5.2008; Alfred Magaziner, Die Bahnbrecher. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/München/Zürich 1985, S. 185 ff.

heitsvorsorge der (kaufmännischen) Angestellten bzw. später (in der Ersten Republik) auch für den Mieterschutz einsetzte.³³



Abb. 3: Die internationale Maifeier in Prag. Karl Pick spricht zu den tschechischen und deutschen Arbeitern (1930).

Für den Zentralverein, der bereits 1893 der Reichsgewerkschaftskommission beitrug, gehörten die Erreichung der Sonntagsruhe und der frühere Ladenschluss an Werktagen zu den wichtigsten Zielen. Die Handelsangestellten mussten im Gegensatz zu den IndustriearbeiterInnen an Wochentagen oft bis 21.00 oder 22.00 Uhr abends und am Sonntag bis 12.00 Uhr mittags arbeiten. Massenkundgebungen und Demonstrationen gegen diese überlangen Arbeitszeiten, die auch von den Arbeitergewerkschaften unterstützt wurden, führten zunächst zu Teilerfolgen. 1903 verordnete der Statthalter von Niederösterreich die volle Sonntagsruhe im Handel.

³³ Karl Pick – Pionier der ersten Gewerkschaft der Angestellten, in: Angestelltenjournal 1 (1992), S. 6 f.; Franz Nekula-Berton, Karl Pick. Aus seinem Leben, aus seinem Werk. Ein biographischer Querschnitt nach Dokumenten und persönlichen Erinnerungen seiner Mitarbeiter, Wien 1967.

1907 wurde die 19.00-Uhr-Sperre in den Wiener Warenhäusern durchgesetzt, die erst im Dezember 1919 auch für ganz Österreich Geltung fand.³⁴ Von historischer Bedeutung ist der „Zentralverein der kaufmännischen Angestellten“, weil er als eine der ersten Gewerkschaften überhaupt die Frauenfrage als einen Teil der sozialen Frage erkannte und die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ aufstellte.



Abb. 4: Therese Schlesinger, um 1900

Eine wichtige Pionierin war **Therese Schlesinger** (1863–1940), die zunächst in der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv war und sich später vor allem um die Organisierung der Buchbinderinnen und der weiblichen kaufmännischen Angestellten kümmerte,³⁵ aber auch an vorderster Front für das Frauenwahlrecht kämpfte und 1919 zu einer der ersten weiblichen Abgeordneten im Parlament wurde.³⁶ Zudem zählte der „Zentralverein der kaufmännischen Angestellten“ auch zu jenen Gewerkschaften, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine eigene Sektion für Lehrlinge hatten, da diese

³⁴ Pellar, Eine andere Geschichte, S. 115; Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 26.

³⁵ ÖGB/GPA, 40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1987, S. 7.

³⁶ Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1918–1933 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7), Wien 1995.

von den schlechten Arbeitsbedingungen im Handel besonders betroffen waren. Obwohl in Österreich seit 1885 die Beschäftigung von Jugendlichen und Kindern unter dem 14. Lebensjahr in Industrie- und Gewerbebetrieben verboten war, zeigten die von den Gewerbeinspektoren durchgeführten Kontrollen, dass auch noch um 1900 in vielen Branchen, wie etwa in der Textil- und Ziegelindustrie in Wien und Niederösterreich, Kinder und Jugendliche beschäftigt waren.³⁷

Nach den Handlungsgehilfen organisierten sich die **Versicherungsangestellten**. Unter dem Eindruck des großen Streiks der Bergarbeiter, die um 1900 den gesetzlichen Neun-Stunden-Tag erreichen konnten, gründeten die Angestellten der Versicherungsinstitute 1901 den „Verein der Versicherungsbeamten“, der 1907 zu einer gesamtösterreichischen Organisation ausgeweitet wurde. Unter der Führung von **Alfred Broczyner**³⁸ (1878–1945) gelang es dieser Organisation, 1903 die Sonntagsruhe für die Versicherungsangestellten in der ganzen Monarchie zu erreichen.³⁹ Eine weitere zentrale Forderung war die Durchsetzung einer Dienstpragmatik, in der genaue Regeln für den Gehaltsanspruch, den Urlaub, für den Krankheitsfall und für die Pensionierung festgelegt werden sollten. Einzelvereinbarungen gab es zwar schon vor dem Ersten Weltkrieg, die österreichweite Durchsetzung einer Dienstpragmatik konnte allerdings erst in der Ersten Republik erreicht werden.⁴⁰

Die Wiener Krankenkassenangestellten gründeten 1893 die erste gewerkschaftliche Organisation für Angestellte im **Sozialversicherungsbereich**. Trotz seines geringen Organisationsgrades konnte der „Verein der Krankenkassenangestellten“ bereits in seinen Anfangsjahren einige gewerkschaftliche Verbesserungen wie etwa die Aufhebung des Feiertagsdienstes, die

³⁷ Die jugendlichen Angestellten, in: Angestelltenjournal 9 (1990) S. 11.

³⁸ Werner Röder/Herbert A. Strauss, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Band 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, München 1980, S. 96.

³⁹ Georg Bächer, Der Feldzug gegen die Riunione, in: Peter Ulrich Lehner (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1983, S. 47.

⁴⁰ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten. Ein historisches Kursbuch 1892–1992, Wien 1991, S. 18; Georg Bächer, Das Aushungerungskartell, in: Peter Ulrich Lehner (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1983, S. 59 ff.

Einführung eines achttägigen Urlaubes und einer Abfertigung bei Todesfällen oder Invalidität erreichen. 1902 wurde der „Verein der Krankenkassenangestellten Österreichs“ gegründet, der 1907 zum „Verein der Angestellten der sozialen Versicherungsinstitute Österreichs“ ausgeweitet wurde und nunmehr auch die Angestellten der Unfallversicherung vertrat. Gründer und Obmann dieser Gewerkschaft war bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1934 **Josef Petersilka** (1868–1948).⁴¹ Ab 1909 schlossen sich die Angestellten der Pensionsversicherungsanstalt an.⁴²

Die sogenannten **Bankbeamten** zählten zunächst noch zu den privilegierten ArbeiternehmerInnen, da die Groß- (Banken) im Zuge der Industrialisierung eine besondere Rolle spielten. Doch auch ihre Situation verschlechterte sich zusehends, da sie zunehmend von langen Arbeitszeiten und unbezahlten Überstunden betroffen waren.⁴³ Sie organisierten sich zunächst in einem Klub, der hauptsächlich geselligen Zwecken diene. Ab 1906 begannen sich jüngere Bankbeamte gewerkschaftlich zu betätigen und erreichten 1907 die Umwandlung des „Klubs der Beamten der Wiener Bank- und Kreditinstitute“ in einen Gewerkschaftsverein mit dem Namen „Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs“. Zu den Gründern dieser Organisation gehörten Heinrich Allina und Hugo Breitner.⁴⁴ **Heinrich Allina** (1878–1953) war in der Ersten Republik Sekretär des „Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs“, Redakteur der Verbandszeitung „Der Bankbeamte“, 1919/20 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung und von 1919 bis 1934 Abgeordneter zum Nationalrat. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit konnte er nach Internierungen im Anhaltelager Wöllersdorf und in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald in der Zweiten Republik fortsetzen.⁴⁵

⁴¹ Wanda Lanzer/Ernst K. Herlitzka, Victor Adler im Spiegel seiner Zeitgenossen, Wien 1968, S. 231.

⁴² GPA, 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 12.

⁴³ Die Bankangestellten, in: Angestelltenjournal 7–8 (1990) S. 13.

⁴⁴ Franz Landertshammer, Der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs 1907–1927, Wien 1927.

⁴⁵ Peter Schwarz, Österreich nach Hitler. Neuordnungspläne im österreichischen Exil, in: Claus Dieter Krohn (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 2008, S. 660 ff.; Heinrich Allina ist tot, in: Der Privatangestellte 258 (1954) S. 5.



Abb. 5: Heinrich Allina

Hugo Breitner (1873–1946) avancierte in der Ersten Republik zum führenden Finanzpolitiker des Roten Wien. Wie bei den Versicherungsangestellten stand auch bei den Bankbeamten der Kampf um eine verbindliche Dienstpragmatik im Vordergrund, die jedoch erst in der Ersten Republik erreicht werden konnte. Bis dahin war es aufgrund des hohen Organisationsgrades der Gewerkschaft jedoch möglich, nicht nur bessere Löhne, sondern schon vor der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes 1919 auch gewerkschaftliche Vertrauensmänner zu installieren.⁴⁶

Die Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation der **Industrieangestellten** lassen sich bis in das Jahr 1897 zurückverfolgen. 1906 wurde von **Richard Seidel** (1872–1947) der „Verband der technischen Beamten Österreichs“ gegründet, der sich 1907 mit der Gewerkschaftsorganisation der Mittelschultechniker zum „Bund der technischen Beamten“ zusammenschloss. Seidel, von 1909 bis 1934 Obmann des „Bundes der technischen Beamten“ bzw. des „Bundes der Industrieangestellten“, war es auch, der von Mai bis November 1945 provisorischer Vorsitzender der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft werden sollte.⁴⁷

⁴⁶ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 42.

⁴⁷ Richard Seidel, 25 Jahre Bund der Industrieangestellten Österreichs 1906–1931, Wien 1931.



Abb. 6: Richard Seidel

1912 organisierten sich die kaufmännischen und Industrieangestellten in einem gemeinsamen Bund, der 1918 – noch in der Monarchie – zum „Bund der Industrieangestellten“ wurde.⁴⁸

Die **Güterbeamten** bildeten 1879 den „Verein für die Förderung der Interessen land- und forstwirtschaftlicher Privatbeamter“, der ihre Interessen allerdings noch gemeinsam mit den Arbeitgebern vertrat.⁴⁹ 1898 wurde er in „Verein für Güterbeamte“ umbenannt. Für die Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft stand um 1900 die Frage einer von den Land- und GutsbesitzerInnen unabhängigen und geregelten Pensionsversicherung im Vordergrund, womit eine Forderung erhoben wurde, die erst mit dem Pensionsversicherungsgesetz 1906 umgesetzt werden konnte.⁵⁰ 1911 erfolgte die Umwandlung des Vereins in den „Allgemeinen Güterbeamtenverein“, einer Standesorganisation mit unterschiedlichsten politischen und natio-

⁴⁸ Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 27; GPA, 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 13.

⁴⁹ Alfred Zangl, Die Gutsangestellten 1879–1979. 100 Jahre österreichische Güterbeamtenorganisation. Festschrift der Gewerkschaft der Privatangestellten Sektion Land- und Forstwirtschaft, Wien 1979, S. 10 ff.

⁵⁰ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 50.

nen Meinungen. Im Güterbeamtengesetz von 1914 gab es zwar zugunsten der Angestellten Bestimmungen, die etwa Kündigungsfristen oder die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers betrafen. Eine Gewerkschaft im eigentlichen Sinn ging erst 1921 aus dem „Allgemeinen Güterbeamtenverein“ hervor.⁵¹

Christlichsoziale und nationale Angestelltengewerkschaften entstanden erst im frühen 20. Jahrhundert. Generell gab es bereits ab den 1890er-Jahren christliche Unterstützungsvereine, eine gewerkschaftliche Tätigkeit im eigentlichen Sinn entfaltete sich jedoch erst nach der Jahrhundertwende.⁵² Im Bereich der Angestellten wurde 1908 der „Bund der österreichischen Handelsangestellten“ gegründet, 1909 folgte der „Verein christlicher Privatangestellter“ und 1914 der „Zentralverband der christlichen Angestellten Österreichs“.⁵³ Ebenfalls 1909 fand der Reichskongress der Christlichen Gewerkschaften statt.⁵⁴ Organisator der christlichen Privatangestellten war **Karl Untermüller** (1886–1951), Wiener Gemeinderat der christlichsozialen Partei von 1919 bis 1932, 1945 Obmannstellvertreter der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft als Vertreter der christlichen Fraktion.⁵⁵ In der Ersten Republik nannte sich die christlichsoziale Angestelltenorganisation „Verband der christlichen Privatangestellten Österreichs“.⁵⁶ Die deutschnationale Angestelltengewerkschaft ging aus dem 1903 gegründeten „Deutschen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich“ hervor. 1905 teilte er sich in den „Reichsbund der Eisenbahner“ und in den „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“. Die nationale Angestelltengewerkschaft nannte sich in der Ersten Republik „Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband“.⁵⁷

⁵¹ Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft, in: Angestelltenjournal 12 (1990), S. 13.

⁵² Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 42.

⁵³ Franz Grössl, Die christlichen Gewerkschaften in Österreich, Wien 1975, S. 355 f.

⁵⁴ Klenner/Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 910.

⁵⁵ Robert Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten“. Protokolle der Christlichsozialen Parteitage der Ersten Republik, Wien/Köln/Weimar 2006, S. 83; Georg-Hans Schmit, Die christliche Arbeiterbewegung 1933–1946. Vom Untergang der Demokratie bis zum Beginn der Zweiten Republik (Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte 2), Wien 2013, S. 25 ff.

⁵⁶ Pellar, Eine andere Geschichte, S. 117.

⁵⁷ Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 28.

Auf internationaler Ebene kam es ebenfalls um die Jahrhundertwende zu ersten Zusammenschlüssen von Angestelltengewerkschaften. Den wenig erfolgreichen Anfang bildete der erste Internationale Angestellten-Kongress, der am 7. und 8. September 1900 mit Angestelltengewerkschaften aus Belgien, England, Frankreich, Holland und Italien in Paris stattfand. Erst ein neuer Versuch führte am 17. August 1904 in Amsterdam zur Gründung des „**Internationalen Bundes der Privatangestellten**“ (Fédération Internationale des Employés, Techniciens et Cadres, **FIET**). Ihren Sitz hatte die FIET mit dem „Internationalen Informationsbüro“ in Hamburg. 1910 wurde dieses in ein „Internationales Sekretariat“ mit Sitz in Amsterdam umgewandelt. Karl Pick, Obmann des „Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten“, war einer der Mitbegründer der FIET.⁵⁸

1.4 Verbesserungen für die Angestellten durch die „Mittelstandspolitik“

Die einzelnen Angestelltengewerkschaften traten sowohl für Forderungen ihrer Klientel als auch für gemeinsame Ziele aller Angestellten ein.

Hierzu gehörte es, schon seit dem Ende der 1880er-Jahre eine Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung zu erreichen. Gelungen ist dies im Zuge des Kampfes um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, als die Regierung versuchte, die Angestellten durch eine „Mittelstandspolitik“ davon abzuhalten, sozialdemokratisch zu wählen. Durch vermehrte Zugeständnisse und eine Privilegierung gegenüber den ArbeiterInnen sollten die Angestellten für die Christlichsoziale Partei gewonnen werden.⁵⁹ Dies führte **1906** zu einem **Pensionsversicherungsgesetz für die Angestell-**

⁵⁸ Kurt P. Tudyka, Internationale Berufssekretariate, in: Siegfried Mielke (Hg.), Internationales Gewerkschafts-Handbuch, Wiesbaden 1983, S. 37; Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 40; Karl Pick – Pionier der ersten Gewerkschaft der Angestellten, in: Angestelltenjournal 1 (1992) S. 7.

⁵⁹ Gustav Otruba, Privatbeamten-, Handlungsgehilfen- und Angestelltenorganisationen. Ihr Beitrag zur Entstehung des österreichischen Angestelltenpensionsversicherungsgesetzes. Unter besonderer Berücksichtigung des Angestelltenbegriffes, in: Jürgen Kocka (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 7), Göttingen 1981, S. 240–256; Guenther Steiner, Ein verlässlicher Partner für's Leben. Soziale Sicherheit von der industriellen Revolution bis in das digitale Zeitalter, Wien 2018, S. 68.

ten und 1910 zum **Handlungsgehilfengesetz**, das für die Angestellten im Handel viele Rechte (etwa Urlaubsanspruch, Kündigung zum Kalenderviertel oder Gehalt im Krankheitsfall) brachte und später zur Grundlage für das Angestelltengesetz von 1921 wurde.⁶⁰ In organisatorischer Hinsicht war das Erringen der beiden Gesetze mit der Bildung eines neuen Zusammenschlusses verbunden: 1907 schlossen sich die freigewerkschaftlichen Verbände der Handlungsgehilfen (Zentralverein), der Verein der Buchhandlungsgehilfen, der Industrietechniker, der Versicherungs- und Sozialversicherungsangestellten, der Bankbeamten sowie der Advokatur- und Notariatsangestellten zu einer „**Koalition**“ zusammen. Diese „Koalition“ blieb auch nach der Durchsetzung der Forderungen als Beratungs-, Diskussions- und Informationsgremium weiterhin bestehen.⁶¹

Weitere wichtige Forderungen bezogen sich auf einen Ausbau der nur sehr schlecht ausgebauten öffentlichen **Kranken- und Unfallversicherung**, eine Verbesserung der **Pensionsversicherung**, die es nur für die Angestellten gab, und die Einführung einer noch generell fehlenden **Arbeitslosenversicherung**.⁶²

⁶⁰ Grundlegend dazu: Max Lederer, Grundriss des österreichischen Sozialrechtes, Wien 1929, S. 491.

⁶¹ Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 28.

⁶² Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945, S. 32 f.

2. Die Angestelltengewerkschaften während des Ersten Weltkrieges 1914–1918

Chronologie	
28.6.1914	Der Thronfolger der Habsburgermonarchie Franz Ferdinand wird bei einem Attentat in Sarajewo ermordet.
28.7.1914	Kriegserklärung von Österreich-Ungarn an Serbien. Ausbruch des Ersten Weltkrieges
21.10.1916	Friedrich Adler tötet Ministerpräsident Stürgkh. Der Gerichtsprozess gegen ihn wird zur Anklage gegen den Weltkrieg.
21.11.1916	Tod Kaiser Franz Josephs. Nachfolger wird Karl I.
24.5.1917	Die „Ständige Delegation der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen“ wird eingerichtet.
1917/1918	Streikbewegung in Österreich. Forderung nach Frieden
Frühjahr 1918	Die kaufmännischen Angestellten schließen einen Kollektivvertrag ab. Es handelt sich um den ersten Kollektivvertrag für Angestellte.
30.10.1918	Ferdinand Hanusch übernimmt das Staatsamt für soziale Fürsorge.
3.11.1918	Waffenstillstand der Alliierten mit Österreich-Ungarn

2.1 Die Gewerkschaften zwischen internationaler Solidarität und Kriegseuphorie

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges standen die Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen. Aus den Beschlüssen der Gewerkschaftsinternationale und der Zweiten Internationale der sozialistischen Parteien schöpfte die organisierte Arbeiterschaft zunächst noch die Hoffnung, dass es den Parteien und Gewerkschaften durch internationale Solidarität gelingen würde, einen Krieg zu verhindern. Als dieser schließlich doch ausbrach, zeigte sich,

dass die Antikriegsbeschlüsse wirkungslos geblieben waren. Mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo und der Kriegserklärung Österreichs an Serbien vom 28. Juli 1914 begann der Erste Weltkrieg. Viele waren zunächst davon überzeugt, dass der Krieg nur von kurzer Dauer sein und mit dem baldigen Sieg der Habsburgermonarchie enden würde. Eine anfangs feststellbare Kriegseuphorie in weiten Teilen der Gesellschaft, darunter auch in den Parteien und Gewerkschaften, verkehrte sich mit dem Kriegsverlauf jedoch immer mehr ins Gegenteil.⁶³

Die Umstellung auf die Kriegswirtschaft traf die ArbeiterInnen und Angestellten durch den Sozialabbau besonders hart. Sie konnten zur Kriegsdienstleistung herangezogen werden, wodurch sie unter militärischer Aufsicht und dem Militärstrafrecht standen. Zudem wurden mit dem Kriegsdienstleistungsgesetz die meisten ArbeiterInnenschutzgesetze außer Kraft gesetzt. Im Juli 1914 wurde ein Streikverbot erlassen. Später wurde die Aufhebung der Arbeitnehmerschutzbestimmungen auch auf eine große Anzahl von Unternehmen ohne kriegswirtschaftlichen Sonderstatus ausgedehnt. So wurde die Arbeitszeit enorm ausgedehnt und die 1911 in der Monarchie verbotene Nachtarbeit für Frauen wieder zugelassen.⁶⁴ Die im Sommer 1883 in Österreich ermöglichte Tätigkeit von Gewerbeinspektoren wurde eingeschränkt.⁶⁵

Alle diese Maßnahmen ließen das Vertrauen in die Gewerkschaften schwinden, wodurch letztlich auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften beträchtlich sanken. Der Verlust der Mitglieder betrug in den ersten Jahren bei den Freien Gewerkschaften bis zu 60 Prozent, bei den christlichen Gewerkschaften bis zu 80 Prozent. Der Anteil von organisierten Frauen nahm aller-

⁶³ Klenner, Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 57 ff.; Karl Vocolka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, 5. Auflage, Graz/Wien/Köln 2000, S. 272 ff.; Mazohl, Die Habsburgermonarchie 1848–1918, S. 440 ff.

⁶⁴ Joe Püringer, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Österreich (Ausbildung zur Sicherheitsfachkraft 1), online: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/file?pi=AC12160373&file...pdf> (26.2.2019).

⁶⁵ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 59. Vgl. dazu auch: Ludwig Brügel, Soziale Gesetzgebung in Österreich von 1848 bis 1918. Mit einem Geleitwort des Staatssekretärs für soziale Verwaltung Ferdinand Hanusch, Wien/Leipzig 1919, S. 234 ff.; Emanuel Adler/Ferdinand Hanusch, Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Wien 1927.

dings zu, da sie in den Betrieben zunehmend die Arbeitsplätze der eingrückten Männer übernahmen.⁶⁶

In den Betrieben wurde versucht, die ohnehin niedrigen Löhne der ArbeiterInnen und Gehälter der Angestellten zu drücken. Die Beschäftigten waren zunehmend der Willkür von Unternehmen und Militärbehörden ausgeliefert. Mit der Fortdauer des Krieges verschärfte sich auch die Situation am Arbeitsmarkt immer mehr. Ab 1916 gelang es den Gewerkschaften durch Unterstützungsfonds, die materielle und finanzielle Not zumindest geringfügig zu lindern. Generell wurde die Not mit dem andauernden Kriegsverlauf aber immer größer.

Vor diesem Hintergrund erschoss **Friedrich Adler**, der Sohn Victor Adlers, am 21. Oktober 1916 Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh, um gegen den Krieg zu demonstrieren. Den Prozess gegen ihn nutzte er zu einer Anklage gegen die sogenannte „**Burgfriedenspolitik**“ der Freien Gewerkschaften, die sich von der Regierung in den Krieg hetzen ließ anstatt für Frieden einzutreten⁶⁷ und die während des Krieges auf Lohnbewegungen und Streiks verzichteten.⁶⁸

Kam es in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges noch zur Beschneidung und Rücknahme von Rechten von ArbeitnehmerInnen, konnten gegen Ende des Krieges zunehmend rechtliche Verbesserungen erreicht werden. Für Angestellte gab es ab 1916 einen **Kündigungsschutz**. Weiters wurde das **Krankenversicherungsgesetz** novelliert, die Dauer der **Krankenunterstützung** auf 26 Wochen ausgedehnt und die Möglichkeit zur **Mitversicherung von Familienangehörigen** geschaffen. Während des Ersten Weltkrieges konnte auch der **erste Angestellten-Kollektivvertrag** (für die Gruppe der kaufmännischen Angestellten) abgeschlossen werden.⁶⁹ Die

⁶⁶ Krula, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945, S. 33; Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die Entwicklung der freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg, Band 1, Wien 1982.

⁶⁷ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 61; Michaela Maier/Georg Spitaler, Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht. Das Attentat gegen den Ersten Weltkrieg, Wien 2016.

⁶⁸ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 61.

⁶⁹ Pellar, Eine andere Geschichte Österreichs, S. 28; Deutsch, Tarifverträge in Österreich, Wien 1908.

Zahl der **weiblichen Angestellten** stieg zwar stark an, ihre Einkommen lagen aber weiterhin deutlich unter denen der Männer.⁷⁰

Zudem schlossen sich gegen Kriegsende auch wieder mehr Menschen den Gewerkschaften an, wodurch sich deren Position wieder verbesserte.⁷¹ 1917 und 1918 kam es in der Metallindustrie zu zahlreichen Streiks in der ganzen Monarchie, die sich bald auch auf andere Industriezweige ausweiteten. Um diese zu beenden, verhandelte die Regierung mit den Gewerkschaften über die Beilegung der Streiks. Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen waren die Folge. So konnte in den kriegswirtschaftlichen Betrieben die Wahl von Vertrauensleuten, also von Vorläufern der späteren BetriebsrätInnen, erreicht werden.⁷²

2.2 Die „Ständige Delegation“ und die Angestelltengewerkschaften während des Ersten Weltkrieges

Gegen Ende des Krieges, als die Gewerkschaften wieder einen verstärkten Zulauf verzeichnen konnten, beschlossen die Angestelltengewerkschaften ihre Zusammenarbeit zu verstärken. Die 1907 gegründete „freigewerkschaftliche Koalition“ wurde am 24. Mai 1917 in die „**Ständige Delegation der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen**“ (StD) umgewandelt. Der Delegation gehörten die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände der Versicherungs-, Sozialversicherungs-, kaufmännischen Angestellten, Handelsagenten und die Zeitungsbeamten ebenso an wie die Verbände der Bank- und Industrieangestellten sowie der Advokatur- und Notariatsbeamten, die nicht zur Gewerkschaftskommission zählten. Aufgabe der Delegation sollte es sein, die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu koordinieren und auf sozialpolitischem Gebiet gemeinsam die Interessen der Angestellten zu vertreten.⁷³ Vorsitzender wurde **Heinrich Allina**.⁷⁴ Geschäftsführer wurde der Sekretär des Vereins der Versicherungsangestellten **Ernst Lakenbacher** (1891–1967). Dieser war in der Ersten Re-

⁷⁰ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Band 1, S. 463 ff.

⁷¹ Mesch/Weigl, Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik, S. 35.

⁷² Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, S. 58 f.

⁷³ Göhring, Um Freiheit und Mitbestimmung, S. 96 ff.

⁷⁴ Schwarz, Österreich nach Hitler, S. 660ff.; Heinrich Allina ist tot, in: Der Privatangestellte 258 (1954) S. 5.

publik Sekretär der Wiener Arbeiterkammer, emigrierte 1938 über Großbritannien nach Buenos Aires und kehrte 1948 nach Österreich zurück, wo er seine Tätigkeit im Pressereferat der Wiener Arbeiterkammer fortsetzte.⁷⁵

Auf internationaler Ebene brach die Zusammenarbeit der Angestelltengewerkschaften in Folge des Krieges völlig zusammen.⁷⁶

⁷⁵ Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft, S. 371.

3. Die Angestellten und ihre Gewerkschaften 1918–1933

Chronologie	
21.10.1918	Konstituierende Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich
30.10.1918	Staatskanzler Karl Renner bildet eine Konzentrationsregierung. Verabschiedung einer provisorischen Verfassung für „Deutschösterreich“
11.11.1918	Kaiser Karl verzichtet auf jeden Anteil an der Führung Österreichs.
12.11.1918	Proklamation der Republik Deutsch-Österreich
27.11.1918	Eine neue Wahlordnung wird beschlossen. Ab nun sind auch alle Frauen wahlberechtigt.
25.1.1919	Abschaffung der Arbeitsbücher
16.2.1919	Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, aus der eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten hervorgeht.
24.3.1919	Da sich Kaiser Karl weigert, einen formellen Thronverzicht abzugeben, muss er Österreich verlassen.
15.5.1919	Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten
30.7.1919	Das Arbeiterurlaubsgesetz wird beschlossen.
10.9.1919	Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye
17.12.1919	Gesetz über den achtstündigen Normalarbeitstag
18.12.1919	Gesetz über Einigungsämter und kollektive Arbeitsverträge
26.2.1920	Gesetz über die Errichtung von Arbeiterkammern
24.3.1920	Gesetz über die Arbeitslosenversicherung

Chronologie	
10.6.1920	Bruch der Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten
1.10.1920	Bundes-Verfassungsgesetz
1921	Die christliche Angestellteninternationale wird gegründet.
1921	Der „Verband der Güterbeamten“ wird in eine Gewerkschaftsorganisation umgewandelt.
11.5.1921	Das Angestelltengesetz wird beschlossen.
10.–12.8. 1921	Auf dem internationalen Angestelltenkongress konstituiert sich der „Internationale Bund der Privatangestellten“.
11.7.1922	Lehrlingsentschädigungsgesetz
Herbst 1922	Die „Ständige Delegation“ wird zur Sektion der Privatangestellten in der Gewerkschaftskommission.
1924	Bankangestelltenstreik
1926	Krankenkassenorganisationsgesetz
30.1.1927	Zusammenstöße zwischen Republikanischem Schutzbund und Frontkämpfern in Schattendorf
14.7.1927	Urteil im Schattendorfer Prozess: Freispruch der Angeklagten
15.7.1927	Brand des Justizpalastes
18.–22.6. 1928	Dritter deutsch-österreichischer Gewerkschaftskongress. Umwandlung der Gewerkschaftskommission in den „Bund der Freien Gewerkschaften“
7.12.1929	Novellierung des Bundes-Verfassungsgesetzes
18.5.1930	Österreichische Heimwehrführer beschließen ein demokratiefeindliches und antimarxistisches Programm und leisten Schwüre auf ein ständisch gegliedertes Österreich (Korneuburger Eid).

Chronologie	
9.11.1930	Letzte freie Nationalratswahlen in der Ersten Republik
24.5.1931	Zusammenbruch der Creditanstalt und Höhepunkt der Bankenkrise.
30.1.1933	Machtübernahme Hitlers in Deutschland
4.3.1933	Ausschaltung des Parlaments
21.5.1933	Gründung der Vaterländischen Front als „patriotisch-österreichisch-nationale“ Sammlungsbewegung
26.5.1933	Verbot der Kommunistischen Partei Österreichs
19.6.1933	Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei
11.9.1933	Rede von Engelbert Dollfuß auf dem Wiener Trabrennplatz mit der Verkündung des Programms für einen autoritären „Ständestaat“

3.1 Die Erste Republik und die Gewerkschaften bis 1920

In der zweiten Hälfte des Jahres 1918 wurde die militärische Lage für das Habsburgerreich immer hoffnungsloser. Mit dem Ende des Krieges im November 1918 zerfiel die Donaumonarchie, nachdem diese seit Jahrzehnten von Nationalitätenkonflikten geprägt war. Am 12. November 1918 wurde die demokratische Republik Deutsch-Österreich ausgerufen, die sich als Bestandteil der wenig zuvor proklamierten deutschen Republik verstand. Weite Teile der Bevölkerung und die meisten VertreterInnen der politischen Parteien waren der Auffassung, dass das verbliebene „Restösterreich“ nicht lebensfähig sei. Erst nachdem der Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye ein Anschlussverbot enthalten hatte, wurde der Staatsname in Republik Österreich geändert.

Erster Staatskanzler der jungen Republik wurde der Sozialdemokrat **Karl Renner** (1870–1950), der eine Konzentrationsregierung aus VertreterInnen der Sozialdemokraten, den Christlichsozialen und Deutschnationalen bildete. Nachdem am 16. Februar 1919 die Wahlen zur konstituierenden

Nationalversammlung stattgefunden hatten, bei denen – einer langjährigen gewerkschaftlichen Forderung entsprechend – erstmals auch die Frauen wahlberechtigt waren, wurde eine große Koalition aus Christlich-sozialen und Sozialdemokraten gebildet, die bis 1920 hielt. Ebenfalls 1920 wurde auch ein Bundes-Verfassungsgesetz beschlossen, das in seiner novellierten Form von 1929 noch heute in Geltung ist.⁷⁷

Der Beginn der Republik war von vielen Schwierigkeiten begleitet, die von der Klärung des Staatsgebiets bis zu gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen nach dem Zusammenbruch der Monarchie reichten. Dazu zählten eine galoppierende Inflation, Hunger, Not und Kälte, besonders in den ersten beiden Wintern nach dem Ende des Krieges. Dennoch gelang es zwischen 1918 und 1920 zahlreiche Forderungen, die von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgt worden waren, umzusetzen und damit Gesetze zu schaffen, die auch noch in der Zweiten Republik Vorbildcharakter hatten. Eine entscheidende Rolle bei der **Verabschiedung zahlreicher sozialer Reformgesetze** spielte der ehemalige Textilgewerkschafter **Ferdinand Hanusch** (1866–1923), der Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung für Deutsch-Österreich war und nach den Wahlen 1919 auch der konstituierenden Nationalversammlung angehörte bzw. bis 1920 das Amt eines Staatssekretärs für soziale Fürsorge (ab 1919 für soziale Verwaltung) bekleidete.⁷⁸

Zu den wichtigsten Maßnahmen, die unter seiner Ägide beschlossen wurden, zählten 1919 die **Abschaffung der Arbeitsbücher**, das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen, das Gesetz über die **Errichtung von Betriebsräten**, das Gesetz über den **Acht-Stunden-Tag**, das **Arbeiterurlaubsgesetz**, das **Gesetz über die Arbeitszeit, den Ladenschluss und die Sonntagsruhe im Handel** und das **Gesetz über Einigungsämter und Kollektivverträge**. 1920 wurden die **Arbeitslosenversicherung** für ArbeiterInnen und Angestellte in Gewerbe, Industrie und Verkehr (und somit für den größten Teil der DienstnehmerInnen) eingeführt und das Gesetz

⁷⁷ Oliver Rathkolb, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs, 2. Auflage, Stuttgart 2015, S. 483 ff.; Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2007, S. 54 ff.

⁷⁸ Walter Göhring/Brigitte Pellar, Ferdinand Hanusch. Aufbruch zum Sozialstaat (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 18), Wien 2003.

über die **Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte** beschlossen.⁷⁹

Aufgabe der Arbeiterkammern, in denen die freigewerkschaftliche Ständige Delegation eine eigene Angestelltensektion durchsetzen konnte, sollte es sein, als Selbstverwaltungskörper mit obligatorischer Mitgliedschaft die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Belange der ArbeitnehmerInnen in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu vertreten.⁸⁰ Eine gesetzliche Alters- und Invaliditätsversicherung konnte weiter nicht erreicht werden. Zwar wurde im April 1927 ein Arbeiterversicherungsgesetz beschlossen, der Wirksamkeitsbeginn wurde aber mit Ausnahme weniger Bestimmungen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.

Im Mai **1921**, d. h. bereits nachdem die sozialdemokratische Partei die Regierung verlassen hatte, wurde vom Parlament das **Angestelltengesetz** verabschiedet.⁸¹ Dabei handelte es sich um eine Novelle des Handlungsgehilfengesetzes von 1910. Es regelte die Urlaube und die Gehaltsfortzahlung bei Krankheit, die Kündigungsfrist sowie die Abfertigung. Neue Pensionsregelungen wurden 1927 verabschiedet. Wie bereits in der Monarchie wurden die Angestellten in der Gesetzgebung durch eine „Mittelstandspolitik“ privilegiert, um einen Keil zwischen die ArbeiterInnen und sie zu treiben.⁸² 1922 folgte das **Lehrlingsentschädigungsgesetz**, mit dem Lehrlinge erstmals als Arbeitskraft definiert wurden und sie eine „Entschädigung“ erhielten.⁸³

⁷⁹ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 70 ff.

⁸⁰ Klaus-Dieter Mulley, Die Kammern für Arbeiter und Angestellte (Gewerkschaftskunde 7, Stand: November 2017), Wien 2017.

⁸¹ Das Angestelltengesetz von 1921 ist, abgesehen von einigen wenigen Novellierungen, nach wie vor gültig. Vgl. dazu: Wolfgang Kozak, Wichtiges aus dem Angestelltenrecht (Arbeitsrecht 14, Stand: März 2012), Wien 2012, S. 4; Die soziale Lage im Handel, in: Angestelltenjournal 6 (1990) S. 14.

⁸² Mesch/Weigl, Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik, S. 44.

⁸³ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, S. 70 ff.

3.2 Das politische, wirtschaftliche und soziale Umfeld (1920–1933)

Nach dem Bruch der Koalition und den Neuwahlen im Oktober 1920 schieden die Sozialdemokraten aus der Regierung aus und blieben bis zu ihrem Verbot 1934 in der Opposition. Unter den folgenden bürgerlichen Regierungen unter der Beteiligung von Christlichsozialen, Großdeutschen, dem Landbund und später der Heimwehr, die als Heimatblock kandidierte, wurde nicht nur ein weiterer Ausbau des Sozialstaates gestoppt, sondern vielmehr ein Abbau der noch jungen Errungenschaften angestrebt.⁸⁴

Der schon vor 1920 deutliche **Gegensatz zwischen den Parteien** trat mit dem Koalitionsende immer offener zutage und spaltete die Gesellschaft. Am rechten Flügel des Parteienspektrums formierten sich immer mehr Gegner des Parlamentarismus und der Demokratie. **Gewalttätige Auseinandersetzungen** waren keine Seltenheit. Die beiden politischen Lager legten sich paramilitärische Einheiten zu. Ab 1920 entstand auf bürgerlicher Seite die Heimwehr, die im Korneuburger Eid 1930 erklärte, dass sie den demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat verwerfe und nach der Macht im Staat greifen werde. Die Sozialdemokratie gründete 1923 den Republikanischen Schutzbund.

Als es im burgenländischen Schattendorf zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes und der rechten Frontkämpferversammlung mit zwei Todesopfern kam und die Mörder von einem Geschworenengericht freigesprochen wurden, löste dies am 15. Juli 1927 einen Protestmarsch zum Parlament und in weiterer Folge zum **Justizpalast** aus. Das Justizgebäude wurde **in Flammen** gesteckt, Bundeskanzler Seipel und Polizeipräsident Schober ließen auf die protestierende Menge schießen. Zahlreiche Tote und Verletzte waren die Folge. Österreich entging nur knapp einem Bürgerkrieg.⁸⁵

Zusammen mit der **ökonomischen Krise**, der hohen Inflation und einer rasant steigenden Arbeitslosigkeit führte dies zu einer **Dauerbelastung des politischen Systems**. Als 1929 die Weltwirtschaftskrise auch Österreich erreichte, waren etwa 280.000 Menschen, von denen 193.000 eine

⁸⁴ Ebenda, S. 74.

⁸⁵ Gerhard Botz, Der 15. Juli 1927, seine Ursache und Folgen, Wien 1972; Vocolka, Geschichte Österreichs, S. 278.

Unterstützung erhielten, arbeitslos. Im Februar 1933 gab es bereits 600.000 Arbeitslose, von denen 402.000 eine staatliche Unterstützung bekamen.⁸⁶ Besonders katastrophal war es für Frauen, arbeitslos zu werden. Viele Frauen, die während des Ersten Weltkrieges eine Berufstätigkeit ausgeübt hatten, verloren ihre Arbeitsplätze, um den „Heimkehrern“ wieder ihren Arbeitsplatz zu überlassen. Von Arbeitslosigkeit bedroht, waren sie schlechter gestellt als Männer, da ihre Arbeitslosenbezüge weit unter denen der Männer lagen. Ab Mitte der 1920er-Jahre machten vor allem **Käthe Leichter** (1895–1942), die 1925 das Frauenreferat der Wiener Arbeiterkammer gründete, **Anna Boschek** und **Wilhelmine Moik** (1894–1970) auf die Probleme der berufstätigen und arbeitslosen Frauen aufmerksam.⁸⁷

Bei den letzten freien Nationalratswahlen vom 9. November 1930, bei denen erstmals auch die Nationalsozialisten kandidierten, zeigte sich deutlich, dass die Gegensätze zwischen den politischen Lagern längst nicht mehr zu überbrücken waren. 1932 wurde der bisherige Landwirtschaftsminister **Engelbert Dollfuß** von der Christlichsozialen Partei mit den Regierungsgeschäften betraut, der unter dem Druck der Heimwehren auf eine Diktatur zusteuerte. Im Zuge der Sanierung der zusammengebrochenen Creditanstalt stützte er sich 1932 erstmals auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917, um das Parlament zu umgehen.

Ein Jahr später, im März 1933, nutzte er eine Geschäftsordnungskrise im Nationalrat dazu, das **Parlament** völlig **auszuschalten**. Kurz darauf – ebenfalls noch im März 1933 – wurden ein Versammlungs- und Aufmarschverbot verkündet sowie die Zensur eingeführt. Gleichfalls wurde im März 1933 der Republikanische Schutzbund, im Mai 1933 die 1918 gegründete Kommunistische Partei und im Juni 1933 die NSDAP verboten. Die Vaterländische Front wurde im Mai 1933 als „überparteiliche“ politische Organisation zur Zusammenfassung aller „regierungstreuen“ Kräfte gegründet. Im September 1933 erklärte Dollfuß in seiner Trabrennplatzrede die Errichtung eines „sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“ als sein Ziel. Regiert

⁸⁶ Rathkolb, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), S. 480.

⁸⁷ Agnes Broessler, „Es hat sich alles mehr um's Politische gehandelt!“ Wilhelmine Moik. Ein Leben für die gewerkschaftliche Frauenpolitik (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 16), Wien 2006.

wurde fortan auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, das bereits 1932 angewendet worden war.⁸⁸

3.3 Der „Bund der Freien Gewerkschaften“

Die im Laufe der 1920er- und 1930-Jahre zunehmende Radikalisierung der Innenpolitik sowie die soziale und wirtschaftliche Krise zwangen die Freien Gewerkschaften, sich Maßnahmen zu ihrem Schutz und zur Stärkung ihrer Mobilisierungskraft zu überlegen.



Abb. 7: Zusammenschluss zum „Bund der Freien Gewerkschaften“ 1928

Daher wurde auf dem 10. Österreichischen (3. Deutschösterreichischen) Gewerkschaftskongress, der vom **18. bis 22. Juni 1928** in Wien stattfand der „**Bund der Freien Gewerkschaften**“ mit eigenem Statut gegründet, der zu

⁸⁸ Emmerich Tálos unter Mitarbeit von Florian Wenninger, *Das austrofaschistische Österreich 1933–1938*, Wien 2017; Rathkolb, *Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945)*, S. 496 ff.

einer Rationalisierung und Professionalisierung des Organisationsapparates, einem Ausbau der Serviceleistungen und einer besseren Koordination von Kollektivvertragsverhandlungen beitragen sollte.⁸⁹

Beim Bund handelte es sich um eine Reorganisation der 1893 auf dem Ersten Gewerkschaftskongress geschaffenen Reichsgewerkschaftskommission. Der Aufgabenkreis und die Gliederung des Dachverbands der freien österreichischen Gewerkschaften änderten sich nicht wesentlich.⁹⁰ Organe des Bundes waren der Bundeskongress, der Bundesvorstand, der Verwaltungsausschuss und die Kontrollkommission sowie die Vorständekonferenz der Einzelgewerkschaften. Die bis 1928 autonomen Landeskommissionen wurden in Landesexekutiven umgewandelt und mit vermehrten Kompetenzen gegenüber den Einzelverbänden ausgestattet.⁹¹ Es wurde folgende Einteilung der Industriegruppen vorgenommen:

1. Baugewerbe
2. Bekleidungsindustrie
3. Bergbau
4. Papier- und Chemische Industrie
5. Eisen- und Metallindustrie
6. Glas-, Porzellan- und Tonwarenindustrie
7. Graphisches Gewerbe
8. Handelsgewerbe
9. Holzindustrie
10. Galanteriegewerbe (Drechslergewerbe, Knopfindustrie usw.)
11. Land- und Forstwirtschaft
12. Hotel-, Gast- und Schankgewerbe
13. Lebensmittelbranche
14. Lederindustrie
15. Textilindustrie
16. Eisenbahn-, Verkehrs- und Transportwesen
17. Angestelltenorganisation⁹²

⁸⁹ Ulrike Weber-Felber, Gewerkschaften in der Ersten Republik, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, S. 324. Vgl. dazu auch: Jahrbuch des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs, Wien 1929.

⁹⁰ Klenner/Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 911.

⁹¹ Weber-Felber, Gewerkschaften in der Ersten Republik, S. 324.

⁹² Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Band 1, S. 484.

Wie bereits bei der Reichsgewerkschaftskommission waren auch im neu geschaffenen „Bund der Freien Gewerkschaften“ Angestellte vertreten. **Karl Pick** vom „Zentralverein der kaufmännischen Angestellten“ gehörte dem Präsidium an. Mitglieder des Bundesvorstandes waren **Richard Seidel** vom „Bund der Industrieangestellten“ und **Heinrich Allina**⁹³ vom „Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten“.⁹⁴

3.4 Die Angestelltengewerkschaften: Vereine, Persönlichkeiten und Schwerpunkte

Bei den Vereinen der Angestellten in der Ersten Republik handelte es sich im Prinzip um direkte Nachfolgeorganisationen der Gewerkschaftsvereine aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Vielfach prägten auch die AkteurInnen aus der Zeit vor 1914 weiter das Bild dieser Vereine. Hinzu kam – etwa mit **Friedrich Hillegeist** oder **Rudolf Häuser** – eine jüngere Generation von GewerkschafterInnen, die auch noch nach 1945 eine bedeutende Rolle spielen sollte. Wichtige Entwicklungslinien im Bereich der „**Ständigen Delegation**“, der **Sektion der Privatangestellten in der Gewerkschaftskommission** und in den **Gewerkschaftsvereinen** waren von 1918 bis 1934 Folgende:

Am 7. Oktober 1919 wurde die während des Ersten Weltkrieges 1917 errichtete „**Ständige Delegation**“ erweitert. Vorbild für den Organisationsaufbau war die 1893 geschaffene Freigewerkschaftliche Gewerkschaftskommission. Es wurde ein eigenes Sekretariat eingerichtet. Zur Fassung von wichtigen Beschlüssen wurde eine Vorstandskonferenz vorgesehen, in der alle Angestellten im Verhältnis ihrer Mitglieder vertreten waren. Die Geschäfte wurden von einem Geschäftsausschuss geführt, in dem Vertreter der Gewerkschaftskommission präsent waren. In den Bundesländern wurden eigene Sektionen mit Geschäftsstellen eingerichtet.⁹⁵ Der „Ständigen Delegation“ gehörten insgesamt siebzehn Organisationen an. Die acht größten waren auch Mitglieder der Gewerkschaftskommission.⁹⁶ Die wichtigsten

⁹³ Schwarz, Österreich nach Hitler, S. 664 f.; Heinrich Allina ist tot, in: Der Privatangestellte 258 (1954) S. 5.

⁹⁴ Jahrbuch 1928 des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs, Wien 1929, S. 233.

⁹⁵ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Band 1, S. 479.

⁹⁶ Ebenda, S. 479.

Erfolge, die die „Ständige Delegation“ erreichen konnte, waren die Einrichtung eines Angestelltenbetriebsrates im Betriebsrätegesetz und die Schaffung einer Angestelltensektion in den 1920 gegründeten Arbeiterkammern.⁹⁷ 1921 löste sich die „Ständige Delegation“ auf, worauf im Herbst **1922** die **Sektion der Privatangestellten** in der **Gewerkschaftskommission** errichtet wurde, der fünfzehn Angestelltenorganisationen angehörten.⁹⁸ Bei den einzelnen Vereinen lassen sich folgende Tendenzen zusammenfassen:

Dem 1892 gegründeten „**Zentralverein der Kaufmännischen Angestellten**“ schlossen sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges weitere Vereine an, wie etwa der „Reichsverband der Advokatur- und Notariatsbeamten“.⁹⁹ Besonders aktiv war die Lehrlingssektion, die untrennbar mit den Namen **Manfred Ackermann** (1898–1991), **Otto Skritek** (1909–1998) und **Carl Czernetz** (1910–1978) verbunden ist.

Den **Versicherungsangestellten**, deren Tätigkeit von **Alfred Broczyner** als langjährigem Obmann und seinem Mitarbeiter **Si(e)gmund Jolles** geprägt wurde, gelang es nur wenige Tage nach der Ausrufung der Republik, einen ersten Kollektivvertrag abzuschließen.¹⁰⁰ Die österreichweite Durchsetzung einer Dienstpragmatik konnte 1921 erreicht werden. Ab 1925 mussten jedoch Verschlechterungen hingenommen werden, ab 1932 kam es zur Kürzung der Kündigungsfristen für Versicherungsangestellte.¹⁰¹ Eine eigene Sektion für Frauen und Mädchen, an deren Spitze **Mathilde Eisler** (1880–1941) stand, wurde im Herbst 1919 gegründet.¹⁰²

Die Angestellten in der **Sozialversicherung** konnten 1921 durch einen Streik neben Gehaltserhöhungen auch einheitliche Arbeitszeitregelungen erreichen. In den folgenden Jahren wurde versucht, bereits geschlossene Vereinbarungen im Bereich der Sozialversicherungseinrichtungen wieder

⁹⁷ Mesch/Weigl, Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik, S. 43 f.

⁹⁸ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Band 1, S. 479.

⁹⁹ GPA, 100 Jahre Angestelltengewerkschaft, S. 18.

¹⁰⁰ Georg Bächer, 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit im Versicherungsberufe 1901–1926, Wien 1926, S. 142.

¹⁰¹ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 18; Der Privatangestellte 631 (1972) S. 13; Peter Ulrich Lehner, Die Dienstpragmatik, in: Ders. (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1983, S. 141 ff.

¹⁰² Ilse Korotin (Hg.), BiografiA. Lexikon österreichischer Frauen, Band 1 (A–H), Wien 2018, S. 685 ff.

rückgängig zu machen und neue Regelungen zugunsten der ArbeitnehmerInnen zu verhindern. Ab 1929 vertrat die Gewerkschaft unter dem Namen „Reichsverein der sozialen Versicherungs- und Verwaltungsdienste“ auch viele Angestellte aus dem Sozialbereich.¹⁰³ 1933 wurde den Angestellten von Sozialversicherungsanstalten verboten, öffentliche Kritik am Staat und seinen Organen zu äußern, weiters kam es zu Gehaltskürzungen. Das Recht auf Abschluss von Kollektivverträgen wurde außer Kraft gesetzt.¹⁰⁴

Nachdem sich die kaufmännischen **Industrieangestellten** noch am Ende der Monarchie mit der Gewerkschaft der technischen Beamten zum „Bund der Industrieangestellten Österreichs“ zusammengeschlossen hatten, erhielten auch die Bürogehilfen der Industriebetriebe 1926 mit dem „Verband der Bürogehilfen der Industrie Österreichs“ ihre eigene Organisation.¹⁰⁵ Wie bereits vor dem Ersten Weltkrieg bestand die gewerkschaftliche Haupttätigkeit aus der Forderung nach gerechter Bezahlung. Nach dem Ende des Krieges konnte zunächst noch ein Kollektivvertrag für die Industrieangestellten erreicht werden, ab den 1920er-Jahren konnten im industriellen Sektor, der von der Rationalisierung im Bürobereich stark betroffen war, aber keine weiteren Verbesserungen erzielt werden. Vielmehr mussten bereits errungene Lohnerfolge, etwa durch Streikaktionen, verteidigt werden. Ab 1925 weigerte sich der Hauptverband der Industrie, den „Bund der Industrieangestellten“ als Verhandlungspartner bei Kollektivverträgen zu akzeptieren, bis zu Beginn der 1930er-Jahre kam es zu einem Stillstand bei den Gehältern.¹⁰⁶ Obmann des Bundes war weiterhin **Richard Seidel**. Zu den Neuen in der Gewerkschaft gehörte u. a. **Friedrich Hillegeist**, der in der weiteren Geschichte der Angestelltengewerkschaft noch wichtige Funktionen ausüben sollte.¹⁰⁷ Eine besondere Rolle spielte bei den Industrieangestellten die sogenannte „Hospitantengruppe“. Zu den führenden Funktionären dieser Jugendgruppe zählten **Karl Waldbrunner**, der spätere Minister der verstaatlichten Betriebe, **Wilhelm Hrdlitschka**, der spätere Vorsitzende der Gewerkschaft der Arbeiter in der chemischen Industrie und Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und des Öster-

¹⁰³ GPA, 100 Jahre Angestelltengewerkschaft, S. 19; GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 26.

¹⁰⁴ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 26.

¹⁰⁵ Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten, S. 27; 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 13.

¹⁰⁶ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 32 ff.

¹⁰⁷ 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 34.

reichischen Arbeiterkammertages, **Walter Hitzinger**, der spätere Generaldirektor der VÖEST, **Rudolf Häuser**, der spätere Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, und **Karl Hedrich**, der spätere leitende Sekretär der Sektion Industrie in der GAP.

Die **Bankangestellten** näherten sich nach 1918 den Freien Gewerkschaften an. 1922 erfolgte die Umbenennung in „Bund der Bank- und Sparkassengehilfen“, der sich mit dem 1918 angeschlossenen „Verein der Angestellten der Privatbankfirmen“ zu einem Kartell der Bank- und Sparkassenangestellten vereinigte.¹⁰⁸ Eine der Hauptforderungen der Bankangestellten war die Schaffung einer verbindlichen Dienstpragmatik, die bereits seit 1910 gefordert worden war und 1919 erstmals erreicht werden konnte. Sie regelte Ruhezeiten und automatische Gehaltsvorrückungen. Weiters konnte die Schaffung einer Disziplinar- und Qualifikationskommission erreicht werden. 1921 wurde die automatische Gehaltsanpassung an die Inflation im Kollektivvertrag verankert. **1923** kam es nach einer Reihe von Kündigungen und der Forderung nach einem neuen Kollektivvertrag zu einem einwöchigen **Proteststreik der Privatbankangestellten**, der den Auftakt des **größten Arbeitskampfes der Angestellten** in der Ersten Republik darstellte. Der Streik, bei dem es auch zu Solidaritätskundgebungen anderer Gewerkschaften kam, zog sich im Frühjahr 1924 über drei Wochen hin, endete schließlich aber mit dem geforderten Kollektivvertrag. Hauptakteure der Bankangestelltengewerkschaft waren weiterhin **Heinrich Allina** und **Franz Landertshammer**.¹⁰⁹ Zu den bedeutenden Frauen der Organisation zählten **Else Landau** und **Martha Schimmerl**. **Else Landau** war seit der Gründung der Bankbeamtenorganisation als Funktionärin tätig und trat 1926 nach dreißigjähriger Dienstzeit in der Länderbank in den Ruhestand ein.¹¹⁰ Ebenfalls in der Länderbank als Betriebsrätin war **Martha Schimmerl** tätig, die auch Mitglied des Präsidiums des Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs war.¹¹¹ Die erste Lehrlingssektion des „Bundes der Bank- und Sparkassengehilfen“ wurde im Juli 1919 von **Franz Senghofer** gegründet.¹¹²

¹⁰⁸ Ebenda, S. 13 f.; GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 42.

¹⁰⁹ Franz Landertshammer, Der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs, Wien 1927.

¹¹⁰ 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 63.

¹¹¹ Martha Schimmerl – 70 Jahre, in: Der Privatangestellte 552 (1966) S. 8.

¹¹² Wilhelm Filla (Hg.), Franz Senghofer. Ein Leben für die Arbeiterbildung, Wien 1984, S. 57 ff.



Abb. 8: Otto Rudolf Maresch

Der 1919 gegründete „**Zentralverband der deutschösterreichischen Forstleute und Berufsjäger**“ wurde 1921 zum „**Verband der Güterbeamten**“ und gehörte bis 1926 der Gewerkschaftskommission an. 1923 gelang es mit dem **Gutsangestelltengesetz**, die Verbindlichkeit von Kollektivverträgen festzusetzen. In den folgenden Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt der christlichsozial dominierten Verbandsarbeit abgesehen von Forderungen für den gesamten Berufsstand auf Interventionen zugunsten von Einzelpersonen. Die zentrale Persönlichkeit der Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft war **Otto Rudolf Maresch** (gest. 1976), der von 1920 bis 1938 Verbandsobmann war.¹¹³

Konnten die freien Angestelltengewerkschaften in den Jahren 1917 bis 1921 noch einen sehr hohen Zustrom vermerken, so sank ihre **Mitgliederzahl** ab den 1920er-Jahren wieder. Gründe dafür waren die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Entwicklung in den einzelnen Industrie- und Dienstleistungsbranchen. Daneben spielten auch politische und gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle. Ebenso wie für die ArbeiterInnen war ab 1920 der Abbau von sozial-

¹¹³ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 52.

politischen Errungenschaften für die Angestellten spürbar.¹¹⁴ Auch die christlichen Gewerkschaften verloren im Laufe der Ersten Republik Mitglieder, allerdings nicht in dem Ausmaß wie die Freien Gewerkschaften, deren Mitgliederstand im Zeitraum von 1921 bis Ende 1926 von 1,08 Millionen (Ende 1921) auf 756.000 Mitglieder (Ende 1926) fiel. Die Gesamtmitgliederszahl der christlichen Gewerkschaften betrug Ende 1921 149.000 Personen und Ende 1928 115.000 Personen. Die Mitgliederzahl in den deutschnationalen Gewerkschaften verdoppelte sich von 26.000 Ende 1918 auf 51.000 Ende 1928.¹¹⁵

Der Erste Weltkrieg unterbrach die **internationalen Beziehungen** der Angestelltengewerkschaften. Die 1904 gegründete FIET konnte erst 1920 in Amsterdam wieder einen Kongress abhalten. 1921, vom 10. bis 12. August, versammelte sich die FIET in Wien. Karl Pick wurde erneut zum Vorstandsmitglied gewählt. Als Vertreter des „Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten“ nahm er sowohl am Kongress in Kopenhagen im September 1935 als auch am Kongress in Dresden teil und war bis 1934 Vorstandsmitglied der FIET.

1921 wurde die **christliche Angestellteninternationale** gegründet. Sie war in der Zwischenkriegszeit eine sehr starke, aber auf Europa beschränkte Bewegung und erlangte vor allem ab 1964 in Folge des zweiten Vatikanischen Konzils und der damit verbundenen Öffnung der katholischen Kirche zur Zivilgesellschaft eine größere Bedeutung.¹¹⁶

¹¹⁴ Mesch/Weigl, Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik, S. 49.

¹¹⁵ Ebenda, S. 45 und S. 50. Vgl zu den christlichen Gewerkschaften in der Ersten Republik auch: Karl Stubenvoll, Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1918 bis 1933, Wien 1982; Ludwig Reichhold, Geschichte der christlichen Gewerkschaften, Wien 1987.

¹¹⁶ Wim Spiekmann – 60 Jahre, in: Der Privatangestellte 404 (1959) S. 6; Kurt P. Tudyka, Internationale Berufssekretariate, S. 37.

4. Vom Bürgerkrieg 1934 bis zum „Anschluss“ 1938 – die Angestellten-gewerkschaften im Austrofaschismus

Chronologie	
12.–15.2. 1934	Eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim „Hotel Schiff“ löst den Bürgerkrieg aus. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften werden verboten.
1.5.1934	Der „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ nimmt als Einheitsgewerkschaft seine Tätigkeit auf.
1.5.1934	Proklamation einer neuen berufsständischen autoritären ständestaatlichen Verfassung („christlicher Bundesstaat auf ständischer Grundlage“)
12.7.1934	Bundesgesetz über die Einrichtung von Werks-gemeinschaften
25.7.1934	Gescheiterter nationalsozialistischer Putschversuch. Bundeskanzler Dollfuß wird ermordet. Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß durch Nationalsozialisten. Kurt Schuschnigg wird sein Nachfolger.
9.1934	Die „Illegale freie Angestelltengewerkschaft“ (FRAGÖ) entsteht.
9.1935	Der „Illegale Bund der freien Gewerkschaften“ entsteht.
7.5.1936	Eine Arbeiterdelegation überbringt Bundeskanzler Schuschnigg ein Memorandum, in dem die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts und des Selbstverwaltungsrechts in freien Organisationen gefordert werden.
11.7.1936	Abkommen Österreichs mit dem Deutschen Reich, das formell die österreichische Souveränität anerkennt, de facto aber den deutschen Einfluss auf Österreich stärkt

Chronologie	
Frühjahr 1937	Der „Illegale Bund der Freien Gewerkschaften“ wird in den „Internationalen Gewerkschaftsbund“ aufgenommen.
12.2.1938	Hitler und Schuschnigg treffen sich in Berchtesgaden (Berchtesgadener Abkommen). Unter der Androhung eines Einmarsches stimmt Bundeskanzler Schuschnigg der Einsetzung des Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart als Innenminister sowie einer Amnestie für Nationalsozialisten und deren legaler Betätigung in der Vaterländischen Front zu.
3.3.1938	Verhandlungen der Gewerkschaften mit Bundeskanzler Schuschnigg für einen gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus
9.3.1938	Schuschnigg kündigt in Innsbruck für den 13. März die Abhaltung einer Volksbefragung über die Selbständigkeit Österreichs an.
11.3.1938	Militärische Drohungen bewirken die Absetzung der Volksbefragung und den Rücktritt von Bundeskanzler Schuschnigg. Neuer Bundeskanzler wird Seyß-Inquart.
12.3.1938	Die Deutsche Wehrmacht marschiert in Österreich ein.

4.1 Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Nach der Ausschaltung des Parlaments kam es im **Februar 1934** zum **Bürgerkrieg**. Der unmittelbare Auslöser war eine Hausdurchsuchung bei den Linzer Schutzbundtruppen. Zu Stätten der Auseinandersetzung, die sich bald über Oberösterreich hinaus entwickelte, wurden in der Bundeshauptstadt vor allem die vom Roten Wien errichteten Gemeindebauten. Zahlreiche Tote und Verletzte waren die Folge. Zudem kam es auch zu standrechtlichen Hinrichtungen, wie etwa des Gemeinderates von Bruck an der Mur und Abgeordneten zum Nationalrat **Koloman Wallisch**, des Feuerwehroffiziers **Georg Weissel** und des Schuhmachers **Karl Münchreiter**. Nachdem die kommunistische Partei und die NSDAP bereits 1933 verboten

worden waren, folgte nun auch das Verbot der Sozialdemokratischen Partei sowie jenes der Freien Gewerkschaften. Als einzige Partei (Einheitspartei) sollte es nur mehr die Vaterländische Front geben. Viele sozialdemokratische SpitzenfunktionärInnen wie etwa **Otto Bauer** und der ehemalige Schutzbundkommandant **Julius Deutsch** (1884–1968) flüchteten nach Brünn (Brno) oder in andere Städte der Tschechoslowakei.

Am 1. Mai 1934 wurde eine neue „ständische Verfassung“ verkündet. Im Juli 1934 fiel Bundeskanzler Dollfuß einem nationalsozialistischen Putschversuch zum Opfer. Sein Nachfolger wurde **Kurt Schuschnigg**,¹¹⁷ der sowohl durch die Nationalsozialisten im Land als auch durch das seit 1933 nationalsozialistische Deutschland immer stärker unter Druck gesetzt wurde. Im Juliabkommen 1936 und später auch im Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 machte er Hitler zur Sicherung der Souveränität Österreichs zwar eine Reihe von Zugeständnissen, die unter anderem die Aufnahme von Nationalsozialisten in die Regierung umfasste. Hitler gab sich damit aber nicht zufrieden. Zu einer von Schuschnigg für den 13. März 1938 angekündigten Volksbefragung als eine letzte Maßnahme zur Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs kam es nicht mehr. Schuschnigg trat am 11. März 1938 als Kanzler zurück. Am 12. März 1938 besetzten deutsche Truppen Österreich.¹¹⁸

Die ArbeitnehmerInnen waren nach 1934 von einem weiteren **Sozialabbau**, Verschlechterungen im Sozialversicherungsbereich, im Arbeitsrecht und beim ArbeitnehmerInnenschutz betroffen. In der Sozialversicherung kam es durch das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (1935)** zu wesentlichen Verschlechterungen beim Krankengeld, bei der Notstandshilfe und bei der Pensions- und Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der „Ausgesteuerten“, also jener Menschen, die vom Staat keine Unterstützung mehr erhielten, stieg dadurch massiv an.¹¹⁹ Durch eine Änderung des Mieterschutzgesetzes erhielten HausbesitzerInnen die Möglichkeit, MieterInnen, die wegen bestimmter politischer Vergehen verurteilt worden waren, zu delogieren. Die Unternehmen konnten aus gleichen Gründen eine Ent-

¹¹⁷ Emmerich Tálos, Zwischen Ausbau und Abbau. Sozialpolitik 1918–1938, in: Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1934, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, S. 269 ff.

¹¹⁸ Rathkolb, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), S. 498 ff.

¹¹⁹ Tálos/Wenninger, Das austrofaschistische Österreich 1933–1938, S. 120.

lassung aussprechen. Und auch die 1919 unter Ferdinand Hanusch eingeführten Betriebsräte wurden abgeschafft. Mit dem **Werkgemeinschaftsgesetz** vom Juli 1934 wurden sogenannte Vertrauensmänner in den Betrieben der Industrie, des Bergbaues, des Handels und Verkehrs sowie im Geld- und Kreditwesen eingeführt, wenn diese mindestens fünf dauernd Beschäftigte hatten. Bei mindestens 20 Beschäftigten bildeten diese gemeinsam mit den Unternehmern die sogenannten Werksgemeinschaften. Politisch Vorbestrafte, auch wenn sie nur eine Verwaltungsstrafe zu verbüßen hatten, waren vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Beschlüsse der Vertrauensmänner hatten nur Gültigkeit, wenn auch der Betriebsinhaber, der in solchen Versammlungen den Vorsitz führte, zustimmte. Eine wirkliche Vertretung der ArbeitnehmerInnen war damit freilich nicht gegeben,¹²⁰ zumal durch die Auflösung der bisher bestehenden Gewerkschaften in vielen Bereichen die Interessensvertreter wegfielen. In der Folge wurden seitens der Unternehmen viele Kollektivverträge gekündigt. Bei neuen Verhandlungen waren schwere Verschlechterungen das Ergebnis – so etwa beim Acht-Stunden-Tag, der zwar offiziell weiterbestand, aber durch eine Reihe von Sonderbestimmungen für bestimmte Berufsgruppen eingeschränkt wurde. Gleichfalls wurde die Bezahlung der Überstunden reduziert und bisher bestehende staatliche Feiertage, wie der traditionell mit der Arbeiterbewegung verbundene 1. Mai (Fest- und Ruhetag) und der 12. November (Tag der Gründung der Republik) durch katholische Feiertage ersetzt.¹²¹ Die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt zeigte sich durch das Verbot des „Doppelverdienertums“ im öffentlichen Dienst, aufgrund dessen das Dienstverhältnis einer berufstätigen Frau mit dem Tag ihrer Heirat endete.¹²²

4.2 Gewerkschaften im Austrofaschismus

Im Zuge des Bürgerkriegs wurde nicht nur die Sozialdemokratische Partei verboten. Am 13. Februar 1934 wurden auch die **Freien Gewerkschaften aufgelöst und deren Tätigkeit untersagt**. Das Vermögen der Gewerkschaften sowie ihre Schulungs- und Jugendhäuser wurden beschlagnahmt, die Geselligkeits- und Kulturvereine aufgelöst. Das galt auch für die Arbei-

¹²⁰ Ebenda, S. 16 f.

¹²¹ Ebenda, S. 126 f.

¹²² Tálos, Zwischen Ausbau und Abbau – Sozialpolitik 1918–1938, S. 275.

terkammern, in denen die demokratische Selbstverwaltung ausgeschaltet wurde. Viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre wurden in Anhaltelagern, wie in Wöllersdorf oder in Kaisersteinbruch, interniert. Viele mussten aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit flüchten.¹²³

An die Stelle der bisher bestehenden Gewerkschaften trat eine neue **Einheitsgewerkschaft**, der von der Regierung am 2. März 1934 geschaffene „**Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten**“. Dieser stand unter der Aufsicht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und nahm am 1. Mai des Jahres seine Tätigkeit auf. Die Bestellung der leitenden Funktionäre war dem Ministerium vorbehalten, gleichfalls brauchten auch untergeordnete Funktionen seiner Zustimmung. Die christlichen Gewerkschaften wurden in kulturelle Vereinigungen umgewandelt, womit sie ihrer offiziellen Auflösung zwar entgingen, einer gewerkschaftlichen Betätigung durften aber auch sie nicht mehr nachgehen. Dies blieb der neuen Einheitsgewerkschaft vorbehalten.¹²⁴

Der Widerstand gegen das autoritäre Regime fand nicht nur von Seiten der in der Illegalität entstandenen Revolutionären Sozialisten oder auf Seiten der Kommunisten, sondern auch auf gewerkschaftlicher Ebene statt. Fast unmittelbar nach dem Verbot begannen sich die Freien Gewerkschaften im Untergrund neu zu organisieren.¹²⁵ So entstand im Februar 1934 in Wien das sozialdemokratische „**Siebenerkomitee**“ unter dem Vorsitz von **Karl Mantler** (1890–1965). Eine weitere illegale Gewerkschaftsgruppe bildete sich mit der seit dem 25. Februar bestehenden kommunistisch dominierten „**Wiederaufbaukommission**“. Im September 1934 entstand als Zusammenschluss von ehemaligen Angestelltengewerkschaften dann auch die „**Illegale freie Angestelltengewerkschaft Österreichs**“ (FRAGÖ), die sich 1935 mit den anderen beiden Gruppen zum „**Illegalen Bund der freien Gewerk-**

¹²³ Walter Göhring/Brigitte Pellar, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 13), Wien 2001.

¹²⁴ Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 98.

¹²⁵ Göhring/Pellar, Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat, S. 117.

schaften“ – wieder unter dem Vorsitz von **Karl Mantler** – zusammenschloss.¹²⁶

Ein Jahr später fand in Prag im Haus der tschechischen Gewerkschaftszentrale die erste große Konferenz der illegalen Vertrauensmänner statt. Auf dieser Konferenz wurde für die illegale Bewegung folgende Organisationsstruktur aufgestellt:

1. Eisenbahn, Verkehr und Transport
2. Lebensmittelindustrie
3. Metallindustrie und Bergbau
4. Chemische, Papier-, Gummi- und Glasindustrie, Graphiker
5. Bau- und Holzindustrie
6. Bekleidungs- und Textilindustrie
7. Hotel-, Gast- und Kaffeehausgewerbe und Vergnügungsindustrie
8. Landwirtschaft und
9. Angestellte aller Kategorien

Als Vertreter der freien Angestelltengewerkschaften nahm Friedrich Hillegeist an der Konferenz teil.¹²⁷ 1937 wurde der „Illegale Bund der freien Gewerkschaften“, dem es auch in Folge gelang, regelmäßig Konferenzen in der Tschechoslowakei abzuhalten und der in Brünn eine internationale Verbindungsstelle errichten konnte, vom „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ als Vollmitglied anerkannt.¹²⁸

Die Einheitsgewerkschaft hatte im Juni 1936 offiziell 353.585 Mitglieder. Von der überwiegenden Mehrheit der ArbeiterInnen und Angestellten wurde sie aber nicht als Organisation für die Vertretung ihrer Interessen betrachtet, weshalb die freie Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben und der Gewerkschaft eine wesentliche Forderung der illegalen Gewerkschaften darstellte. Dennoch beteiligten sich die illegalen Gewerkschaften bei den Wahlen für die Vertrauensmänner in die Werksgemeinschaften. Trotz Polizei-

¹²⁶ Paul Pasteur, *Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934–1938*, Innsbruck 2008.

¹²⁷ Josef Hindels, *Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934–1945*, Wien 1976, S. 123.

¹²⁸ Autengruber, *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945*, S. 101.

aktionen und Verhaftungen konnten sie erreichen, dass in vielen Betrieben wieder Vertrauenspersonen aus der Zeit vor 1934 gewählt wurden.¹²⁹



Abb. 9: Die Konferenz der illegalen Freien Gewerkschaften im Arbeiterheim Wien-Floridsdorf am 7. März 1938

Einige Male traten die illegalen Gewerkschaften auch offiziell in Erscheinung, um die Regierung auf die Stimmung der ArbeiterInnen und Angestellten aufmerksam zu machen und Bundeskanzler Schuschnigg Angebote zu einem gemeinsamen **Kampf gegen den Nationalsozialismus** zu unterbreiten. So kam es mit Unterstützung von ehemaligen christlichen Gewerkschaftern am 4. März 1938 zu einer Aussprache zwischen einer Delegation unter der Leitung von **Friedrich Hillegeist**, dem Vorsitzenden der FRAGÖ und späteren Vorsitzenden der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft, und Bundeskanzler Schuschnigg. Das Forderungsprogramm, das die Delegation Schuschnigg vorlegte, war von Hillegeist und dem Journalisten **Otto Leichter** (1897–1973) ausgearbeitet worden. Darin wurde un-

¹²⁹ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Band 1, S. 149.

ter anderem die Existenz freier gewerkschaftlicher Kreise oder das Recht auf eine freie politische Diskussion als Gegenleistung für die Unterstützung der Gewerkschaften gefordert. Doch Bundeskanzler Schuschnigg war nicht bereit, auf diese Forderungen einzugehen. Auf einer Vertrauensleutekonferenz im Arbeiterheim von Wien-Floridsdorf, an der am 7. März 1938 350 Delegierte – darunter auch Kommunisten – teilnahmen, einigten sich die TeilnehmerInnen darauf, Schuschnigg im Kampf gegen den Nationalsozialismus nach wie vor zu unterstützen, wenn dieser ihre Forderungen erfüllen würde. Doch auch dieser letzte Versuch, eine österreichische Front gegen Hitlerdeutschland aufzubauen, scheiterte.¹³⁰

4.3 Die „Freie Angestelltengewerkschaft Österreichs“ (FRAGÖ)

Im Herbst 1934 vereinigten sich die bis dahin getrennt agierenden Gewerkschaften der Angestellten in der Industrie, im Handel, im Versicherungsgewerbe, in den Sozialversicherungen und Banken unter der Leitung von Friedrich Hillegeist zur bereits genannten **„Illegalen Freien Angestellten-gewerkschafts Österreichs“ (FRAGÖ)**. Bei diesem Zusammenschluss handelte es sich um die erste einheitliche Angestelltengewerkschaft und nicht mehr um einen Zusammenschluss selbständiger Vereine wie die frühere „Sektion der Privatangestellten“ im „Bund der Freien Gewerkschaften“. Für die speziellen Interessen der Branchen wurden Fachgruppen eingerichtet. Die Organisationsstruktur der FRAGÖ sollte später auch zum Modell für die GPA in der Zweiten Republik werden.¹³¹ In seinen Erinnerungen „Mein Leben im Wandel der Zeiten“ schreibt Hillegeist über die FRAGÖ:

„... Sie hat schon damals den Grundsatz der Überparteilichkeit verwirklicht. Ich selbst war bewusst keiner der beiden illegalen Parteien, also weder der Kommunistischen Partei (KP) noch den Revolutionären Sozialisten (RS), beigetreten, sondern übernahm als unabhängiger Sozialist eine nicht immer ganz leichte Führungsrolle, zunächst im Rahmen der ‚Fragö‘, und genoß dann auch in der

¹³⁰ Klenner/Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 337 f.; Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010, Wien 2005, S. 16; Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 101.

¹³¹ Josef Hindels, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934–1945, Wien 1976, S. 265 ff.; Josef Hindels – Ein Vorbild für Generationen, in: Angestelltenjournal 3 (1990) S. 3.

Bundesleitung der illegalen Freien Gewerkschaften [...] eine Art politische Ausnahmestellung“.¹³²

Der erste Verbandstag der FRAGÖ, an dem illegale Delegierte aus Betrieben, Vertreter der Leitung des „Illegalen Bundes der Freien Gewerkschaften“, aber auch des „Internationalen Bundes der Privatangestellten“ und der Arbeitsgemeinschaft mitteleuropäischer Angestelltengewerkschaften teilnahmen, fand Pfingsten 1936 in Bratislava (Preßburg) statt.¹³³ Der Exekutive der FRAGÖ, die eng mit den illegalen Arbeitergewerkschaften zusammenarbeitete, gehörten **Friedrich Hillegeist, Theodor Heinisch, Otto Horn, Otto Skritek, Fritz Klenner, Johann Sebesta, Eduard Steiner** und **Mathias Pista** an.¹³⁴

4.4 Die Angestelltengewerkschaften: Auflösung, Widerstandsaktionen und deren AkteurInnen

Das Haus der **Gewerkschaft der Handelsangestellten** in der Werdertorgasse im ersten Wiener Gemeindebezirk wurde in den Vormittagsstunden des **12. Februar 1934** von Polizisten mit aufgesetzten Bajonetten besetzt. **Karl Pick**, Pionier der Handelsangestellten, mittlerweile schon 67 Jahre alt, wurde verhaftet und in das Polizeigefangenenhaus auf der Rossauer Lände eingeliefert. Kurze Zeit später wurde er in eine Zelle in das Wiener Landesgericht überstellt, die er mit dem Arzt und sozialdemokratischen Politiker **Wilhelm Ellenbogen, Karl Renner** und dem Wiener Bürgermeister **Karl Seitz** teilte.¹³⁵ Nach zwei Monaten wurde Pick aus der Haft entlassen und lebte in der Folge, nicht zuletzt auch wegen seines schlechten Gesundheitszustandes, sehr zurückgezogen in Wien. Er starb an den Folgen eines Hüftbruches während eines Krankenhausaufenthaltes auf dem Gang des Kaufmännischen Spitals, das er als Funktionär der Handelsangestellten mitbegründet hatte.¹³⁶

¹³² Friedrich Hillegeist, *Mein Leben im Wandel der Zeiten. Eine Selbstbiographie mit kritischen Betrachtungen*, Wien 1974, S. 13 ff.

¹³³ Otto Leichter, *Österreichs freie Gewerkschaften im Untergrund*, Wien 1963.

¹³⁴ Pellar, *Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten*, S. 33.

¹³⁵ Alfred Magaziner, *Die Wegbereiter. Aus der Geschichte der Angestelltenbewegung*, Wien 1975, S. 211.

¹³⁶ Karl Pick – Pionier der ersten Gewerkschaft der Angestellten, in: *Angestelltenjournal* 1 (1992) S. 6.

Alfred Broczyner wurde nach der Auflösung des **Vereins der Versicherungsangestellten** verhaftet und blieb monatelang in Untersuchungshaft. Die beiden Sekretäre des Vereins **Attilio Vaselli** (1884–1966) und **Si(e)gmund Jolles** flüchteten in die Tschechoslowakei. Sie wurden, wie viele andere GewerkschafterInnen, die Gewerkschaftsgelder vor dem Zugriff des Austrofaschismus retten wollten, in der Öffentlichkeit des Betrug und der Veruntreuung von „Arbeitergeldern“ bezichtigt.¹³⁷ Siegmund Jolles starb noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, **Vaselli** war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges am Aufbau der GPA beteiligt.

Eine der größten Widerstandsaktionen im Angestelltenbereich war der Streik im Zusammenhang mit der Pleite der **Phönix-Versicherungsgesellschaft**. An den Protestaktionen haben mehr als 2.000 Versicherungsangestellte teilgenommen, die gegen die Kürzung ihrer Gehälter und gegen den Entzug von Rechten demonstriert haben.¹³⁸

Aus den Reihen des „**Reichsvereins der Bank- und Sparkassengehilfen**“ wurde **Heinrich Allina** festgenommen und im Anhaltelager Wöllersdorf interniert.¹³⁹

Der **Güterbeamtenverband** sympathisierte mit dem Austrofaschismus und trat im April 1934 in die Vaterländische Front ein. Mit dem Bundesgesetz über die Errichtung des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft wurde das erste berufsständische Gesetz geschaffen.¹⁴⁰

Dass die **internationalen Beziehungen** der Gewerkschaften auch während des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes nicht völlig zusammenbrachen, zeigte sich einerseits darin, dass der 1921 in Wien gebildete „Internationale Bund der Privatangestellten“ bzw. sein Sekretär **Wilhelm (Wim) G. Spiekemann** auch nach 1934 Kontakt zu den in der Illegalität weiterarbeitenden (freigewerkschaftlichen) Organisationen hatte.¹⁴¹ Andererseits wollte der „In-

¹³⁷ Verschobene und veruntreute Arbeitergelder, in: Neues Wiener Journal, 17.3.1934; Peter Ulrich Lehner, Ein umfassendes gesellschaftliches Zentrum, in: Ders. (Hg.), Solidarität und Sicherheit, Wien 1983, S. 160.

¹³⁸ Josef Hindels, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934–1945, Wien 1976, S. 265.

¹³⁹ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1991, S. 44. Die Bankangestellten, in: Angestelltenjournal 7–8 (1990) S. 13; Pia Schönberger, Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933–1938, Strukturen – Brüche – Erinnerungen, Wien 2015.

¹⁴⁰ Zangl, Die Gutsangestellten 1879–1979, S. 132 f.

¹⁴¹ Wim Spiekemann – 60 Jahre, in: Der Privatangestellte 404 (1959) S. 6.

ternationale Bund Freier Gewerkschaften“ dem 1934 geschaffenen neuen „Illegalen Bund der freien Gewerkschaften“ seine Solidarität dadurch ausdrücken, dass er ihn – wie bereits genannt – 1937 als Mitglied anerkannte.¹⁴²

¹⁴² Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 101.

5. Der Nationalsozialismus und seine Folgen 1938–1945

Chronologie	
13.3.1938	Verlautbarung des Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich
15.3.1938	Hitler spricht bei einer Großkundgebung auf dem Wiener Heldenplatz.
16.3.1938	Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich
1.4.1938	Erster Transport von Regimegegnern ins Konzentrationslager Dachau
10.4.1938	Bei einer von den Nationalsozialisten gelenkten und kontrollierten „Volksabstimmung“ sprechen sich 99,73 Prozent für eine „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ aus.
6.1938	Die Deutsche Arbeitsfront nimmt ihre Tätigkeit in Österreich auf.
9./10.11.1938	Novemberpogrom
1.9.1939	Mit dem deutschen Überfall auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.
1941	Beginn der Deportationen von Jüdinnen und Juden in die NS-Vernichtungslager
1943	Luftangriffe auf österreichische Städte
1.11.1943	Die Moskauer Deklaration stellt die Wiederherstellung des österreichischen Staates in Aussicht.
29.3.1945	Sowjetische Truppen überschreiten im Burgenland bei Klostermarienberg die österreichische Grenze. In den folgenden Wochen dringen auch die Franzosen, Amerikaner und Briten nach Österreich vor.

5.1 Der „Anschluss“ an das Deutsche Reich, die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und die Anpassung des österreichischen Sozialversicherungssystems an das deutsche Recht

Einen Tag nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich wurde das Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verlautbart. Am 15. März verkündete Adolf Hitler auf dem Wiener Heldenplatz vor einer jubelnden Masse den **„Anschluss“ Österreichs in das Deutsche Reich** und ließ diesen durch eine kontrollierte Volksabstimmung am 10. April 1938 bestätigen. Bereits in der Nacht des Einmarsches begann eine **Verfolgungs- und Verhaftungswelle**, die nicht nur die freien GewerkschafterInnen, die illegalen Revolutionären SozialistInnen und KommunistInnen, sondern auch die führenden Persönlichkeiten des Austrofaschismus, des Klerus und vor allem die jüdischen BewohnerInnen Österreichs betraf. Bis November 1938 verstärkte sich der Terror gegen die jüdische Bevölkerung immer mehr. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 kam es nach dem Attentat auf den der NSDAP angehörenden Legationssekretär Ernst Eduard vom Rath in Paris auch in Wien und den Bundesländern zu organisierten Übergriffen, bei denen Synagogen, Wohnungen, Geschäfte und Friedhöfe angezündet, geplündert und zerstört wurden. Bald wurden aber auch die ersten Widerstandsgruppen gegründet, deren Mitglieder verschiedenen parteipolitischen Couleurs und sozialen Gruppen angehörten.¹⁴³ Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939 verlegten viele führende illegale freie GewerkschaftsfunktionärInnen den Schwerpunkt ihrer Widerstandstätigkeit auf Anraten des Internationalen Gewerkschaftsbundes ins Ausland, von wo aus sie auch die Verfolgten des NS-Regimes und je nach Möglichkeiten die illegalen Widerstandsgruppen unterstützten.¹⁴⁴

Die Einheitsgewerkschaft und die Arbeiterkammern wurden aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. An ihre Stelle trat die bereits am 2. Mai 1933 in Deutschland gegründete **Deutsche Arbeitsfront (DAF)**, eine Einheitsorganisation von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Die Mitglied-

¹⁴³ Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, Wien 2008, S. 49 ff.

¹⁴⁴ Krula, *Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945*, S. 51.

schaft in der DAF war zwar offiziell freiwillig, in der Praxis wagten es viele ArbeitnehmerInnen aber nicht, eine Mitgliedschaft zu verweigern.¹⁴⁵ An die Stelle der austrofaschistischen Werksgemeinschaften traten die nationalsozialistischen Betriebsorganisationen.¹⁴⁶

Während des Nationalsozialismus wurden mit dem **Gesetz der nationalen Arbeit** alle sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen dem Interesse der NS-Kriegswirtschaft untergeordnet. So wurden etwa mit Kriegsbeginn im September 1939 die Arbeitszeitregelungen für Arbeiter und Angestellte über 18 Jahre außer Kraft gesetzt und auch die Mehrarbeitszuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit gestrichen. Zudem wurden sämtliche verbliebenen Mitbestimmungsmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen zur Gänze ausgeschaltet. Mit der Wiedereinführung des 1918 gesetzlich verbotenen **Arbeitsbuches** wurde auch die freie Wahl des Arbeitsplatzes beseitigt. Die **Anpassung des österreichischen Sozialversicherungssystems an das deutsche Sozialversicherungsrecht** brachte allerdings für ArbeiterInnen mit der Reichsversicherungsordnung eine Alters- und Invalidenversicherung.¹⁴⁷ Nach der Wiedererrichtung der Republik Österreich blieben diese aufgrund des Rechts-Überleitungsgesetzes 1945 in Kraft. Erst das am 9. September 1955 beschlossene und ab 1. Jänner 1956 geltende Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) löste die bis dahin gültigen Bestimmungen ab.¹⁴⁸ Für Frauen bedeutete der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939, dass sie immer mehr in den Rüstungsbetrieben benötigt wurden. Verbesserungen im Mutterschutz 1940 und 1942 waren nicht als fortschrittliche frauenpolitische Maßnahmen gedacht, sondern sollten dazu beitragen, die Geburtenrate zu steigern. Die Frauen sollten möglichst viele Kinder zur Welt bringen, die als Erwachsene später im Krieg eingesetzt werden konnten.¹⁴⁹

¹⁴⁵ Klaus-Dieter Mulley, Von der NSBO zur Deutschen Arbeitsfront (DAF), in: Heinz Berger (Hg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gerhard Botz, Wien 2011, S. 193 ff.

¹⁴⁶ Peter Autengruber, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945, S. 102.

¹⁴⁷ GPA, 100 Jahre Angestelltengewerkschaften, S. 42.

¹⁴⁸ Klaus-Dieter Mulley/Sabine Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB (Gewerkschaftskunde 8, Stand: März 2018), Wien 2018, S. 10.

¹⁴⁹ Karin Schmidlechner, Frauen in Österreich zwischen 1918 und 1938, in: Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik, Innsbruck 2017, S. 313 ff.

5.2 Verfolgte AngestelltengewerkschafterInnen

Trotz der Anpassung an das NS-System, die durch viele gesellschaftliche Schichten ging und bei den Angestellten höher als bei den ArbeiterInnen war,¹⁵⁰ entstanden – nicht zuletzt im Bereich der Angestellten und Angestelltengewerkschaften – auch vielfältige Formen des Widerstandes. Viele AngestelltenwerkschafterInnen wurden verfolgt, inhaftiert und in Konzentrationslager, wie etwa Dachau oder Buchwald, gebracht. Ein Teil wurde nach einigen Tagen oder Wochen wieder freigelassen, später allerdings oft neuerlich verhaftet.¹⁵¹

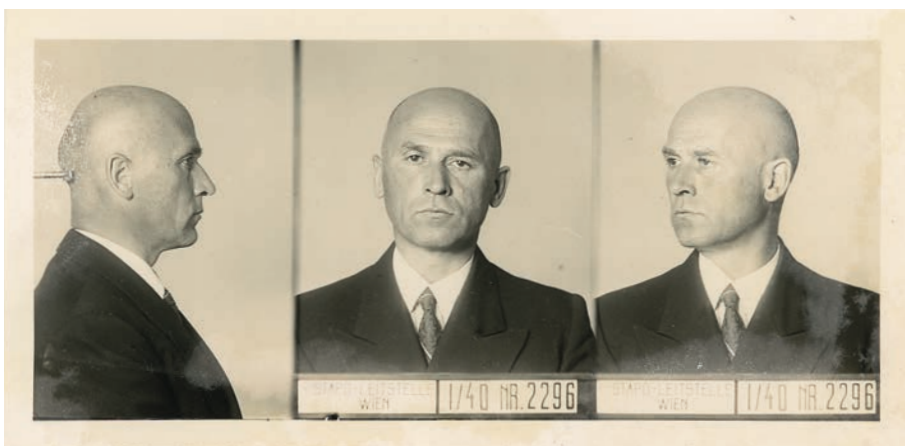


Abb. 10: Foto von Friedrich Hillegeist in der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien

¹⁵⁰ Nach Gerhard Botz waren 1941 etwa 60 Prozent aller Freiberufler, ca. 50 Prozent der Studierenden und ca. 40 Prozent aller öffentlich Bediensteten NSDAP-Mitglieder geworden. Bei den Angestellten aller öffentlichen Verwaltungszweige betrug der Anteil fast 70 Prozent, bei den dienstrechtlich und finanziell privilegierten (und kontrollierten) Beamten etwa 90 Prozent. Bei den höheren Beamten lag der Anteil an NSDAP-Mitgliedern bei rund 100 Prozent, bei Lehrern etwa bei 60 Prozent. Von den Bauern und Privatangestellten waren etwa 25 bis 30 Prozent der NSDAP beigetreten. Der Anteil bei ArbeiterInnen und Selbständigen in Handel und Gewerbe betrug (1941) etwa 15 bzw. 18 Prozent. Der Anteil unter den insgesamt Berufstätigen (1941) lag bei 21 Prozent. Vgl. dazu: Gerhard Botz, Arbeiter und andere Lohnabhängige im Nationalsozialismus. Vortrag bei der International Conference of Labour and Social History (42. Linzer Konferenz), 14.–17.9.2006, online: <https://www.lbihs.at/BotzArbeiterNS.pdf> (12.10.2018).

¹⁵¹ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Stacheldraht, mit Tod geladen ... Der Erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, Wien 2008, S. 8 f.

Friedrich Hillegeist, der am 3. März 1938 noch mit Bundeskanzler Schuschnigg über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Nationalsozialisten verhandelt hatte, wurde als einer der prominentesten GewerkschafterInnen bereits am 12. März 1938 von der Gestapo festgenommen und bis Ende Juni 1938 inhaftiert. Vom 1. September 1939 bis Ende April 1940 war er Häftling im Konzentrationslager Buchenwald. Nach seiner Freilassung wurde er im Zuge des Hitler-Attentats 1944 erneut in Haft genommen. Im November 1944 erhielt er einen Stellungsbefehl, dem er durch seine Flucht nach Böhmen entgehen konnte. In der Folge beteiligte er sich an Widerstandsaktivitäten zur Rettung von jüdischen Zwangsarbeiterinnen.¹⁵²

Rudolf Häuser, Nachfolger von Friedrich Hillegeist als Vorsitzender der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft und späterer Vizekanzler in der Regierung Kreisky, überlebte das Konzentrationslager Dachau.¹⁵³

Theodor Heinisch, Mitglied des Vereins der Versicherungsangestellten Österreichs und einer der Mitbegründer der FRAGÖ entging nur knapp der Todesstrafe. 1945 nahm er gemeinsam mit anderen Kollegen wie etwa **Attilio Vaselli** den Wiederaufbau der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft in Angriff. Von 1946 bis zu seiner Pensionierung war er Sekretär der Sektion. Über viele Jahre trat er auch in Wiener Schulen als Zeitzeuge auf.¹⁵⁴

Otto Horn, in der Zeit der Ersten Republik Sekretär des Bundes der Industrieangestellten, wurde schon 1937 festgenommen und war ein Jahr im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert. Am 4. April 1939 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert, wo er beinahe sechs Jahre bis zum Kriegsende verbringen musste.¹⁵⁵

¹⁵² Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, S. 51; Edeltraud Karlsböck, *Friedrich Hillegeist. Ein Politiker der „zweiten Reihe“ mit Ambitionen als Lyriker, verantwortlich für eines der wichtigsten Gesetzeswerke der Zweiten Republik*, Univ.-Diss., Wien 2012.

¹⁵³ Rudolf Häuser, *Dachau 1945. Letzte Tage im KZ – Evakuierung – Flucht*, Wien 1995.

¹⁵⁴ Ein Leben für die Rechte der Arbeitnehmer, Theodor Heinisch – 70 Jahre Mitglied der GPA, in: *Angestelltenjournal* 1 (1993) S. 20; Theodor Heinisch, *Österreichs Arbeiter für die Unabhängigkeit 1934 bis 1945*, Wien 1968.

¹⁵⁵ Zentralsekretär Otto Horn 60 Jahre, in: *Der Privatangestellte* 537 (1965) S. 1 f.; Emil Carlebach/Willy Schmidt/Ulrich Schneider (Hg.), *Buchenwald ein Konzentrationslager. Berichte – Bilder – Dokumente*, Bonn 2000, S. 119.

Otto Skritek, leitender Sekretär der Sektion Handel in der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft und späterer SPÖ-Nationalratsabgeordneter, wurde im Zuge der großen Verhaftungswelle im August 1939 festgenommen und von 1939 bis 1944 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert. Später wurde er von dort in eine Strafeinheit beordert.¹⁵⁶

Durch den Nationalsozialismus doppelt gefährdet waren **jüdische GewerkschafterInnen**, denn sie wurden nicht nur aufgrund ihrer politischen Einstellung, sondern auch aufgrund der NS-Rassengesetze verfolgt. So verstarb etwa der schwerkranke Organisator der Handelsangestellten **Karl Pick**, dem als Jude ein Spitalzimmer versagt blieb, am 3. August 1938 am Gang des Spitals der Wiener Kaufmannschaft.¹⁵⁷

Eine Überlebenschance hatten die jüdischen GewerkschafterInnen oft nur dann, wenn sie ins Ausland flüchten konnten – wie dies im Fall von **Manfred Ackermann**,¹⁵⁸ **Josef Eksl** (1909–2000)¹⁵⁹ und **Hugo Breitner** der Fall war. Ackermann und Eksl waren zuvor in der Jugendsektion des „Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten“ tätig gewesen. Hugo Breitner¹⁶⁰ war bereits um die Jahrhundertwende im „Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs“ tätig gewesen und wurde später Finanzstadtrat im Roten Wien.

Josef Hindels (1916–1990) absolvierte eine kaufmännische Lehre und trat schon als Jugendlicher gegen Antisemitismus und Rassismus auf. Er war in den Jahren von 1933 bis 1937 mehrmals in Haft und flüchtete 1937 in die Tschechoslowakei und 1939 nach Norwegen, wo er im Sekretariat der Internationalen Arbeiterfront tätig war. 1941 setzte er seine Widerstandstätigkeit in Schweden fort. 1946 kehrte er nach Österreich zurück.¹⁶¹

¹⁵⁶ Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, S. 43.

¹⁵⁷ Magaziner, *Die Wegbereiter*. Aus der Geschichte der Angestelltenbewegung, S. 208 ff.

¹⁵⁸ Peter Lhotzky, *Manfred Ackermann zum 100. Geburtstag*, Wien 1998.

¹⁵⁹ Karl Ausch, Hugo Breitner, in: Norbert Leser (Hg.), *Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus*, Wien 1965, S. 97–105; Alfred Magaziner, *Die Wegbereiter*. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1975, S. 137–139.

¹⁶⁰ VGA, *Hugo Breitner – Julius Tandler. Architekten des Roten Wien (Dokumentation 2/97)*, Wien 1997.

¹⁶¹ Josef Hindels, *Erinnerungen eines linken Sozialisten*, Wien 1996; Eleonore Lappin, *Jüdische Lebenserinnerungen. Rekonstruktion von jüdischer Kindheit und Jugend im Wien der Zwischenkriegszeit*, in: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), *Wien und*

Therese Schlesinger, Pionierin der gewerkschaftlichen Frauenbildung, Gründerin der Frauensektion der kaufmännischen Angestellten und später eine der ersten weiblichen Abgeordneten, floh nach dem „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland wegen ihrer jüdischen Herkunft nach Frankreich, wo sie am 5. Juni 1940 verstarb.¹⁶²

Der Gewerkschaftspionier **Julius Bermann** kam 1940 in ein jüdisches Altersheim in Wien und wurde von dort 1942 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, wo er am 7. Jänner 1943 an den Folgen der Inhaftierung starb.¹⁶³ Zwei seiner Töchter wurden ebenfalls in einem Konzentrationslager ermordet.¹⁶⁴

Mathilde Eisler von den Versicherungsangestellten wurde am 15. Oktober 1941 in das Konzentrationslager Łódź (Litzmannstadt) deportiert, von wo sie nicht mehr zurückkehrte.¹⁶⁵

Der Zweite Weltkrieg kostete mindestens 50 Millionen Menschen das Leben. Der nationalsozialistischen Rassenpolitik fielen rund 6.000.000 Juden und Jüdinnen zum Opfer, darunter rund 65.000 ÖsterreicherInnen. Dem Widerstand von einzelnen Gruppen oder auch einzelnen Menschen – wie jener von vielen GewerkschafterInnen – stand ein großes Heer an Parteimitgliedern der NSDAP, NS-SympathisantInnen und MitläuferInnen gegenüber. Im Umgang mit den Alliierten spielte er eine wesentliche Rolle für die Zeit nach dem Kriegsende, da in der Moskauer Deklaration 1943 ein Beitrag zur Befreiung vom Nationalsozialismus explizit gefordert wurde und er damit eine wichtige Voraussetzung für die Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Staates sein sollte.¹⁶⁶

die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 26.

¹⁶² Gabriella Hauch, Therese Schlesinger, geb. Eckstein (1863–1940). Schreiben über eine Fremde, in: Gabriella Hauch (Hg.), Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938, Innsbruck 2009, S. 249–267.

¹⁶³ Magaziner, Die Bahnbrecher, S. 185 ff.

¹⁶⁴ „Ich widme es den jungen Generationen“, in: Der Standard, 2.5.2008.

¹⁶⁵ Korotin, BiografiA, Band: 1 A-H, S. 685.

¹⁶⁶ Rathkolb, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), S. 521 und S. 523 f.

6. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung 1945 – die Gründung des ÖGB und der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft (GAP)

Chronologie	
15.4.1945	Gründung des ÖGB. Johann Böhm wird erster Präsident.
27.4.1945	Proklamation der Vorstände der politischen Parteien über die Selbstständigkeit Österreichs und Einsetzung der Provisorischen Staatsregierung unter Staatskanzler Renner
29.4.1945	Konstituierende Sitzung der Regierung Renner
30.4.1945	Selbstmord Hitlers in Berlin
30.4.1945	Die sowjetische Besatzungsmacht genehmigt die Gründung des ÖGB.
30.4.1945	Konstituierung des provisorischen Vorstandes der Angestellten-Gewerkschaft
5.5.1945	Als letztes Konzentrationslager des NS-Regimes wird das KZ Mauthausen von alliierten Truppen befreit.
8.5.1945	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht
9.7.1945	Österreich wird in vier Besatzungszonen aufgeteilt.
20.7.1945	Wiedererrichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte
20.10.1945	Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung durch den Alliierten Rat und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf ganz Österreich
25.11.1945	Erste freie Parlamentswahlen in der Zweiten Republik
20.12.1945	Bildung einer Konzentrationsregierung (ÖVP, SPÖ, KPÖ) unter Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP)

6.1 Die Anfänge der Zweiten Republik

Mit dem Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland war die nationalsozialistische Herrschaft über Österreich beendet. Der Wiederaufbau Österreichs konnte beginnen. Der Krieg hatte in der Bundeshauptstadt Wien und auch in vielen anderen Städten und Orten seine Spuren hinterlassen. Der Personen- und Güterverkehr war eingeschränkt, da Brücken, Straßen und Schienen teilweise oder ganz zerstört waren. Produktionsanlagen waren durch Luft- und Bombenangriffe beschädigt oder gänzlich zerstört. Auch in der Wirtschaft hatte der Krieg schwere Schäden hinterlassen. Die Bevölkerung, insbesondere in den Städten, war von den katastrophalen Bedingungen schwer betroffen. Es fehlte an Nahrungsmitteln, an Bekleidung und Medikamenten, vor allem auch an Kohle und Strom.

Am 27. April 1945, als der Krieg noch nicht offiziell beendet war, proklamierten Vertreter der SPÖ, die aus VertreterInnen der Sozialdemokratischen Partei und der Revolutionären Sozialisten entstanden war, der ÖVP als bürgerliche Sammelpartei, die sich von der Christlichsozialen Partei durch ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie abgrenzte, und der KPÖ die Unabhängigkeit Österreichs. Noch am selben Tag konstituierte sich auch die **Provisorische Staatsregierung** unter dem Vorsitz von **Karl Renner**, der damit nicht nur der erste Staatskanzler der Ersten, sondern auch der Zweiten Republik wurde.

Im Juli 1945 schlossen die Alliierten ein Abkommen über die Kontrolle Österreichs und teilten das Land in Besatzungszonen auf, der Sitz des Alliierten Rates war in Wien.

Im Herbst 1945 konnte die Provisorische Staatsregierung den Kontakt mit den westlichen Bundesländern intensivieren und die Sicherung des Gesamtstaates in drei Länderkonferenzen erreichen, womit eine wichtige Voraussetzung für die ersten freien Wahlen (seit 1930) geschaffen wurde. Diese fanden am 25. November 1945 aufgrund eines eigenen Wahlrechts, das ehemalige NationalsozialistInnen ausschloss, statt.

Am 20. Dezember wurde aufgrund des Wahlergebnisses eine neue **Regierung** unter dem Vorsitz von **Leopold Figl** (ÖVP) gebildet, der ÖVP, SPÖ und KPÖ angehörten. Damit wurde – wie es bereits bei der Provisorischen Staatsregierung der Fall war – eine Allparteienregierung gebildet, die bis zum Ausscheiden der Kommunisten 1947 dauerte und dann von einer

Großen Koalition aus ÖVP und SPÖ abgelöst wurde. Karl Renner wurde am 20. Dezember 1945 von der Bundesversammlung (d. h. noch nicht in direkter Wahl durch das Volk) zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.¹⁶⁷

6.2 Die Gründung des ÖGB und seine Organisationsprinzipien

Bereits in den ersten Apriltagen des Jahres 1945 trafen sich noch im Untergrund Vertreter der ehemaligen Richtungsgewerkschaften und nahmen Gespräche zur Gründung eines einheitlichen und überparteilichen Gewerkschaftsbundes auf. Nur wenige Tage später, am **15. April 1945**, versammelten sich im Direktionsgebäude der Wiener Westbahn VertreterInnen fast aller früher existierenden Gewerkschaften und beschlossen die Gründung des **Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB)**. In der ÖVP hatte es noch Debatten gegeben, ob nicht wieder die christlichen Gewerkschaften etabliert werden sollen. Jüngere Gewerkschafter um Lois Weinberger und Erwin Altenburger hatten sich aber dagegen ausgesprochen und durchsetzen können.

Zum provisorischen Vorsitzenden wurde der Baugewerkschafter **Johann Böhm** (1886–1959) gewählt, der auf Seiten der Sozialisten wesentlich für die Gründung des ÖGB eintrat und maßgeblich dazu beitrug, dass es im Vergleich zur Zeit vor 1933 zu einer stärkeren Integration der sozialistischen Gewerkschaften in die SPÖ kam.¹⁶⁸ Böhm, geboren 1886 in Stögersbach (Niederösterreich), war von Beruf Maurer und hatte seine gewerkschaftliche und politische Karriere wie viele andere GewerkschafterInnen bereits in der Zeit der Ersten Republik begonnen. Nach dem Bürgerkrieg 1934 und dem „Anschluss“ 1938 war er mehrfach in Haft und unter Polizeiaufsicht gewesen. Nach Kriegsende wurde er nicht nur zum ersten ÖGB-Präsidenten gewählt, sondern war in der Provisorischen Staatsregierung Renner auch Staatssekretär für soziale Verwaltung. Nach den Wahlen vom 25. November 1945 zog er als Abgeordneter in den Nationalrat ein. Das Amt des ÖGB-

¹⁶⁷ Oliver Rathkolb. Die Zweite Republik (seit 1945), in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs, 2. Auflage, Stuttgart 2015, S. 525f ff.; Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, S. 232 ff.

¹⁶⁸ Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), S. 570 f.

Präsidenten übte er bis zu seinem Tod 1959 aus. In diesem Zeitraum war er auch Zweiter Präsident des Nationalrates, Mitglied im SPÖ-Vorstand und Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.¹⁶⁹ Zu seinen Stellvertretern an der Spitze des ÖGB wurden am 15. April 1945 **Lois Weinberger** (1902–1961) aus dem ehemaligen christlichsozialen Lager und **Gottlieb Fiala** (1891–1970) von der KPÖ bestellt. Am 30. April 1945 genehmigte die sowjetische Besatzungsmacht die Gründung des ÖGB, womit nun auch offiziell die Wiederaufbauarbeit der Gewerkschaften beginnen konnte.

Ebenfalls an diesem Tag erfolgte auch die Einigung auf die Bildung von **16 Gewerkschaften** für folgende Berufsgruppen:

1. Angestellte in der Privatwirtschaft
2. Öffentlich Angestellte
3. Gemeindeangestellte
4. Angestellte der freien Berufe
5. Bau- und Holzarbeiter
6. Arbeiter der chemischen Industrie
7. Eisenbahnbedienstete
8. Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe
9. Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter
10. Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe
11. Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft
12. Lebens- und Genußmittelarbeiter
13. Metall- und Bergarbeiter
14. Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter
15. Post- und Telegraphenbedienstete
16. Arbeiter der persönlichen Dienstleistungen

Am 8. Oktober 1945 erteilte der Alliierte Rat auch die Genehmigung für die Bildung von Gewerkschaftsorganisationen in den Bundesländern.¹⁷⁰

¹⁶⁹ Karin Holzer, Johann Böhm, eine Biographie, Wien 1998; Brigitte Kepplinger, Johann Böhm, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang Müller (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, S. 78–85; Guenther Steiner, Johann Böhm in der österreichischen Sozialversicherung, Wien 2011.

¹⁷⁰ Franz-Josef Lackinger, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945 (Gewerkschaftskunde 3, Stand: September 2017), Wien 2017, S. 10 ff.

Die Organisationsform, die sich der ÖGB gab, stellte zugleich einen Schlusspunkt und einen Anfang dar. Einen Schlusspunkt markierte die Gründung des ÖGB insofern, als durch das Prinzip der **Überparteilichkeit** den Richtungsgewerkschaften, wie sie seit Ende des 19. Jahrhunderts bestanden hatten, ein Ende gesetzt wurde. Es hieß, der ÖGB solle überparteilich, aber nicht unpolitisch sein, was sich durch die in den folgenden Jahren entstandenen Fraktionen ausdrücken sollte. Diese sollten die Gewerkschaftsmitglieder einer bestimmten weltanschaulichen bzw. parteipolitischen Richtung vereinigen.¹⁷¹ In der ersten Hälfte der 1950er-Jahre setzte die Bildung von Fraktionen entlang der Parteilinien ein. Als erste Partei begann die KPÖ mit der Fraktionsbildung, die zur Bildung der „**Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit**“ (**GE**) führte. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei 1968 kam es zur Spaltung, wonach sich der KPÖ-nahe Teil „Gewerkschaftlicher Linksblock“ (GLB) nannte. Ebenfalls Anfang der 1950er-Jahre konstituierte sich mit Unterstützung der katholischen Arbeiterverbände eine eigene „**Fraktion christlicher Gewerkschafter (FCG)**“, ab 1952 bauten auch die Sozialisten die „**Fraktion sozialistischer Gewerkschafter (FSG)**“ auf.¹⁷² Einen Anfang bedeutete die Gründung des ÖGB deswegen, da nun alle Gewerkschaften in einem zentralistisch organisierten Dachverband organisiert waren.¹⁷³ Der ÖGB sollte nach seiner Gründungsidee eine **einheitliche Organisation** sein. Es sollte damit nur einen Verein, sprich den ÖGB, mit Geschäftsstellen in jedem Bundesland (Landesexekutiven, später Landesorganisationen) geben, deren Aufgaben und Kompetenzen in den Statuten fixiert wurden. Dabei sollte ein **flexibles Industriegruppenprinzip** gelten. Das bedeutete zum einen, dass Kollektivverträge nicht mit einzelnen Unternehmen oder Gewerbetrei-

¹⁷¹ Brigitte Pellar, Der ÖGB – ein Teil von Österreich. Ein Rückblick und Ausblick aus Anlass der Gründung des österreichischen Gewerkschaftsbunds vor 60 Jahren, in: ÖGB (Hg.), Jahrbuch, Wien 2005, S. 50.

¹⁷² 2018 gab es im ÖGB folgende Fraktionen: Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen, Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Gewerkschaftlicher Linksblock, Unabhängige GewerkschafterInnen, Parteifreie GewerkschafterInnen Österreichs und Freiheitliche Arbeitnehmer. Vgl.: Der ÖGB steht für gesellschaftliche Breite, online: https://www.oegb.at/cms/S06/S06_2.2.f.a/1342537076322/ueberuns/wir-sind/bundesvorstand/der-oegb-steht-fuer-gesellschaftliche-breite?d=Touch (20.2.2018); Klenner/Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 553; Pellar, Der ÖGB – ein Teil von Österreich, S. 54; Ferdinand Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 468.

¹⁷³ Klenner/Pellar, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 913.

benden, sondern für eine oder mehrere Branchen abgeschlossen werden sollten, in denen Beschäftigte mit den unterschiedlichsten Berufen zusammenarbeiten. Zum anderen hieß es, dass die BetriebsätInnen für die ganze Belegschaft eines Unternehmens zuständig sein sollten. Eine Ausnahme sollten lediglich der öffentliche Sektor und Betriebe mit Angestellten bilden: Waren ArbeiterInnen und Angestellte zugleich beschäftigt, sollten zwei Gewerkschaften zuständig sein.¹⁷⁴

In der Zeit des organisatorischen Aufbaues des ÖGB und der Gewerkschaften entwickelte sich der Mitgliederstand sehr rasant: Ende Juli 1945 konnten nach (noch sehr ungenauen) Aufzeichnungen 128.770 Gewerkschaftsmitglieder registriert werden, bis Dezember 1945 stieg die Zahl auf 298.417 Mitglieder an.¹⁷⁵ Im Dezember 1947 waren es bereits 1,238.088 Mitglieder. 1950 hatte der ÖGB trotz hoher Arbeitslosenzahlen 1,290.581 und 1955 1,398.446 Mitglieder.¹⁷⁶

6.3 Die Gründung der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft (GAP) und der erste (provisorische) Vorsitzende Richard Seidel

Am Tag der Genehmigung des ÖGB durch die sowjetische Besatzungsmacht am 30. April 1945 konstituierte sich im Haus der früheren Arbeiterkammer (Wien 1, Ebendorferstraße 7) auch der provisorische Vorstand der Gruppe der Angestellten. Bis dahin hatten bereits mehrmals Besprechungen von ehemaligen Funktionären der Gewerkschaftsvereine, die in der Zeit vor 1934 Angestellte vertreten hatten und sich in Wien aufhielten, wie etwa **Otto Horn**,¹⁷⁷ **Eduard Hofecker**¹⁷⁸ und **Oswald Polke**, stattgefunden.

Vorsitzender der neuen Angestelltengewerkschaft unter dem Namen „Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft“ (GAP) sollte der be-

¹⁷⁴ Pellar, Der ÖGB – ein Teil von Österreich, S. 51 f.

¹⁷⁵ Lackinger, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945, S. 15.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 21 f.

¹⁷⁷ Manfred Mugrauer, Partei der ArbeiterInnenklasse. Zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Verankerung der KPÖ in den Jahren 1945–1955, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft 4 (2011) S. 1–11.

¹⁷⁸ Eduard Hofecker – 60 Jahre, in: Der Privatangestellte 371 (1958) S. 1.

reits mehrmals erwähnte Obmann der illegalen Angestelltengewerkschaft (FRAGÖ) **Friedrich Hillegeist** werden. Da man über dessen Verbleib zu diesem Zeitpunkt noch keine Informationen hatte, wurde die Vereinbarung getroffen, dass vorerst **Richard Seidel**, Vorsitzender des „Bundes der Industrieangestellten“ in der Zeit der Ersten Republik, bis zu seiner Rückkehr den Vorsitz übernehmen sollte. Erster Stellvertreter wurde **Anton Gottlieb** von den Handelsangestellten, zweiter Stellvertreter **Franz Janko** von den Bankangestellten. Am 5. Mai 1945 wurde **Karl Untermüller** als Vertreter der christlichen Fraktion zum Obmann-Stellvertreter gewählt.¹⁷⁹

Richard Seidel wurde am 11. Jänner 1872 in Rumburg (Böhmen) geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Realschule begann er mit technischen Studien. Er arbeitete in der Erzherzoglich Albrecht'schen Eisenkonstruktionswerkstätte und in der Brückenbauanstalt Lipina-Karlschütte, wo er Gruppenleiter und später Gewerkschafter wurde. Von 1919 bis 1923 war Seidel Mitglied des Wiener Gemeinderates und von 1926 bis 1934 Abgeordneter zum Nationalrat. Er verstarb am 21. September 1947 im 75. Lebensjahr in Wien – nur kurz nachdem er den Vorsitz der GAP an Friedrich Hillegeist übergeben hatte. Zwanzig Jahre nach seinem Tod wurde ihm mit der „Ing. Richard-Seidel-Plakete“, mit der MitarbeiterInnen der Sektion Industrie und Gewerbe ausgezeichnet wurden, ein bleibendes Andenken gesetzt.¹⁸⁰ Friedrich Hillegeist beschrieb ihn anlässlich der Verleihung der Großen Goldenen „Ing.-Richard-Seidel-Medaille“ auf dem sechsten Gewerkschaftstag der GAP wie folgt:

„Seidel war zweifellos eine Persönlichkeit, aber er war eine eigenwillige Persönlichkeit. Es war nicht leicht, mit ihm auszukommen, wie etwa mit einem anderen, der nie und nirgends anstößt. Er hat aber eine Eigenschaft gehabt, die ich mir, Gott sei Dank, halbwegs angeeignet habe: ich habe damals oft empfunden, wie wichtig es ist, daß man eine einmal als richtig erkannte Überzeugung konsequent durchhält und so lange vertritt, bis man sie durchgesetzt hat.“¹⁸¹

Am 5. Juni 1945 wurden über den ÖGB die ersten Angestellten in die GAP aufgenommen. Nach und nach konnten auch die Sektionen ihre Tätigkeit aufnehmen. Den schwierigen Start 1945 schilderte einer der frühen Funk-

¹⁷⁹ Göhring, Um Freiheit und Mitbestimmung, S. 202.

¹⁸⁰ Ing. Richard Seidel, in: Der Privatangestellte 771 (1967) S. 7.

¹⁸¹ 65 Jahre gewerkschaftlich organisierte Industrieangestellte, in: Der Privatangestellte 614 (1970) S. 11.

tionäre, der kommunistische Gewerkschafter und Vater des Bildhauers Alfred Hrdlicka, **Leopold Hrdlicka**, wie folgt:

„Uns Privatangestellten wurden in der Ebendorferstraße 7 zwei Zimmer und ein kleiner Saal zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe von einigen Arbeitern wurden die Feldbetten entfernt, einige Schreibtische und Stühle organisiert, Papier und anderer Abfall in die Ecken des Saales gekehrt. Die Kollegen Gottlieb, Ing. Hedrich, Lifka und ich, hatten ihre Schreibtische im Saal zwischen den Misthaufen aufgestellt, und die Kolleginnen Marie Ferez und Grete Horak (ehemalige Jugendfunktionärin des kaufmännischen Zentralvereines) erledigten nicht nur unseren ersten Schriftverkehr, sondern leisteten auch viel organisatorische Arbeit durch Werbung der täglich zahlreich vorsprechenden und in Schlangen wartenden Angestellten“.¹⁸²

6.4 Die Gründung der Sektionen der Angestellten in der Privatwirtschaft

Die Angestelltengewerkschaften organisierten sich am Beginn der Zweiten Republik als „Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft“, die sich nun in **sechs Sektionen** gliederte. Es handelte sich dabei um

1. die Sektion Industrie und Gewerbe
2. die Sektion Angestellte des Handels und privaten Verkehrs
3. die Sektion Banken, Sparkassen und Kreditinstitute
4. die Sektion Versicherungsangestellte
5. die Sektion Sozialversicherungsangestellte
6. die Sektion Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft¹⁸³

Diese sollten innerhalb der Organisation eine weitgehende Autonomie, insbesondere in Fragen der Gehalts- und Kollektivvertragspolitik bekommen, der Abschluss von Kollektivverträgen sollte jedoch in Abstimmung mit der Gesamtgewerkschaft erfolgen.¹⁸⁴ Wie sich bald zeigte, entwickelten die

¹⁸² Erinnerungen an 1945, in: Der Privatangestellte 615 (1970) S. 17; Peter Autengruber/Manfred Mugrauer, Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme, Wien 2016, S. 74 f.

¹⁸³ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947 und stenographisches Protokoll des ersten Kongresses des ÖGB 1948, Wien 1948, S. 3/3.

¹⁸⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S. 3/5.

Sektionen durch diese Autonomie ein Eigenleben, über das sich bereits Friedrich Hillegeist auf dem fünften Gewerkschaftstag 1962 kritisch äußerte:

„In der letzten Zeit scheint mir allerdings, als ob die einzelnen Sektionen von Zeit zu Zeit dazu neigen würden, sich stärker zu verselbständigen, als dies ihren und den allgemeinen Interessen unserer Mitglieder entspricht“.¹⁸⁵

In späteren Jahren sollte diese Entwicklung ein wichtiger Faktor für eine umfassende im Jahr 2000 beschlossene Organisationsreform sein. Bis dahin blieb jedoch die nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegte Organisationsstruktur im Wesentlichen unverändert, die aus dem Gewerkschaftstag, der Vorstandskonferenz, dem Zentralvorstand, einem Zentralsekretariat, dem Präsidium und eben den sechs Sektionen bestand, die historisch betrachtet Nachfolgerinnen der Gewerkschaftsvereine vor 1934 waren.¹⁸⁶

Zu den Herausforderungen der ersten Jahre zählte neben dem **Aufbau der Sektionen**, der **Aufbau von Ortsgruppen und Zahlstellen**, die **Mitgliederwerbung** und auch deren **Unterstützung**, da die Mitglieder des ÖGB Anspruch auf Unterstützungen im Falle von Arbeitslosigkeit und Zuschüsse zu den staatlichen Renten hatten, und auch materiell unterstützt wurden. So wurden etwa für Gewerkschaftsmitglieder Schuh- und Bekleidungs Spenden sowie Auspeisungen organisiert, die in der ersten Nachkriegszeit höchst willkommen waren.¹⁸⁷

Vermutlich noch im Sommer 1945 konnte die GAP in das **Haus am Deutschmeisterplatz 2** übersiedeln, das über viele Jahrzehnte (bis ins Jahr 2005) ihr Sitz bleiben sollte. Bei diesem handelte es sich um das ehemalige Haus des „Vereins der Versicherungsangestellten“. Dieses Wohn- und Geschäftsgebäude, das „Nobelzinshaus“ Hellin & Milch, wurde 1880 nach Plänen des österreichischen Architekten Dionys Milch an der Ecke Deutschmeisterplatz und Maria-Theresien-Straße errichtet. Später entwarf Milch auch das Mietshaus am Friedrich-Schmidt-Platz 2 (heute Amerika-Haus), das Direktionsgebäude der Staatsbahnen (Schwarzenbergplatz 3; 1945 zerstört) und die im maurischen Stil erbaute Synagoge in Bratislava (Pressburg; 1969 abgerissen).

¹⁸⁵ GPA, Die österreichischen Angestellten und ihre Gewerkschaften. Aus der Geschichte für die Gegenwart lernen, Wien 1982, S. 54.

¹⁸⁶ GPA, Die österreichischen Angestellten und ihre Gewerkschaft, S. 54.

¹⁸⁷ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S. 3/4.



Abb. 11: Das ehemalige Haus der GPA am Deutschmeisterplatz

Während der NS-Zeit war das spätere Gebäude der Privatangestellten u. a. Sitz des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gewesen.¹⁸⁸

¹⁸⁸ Allgemeiner Fragekasten: in: Neues Wiener Tagblatt, 5.2.1940; Elmar Schübl, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen“, in: Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (Hg.), Hans Sallmutter. Unbeugsamer Menschenfreund, Wien 2015, S. 18.

7. Die Ära Friedrich Hillegeist 1945–1962

Chronologie	
20.7.1945	Gesetz über die Wiederrichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte
15.4.1946	„Der Privatangestellte“ erscheint zum ersten Mal.
20.7.1946	Erstes Verstaatlichungsgesetz
26.2.1947	Kollektivvertragsgesetz
28.3.1947	Betriebsrätegesetz
10.–14.12.1947	1. Gewerkschaftstag der GAP
2.7.1948	Der Vertrag über die Beteiligung Österreichs am Marshall-Plan wird unterzeichnet.
9.10.1949	Nationalratswahlen. In Folge Bildung einer ÖVP-SPÖ-Regierung
9/10.1950	Massenproteste gegen das 4. Preis- und Lohnabkommen
17.–19.11.1950	2. Gewerkschaftstag der GAP
22.2.1953	Nationalratswahlen
28.8.1953	Gründung der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte
17.–20.11.1954	3. Gewerkschaftstag der GAP
15.5.1955	Unterzeichnung des Staatsvertrages
9.9.1955	Beschluss des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG)
26.10.1955	Die immerwährende Neutralität Österreichs wird beschlossen.
13.5.1956	Nationalratswahlen
27.3.1957	Errichtung der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen

Chronologie	
13.5.1957	Mutterschutzgesetz
5.–8.11.1958	4. Gewerkschaftstag der GAP
1.2.1959	Generalkollektivvertrag über die Einführung der 45-Stunden-Woche (zuvor 48-Stunden-Woche)
10.5.1959	Nationalratswahlen
13.5.1959	Tod von ÖGB-Präsident Johann Böhm. Franz Olah wird sein Nachfolger.
3.5.1960	Österreich wird Mitglied der EFTA.
9.–13.5.1962	Metallarbeiterstreik – der größte Lohnkonflikt seit 1945
18.11.1962	Nationalratswahlen

7.1 Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Etablierung der Sozialpartnerschaft

Die seit 1947 amtierende **Große Koalition** wurde sowohl nach der Nationalratswahl 1949 als auch nach den Wahlen 1953, 1956, 1959 und 1962 verlängert. Die 1947 aus der Konzentrationsregierung ausgeschiedenen Kommunisten blieben noch bis 1959 im Nationalrat vertreten. 1949, als der Großteil der ehemaligen NationalsozialistInnen wieder wahlberechtigt war, gelang es dem Verband der Unabhängigen (VdU), aus dem später die FPÖ hervorging, als „Sammelbecken der Ehemaligen“ in den Nationalrat einzuziehen. Der äußere Druck, der durch die alliierte Besatzung gegeben war, die Erreichung der völligen staatlichen Souveränität und die wirtschaftliche Notlage bildeten ein starkes Motiv für die Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ. Politisch entscheidend war vor allem aber die prinzipielle Kompromissbereitschaft der Parteiliten, die auf die Entwicklung der Ersten Republik zurückführbar ist. An Stelle der gewaltorientierten Konkurrenzdemokratie der Zwischenkriegszeit sollte eine Konsensdemokratie treten, wenn auch ein großes Maß an gegenseitiger Skepsis erhalten blieb. Mit der Erreichung des Staatsvertrages 1955, der Österreich die Unabhängigkeit brachte, wurde die Zusammenarbeit in der Koalition zwar immer reibungsgeladener, dennoch sollte sie noch über zehn Jahre fortgesetzt werden.

Zu den drängendsten Problemen der Regierung zählten nach 1945 die Behebung der unmittelbaren Nachkriegsnot, der Wiederaufbau von Demokratie und Verwaltung, die Entnazifizierung von Betrieben, Schulen, Hochschulen, Ämtern und vielen anderen Einrichtungen sowie vor allem der **wirtschaftliche Wiederaufbau**. Die wirtschaftliche Infrastruktur hatte sich nach 1938 aufgrund der massiven NS-Rüstungsindustrie und des hohen Einsatzes von NS-ZwangsarbeiterInnen völlig verändert. Trotz zahlreicher Zerstörungen blieb die Grundsubstanz – wie etwa die Hermann Göring-Werke in Linz (spätere VÖEST) – erhalten und konnte im Rahmen einer neuen großen Verstaatlichten Industrie in eine funktionierende Friedensproduktion umgewandelt werden. Die ab Juli 1946 durchgeführte **Verstaatlichung** zahlreicher (Groß-)Betriebe und Banken sollte der angeschlagenen österreichischen Wirtschaft nicht nur zu einer soliden Basis verhelfen und dem Kapitalmangel entgegensteuern, sondern vor allem eine Inanspruchnahme des ehemaligen „Deutschen Eigentums“ durch die Besatzungsmächte (wie es von Seiten der Sowjetunion der Fall war) entgegenwirken. In der Folge wurde die Verstaatlichte Industrie zu einem zentralen Faktor für die Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus und zu einem wichtigen Pfeiler für den Wiederaufbau, der mit maßgeblicher Unterstützung durch den **Marschallplan** erfolgte. Das nach dem amerikanischen Außenminister George Marshall bezeichnete Programm (European Recovery Program, ERP) stellte ein umfassendes Paket zur Selbsthilfe (Kredite und Sachlieferungen, deren Verkaufsertrag reinvestiert werden musste) dar, von dem Österreich unter allen 18 teilnehmenden Staaten am viertstärksten profitierte. Die Gewerkschaften und damit auch der ÖGB hatten die Möglichkeit, an der Ausarbeitung des Programms mitzuwirken, womit gewährleistet werden sollte, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen berücksichtigt werden.

Eine der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch sozialen Fragen stellte die Lohn- und Preisentwicklung in Kombination mit der Inflationsbekämpfung dar. Um die Löhne zu kontrollieren, wurde zunächst über Auftrag der Alliierten Kommission für Österreich eine **alliierte Zentrallohnkommission** geschaffen, der alle Lohnabschlüsse vorgelegt werden mussten. Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer zentralen Lohn-Preis-Gestaltung erfolgte in den fünf zwischen 1947 und 1951 abgeschlossenen **Preis- und Lohnabkommen**, auf die sich der ÖGB, die Arbeiterkammer, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Landwirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung einigten. Das zentrale Prinzip der damit verbundenen Lohnpolitik war es, die gewerkschaftlichen Forderungen an

die wirtschaftliche Lage anzupassen bzw. Realeinkommensverluste zu vermeiden. Dies ging – wie der so genannte „Oktoberstreik“ rund um das vierte Preis- und Lohnabkommen 1950 bewies¹⁸⁹ – nicht immer konfliktfrei über die Bühne. Die Abkommen (abgesichert durch einen bundesweiten Kollektivvertrag zwischen dem ÖGB und der Bundeswirtschaftskammer¹⁹⁰) wurden aber zu einem wichtigen Meilenstein in der Entwicklung der **Sozialpartnerschaft**, die durch die Zusammenarbeit der großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und dieser mit den staatlichen Institutionen eine Interessensabstimmung und Konfliktvermeidung intendierte. Durch Verhandlungen im kleinen Kreis sollten Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen die wesentlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetze vorab akkordieren, die später von der Regierung und vom Parlament beschlossen wurden. Ermöglicht durch die engen Verbindungen der beiden großen Parteien zu den Interessenverbänden sollte damit sozialer Frieden und politische Stabilität erreicht werden. Ein erster Schritt zu ihrer Institutionalisierung erfolgte bereits 1947 in Zusammenhang mit dem 1. Preis- und Lohnabkommen durch die Gründung einer Wirtschaftskommission. 1951 folgte die Schaffung eines Wirtschaftsdirektoriums und 1957 die Gründung der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen. Zentrale Akteure waren in den Anfangsjahren vor allem ÖGB-Präsident **Johann Böhm** (SPÖ) und **Julius Raab** (ÖVP) in seiner Funktion als Präsident der Bundeswirtschaftskammer.

Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau folgte – nicht zuletzt ermöglicht durch die Preis- und Lohnabkommen, den Marshallplan und die Schaffung einer stabilen Währung durch das Währungsschutzgesetz 1947 – zwischen 1953 und 1962 ein **Wirtschaftswunder** mit einem starken Wirtschaftswachstum und einer niedrigen Arbeitslosenquote. Nachdem die Arbeitslosigkeit rund um die sogenannte „Stabilisierungskrise“ 1952 von unter fünf Prozent zwischen 1946 und 1950 kurzfristig auf fast neun Prozent angestiegen war, sank diese wieder auf unter 2,5 Prozent. Damit war Vollbeschäftigung und eine Situation erreicht, die sich erst in den frühen 1980er-Jahren – dann aber nachhaltig – ändern sollte.¹⁹¹

¹⁸⁹ Vgl. dazu: Autengruber/Mugrauer, Oktoberstreik.

¹⁹⁰ Für alle ArbeitnehmerInnen, die dadurch nicht erfasst werden konnten, schloss die zuständige Gewerkschaft mit den entsprechenden Unternehmergruppen jeweils einen gesonderten Kollektivvertrag ab.

¹⁹¹ Lackinger, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945, S. 6 ff.; Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), S. 525 ff.; Volkmar Lauber/Dieter

7.2 Die Rückkehr von Friedrich Hillegeist nach Österreich

Friedrich Hillegeist ist nicht nur eine Symbolfigur der Angestelltengewerkschaft, sondern der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Er wurde 1895 in ärmlichen Verhältnissen in Wien geboren, wuchs bei den Großeltern in Ludwigsdorf (Nordmähren) auf, kam 1913 auf der Suche nach Arbeit nach Wien zurück und fand bei der Firma Siemens-Schuckert eine Anstellung, wo er Betriebsratsobmann wurde. 1929 wurde er Fachgruppensekretär im „Bund der Industrieangestellten“. Nach dem Bürgerkrieg setzte er – wie bereits genannt – seine Tätigkeit in der Illegalität fort und wurde zum Gründer und Obmann der „Freien Angestelltengewerkschaft Österreichs“ (FRAGÖ). Während des Nationalsozialismus befand er sich – wie ebenfalls bereits ausgeführt wurde – im Gefängnis, Konzentrationslager und unter Polizeiaufsicht. Die Zeit bis zum Kriegsende verbrachte er als Geschäftsführer einer Kohlenfirma in Krakau, ab März 1945 als Industrieangestellter in Zwittau bei Mährisch Trübau. Im Oktober 1945 konnte er nach Wien zurückkehren und seine gewerkschaftliche Tätigkeit fortsetzen: Er wurde von 1945 bis 1962 Vorsitzender der GAP und Abgeordneter zum Nationalrat sowie von 1961 bis 1962 Zweiter Präsident des Nationalrats. Zudem war er von 1959 bis 1963 auch Vizepräsident des ÖGB und Präsident des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.¹⁹² In seiner Autobiografie schilderte Hillegeist ausführlich seine Kindheits- und Jugenderinnerungen, seine Tätigkeit im „Bund der Industrieangestellten“, den illegalen Kampf der Freien Gewerkschaften, die Gräueltaten des Konzentrationslagers und seine Rückkehr nach Österreich:

„Ich war zunächst sehr unglücklich darüber, daß mich die zwei Diktaturen des ‚Ständestaates‘ und des ‚Dritten Reiches‘ volle elf Jahre gekostet haben und ich jetzt als Fünfziger vor der schweren Aufgabe stand, mir wieder eine neue Existenz aufbauen zu müssen“.¹⁹³

Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 610 ff.; Emmerich Tálos/Marcel Fink, Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen 2008, S. 235.

¹⁹² Guenther Steiner, Sechzig Jahre Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien 2009, S. 56 ff.; Guenther Steiner, Johann Böhm in der österreichischen Sozialversicherung, Wien 2011.

¹⁹³ Hillegeist, Mein Leben im Wandel der Zeiten, S. 127.

Über seine in den letzten Jahren diskutierte Rolle als Mitarbeiter des Unternehmers **Oskar Schindler** in Zwittau bei Mährisch Trübau, der während des Zweiten Weltkrieges gemeinsam mit seiner Frau Emilie etwa 1.200 bei ihm angestellte jüdische ZwangsarbeiterInnen vor der Ermordung in den NS-Vernichtungslagern bewahrte, gibt es in seiner Biografie nur sehr vage Andeutungen. In neueren Forschungen wird seine Beteiligung aber außer Zweifel gestellt.¹⁹⁴ Yizchak Stern, ein Mitarbeiter Schindlers, schrieb in seinem (in der Gedenkstätte Yad Vashem vorhandenen) Bericht Folgendes über ihn:

„Es waren auch christliche Häftlinge bei uns: Hildegeist (sic), ein Pole, Ing. Pawlik und ich waren ein Triumvirat, das mit Schindler zusammen den Plan eines Putsches machte, für den Fall, dass es vor dem Einrücken der Russen auf ein paar Stunden ankäme, um uns zu retten. Hildegeist war nicht eigentlich Häftling, sondern arbeitete bei Schindler. Er war ein Socialist und ist jetzt Stadtrat in Wien. Er hat ein Heft mit antinazistischen Versen veröffentlicht, und war deshalb nach Dachau oder in ein anderes KZ gekommen. Von dort hat ihn Schindler befreit und seitdem war er bei uns“.¹⁹⁵

7.3 Für eine selbständige Angestelltengewerkschaft – „Nur über meine Leiche geht der Weg zur perfekten Industriegruppenorganisation“

Als Friedrich Hillegeist im Oktober 1945 aus Mähren nach Wien zurückkehren konnte, übergab ihm der provisorische Vorsitzende der GAP, Richard Seidel, die Funktion des Vorsitzenden, die er – wie er in seinen Aufzeichnungen betonte – auch definitiv für sich beanspruchte:

„Wohl war ich entschlossen, mir den Anspruch auf die Führung der neuen Angestelltengewerkschaft nicht entreissen zu lassen, denn schließlich hatte ich diese Gewerkschaft in der Zeit der Illegalität – als es dabei keine Lorbeeren zu erringen gab – weitergeführt und alle Konsequenzen auf mich nehmen müssen, die sich aus dieser Tätigkeit in weiterer Folge für mich ergaben. Sie waren schwer genug. Aber es kamen mir weniger Zweifel, dass sich schon ein anderer Anwärter gefunden haben könnte, als vielmehr die Sorge, was geschehen würde, wenn sich meine Absichten hinsichtlich der endgültigen Organisationsform

¹⁹⁴ Karlsböck, Friedrich Hillegeist. Vgl. dazu auch: Robert Rosner, Helfer für Oskar Schindler, in: Zwischenwelt. Literatur/Widerstand/Exil 4 (2014) S. 57.

¹⁹⁵ Ebenda.

nicht verwirklichen ließen. Denn darüber hatte ich bestimmte Vorstellungen (...) Ich war fest entschlossen, in einem solchen Fall die Aufgabe nicht zu übernehmen, oder – sobald sich herausstellte, dass ich sie nicht verwirklichen konnte – wieder aufzugeben.“¹⁹⁶

Diese Überlegungen Hillegeists schienen nicht ganz unberechtigt zu sein. Zwar bestand über die „Schaffung einer alle Gruppen der Privatwirtschaft umfassenden gemeinsamen Angestelltengewerkschaft“, bei der durch Gliederung in Gewerkschaftsgruppen (Fachsektionen) den Erfordernissen der einzelnen Sektionen entsprochen werden solle, auf der Tagung der Angestelltengewerkschaft vom 24. Jänner 1946 kein Zweifel. Doch Johann Böhm meinte auf dem ersten ÖGB-Kongress im Mai 1948, dass es dennoch nur eine Frage der Entwicklung sei, bis die Angestellten dem Industriegruppenprinzip eingegliedert werden würden. Zum gegebenen Zeitpunkt hielt er es aus organisatorischen Gründen jedoch für „vorteilhafter, wenn die selbständige Organisation der Angestellten bestehen bleibt“.¹⁹⁷ Sein Verweis darauf, dass das Ziel des ÖGB von Anfang an die Verwirklichung des Industriegruppenprinzips gewesen wäre, stieß bei Hillegeist auf heftige Kritik. Seine Devise war: „Nur über meine Leiche geht der Weg zur perfekten Industriegruppenorganisation“.¹⁹⁸ Für ihn schien klar zu sein, dass die Angestellten in die Arbeitergewerkschaften nicht aufgenommen werden würden und dass daher die Gefahr bestünde, sie insgesamt für die Gewerkschaftsbewegung zu verlieren.¹⁹⁹ Alle Anträge, die auf eine strenge Verwirklichung des Industriegruppenprinzips abzielten, wurden auch vom Bundesvorstand des ÖGB am 15. Februar 1951 abgelehnt. Die Diskussion konnte damit aber dennoch nicht abgeschlossen werden.²⁰⁰

Der **erste Gewerkschaftstag** der GAP fand von **10. bis 14. Dezember 1947** im Wiener Konzerthaus statt. Zentrale Themen waren der Wiederaufbau der österreichischen demokratischen Institutionen, die (bereits durchgeführten) ersten freien Betriebsratswahlen sowie das neue Kollektivvertrags- und Betriebsrätegesetz.

¹⁹⁶ Guenther Steiner, Ein Mann und sein Plan. Friedrich Hillegeist in der österreichischen Sozialversicherung, Wien 2013, S. 68.

¹⁹⁷ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S. IV/ 228.

¹⁹⁸ Hillegeist, Mein Leben im Wandel der Zeiten, S. 130.

¹⁹⁹ Lakenbacher, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften, S. 235.

²⁰⁰ Peter Autengruber/Georg Pichler, 50 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten. Landesleitung Wien, Wien 1999, S. 5.



Abb. 12: Das Tagungspräsidium des ersten Gewerkschaftstages der Privatangestellten vom 10.–14. Dezember 1947

Weiters konnte ein Überblick über die Aufbauarbeit der Angestellten-gewerkschaft gegeben und Friedrich Hillegeist auch offiziell zum Vorsitzen- den der Gewerkschaft gewählt werden. Seine Stellvertreter wurden **Franz Lifka**²⁰¹ und **Leopold Hrdlicka**, Zentralsekretäre wurden **Otto Horn** (zu- ständig für Mitgliederbetreuung) und **Friedrich Dinterer** (zuständig für Bildungsfragen). Mit dem ersten Bundeskongress des ÖGB vom 18. bis 23. Mai 1948 im Wiener Rathaus konnte der Gründungsprozess des ÖGB und seiner Gewerkschaften einen ersten Abschluss finden.

²⁰¹ 30 Jahre Gewerkschaftsfunktionär, in: Der Privatangestellte 66 (1950) S. 1.

7.4 Die Gründung der Bildungs-, Jugend- und Frauenabteilung, das Erscheinen des ersten „Privatangestellten“ und die Schaffung einer eigenen Wohnbauvereinigung

Ausgehend von der Gründung der GAP und der Sektionen begann auch der Aufbau der Abteilungen innerhalb der Gewerkschaft, wie etwa der Jugend- und der Frauenabteilung, und auch die Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung für die Angestellten konnte in Angriff genommen werden.

Die **Bildungs- und Kulturarbeit** hat und hatte in der Geschichte der GPA immer einen besonderen Stellenwert. Nachdem bereits die Vorläuferorganisationen der GAP in der Monarchie und der Ersten Republik auch Bildungseinrichtungen mit diversen Angeboten hatten, wurde am 1. Mai 1947 ein eigenes Bildungsreferat gegründet, das Bildungs- und Kulturangebote offerierte und sich vor allem der Werbung und der Pressearbeit widmen sollte. Die Leitung des Bildungsreferates übernahm bis 1952 **Friedrich Dinterer**.²⁰² Eine weitere zentrale Persönlichkeit in der Bildungsarbeit der GPA war schon in den Anfangsjahren **Josef Hindels** (1916–1990). Nach der Rückkehr nach Österreich aus dem schwedischen Exil wurde Hindels, der eine Reihe von politischen Broschüren und historischen Büchern schrieb, in der GAP aktiv und 1953 zum Zentralsekretär für Bildung und Presse (bis 1970) bestellt.

Die **Jugendabteilung** nahm im August 1947 ihre Tätigkeit auf. Im August 1945 hatte sie 116, bis Ende 1947 ca. 8.000 Mitglieder. Durch die Schaffung von Bezirksgruppen in Wien und den Bundesländern entwickelte sie eine rege Tätigkeit, wozu die regelmäßig abgehaltenen Heimabende, Sport, Wandern sowie Kultur- und Bildungsangebote wesentlich beitrugen. Auch die Bibliothek am Deutschmeisterplatz erfreute sich bei den Jugendlichen größter Beliebtheit. Weites gab die Jugendabteilung ab Februar unter dem Titel „Der Praktikant“ auch eine eigene Zeitung heraus.²⁰³ Der erste Jugendgewerkschaftstag fand im Dezember 1947 statt. Auf ihm wurde **Alfred Dallinger**, der Jahre später zum Vorsitzenden der GPA werden sollte, zum Jugendobmann gewählt. Ab 1948 übte Dallinger diese Funktion als Nach-

²⁰² Kollege Ing. Dinterer aus dem Zentralsekretariat ausgeschieden, in: Der Privatangestellte 169 (1952) S. 1.

²⁰³ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S. 3/4.

folger von Josef Eksl, der 1946 aus der Emigration nach Österreich zurückgekehrt war, auch hauptamtlich aus. **Josef Eksl** (1909–2000) hatte seine gewerkschaftliche Tätigkeit bereits in der Jugendorganisation des „Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten“ gestartet. Ab 1934 arbeitete er in der illegalen österreichischen Arbeiterbewegung und nach 1938 in Exilorganisationen in Belgien und in der Schweiz. Nach seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1946 wurde er Jugendsekretär der GPA, dann Wiener Landessekretär. Ab 1956 war er stellvertretender Leiter, von 1964 bis 1968 Leiter des Referats für Bildung und Arbeitswissenschaft im ÖGB. Eksl war auch Gründer und der erste Geschäftsführer des 1959 ins Leben gerufenen Berufsförderungsinstituts (BFI), das vom ÖGB und der Arbeiterkammer getragen wird.²⁰⁴ Zu den zentralen Anliegen der Abteilung zählte es, gemeinsam mit dem ÖGB und den Gewerkschaften gegen die Jugendarbeitslosigkeit anzukämpfen und die Mitbestimmung von Jugendlichen in Betrieben zu erreichen. Umgesetzt werden konnte dies jedoch erst mit dem 1972 beschlossenen Jugendvertrauensrätegesetz.²⁰⁵

Die ÖGB-Frauensektion wurde am 24. September 1945 gebildet. Mit der Leitung wurde **Wilhelmine Moik** (1894–1970) betraut, die **Valerie Kittl** (1905–1995) zur Gründung einer Frauengruppe in der GAP motivieren konnte. Moik hatte mit der ehemaligen Angestellten der Versicherungskasse der Kaufmännischen Angestellten, der späteren Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte, bereits im 1928 gegründeten „Bund Freier Gewerkschaften“ zusammengearbeitet.²⁰⁶ Die Konstituierung der **GAP-Frauenabteilung** fand im Jahr 1948 statt. Mit der provisorischen Leitung wurde Kittl betraut,²⁰⁷ wobei es sich damals noch nicht um ein gewähltes Gremium, sondern um ein Netzwerk von Gewerkschafterinnen handelte, dem neben Moik und Kittl auch **Herta Neumann** und **Amalie Reiser** angehörten.

²⁰⁴ Sabine Lichtenberger/Marliese Mendel, *Miteinander voneinander lernen. 70 Jahre Gewerkschaftsschule Wien*, Wien 2018, S. 36 ff.; Sabine Lichtenberger/Michael Sturm, *50 Jahre Berufsförderungsinstitut. Ein kompetenter Bildungspartner*, Wien 2009; GPA, *GPA-Dokumentation 1945–1947. Von der Gründung bis zum 1. Gewerkschaftstag*, Wien O. J., o. S.

²⁰⁵ Sabine Lichtenberger, „Wir müssen der Jugend mehr Rechte zusprechen“ – Bemerkungen zur Geschichte der innerbetrieblichen Mitbestimmung von Jugendlichen, in: *Das Recht der Arbeit 2* (2019) S. 165–168.

²⁰⁶ GPA-Dokumentation 1945–1947, o. S. Vgl. dazu auch Broessler, „Es hat sich mehr ums Politische gehandelt!“

²⁰⁷ ÖGB/GPA, *40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten*, S. 11.



Abb. 13: Valerie Kittl

Auf dem zweiten Gewerkschaftstag der GAP vom 17. bis 19. November 1950 wurde Valerie Kittl dann auch offiziell zur ersten Frauenvorsitzenden der GAP gewählt. Das Frauenreferat sollte nach der damaligen Definition eine Einrichtung sein,

„die den Zweck verfolgt, die große Masse der weiblichen Mitglieder dem Gewerkschaftsgedanken näherzubringen, die Frauen für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen, sie zu schulen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sozusagen unter sich Fragen der Gesamtgewerkschaft zu besprechen“.²⁰⁸

Die ersten Arbeitsprogramme der Frauenabteilung beschäftigten sich mit sozialpolitischen, steuerlichen, wirtschaftlichen und tagespolitischen Themen. Im Konkreten ging es dabei etwa um die **Vierzigstundenwoche** (in Verbindung mit der Fünftagewoche), die **Einschränkung der Überstundenarbeit**, die **Einführung einer Abfertigung für Frauen**, die nach der Geburt eines Kindes das Dienstverhältnis auflösen wollten, und die Unterstützung älterer Angestellter. Weitere Anliegen waren die Forderung nach einem „modernen“ österreichischen **Mutterschutzgesetz** mit der **Einführung eines Karenzgeldes**, die **Sicherung des freien Samstagmittags** für das Verkaufspersonal und die Aufrechterhaltung des in den

²⁰⁸ Frauenabteilung in unserer Gewerkschaft, in: Der Privatangestellte 66 (1950) S. 2.

Kollektivverträgen verankerten Wirtschaftstages (für Haushaltstätigkeiten, Kinderbetreuung, private Erledigungen etc.).²⁰⁹

1955 wurde **Maria Metzker** (1916–2010), vormals Betriebsrätin einer Handelsfirma, zur ersten Frauensekretärin bestellt. Nach dem Unfalltod der ÖGB-Frauenreferentin Rosa Weber übernahm Metzker 1967 dann auch die Funktion der ÖGB-Frauenvorsitzenden. 1979 wurde sie zur **ersten weiblichen Vizepräsidentin des ÖGB**. Zu ihren Aufgaben als Frauensekretärin in der GAP gehörten sowohl administrative Tätigkeiten als auch der weitere Aufbau der Frauenabteilung (vor allem in den Bundesländern durch gezielte Schulungsmaßnahmen von künftigen Betriebsrätinnen und Funktionärinnen) und die Verankerung der Frauenarbeit innerhalb der Organisation. Zudem sollte sie sich um die Ausweitung der Zusammenarbeit mit dem ÖGB, mit den Frauenabteilungen anderer Gewerkschaften oder der Arbeiterkammer kümmern.

„**Der Privatangestellte**“ als Organ der GAP erschien zum ersten Mal am 15. April 1946. Da es damals noch nicht genug Papier gab, konnte die Zeitung in Folge jedoch noch nicht regelmäßig herausgebracht und allen Mitgliedern übermittelt werden.²¹⁰ Ein kontinuierliches Erscheinen war erst ab Mai 1948 – zunächst in Verbindung mit der „Solidarität“, dem Zentralorgan des ÖGB, später als eigenständiges Gewerkschaftsjournal – möglich.²¹¹

Eine eigene **Wohnbauvereinigung** gründete die GAP am 28. August 1953. 1954 bezog diese ihre Räumlichkeiten im ersten Wiener Gemeindebezirk (Werdertorgasse 9), wo einst der „Verein der kaufmännischen Angestellten“ seinen Sitz gehabt hatte. Ein wesentliches Ziel der Gründung war es, durch die Schaffung von leistbarem Wohnraum die Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg zu lindern und die heimische Bauwirtschaft anzukurbeln, wozu die Wohnbauvereinigung in den kommenden Jahren mit zahlreichen Wohnprojekten in Wien, Niederösterreich und der Steiermark beitrug – konnte sie doch bereits nach den ersten fünf Jahren vermelden, dass 466 Wohnungen errichtet worden waren.²¹²

²⁰⁹ ÖGB/GPA, 40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 13.

²¹⁰ Unser Fachblatt „Der Privatangestellte“, in: Der Privatangestellte 43 (1949) S. 7 f.

²¹¹ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S. 3/5.

²¹² Schübl, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen“, S. 18 ff.; Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (Hg.), 60 Jahre Wohnbauvereinigung für Privatangestellte,

1954, auf dem dritten Gewerkschaftstag der GPA vom 17. bis 20. November, wurde dann auch erstmals ein **Aktionsprogramm** beschlossen, quasi ein Arbeitsprogramm für die Gesamtgewerkschaft. Seither wurden über viele Jahrzehnte alle wichtigen Zielsetzungen der Gewerkschaft in Aktionsprogrammen zusammengefasst und bei Gewerkschaftstagen verabschiedet.²¹³

Der **Mitgliederstand** der GAP belief sich mit 31. Dezember 1947 auf 151.004 Personen, womit sie innerhalb des ÖGB zu den größten Organisationen gehörte. Insgesamt waren 18.000 Betriebe organisiert, davon 13.500 Betriebe, in denen weniger als fünf Angestellte arbeiteten. Bis zum 31. Dezember 1947 bestanden außerhalb Wiens 104 Ortsgruppen. Bis Ende 1947 wurden in 2.117 Betrieben 4.740 Angestelltenbetriebsräte gewählt.²¹⁴ Die Mitgliederwerbung stand von Beginn an im Mittelpunkt der Tätigkeit der GAP. Mehr noch als in anderen Gewerkschaften sollte eine möglichst hohe Mitgliederzahl die „Existenzberechtigung“ der Gewerkschaft sein.

Mit Ende des Jahres 1953 hatte die GAP 160.000 Mitglieder und war somit die drittstärkste Gewerkschaft im ÖGB. ÖGB-Präsident Johann Böhm, der 1947 noch von der Verwirklichung des Industriegruppenprinzips gesprochen hatte, meinte im Februar 1954, dass die Berufsgruppe der Angestellten durch die Natur ihrer Stellung lange als schwer organisierbar gegolten habe. Nun aber würde die GAP zu den „stolzesten Gebilden unseres mächtigen Bundes“ gehören.

„Aber nicht nur rein äußerlich kommt die Wandlung, die sich in den dreieinhalb Jahrzehnten nach Beendigung des ersten Krieges vollzogen hat, zum Ausdruck: auch im Denken und Handeln der Privatangestellten ist eine umstürzende Veränderung vor sich gegangen. Zehntausende von Angestellten, die sich einst vorwiegend als verlängerter Arm des Unternehmertums zu den Massen der Arbeiter im Gegensatz stehend gefühlt haben und infolgedessen von den Arbeitern mit scheelem Blick angesehen, mitunter sogar gehaßt wurden, sind im Laufe der Zeit der Tatsache voll bewußt geworden, daß sie als Arbeitnehmer sich im eigenen Interesse einreihen müssen in die große Armee der für Lohn

Wien 2013; WBV-GPA Wohnbauvereinigung für Privatangestellte, Geschichte, online: <http://www.wbv-gpa.at/ueber-uns/rueckblick-zukunft> (25.1.2019).

²¹³ Pellar, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten in Gegenwart und Vergangenheit, S. 42.

²¹⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S. 3/4.

und Gehalt arbeitenden Menschen und daß ihr sozialer Aufstieg untrennbar verbunden ist mit der Besserstellung der gesamten Arbeitermassen. Kurz und gut, die Privatangestellten sind in ihrer großen Mehrzahl wirkliche Gewerkschafter geworden, oder sind wenigstens im Begriffe, solche zu werden“.²¹⁵

7.5 Herausforderungen: Wiederaufbau des Sozialstaats, KV-Verhandlungen, Nivellierung der Gehälter, Rentenreform und Ladenöffnungszeiten

Eine zentrale Herausforderung für die Politik und Gewerkschaftsbewegung war es, nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes wieder eine österreichische Arbeits- und Sozialgesetzgebung aufzubauen. Nach der Aufhebung aller Rechtsvorschriften, die mit dem Bestand des freien und unabhängigen Österreich nicht vereinbar waren, wurden dazu vielfach, wenn auch mit einigen Adaptierungen, die sozialpolitischen Gesetze aus der Anfangsphase der Ersten Republik (1918–1920) schrittweise wieder in Kraft gesetzt. So wurde etwa 1945 das **Feiertagsruhegesetz** oder jenes über die **Wiedererrichtung der Arbeiterkammern** beschlossen. Nach langen und schwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und der Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen konnten 1947 auch das Kollektivvertrags- und das Betriebsrätegesetz verabschiedet werden. Mit dem **Kollektivvertragsgesetz** sollte es den Gewerkschaften wieder möglich sein, an Stelle einseitig diktiertener Tarifordnungen frei vereinbarte Kollektivverträge abzuschließen.²¹⁶ Im **Betriebsrätegesetz** wurde die Mitbestimmung von BetriebsrätInnen im Betrieb gesetzlich verankert. Mit dem **Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz** vom **12. Juni 1947** wurden österreichische Sozialversicherungsträger errichtet, die auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung beruhten und von VertreterInnen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen geleitet wurden. Das **Arbeitslosenversicherungsgesetz 1949** ersetzte das Arbeitsfürsorgegesetz und brachte wieder das Versicherungsprinzip zurück, das den Arbeitslosen einen Rechts-

²¹⁵ Die Wandlung des Angestellten, in: Der Privatangestellte 260 (1954) S. 1.

²¹⁶ Sabine Lichtenberger, „Es ist ein gutes Gesetz geworden“. Bemerkungen zur politischen Genese des KV-Gesetzes 1947“, in: Das Recht der Arbeit 5 (2017) S. 412–418; Fritz Keller/Sabine Lichtenberger, Die Geschichte der Mitbestimmung in Österreich, Wien 2019.

anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung gewährte. Zudem wurde ebenfalls noch 1949 die **Einführung einer Kinderbeihilfe** beschlossen,²¹⁷ womit erste wichtige sozialpolitische Schritte gesetzt worden waren.

Ein vorrangiges Ziel der GAP war es in den ersten Nachkriegsjahren bei den **Kollektivvertragsverhandlungen** wieder zu **bundeseinheitlichen Regelungen** zu kommen. Gelungen ist dies in den Sektionen Banken und Sparkassen, Privatversicherung und Sozialversicherung. Die Sektion Industrie erreichte diese Einheitlichkeit mit Ausnahme des Landes Vorarlberg. In der Sektion Handel wurde ein bundeseinheitlicher Abschluss erst durch das Mindestgehaltsübereinkommen erzielt, das im Zusammenhang mit dem Preis- und Lohnabkommen vom 1. August 1947 abgeschlossen wurde. Für die Land- und Forstwirtschaft gab es länderweise Regelungen.²¹⁸ Der angestrebte bundeseinheitliche Charakter der Kollektivverträge brachte allerdings den Nachteil mit sich, „daß gewerkschaftlich starke Gruppen, die sich ev. auch in einer wirtschaftlich günstigen Position befinden, auf vieles, was sie erreichen könnten, verzichten müssen, weil sonst die anderen, die gewerkschaftlich und wirtschaftlich schwächeren Gruppen, nicht nachkommen“.²¹⁹ Erst ab **Mitte der 1950er-Jahre**, als die GAP **knapp 110 Kollektivverträge pro Jahr** abschloss,²²⁰ gab es in den Fachgruppen eine größere Bewegungsfreiheit.

Hinzu kam als weitere Forderung bei den KV-Verhandlungen die **Einführung bzw. Wiedereinführung des 14. Monatsgehältes als Urlaubsgeld**. Dieses hatte es zum Teil schon in der Ersten Republik in den Kollektivverträgen als sogenanntes „Anschaffungsgeld“ für größere Einkäufe gegeben. Während des Nationalsozialismus war es aber wieder abgeschafft worden. Mitte der 1950er-Jahre wurden im Angestelltenbereich die ersten Urlaubsbeihilfen kollektivvertraglich durchgesetzt, bis Mitte der 1960er-Jahre

²¹⁷ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 10 ff.; Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945, S. 35 ff.

²¹⁸ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, S 3/5.

²¹⁹ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1954, Wien 1955, S. 539.

²²⁰ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1951, Wien 1952, S. 453; Lakenbacher, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften, S. 268.

konnte das 14. Monatsgehalt in fast allen Kollektivverträgen verankert werden. Zu Beginn der 1950er-Jahre wurde dann auch die **Nivellierung der Gehälter** zu einem wichtigen Thema. Ziel sollte eine Leistungsentlohnung sein, bei der die Anfangsgehälter erhöht werden, um die Differenz zwischen dem Anfangs- und dem Endgehalt zu entschärfen. Dazu wurden in den Sektionen lohnpolitische Aktionen durchgeführt.²²¹



Abb. 14: Friedrich Hillegeist beim fünften Gewerkschaftstag der GAP/GPA 1962

Das zweifellos dominierende Thema der 1950er-Jahre war jedoch, eine **Rentenreform** zu erreichen. Friedrich Hillegeist, der schon vor 1934 mit dem Thema Sozialversicherung beschäftigt war, betrachtete es als seine Aufgabe, einen „Rentenreformplan“ auszuarbeiten. Leitgedanke dieses Plans, der sich an das Angestelltengesetz und dessen Novellen anlehnte, war es, den Lebensstandard auch in der Pension aufrechterhalten zu können. Im Konkreten wurde ein Pensionsantritt nach 40 Versicherungsjahren mit 79,2 Prozent des durchschnittlichen Gehalts angestrebt. Der **Hillegeist-Plan**, der ursprünglich nur als Pensionsregelung für die Angestellten gedacht war, wurde am 26. August 1950 vom Zentralvorstand der

²²¹ Autengruber/Lichtenberger/Mendel, *Gefordert – Gekämpft – Erreicht*, S. 53.

GAP beschlossen. Nachdem er zunächst bei den Arbeitergewerkschaften und in der Öffentlichkeit auf heftige Kritik gestoßen und mit dem Vorwurf verbunden war, dass er als weitere Privilegierung der Angestellten gedacht sei, wurde er jedoch zur Grundlage für die Pensionsregelung aller im **Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG)** zusammengefassten unselbständigen Erwerbstätigen.²²² Nicht unwichtig war dabei, dass sich Hillegeist so vehement für die Umsetzung seiner Ideen einsetzte und eine „Volkspension“, wie sie von Sozialminister **Karl Maisel** vertreten worden war, nicht durchsetzbar war. Das ASVG wurde am 9. September 1955 beschlossen und trat am **1. Jänner 1956** in Kraft. In historischer Perspektive war es insofern von großer Bedeutung, als es die zahlreichen unübersichtlichen Bestimmungen über die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung nicht nur zusammenfasste, sondern vor allem auch verbesserte. In den folgenden Jahren sollte eine Vielzahl von ASVG- Novellen die Entwicklung Österreichs zum modernen, vorbildlichen Sozialstaat begleiten. In den 1970er-Jahren entstanden analog zum ASVG ähnliche Gesetze für BeamtInnen, BäuerInnen und für Selbständige.²²³

Sozialpolitische Errungenschaften, für die sich besonders die GAP-Frauen eingesetzt hatten, waren das Heimarbeitergesetz 1954, das Mutterschutzgesetz 1957 und dessen Novellierung 1960. Im **Heimarbeitergesetz 1954** wurden die Heimarbeiterinnen vor Willkür und Ausbeutung geschützt und hinsichtlich der Entlohnung und sozialen Rechte den „BetriebsarbeiterInnen“ gleichgestellt. Das **Mutterschutzgesetz 1957** brachte einen verbesserten Kündigungsschutz und die Bezahlung eines Karenzurlaubes vor und nach der Geburt eines Kindes, der 1960 von maximal sechs Monaten auf ein Jahr nach der Entbindung erhöht wurde.²²⁴

Ein weiteres Thema, das die GAP in den 1950er-Jahren beschäftigte und ebenfalls zu einer neuen gesetzlichen Regelung führte, war der schon im 19. Jahrhundert geführte Kampf um die **Ladenöffnungszeiten**. Waren in den ersten Jahren nach dem Ende des Krieges noch Verordnungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in Kraft, die u. a. eine Ladensperre an einem

²²² Guenther Steiner, Visionär der Sozialversicherung. Zum 40. Todestag von Friedrich Hillegeist, online: <http://www.hauptverband.at/cdscontent/load?contentid=10008.564193&version=1391184543> (20.2.2019).

²²³ Guenther Steiner, 60 Jahre ASVG, in: Soziale Sicherheit 1 (2016) S. 5–14.

²²⁴ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 18 ff.

halben Nachmittag in ganz Österreich vorsahen, gab es am Beginn der 1950er-Jahre seitens der UnternehmerInnen eine Kampagne, die sich für Samstag-Öffnungszeiten bis 18.00 Uhr einsetzte.

Im Juli 1952 demonstrierten 20.000 Wiener Handelsangestellte für den Weiterbestand des freien Samstag Nachmittags, vor allem aber auch für ein neues Ladenschlussgesetz.²²⁵

Mit der Verabschiedung des Ladenschlussgesetzes 1958 konnte der freie Samstagnachmittag ab Beginn des Jahres 1959 durchgesetzt werden. Und auch die vollständige Sonntagsruhe musste erst erkämpft werden. Denn bis 1962 gab es die Tradition des „**Silbernen**“ und des „**Goldenen Sonntags**“, aufgrund der die Geschäfte an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten geöffnet haben konnten. Die Ladenschlussnovelle des Jahres 1964 brachte den früheren Ladenschluss am 24. und 31. Dezember.

Ab den 1960er-Jahren sollte ein Trend zur Rückgängigmachung von bereits erkämpften Regelungen einsetzen. Das 1958 erkämpfte Ladenschlussgesetz hatte dennoch bis zum 31. August 1988 Gültigkeit. Das bedeutete, dass die Geschäfte im Lebensmittelhandel Montag bis Freitag um 18.30 Uhr und im Nichtlebensmittelhandel um 18.00 Uhr schlossen. Zudem gab es einen Sperrhalbtage pro Woche, der vom Landeshauptmann festgesetzt wurde.²²⁶

Schließlich begann die GAP allmählich auch ihre „Fühler“ über Österreich hinaus auszustrecken und sich **internationalen Verbänden** anzuschließen wie es die Angestelltenorganisationen bereits vor dem Zweiten Weltkrieg getan hatten. Wie schon in früheren Jahren gehörte die GAP (mit Friedrich Hillegeist im Vorstand) auch nach 1945 der FIET an, die vom 18. bis 20. Juli 1949 ihren neunten Kongress in Wien abhielt. Es handelte sich um den zweiten Kongress nach 1945, an dem 50 ausländische Delegierte aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Finnland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und der Schweiz teilnahmen.²²⁷

²²⁵ GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 12.

²²⁶ Ebenda, S. 14.

²²⁷ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1949, Wien 1950, S. 440. Vgl. dazu auch: Der 9. ordentliche Kongreß des Internationalen Bundes der Privatangestellten, in: Der Privatangestellte 48 (1949) S. 1 f.



Abb. 15: Demonstration gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten 1958

7.6 „Du hättest das Zeug dazu“ – Friedrich Hillegeist als Nachfolger von Johann Böhm als ÖGB-Präsident?

Am 13. Mai 1959 starb mit ÖGB-Präsident Johann Böhm eine Persönlichkeit, die die Gewerkschaftspolitik seit 1945 entscheidend geprägt hatte. „Ich habe Johann Böhm geliebt, geschätzt und verehrt wie keinen anderen der mir bekannten Gewerkschafts- und Parteifunktionäre. Er war mir Lehrer und Vorbild“, schrieb Friedrich Hillegeist in seinen biografischen Aufzeichnungen. Böhm hatte sein Amt zwar früher zurücklegen wollen, sich dann aber doch dazu bereit erklärt, weiter zur Verfügung zu stehen. Bei einem vertraulichen Gespräch mit Friedrich Hillegeist hatte er sich wegen seiner

Nachfolge besorgt gezeigt und gemeint, dass er sich weniger Sorgen machen würde, wenn Hillegeist ein Metall- oder Bauarbeiter sein würde – hätte er sich Hillegeist doch gut als ÖGB-Präsidenten vorstellen können, doch gehörte dieser leider der falschen (d. h. keiner Arbeiter-) Gewerkschaft an:

„Du bist der einzige, dem ich die Nachfolge als Präsident des ÖGB unbesorgt anvertrauen würde. Du hättest das Zeug dazu. Die notwendige größere Abgeklärtheit würdest du schon mit den Jahren gewinnen. Du bist mir jetzt noch zu impulsiv. Aber leider bist du nur ein Angestellter – und du siehst ja, welche Schwierigkeiten man mir macht, dich nur als Vizepräsidenten vorzuschlagen“.²²⁸

Anstatt Hillegeist wurde auf dem vierten Bundeskongress des ÖGB vom 21. bis 25. September 1959 der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter **Franz Olah** zum neuen Präsidenten des ÖGB gewählt. In der Folge stand Olah dem ÖGB bis 1963 vor. Vizepräsidenten wurden **Friedrich Hillegeist**, **Anton Benya** und **Erwin Altenburger**. Hillegeist, Symbolfigur des gewerkschaftlichen Widerstandes und Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung, sollte es verwehrt bleiben, als GAP-Vertreter ÖGB-Präsident zu werden. Erst viele Jahre später sollte es **Wolfgang Katzian** als erstem Vorsitzenden der GPA-djp gelingen, zum ÖGB-Präsidenten gewählt zu werden.

An der Spitze der GPA verblieb Hillegeist, der sich auch literarisch betätigte und eine Reihe von Gedichten und Aphorismen veröffentlichte,²²⁹ bis 1962. Auf dem fünften Gewerkschaftstag der Angestelltengewerkschaft legte er im November 1962 im Alter von 67 Jahren seine Funktion zurück, blieb allerdings bis zu seinem Tod am 3. Dezember 1973 Ehrenvorsitzender. Als seinen Nachfolger schlug er seinen gewerkschaftlichen „Ziehsohn“ **Rudolf Häuser** vor, der vermutlich zur Entlastung Hillegeists und in Vorbereitung auf die GPA-Führung bereits 1960 die neu installierte Funktion eines Geschäftsführers übernommen hatte.²³⁰

²²⁸ Hillegeist, *Mein Leben im Wandel der Zeiten*, S. 132.

²²⁹ Friedrich Hillegeist, *Aus zwei Welten. Ausgewählte Gedichte und Aphorismen*, Wien 1960.

²³⁰ ÖGB, *Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1960*, Wien 1961, S. III/3.

Rudolf Häuser, der wie Hillegeist bereits in der Ersten Republik gewerkschaftlich aktiv gewesen war und der wie dieser aus der Sektion Industrie und Gewerbe kam, beschrieb Friedrich Hillegeist als einen Menschen

„... der, wenn er einmal zur Erkenntnis gekommen ist, daß ein Weg, ein Vorschlag, ein Problem so beschritten oder gelöst werden soll, unabhängig davon, ob es taktisch richtig ist oder nicht, seinen Standpunkt konsequent verfolgt. Er schafft sich damit Feinde, die er sich unter Umständen ersparen könnte, wenn er hier manchmal dem Rat seiner Freunde folgen würde“.²³¹

²³¹ Was uns Hillegeist bedeutet, in: Der Privatangestellte 289 (1955) S. 3.

8. Als Gewerkschaft der Privatangestellten in die 1960er- und 1970-Jahre – die GPA unter dem Vorsitz von Rudolf Häuser 1962–1974

Chronologie	
27.11.–1.12. 1962	5. Gewerkschaftstag der GAP/GPA. Friedrich Hillegeist übergibt den Vorsitz an Rudolf Häuser.
18.11.1963	Gründung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen
23.–27.9.1963	5. ÖGB-Bundeskongress. Anton Benya wird ÖGB-Präsident.
5.–12.10.1964	Das „Rundfunkvolksbegehren“ ist das erste Volksbegehren in der Zweiten Republik.
18.11.1964	Generalkollektivvertrag über die Einführung der dritten Urlaubswoche (ab 1. Jänner 1965)
6.3.1966	Nationalratswahlen. In Folge Bildung einer ÖVP-Alleinregierung
13.–16.11.1967	6. Gewerkschaftstag der GPA
8.1968	Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei
12.12.1968	Das Arbeitsmarktförderungsgesetz wird beschlossen.
4.5.–11.5. 1969	Volksbegehren über die schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche
26.9.1969	Generalkollektivvertrag über die etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche
11.12.1969	Die etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche wird auch im Arbeitszeitgesetz festgeschrieben.
1.3.1970	Nationalratswahlen. In Folge Bildung einer SPÖ-Minderheitsregierung

Chronologie	
10.–13.11. 1970	7. Gewerkschaftstag der GPA
10.10.1971	Nationalratswahlen. Die SPÖ erhält die absolute Mehrheit und bildet eine Alleinregierung.
3.1.1972	Die 42-Stunden-Woche tritt in Kraft.
14.12.1973	Das Arbeitsverfassungsgesetz wird beschlossen.
1973/1974	Erster Erdölpreisschock

8.1 Ein neuer Vorsitzender und die Gewerkschaft der Angestellten in der Privatindustrie (GAP) wird zur Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA)

Das Jahr 1962 ist in der Geschichte der GPA-djp zweifellos ein markantes Datum. Es stand ganz im Zeichen des fünften Gewerkschaftstages vom 27. November bis 1. Dezember 1962 und war mit der Neuwahl von Rudolf Häuser zum Vorsitzenden und Geschäftsführer verbunden. Zentralsekretäre wurden **Anton Skoda, Otto Horn, Erich Kabesch** und **Josef Hindels**.²³²

Rudolf Häuser wurde am 19. März 1909 als zweites Kind einer Arbeiterfamilie in Wien geboren. Nach der Volks- und Realschule besuchte er das Technologische Gewerbemuseum (TGM) in Wien, arbeitete als Maschinenbauingenieur und war in den 1930er-Jahren in der „Hospitantengruppe“ des „Bundes der Industrieangestellten“ tätig. Nach dem Bürgerkrieg 1934 betätigte er sich im Rahmen der illegalen Angestelltengewerkschaft FRAGÖ am Widerstand gegen das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg Regime. Während des Nationalsozialismus gehörte er zu den politisch Verfolgten. 1941 wurde er von der Gestapo verhaftet und bis 1945 im Konzentrationslager Dachau interniert. Seine Erinnerungen an das Ende der NS-Diktatur publizierte er unter dem Titel „Dachau 1945. Letzte Tage im KZ, Evakuierung, Flucht“.²³³

²³² Die Neuwahlen, in: Der Privatangestellte 476 (1962) S. 2; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1962, Wien 1963, III/3.

²³³ Rudolf Häuser, Dachau 1945. Letzte Tage im KZ – Evakuierung – Flucht, Wien 1995.



Abb. 16: Rudolf Häuser, 1970

Nach seiner Rückkehr nach Wien war er bis 1959 Betriebsratsobmann in der Molkerei MIAG, in der er bereits in den 1930er-Jahren tätig gewesen war. Er beteiligte sich am Aufbau der Sektion Industrie und Gewerbe in der GPA und wurde erster GAP-Landesvorsitzender in Wien. Vorsitzender der Angestelltengewerkschaft war er nach seiner Wahl 1962 bis ins Jahr 1974. Ebenfalls 1962 wurde er auch Abgeordneter zum Nationalrat (bis 1974). Während der SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky übte Häuser von 1970 bis 1976 das Amt eines Vizekanzlers und Sozialministers aus und trug wesentlich zur Beschlussfassung des Arbeitsverfassungsgesetzes im Jahr 1973 bei. Häusers Interesse galt seit jeher der wirtschaftlichen Entwicklung. Bei seinen Analysen und Statements stützte er sich immer auf umfassende Studien und Zahlenmaterial. Ein Markenzeichen von ihm war, dass er oft und gerne einen Rechenschieber verwendete, da er – so BeobachterInnen – Zeit seines Lebens „ein Techniker“ gewesen sei, der mit Akribie seine Berechnungen anstellte.²³⁴

Zudem signalisierte der fünfte Gewerkschaftstag auch dahingehend den Aufbruch in eine neue Zeit, als dieser mit einem neuen Namen für die GPA verbunden war. Um auf die technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen der beginnenden 1960er-Jahre zu reagieren, änderte die GPA

²³⁴ Eva-Elisabeth Szymanski, Innenansichten. Zeiten, Ideen, Menschen, Wien 2018, S. 41.

ihre Bezeichnung im November 1962 in „Gewerkschaft der Privatangestellten“ (GPA).²³⁵ Damit sollte nicht zuletzt zum Ausdruck gebracht werden, dass die Gewerkschaft auch eine starke Angestelltengruppe vertrat, die nicht in der Privatindustrie tätig war – wie etwa Mitglieder aus der Verstaatlichten Industrie oder aus den Instituten der Sozialversicherung.²³⁶

8.2 Österreich in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren

Als Rudolf Häuser 1962 den Vorsitz der nunmehrigen GPA übernahm, war der ökonomische Wiederaufbau abgeschlossen, Österreich hatte sein Wirtschaftswunder erlebt und seine Unabhängigkeit 1955 wieder erreicht. Das Land wurde weiterhin von einer Großen Koalition aus ÖVP und SPÖ regiert, die Sozialpartnerschaft war etabliert und der Aufbau des Sozialstaates in Angriff genommen worden. Allmählich begannen sich auf verschiedenen Ebenen jedoch Veränderungen abzuzeichnen.

An der Spitze des ÖGB war es bereits 1959 zu einem Wechsel gekommen. Nach dem Tod von Johann Böhm war **Franz Olah** neuer ÖGB-Präsident geworden, der dieses Amt jedoch nur kurz Zeit bekleidete. Als er 1963 Innenminister wurde, legte er den Vorsitz im ÖGB zurück. Nur wenig später sollte er den ÖGB und die SPÖ in eine tiefe Krise stürzen, als bekannt wurde, dass er eigenmächtig und nicht legitimiert Gelder des ÖGB (u. a. zur Wiederbegründung der „Kronen-Zeitung“) verwendet hatte. Sein Nachfolger wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter **Anton Benya**, der dem ÖGB bis weit in die 1980er-Jahre vorstand.²³⁷ **Rudolf Sallinger** folgte Julius Raab als Präsident der Wirtschaftskammer nach und leitete diese ebenfalls über viele Jahre, von 1964 bis 1990.

Das Wirtschaftswachstum begann sich ab 1962 zunächst zu verlangsamen. Trotzdem hielten sich auch während der „Strukturkrise“ von 1962 bis 1968 die Arbeitslosenzahlen in Grenzen, da das Arbeitsangebot vor dem Hintergrund der demographischen Struktur weitgehend stagnierte, längere Ausbildungszeiten die Erwerbsquote absenkten und allmählich auch die

²³⁵ Autengruber/Pichler, 50 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 31.

²³⁶ Göhring, Um Freiheit und Mitbestimmung, S. 231.

²³⁷ Johannes Kunz (Hg.), Anton Benya. Ansichten des Nationalrats- und ÖGB-Präsidenten, Wien 1992; Friederike Scherr, Sein Weg – 100 Jahre Anton Benya, Wien 2012.

Arbeitszeit verkürzt wurde. Vielmehr trat sogar ein zunehmender Arbeitskräftemangel ein, auf den mit der Anwerbung von so genannten GastarbeiterInnen und die Etablierung erster Elemente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit dem **Arbeitsmarktförderungsgesetz 1969** reagiert wurde. In den folgenden Jahren, d. h. zwischen 1968 und 1974, entwickelte sich die österreichische Wirtschaft, insbesondere im internationalen Vergleich, besonders günstig. Die Arbeitslosenquote lag im Zeitraum 1970 bis 1974 durchgängig (und zum Teil deutlich) unter zwei Prozent.

Die Koalition aus ÖVP und SPÖ, die nach dem Abschluss des Staatsvertrages immer reibungsvoller wurde und nicht zuletzt im Zuge der so genannten „Habsburgkrise“ Anfang der 1960er-Jahre – ausgehend vom Bestreben Otto Habsburgs nach Österreich einreisen zu wollen – schwer erschüttert wurde, fand allmählich ihr Ende. Nach den Wahlen im März 1966 bildete die ÖVP unter Bundeskanzler **Josef Klaus** erstmals eine **Alleinregierung**. Ihren Wahlsieg hatte die ÖVP nicht nur einer massiven Krise der SPÖ – v. a. wegen dem „Fall Olah“ –, sondern auch dem Umstand zu verdanken, dass sie für eine „Versachlichung der Politikgestaltung“ eintrat. Hinzu kam, dass die WählerInnen mobil wurden.

Durch Veränderungen in der traditionellen Wirtschaftsstruktur bzw. deren Technisierung erhöhte sich die Anzahl der im Dienstleistungssektor Beschäftigten. Hierdurch sowie durch eine zunehmende Säkularisierung und den steigenden Wohlstand entstand eine parteipolitisch weniger gebundene „neue Mittelschicht“, die in ihrem Wahlverhalten flexibel wurde. Die in sie gesteckten Erwartungen konnte die ÖVP-Alleinregierung jedoch nur teilweise einlösen, während es der SPÖ unter ihrem neuen Vorsitzenden **Bruno Kreisky** ab 1967 gelang, sich selbst zu erneuern. So wurden zwar – um nur einige Beispiele zu nennen – mit dem neuen ORF-Gesetz oder dem Forschungsförderungsgesetz 1967 wichtige Reformschritte gesetzt. Und auch ein Familienlastenausgleichsgesetz (mit Verbesserungen im Bereich der Kinder- und Familienbeihilfen) oder das (seit langem vom ÖGB und den Arbeiterkammern) geforderte Bundesgesetz über die Ausbildung von Lehrlingen konnte beschlossen werden.²³⁸

Bei den Nationalratswahlen 1970 gelang es jedoch der SPÖ, einen Wahlsieg zu verbuchen, da sie mehr dem von „links“ wehenden Zeitgeist entsprach und mit ihren Programmen für ein „**modernes Österreich**“ nun auch die

²³⁸ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 24 f.

Reformkompetenz für sich in Anspruch nehmen konnte. Wesentliche Zielsetzungen der ab 1970 folgenden SPÖ-Alleinregierungen (1970/71 in Form einer von der FPÖ gestützten Minderheitsregierung, ab 1971 mit absoluten Mandatsmehrheiten ausgestattet) waren es, eine **Demokratisierung und Liberalisierung weiter Gesellschaftsbereiche** zu erreichen sowie **Aufstiegsmöglichkeiten und einen Staat der Wohlfahrt für alle** zu schaffen. Dabei konnten besonders in den frühen Jahren zahlreiche Reformen umgesetzt werden. So wurden etwa im Bereich der Schul- und Hochschulpolitik 1971/72 die **Schülerfreifahrt** in öffentlichen Verkehrsmitteln und die **Ausgabe von kostenlosen Schulbüchern** eingeführt, die **Hochschulstudiengebühren** abgeschafft und mit dem Universitätsorganisationsgesetz 1975 die drittelparitätische Mitbestimmung von Studierenden und Mittelbau an den universitären Entscheidungsprozessen eingeführt. Mit einer **Strafrechtsreform** wurde die Homosexualität entkriminalisiert und die Fristenregelung eingeführt. Im Familienrecht wurde 1975 der Mann als „Oberhaupt der Familie“ abgeschafft und Vater und Mutter später auch die gleichen Rechte und Pflichten gegenüber den Kindern eingeräumt. Zur Schaffung eines „Staates der Wohlfahrt für alle“ gehörten nicht nur eine Ausweitung des staatlichen Beihilfensystems (etwa mit der Einführung einer Heiratsbeihilfe zur Haushaltsgründung oder regelmäßigen Erhöhungen der Familien- und Geburtenbeihilfe) sondern auch eine Reihe weiterer Reformen. Die gute Wirtschaftslage sorgte zunächst für den nötigen Rückenwind.

Die **Sozialpartnerschaft** wurde in den frühen 1960er-Jahren, als es mit dem Streik der MetallarbeiterInnen zum größten Lohnkonflikt nach 1945 und damit auch zu einer Bewährungsprobe der Zusammenarbeit kam, mit dem sogenannten Raab-Olah-Abkommen und der Errichtung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen 1963 weiter intensiviert. Aufgabe des Beirats sollte es sein, „Untersuchungen anzustellen, deren Ziel es ist, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt zu behandeln und Empfehlungen auszuarbeiten, die zur Stabilisierung der Kaufkraft, zu einem stetigen Wirtschaftswachstum und zur Vollbeschäftigung beitragen.“²³⁹ Wie bereits im Raab-Olah-Abkommen erklärten sich die Sozialpartner damit nun auch für Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik zuständig, was nicht ohne Kritik in der Öffentlichkeit und den eigenen Strukturen blieb. Die Ablehnungsfront bröckelte jedoch bald wieder ab,

²³⁹ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Hg.), 30 Jahre Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Daten. Fakten. Perspektiven. Nr. 68, Wien 1993.

und auch nach der Bildung der Alleinregierungen wurde die Zusammenarbeit in der Sozialpartnerschaft fortgesetzt. Generell war der Einfluss der Gewerkschaften in den 1970er-Jahren besonders groß. Dies zeigte sich nicht nur daran, dass neben Rudolf Häuser gleich drei weitere GewerkschafterInnen der Regierung angehörten: Handelsminister **Josef Staribacher** als Vorsitzender der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter, Verkehrsminister **Erwin Frühbauer** als stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner und die Staatssekretärin im Sozialministerium **Gertrude Wondrack** von der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter. Es manifestierte sich auch darin, dass die sozialistische Alleinregierung den ÖGB verstärkt in die staatliche Wirtschaftspolitik einschaltete.²⁴⁰

8.3 Gewerkschaftliche Forderungen und Arbeitsfelder der GPA in den 1960er-Jahren: Arbeitszeitverkürzung und Automation

Eine der Hauptforderungen des ÖGB und der Gewerkschaften war es in den 1960er-Jahren, eine **Arbeitszeitverkürzung** zu erreichen – wurden doch die meisten der nach 1945 abgeschlossenen Kollektivverträge noch immer auf der Grundlage des Gesetzes über den Acht-Stunden-Tag aus dem Jahr 1918 geschlossen, wonach die Wochenarbeitszeit 48 Stunden betrug. Schon in den 1950er-Jahren waren kürzere Wochenarbeitszeiten gefordert worden, zum Teil konnten entsprechende Bestimmungen auch in den Kollektivverträgen fixiert werden. Der am **1. Februar 1959** zwischen der Bundeswirtschaftskammer und dem ÖGB vereinbarte **Generalkollektivvertrag über die Einführung der 45-Stunden-Woche** brachte eine Vereinheitlichung für alle ArbeitnehmerInnen. Er verstand sich aber dennoch nur als Zwischenziel auf dem Weg zur 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, wie sie von der GAP auf ihrem sechsten Gewerkschaftstag vom

²⁴⁰ Lackinger, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945, S. 44 ff.; Emmerich Tálos, Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 426 ff.; Tálos/Fink, Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet, S. 235 ff.; Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), S. 550 ff.; Maria Wirth/Elisabeth Röhrlich, „Für ein modernes Österreich“. Die Ära Kreisky (1970–1983), in: Heinz Fischer (Hg.), 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918–2018, Wien 2018, S. 190–202.

13. bis 17. Februar 1967²⁴¹ und im September 1968 auch von der Regierung und den Unternehmen gefordert wurde. Ende Oktober 1968 gab der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen dazu auch eine Untersuchung heraus, die bestätigten sollte, dass die 40-Stunden-Woche in wirtschaftlicher Hinsicht tragbar war. Der entscheidende Faktor dafür, dass die 40-Stunden-Woche in den kommenden Jahren tatsächlich verwirklicht werden konnte, war dann aber ein von der SPÖ initiiertes Volksbegehren, das im Mai 1969 durchgeführt wurde und von 889.659 Personen unterstützt wurde. Im Anschluss kam es nach intensiven Verhandlungen am 26. September 1969 zur Unterzeichnung eines Generalkollektivvertrages über die **etappenweise Einführung der 40-Stunden-Woche** sowie am 11. Dezember 1969 dann auch zur Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes, in dem die etappenweise Arbeitszeitverkürzung des Generalkollektivvertrages gesetzlich verankert wurde. Das bedeutete, dass ab Jänner 1970 die 43-Stunden-Woche, ab Jänner 1972 die 42-Stunden-Woche und ab Jänner 1975 die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gelten sollte.²⁴²

Fünf Jahre zuvor, am 18. November 1964, war es dem ÖGB auch gelungen, mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft einen Generalkollektivvertrag über eine Erhöhung des Urlaubs abzuschließen. Hiernach wurde mit 1. Jänner 1965 der **Drei-Wochen-Mindesturlaub** eingeführt und auch die Forderung „Krankheit unterbricht Urlaub“ verwirklicht.

Weitere Verbesserungen im Arbeits- und Sozialrecht, die sich einst im Forderungskatalog der Gewerkschaften befunden hatten, waren das **Dienstnehmerhaftpflichtgesetz** 1965, mit dem DienstnehmerInnen im Rahmen ihrer Arbeitsverhältnisse weitgehend gegen Schadenersatzansprüche seitens der ArbeitgeberInnen abgesichert wurden, die Erreichung von **dynamischen Pensionsanpassungen** ab 1965 und die **Herabsetzung der Altersgrenze für Frühpensionen** (auf 60 Jahre für Männer bzw. 55 Jahre für Frauen) 1966. Eine wichtige Station zur Qualitätsverbesserung der Ausbildung von Jugendlichen brachte das **Berufsausbildungsgesetz** 1969, in dem eine Lehrberufliste und genaue Bestimmungen der Rechte und Pflichten von Auszubildenden und den AusbilderInnen zu finden sind.²⁴³

²⁴¹ Autengruber/Pichler, 50 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 41.

²⁴² Autengruber/Lichtenberger/Mendel, Gefordert – Gekämpft – Erreicht, S. 37; Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 28.

²⁴³ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 23 ff.

Große Themen in der GPA waren – wie auch auf den Gewerkschaftstagen von 1962 bis 1974 deutlich wurde – neben der angesprochenen Arbeitszeitverkürzung und dem Mindesturlaub von drei Wochen u. a. die volle Abfertigung beim Pensionsantritt sowie für Frauen, die ihr Dienstverhältnis aus Anlass der Verehelichung oder Mutterschaft lösten. Hinzu kamen das Streben nach einem Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, nach der Einführung eines Bildungsurlaubs, die steigende Automation im Büro sowie ein verbesserter Schutz für ältere Angestellte.²⁴⁴ Und auch das Thema „Industriegruppenprinzip“ bzw. eine Absage an dessen exakte Umsetzung war regelmäßig auf den Gewerkschaftstagen präsent.²⁴⁵

Die frauenpolitischen Forderungen der GPA gingen in den 1960er-Jahren zunächst noch von einer klassischen Rollenaufteilung aus. So wurde 1966, als **Johanna Kittel**, Betriebsrätin bei der Bundesländerversicherung, neue GPA-Frauvorsitzende wurde, noch ein Aktionsprogramm beschlossen, das zur Bekämpfung der Mehrfachbelastung von Frauen Unterstützungsaktionen zum Kauf von preiswerten Haushaltsgeräten (Kühlschränke, Waschmaschinen, Haushaltsmaschinen, Bügelmaschinen) forderte, die steuerlich absetzbar sein sollten. In den frauenbewegten 1970er-Jahren begann sich dies jedoch zu ändern. Unter der neuen Vorsitzenden **Eleonora Hostasch** (ab 1974) und **Helga Stubianek**, die Maria Metzker 1971 als Frauensekretärin (bis 1980) nachfolgte, begannen die GPA-Frauen gezielt die traditionelle Aufteilung der Geschlechterrollen in Frage zu stellen, womit es nicht mehr im Vordergrund stand, Sonderregelungen für Frauen (außer im Zusammenhang mit dem Mutterschutz) zu erreichen, sondern die Chancengleichheit im Berufsleben anzustreben. Das Recht auf Arbeit, gleiche Bildungschancen und die Beseitigung von Ungleichbehandlung in den Kollektivverträgen wurden damit zu bestimmenden Themen.²⁴⁶

Auf die zunehmende Technisierung hatte die GPA bereits vor der Übernahme des Vorsitzes durch Rudolf Häuser reagiert und am 28. Mai 1962 einen

²⁴⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1967, Wien 1968, S. III/3 f.; Autengruber/Pichler, 50 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 41; Angestelltengewerkschaft will Schutz der älteren Angestellten, in: Arbeiter-Zeitung, 29.10.1974.

²⁴⁵ Keine Industriegewerkschaften, in: Die Presse, 15.2.1967; Angestelltengewerkschaft will Schutz der älteren Angestellten, in: Arbeiter-Zeitung, 29.10.1974.

²⁴⁶ ÖGB/GPA, 40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 18.

Ausschuss für Automation eingerichtet. Der Begriff „Automation“ war zu Beginn der 1960er-Jahre kein neuer. Während er in den Nachkriegsjahren noch für die Rationalisierung in der Produktion stand, erfuhr er jetzt jedoch eine Bedeutungserweiterung bzw. Neuinterpretation durch die wachsende Mikroelektronik, die elektronische Datenverarbeitung und den beginnenden Siegeszug des Computers. Dem 1962 gebildeten Automationsausschuss gehörten VertreterInnen aller Sektionen, der Landesleitungen Wien und Niederösterreich sowie der Frauen- und Jugendabteilung an. Die Sektion Industrie und einzelne Landesgruppen hatten zudem eigene Ausschüsse, wobei die Aufgabe aller Einrichtungen war, Untersuchungen über die technologischen und sozialen Auswirkungen der Automation einzuleiten bzw. Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten. Der damit verbundene Zugang war jener, die technischen Umwälzungen niemals isoliert, sondern im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen zu sehen und dafür zu sorgen, dass „der Triumph der Technik nicht auf Kosten der arbeitenden Menschen erfolgt“.²⁴⁷

8.4 Erstmals ein Angestelltenvertreter als Sozialminister und Vizekanzler (1970–1976)

Nachdem die SPÖ bei der Nationalratswahl 1970 zur stimmenstärksten Partei geworden war, nahm Bundeskanzler Bruno Kreisky **Rudolf Häuser** als bisherigen wirtschafts- und sozialpolitischen Sprecher der Partei in sein Regierungsteam auf. Er wurde als **Bundesminister für soziale Verwaltung** angelobt und übernahm gleichzeitig das Amt eines **Vizekanzlers**. Seine besonderen Kenntnisse des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung sowie seine Erfahrungen als Verhandler in der Paritätischen Kommission und im Parlament sollten dem 61-jährigen Minister nun sehr zugutekommen. Das Sozialministerium war in der Zweiten Republik zwar bereits vor ihm von GewerkschafterInnen geleitet worden. Vor Häuser hatten die Gewerkschafter **Johann Böhm, Anton Proksch, Karl Maisel** und **Grete Rehor** (als erste Frau überhaupt) das Sozialministerium geführt. Nun übernahm aber erstmals ein Repräsentant der Angestellten die Leitung des Ressorts. Mit Häuser trat laut Medienberichten „einer der mächtigen Männer Österreichs“ an die Spitze des Sozialministeriums. Dass er eine wichtige Gewerkschafts- und Regierungsfunktion zugleich bekleidete, wurde in der Öffentlichkeit

²⁴⁷ GPA, 100 Jahre Angestellte, S. 74 f.; Soziale Technik 3 (1994) S. 9–14.

heftig diskutiert. Er selbst meinte auf dem siebten Gewerkschaftstag der Bediensteten im Handel, Transport und Verkehr (heute Teil der Gewerkschaft Vida, 21.–23. Mai 1970) dazu:

„Wenn man mich fragt, wer in mir überwiegt, kann ich nur feststellen, daß in mir weder der Sozialminister noch der Gewerkschafter stärker ist. Beide Funktionen stehen miteinander in Einklang.“

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass sich die Forderungen des ÖGB und die Regierungserklärung von Bruno Kreisky in vielen Punkten decken würden.²⁴⁸ Seine Funktion als Vertreter des Regierungschefs wollte er nur im Falle einer längeren Abwesenheit Kreiskys einnehmen, seine Funktionen im ÖGB und in der GPA wollte er jedoch ausüben „... wenn auch die Abgabe einiger Agenden in der Gewerkschaftsarbeit aus technischen Gründen nicht zu vermeiden“ sein würde.²⁴⁹ Übernommen hat diese sein politischer und gewerkschaftlicher „Ziehsohn“, **Alfred Dallinger**, der seit 1966 als Zentralsekretär der GPA fungierte.

In seiner Funktion als Sozialminister widmete Häuser vor allem der Novellierung des Betriebsrätegesetzes, dem ArbeitnehmerInnenschutz, der seit 1946 geforderten gesetzlichen Verankerung von Jugendvertrauensräten und der Kodifikation des Arbeitsrechts, d. h. der Zusammenführung, Vereinheitlichung und Reform der kollektiv- und individualarbeitsrechtlichen Normen in einem Gesetz, eine große Aufmerksamkeit. Große Bedeutung kam zudem – dem Zeitgeist und dem allgemeinen Anspruch der Regierung Kreisky folgend – einer weiteren Demokratisierung der Arbeitswelt zu. Das **Ende 1973** beschlossene **Arbeitsverfassungsgesetz** brachte als einer der ganz großen Meilensteine in der sozialpolitischen Entwicklung der Zweiten Republik schließlich beides: Es fasste das Betriebsrätegesetz, das Kollektivvertragsgesetz, das Mindestlohntarifgesetz und das erst 1972 beschlossene Jugendvertrauensrätegesetz in 170 Paragraphen zusammen und sicherte den Einfluss der ArbeitnehmerInnen auf betriebliche Entscheidungen in der Beschäftigungs- und Investitionspolitik. Das Arbeitsverfassungsgesetz trat am 1. Juli 1974 in Kraft und wurde seither immer wieder an die aktuellen arbeitsrechtlichen Erfordernisse angepasst.²⁵⁰

²⁴⁸ Häuser: Regierungs- und Gewerkschaftsfunktion vereinbar, in: Arbeiter-Zeitung, 22.5.1970.

²⁴⁹ Kein Zimmer für den Vizekanzler, in: Die Presse, 25.4.1970.

²⁵⁰ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 30.

Das **Entgeltfortzahlungsgesetz 1974** brachte eine Fortzahlung des Entgelts bei Arbeitsverhinderung durch Krankheit (Unglücksfall), Arbeitsunfall oder Berufskrankheit, wodurch für die ArbeitnehmerInnen eine seit Jahren geforderte Maßnahme erreicht werden konnte.²⁵¹

8.5 Das Ausscheiden von Rudolf Häuser aus der GPA und Politik

Sein Ausscheiden als Vorsitzender der GPA verkündete Häuser bereits vor dem achten Gewerkschaftstag der GPA, der vom 27. bis 31. Oktober 1974 stattfand. In seinem Bericht an die Delegierten zog er u. a. Bilanz über die Mitgliederentwicklung sowie die Abschlüsse an Kollektivverträgen und teilte seine Zeit als GPA-Vorsitzender in drei Perioden ein. Hiernach war der **Zuwachs an Mitgliedern**, der sich von 235.548 Personen Ende 1962 auf 280.183 Personen Ende 1973 belief, besonders in der ersten (1961–1965: 10,2 Prozent) und dritten Phase (1969–1973: 7,5 Prozent) seiner Amtszeit besonders hoch, was er nicht nur auf „innerorganisatorische Aktivitäten“, sondern auch darauf zurückführte, in welchem Ausmaß den gewerkschaftlichen Forderungen von Regierung und Gesetzgebung Rechnung getragen worden sei. Zudem wären genau diese Perioden auch jene Phasen gewesen, in den am meisten Kollektivverträge abgeschlossen werden konnten: Während es in der ersten Periode (1961–1965) insgesamt 465 Kollektivverträge waren, konnten in der zweiten Periode (1965–1969) insgesamt 432 und in der dritten Periode (1969–1973) insgesamt 463 Kollektivverträge unter Fach und Dach gebracht werden.²⁵² Im **jährlichen Durchschnitt** waren dies somit **116** (1961–1965), **108** (1965–1969) bzw. **115,75** (1969–1973) **Kollektivverträge**.

ÖGB-Vizepräsident blieb Häuser noch bis zum ÖGB-Bundeskongress 1975. Im Herbst 1976 schied er dann auch aus der Bundesregierung aus. Als Sozialminister folgte ihm nicht – wie in den Medien vielfach spekuliert worden war – der Metaller-Gewerkschafter **Karl Sekanina**, sondern **Gerhard Weißenberg** nach, der von 1950 bis 1976 Leiter des sozialpolitischen Referats im ÖGB und von 1968 bis 1976 stellvertretender Direktor der AK Wien sowie Präsident des Hauptverbandes der österreichischen Sozial-

²⁵¹ Ebenda, S. 31.

²⁵² 1970–1974: Vier erfolgreiche Jahre, in: Der Privatangestellte 663 (1974) S. 12 f.

versicherungsträger war. Neuer Vizekanzler wurde Finanzminister **Hannes Androsch**.

Wie Ferdinand Hanusch (in der Ersten Republik) zählt auch Rudolf Häuser zu den zentralen Architekten des österreichischen Sozialstaates. Kreisky soll über ihn gesagt haben: „Was der Häuser im Sozialbereich nicht weiß, ist nicht wert, gewußt zu werden.“ Nach dem Ausscheiden aus der Politik führte Häuser ein zurückgezogenes Leben. Am 24. März 2000 wählte er in Wien fünf Tage vor seinem 91. Geburtstag den Freitod. Der Grund dafür dürfte eine schwere Krebserkrankung gewesen sein. Der damalige Nationalratspräsident und spätere Bundespräsident **Heinz Fischer** würdigte ihn anlässlich seines Ablebens mit folgenden Worten:

„Seine Tätigkeit als Parlamentarier, Sozialminister, Vizekanzler und Gewerkschafter bildet ein Stück Geschichte der Zweiten Republik. Häuser war ganz allgemein ein Politiker mit festgeschriebenen Prinzipien, aber im Besonderen ein überzeugter Antifaschist und Gegner des Nationalsozialismus“.²⁵³

²⁵³ Abschied von Ing. Rudolf Häuser, in: Kompetenz 4 (2000) S. 15.

9. Die Ära Alfred Dallinger 1974–1989

Chronologie	
27.–31.10. 1974	8. Gewerkschaftstag der GPA. Alfred Dallinger wird zum neuen Vorsitzenden gewählt.
6.1.1975	Die 40-Stunden-Woche tritt in Kraft.
5.10.1975	Nationalratswahl. In Folge Fortsetzung der SPÖ-Alleinregierung
7.7.1976	Der Mindesturlaub von vier Wochen ab 1. Jänner 1977 und die Pflegefreistellung werden beschlossen.
22.6.1978	Zusammenschluss der 15 autonomen Konsumgenossenschaften zum „Konsum Österreich“
5.11.1978	Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW in Zwentendorf
12.–16.11. 1978	9. Gewerkschaftstag der GPA
23.2.1979	Das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft wird beschlossen.
6.5.1979	Nationalratswahl. In Folge Fortsetzung der SPÖ-Alleinregierung
1979/1980	Zweiter Erdölpreisschock
9.10.1980	Alfred Dallinger wird zum Minister für soziale Verwaltung ernannt.
14.–19.11. 1982	10. Gewerkschaftstag der GPA
3.2.1983	Die etappenweise Verlängerung des Mindesturlaubs von vier auf fünf Wochen (bis 1986) wird beschlossen.
24.4.1983	Nationalratswahl. Ende der Ära Kreisky
25.5.1983	Angelobung einer SPÖ-FPÖ-Koalition unter Fred Sinowatz

Chronologie	
1984	Start der „Aktion 8000“
20.5.1984	Der ÖGB-Vorstand spricht sich für den Bau des Wasserkraftwerks bei Hainburg aus.
8.12.1984	In Salzburg halten die Geschäfte trotz der gegenteiligen Weisung von Sozialminister Dallinger offen.
12.1984	UmweltschützerInnen besetzen die Stopfenreuther Au, um den Bau des Wasserkraftwerks bei Hainburg zu verhindern.
4.3.1985	„Konrad-Lorenz-Volksbegehren“ zur Verhinderung des Kraftwerks bei Hainburg
7.5.1985	Das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz wird beschlossen.
8.7.1986	Kurt Waldheim wird zum Bundespräsident gewählt.
13.9.1986	Jörg Haider wird zum neuen FPÖ-Parteibmann gewählt. Bundeskanzler Franz Vranitzky kündigt die Koalition mit der FPÖ auf.
23.10.1986	Nationalratswahl. In Folge Bildung einer SPÖ-ÖVP-Koalition
3.–7.11.1986	11. Gewerkschaftstag der GPA
22.–29.6.1987	„Anti-Privilegien“-Volksbegehren der FPÖ
5.–10.10.1987	11. ÖGB-Bundeskongress. Fritz Verzetnitsch wird neuer ÖGB-Präsident.
11.1987	Beginn der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie mit dem Verkauf erster Anteile an der OMV
23.3.1988	Arbeitskräfteüberlassungsgesetz
23.2.1989	GPA-Vorsitzender Alfred Dallinger und Zentralsekretär Richard Wonka verunglücken bei einem Flugzeugabsturz in den Bodensee tödlich.

9.1 Alfred Dallinger – GPA-Vorsitzender und Sozialminister

Als Nachfolger von Rudolf Häuser in seiner Funktion als Vorsitzender und Geschäftsführer der GPA wurde auf dem achten Gewerkschaftstag vom 28. bis 31. Oktober 1974 Alfred Dallinger gewählt. Nachdem er sowohl von Friedrich Hillegeist, der nur ein Jahr zuvor verstorben war, als auch Rudolf Häuser gefördert worden war, hatte er sich zum logischen Nachfolger entwickelt. Seine Wahl bedeutete einen Generationenwechsel, da er im Gegensatz zu seinen Vorgängern die Zeit der Ersten Republik und der Illegalität während des Austrofaschismus und Nationalsozialismus nur mehr als Kind bzw. Jugendlicher erlebt hatte. **Helmut Braun**, der als gelernter Großhandelskaufmann bereits seit 1953 in der GPA tätig war und seit 1970 die Funktion eines Zentralsekretärs ausgeübt hatte, wurde Geschäftsführer-Stellvertreter. **Hans Klingler**, der diese Tätigkeit bereits 1970 übernommen hatte, fungierte weiter als Zentralsekretär. Später traten als ZentralsekretärInnen auch **Margarete Berger** (von 1975 bis 1980), **Helga Stubianek** (von 1980 bis 1992), **Richard Wonka** (von 1986 bis 1989) und **Karl Klein** (von 1988 bis 1990) sowie **Heinz Vogler** als Geschäftsführer-Stellvertreter (ab 1984) hinzu.

Alfred Dallinger, von dem in dieser Arbeit mehrfach die Rede war, wurde am 7. November 1926 in Wien-Rudolfsheim geboren. Sein Vater war Straßenbahner, die Mutter Betriebsrätin in der Firma Reichart. Er besuchte in Wien die Volks- und Hauptschule und trat 1940 in die Wiener Heilmittelwerke ein, wo er eine Drogistenlehre absolvierte und zwar nicht offen im Widerstand tätig war, aber einer oppositionellen Jugendgruppe angehörte.

Nach der Einberufung zum Wehrdienst und einer 1944 erlittenen schweren Verletzung konnte er nach seiner Rückkehr nach Wien 1945 seine Berufstätigkeit bei den Wiener Heilmittelwerken fortsetzen. Dallinger trat der SPÖ bei und fand in Friedrich Hillegeist – wie er oftmals betonte – bereits in jungen Jahren ein Vorbild. In der 1945 gegründeten GAP war Dallinger bereits ab 1947 als Jugendsekretär aktiv. Ab 1948 übte er diese Funktion als Nachfolger von Josef Eksl, der 1946 aus der Emigration nach Österreich zurückgekehrt war, auch hauptamtlich aus. 1955 wurde er zum leitenden Sekretär der Sektion Versicherung bestellt. 1966 folgten seine Ernennung zum Zentralsekretär und stellvertretenden Geschäftsführer, 1968 seine Bestellung zum Obmann der Pensionsversicherung der Angestellten (bis 1980) und **1974 die Wahl zum GPA-Vorsitzenden** und Geschäftsführer

sowie gleichzeitig sein Einzug in den Nationalrat (bis 1983). 1975 übernahm er auch das Amt des ÖGB-Vizepräsidenten. Mitglied des Nationalrates wurde Dallinger – nachdem Rudolf Häuser auch dieses Amt zurückgelegt hatte – ebenfalls 1974.



Abb. 17: Rudolf Häuser und Alfred Dallinger (von links nach rechts) auf dem achten Gewerkschaftstag der GPA 1974

Ein weiterer wichtiger Karriereschritt folgte **1980**, als er nach dem überraschenden Tod von Gerhard Weißenberg auf Vorschlag der ÖGB-Spitze und auf Wunsch von Bundeskanzler Kreisky zum **Sozialminister** in der Regierung Kreisky IV ernannt wurde, womit das Ministerium zum zweiten Mal von einem Angestellten-Vertreter geführt wurde. Seine Funktion als Obmann der Pensionsversicherung der Angestellten legte er dafür zurück, nicht aber den Vorsitz in der GPA, was ihm – wie zuvor auch Rudolf Häuser – sowohl in den Medien als auch im ÖGB Kritik einbrachte.

An die Spitze des ÖGB zu treten, gelang Dallinger jedoch nicht, obwohl er sich dies durchaus gewünscht hätte. Als Anton Benya 1987 nach über zwanzig Jahren von seiner Funktion als ÖGB-Präsident zurücktrat, wurde **Fritz**

Verzetnitsch (aus der Metaller-Gewerkschaft kommend) und nicht er an die Spitze des ÖGB gewählt. Die Leitung der GPA, die Dallinger stets als „seine Heimat“ bezeichnete, und jene des Sozialministeriums lagen bis 1989 in seinen Händen, als er durch einen tragischen Unfalltod aus dem Leben gerissen wurde.

Die Ideen, die er im Rahmen seiner Tätigkeiten als GPA-Vorsitzender und Sozialminister entwickelte oder forcierte, haben die politische Diskussion geprägt und sind noch heute Teil des politischen Diskurses bzw. des Forderungskataloges der GPA-djp. Das Image, das er seiner Gewerkschaft verlieh, war jenes links, progressiv, umverteilungsorientiert und fordernd in seinen Anliegen zu sein. Dies resultierte nicht zuletzt daraus, dass er als harter Verhandler auftrat bzw. die praktizierten Muster der Sozialpartnerschaft so weitgehend wie kein anderer Politiker ausreizte.²⁵⁴

9.2 Der Aufstieg der GPA zur mitgliederstärksten Gewerkschaft

Kurz nachdem Alfred Dallinger die Führung der GPA übernommen hatte, feierten sowohl der ÖGB als auch die GPA ihr 30-Jahr-Jubiläum. Dies bot sowohl für die GPA als auch den ÖGB einen Anlass dafür, Rückschau zu halten, die für die GPA durchaus positiv ausfiel. Nachdem ihre Gründung durch die Durchbrechung des Industriegruppenprinzips durchaus kontrovers war und sie auch in späteren Jahren immer wieder in Frage gestellt worden war, hatte sie in den Jahren nach 1945 ein kontinuierliches Wachstum verzeichnen können.

Mitte der 1970er-Jahre gelang es ihr schließlich, die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter als bis dahin stärkste Organisation zu überrunden und zur **mitgliederreichsten Gewerkschaft** aufzusteigen. Bedingt war dies nicht zuletzt durch den sich ab den 1960er-Jahren beschleunigenden sozioökonomischen Wandel und die Expansion im Dienstleistungssektor,

²⁵⁴ Vgl. zu Alfred Dallinger u. a.: Emmerich Tálos, Alfred Dallinger, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien 1995, S. 110–117; Astrid Fadler, *Der Zukunft verpflichtet. Im Gedenken an den Visionär Alfred Dallinger*, Wien 2014; Oswin Martinek u. a. (Hg.), *Sozialpolitik und Sozialplanung. Festschrift für Alfred Dallinger zum 60. Geburtstag*, Wien/München/Zürich 1986.

was Alfred Dallinger auf dem achten ÖGB-Bundeskongress vom 15. bis 19. September 1975 mit folgenden Worten beschrieb:

„Durch strukturelle Veränderungen ist die Zahl der Angestellten in Österreich ständig im Steigen begriffen. So war noch vor einem halben Jahrhundert unter 15 bis 20 Arbeitnehmern nur ein Angestellter zu finden. Noch vor 20 Jahren kam in den meisten Industriezweigen ein Angestellter auf sechs bis zehn Arbeiter. In der Zwischenzeit hat sich dieses Verhältnis grundlegend verschoben. Mit Ende des Jahres 1974 betrug der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten fast 40 %. Dieser starke Anstieg fand auch in der Mitgliederstärke ihren Niederschlag. Waren zum Beispiel 1958 195.752 Angestellte organisiert, so konnte beim letzten Gewerkschaftstag im Herbst vorigen Jahres über einen Mitgliederstand von 288.673 berichtet werden. Damit wurde die Gewerkschaft der Privatangestellten zur stärksten österreichischen Einzelgewerkschaft“.²⁵⁵

Eine besondere Zunahme der Mitglieder konnte die GPA in dem von Dallinger beschriebenen Zeitraum im Bereich der Frauen verzeichnen, was sowohl vor dem sozioökonomischen Hintergrund, der verstärkten Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt als auch gezielten Werbeaktionen der GPA-Frauenabteilung zu sehen ist.

Insgesamt stieg der Anteil der weiblichen GPA-Mitglieder von 1955 bis in die 1970er-Jahren von 39 auf 43 Prozent an, was dazu führte, dass ab Ende des Jahrzehnts die GPA-Frauen stärker in den Gremien der Gesamtorganisation verankert wurden – hieß es doch nun in § 12 der Statuten, dass den Sitzungen des Präsidiums die Zentralsekretäre sowie die durch die Gewerkschaft entsandten Mitglieder des ÖGB-Bundesvorstandes, soweit sie nicht schon im Präsidium vertreten sind, und die Vorsitzende der Frauenabteilung zuzuziehen sind.

Als **Helga Stubianek** 1980 die Funktion der Zentralsekretärin übernahm, wurde erstmals auch die Frauensekretärin einer Gewerkschaft zur Zentralsekretärin bestellt.²⁵⁶ Ihre Nachfolgerin als Frauensekretärin wurde **Renate Csörgits**, die diese Funktion bis 1999 bekleidete. Dallinger, der sowohl in der GPA als auch später als Sozialminister Frauen förderte,²⁵⁷ war es bereits

²⁵⁵ 30 Jahre GPA, in: Der Privatangestellte 669 (1975) S. 3.

²⁵⁶ ÖGB/GPA, 40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 20 und S. 26 f.

²⁵⁷ Eva Elisabeth Szymanski, Innenansichten. Zeiten, Ideen, Menschen, Wien 2015, S. 81–111.

in früheren Jahren ein wichtiges Anliegen gewesen, dass eine Frau Zentralsekretärin der GPA wird.²⁵⁸



Abb. 18: Helga Stubianek auf dem ÖGB-Bundeskongress 1983

Mitte der 1980er-Jahre bzw. rund um ihr 40-Jahr-Jubiläum konnte die GPA – ebenfalls noch unter dem Vorsitz von Dallinger – dann ihren bisherigen **Höchststand** mit **347.215 Mitgliedern** verzeichnen. In den folgenden Jahren sollte jedoch eine rückläufige Entwicklung einsetzen.

9.3 Die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Ära Dallinger

Als Alfred Dallinger an die Spitze der GPA trat, amtierte die seit 1970 im Amt befindliche SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky, der es auch bei den

²⁵⁸ Helmut Braun, Sozialpolitik in Österreich – Die „konkrete Utopie“ des Alfred Dallinger, in: Oswin Martinek u. a. (Hg.), Sozialpolitik und Sozialplanung. Festschrift für Alfred Dallinger zum 60. Geburtstag, Wien/München/Zürich 1986, S. 43.

nachfolgenden Nationalratswahlen von 1975, 1979 und 1983 gelang, die absolute Stimmenmehrheit zu verteidigen. Der Reformelan, der die frühen 1970er-Jahre gekennzeichnet hatte, begann jedoch allmählich zu erlahmen, wenn insbesondere im Bereich der Frauenpolitik mit der Etablierung von zwei Staatssekretariaten für Frauenfragen (allgemeine Frauenfragen und Belange der berufstätigen Frauen) auch wichtige Schritte hin zu mehr **Geschlechtergerechtigkeit** gesetzt wurden.

Maßgeblich war hierfür nicht zuletzt, dass sich die Wirtschaftslage, die der Regierung Kreisky zunächst Rückenwind verschafft hatte, verschlechterte und neue innenpolitische Prioritäten gesetzt werden mussten. Nachdem bereits der **Erdölpreisschock** von **1973**, d. h. ein massiver Preisanstieg des Erdöls, die westlichen Industriestaaten in eine schwere Krise gestürzt hatte und Österreich diese damals noch mit einem gezielten Mix verschiedener wirtschaftspolitischer Instrumente – u. a. auch verstärkten Staatsschulden für Investitionen – überleben konnte, erreichte die Wirtschaftskrise in Folge des zweiten **Erdölpreisschocks** von **1979** auch Österreich. Wie in den anderen westlichen Staaten begannen nun auch hier die Arbeitslosenzahlen und die Staatsschulden zu steigen, wenngleich Österreich im europäischen Vergleich auch weiterhin gut dastand und die Staatsverschuldung erst in den nächsten Jahren massiv zunahm. Die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gewann hierdurch jedoch an Bedeutung, während der Rahmen für einen weiteren Ausbau des Sozialstaates enger wurde.

Hinzu kam, dass die **Verstaatlichte Industrie**, die nach 1945 ein wichtiger Pfeiler für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und ein Garant für ein hohes Beschäftigungsniveau gewesen war, Mitte der 1980er-Jahre in eine tiefe Krise schlitterte bzw. Strukturprobleme und politische Fehlentscheidungen in ihrem Bereich immer deutlicher wurden. Besonders die VOEST-Alpine als einstiges Flaggschiff der Verstaatlichten Industrie wurde zu einem Dauerthema, nachdem (wie auch bei der Chemie Linz) fehlgeschlagene Ölspekulationen die Verluste des größten österreichischen Arbeitgebers in die Höhe trieben. Die Folge war nicht nur, dass der Ruf nach einer Privatisierung immer lauter wurde und der Staat – anfangend mit ersten Anteilen an der ÖMV 1987 – begann, sich sukzessive von seinen Unternehmen zu trennen. Es wurden zwischen 1980 und 1992 auch rund 55.000 Beschäftigte im Bereich der (ehemaligen) Verstaatlichten Industrie abgebaut.

Die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des bereits fix und fertig gebauten **Atomkraftwerks in Zwentendorf**, die 1978 eine knappe Mehr-

heit für ein „Nein“ brachte, und später auch die Demonstrationen gegen den Bau eines **Wasserkraftwerks bei Hainburg** offenbarten hingegen, dass sich neue Bruchlinien in der Gesellschaft entwickelt hatten. Auch wenn sich große Teile der SPÖ, des ÖGB und der Gewerkschaften für die Atomkraft und die Errichtung des Wasserkraftwerks ausgesprochen und zum Teil (so Mitglieder der Gewerkschaft Bau-Holz) gegen die DemonstrantInnen in Hainburg vorgegangen waren, geriet das Wachstumsdenken zunehmend in Konflikt mit neuen Anliegen. Der Umweltschutz wurde zu einem wichtigen Thema. Neue soziale Bewegungen und Grün-Parteien, denen erstmals 1986 der Einzug in den Nationalrat gelang, begannen sich zu etablieren. Die sozialliberale WählerInnenkoalition, die die Ära Kreisky ermöglicht hatte, wurde brüchig, während im Umfeld der SPÖ – und später auch der Gewerkschaften²⁵⁹ – zahlreiche Skandale aufpoppten. Der ÖVP als großer Oppositionspartei gelang es hingegen mit dem Verweis auf die wachsende Staatsverschuldung immer mehr, die SPÖ unter Druck zu setzen und neo-konservative Politikmuster als Alternative zu präsentieren.

Als 1983 die Ära der SPÖ-Alleinregierungen und damit auch die Zeit von Bruno Kreisky als Bundeskanzler zu Ende ging, folgte eine noch von ihm eingeleitete **Kleine Koalition** mit Bundeskanzler **Fred Sinowatz** (SPÖ) und Vizekanzler **Norbert Steger** (FPÖ) an der Spitze. Nachdem der Wirtschaftsliberale Steger von **Jörg Haider** als Parteivorsitzender abgelöst worden war, wurde diese von Bundeskanzler **Franz Vranitzky** als Nachfolger von Sinowatz jedoch beendet und nach der Nationalratswahl 1986 abermals eine Große Koalition mit der ÖVP gebildet. Zuvor hatte Haider es geschickt verstanden, die Konflikte um die NS-Vergangenheit **Kurt Waldheims** im Zuge der **Bundespräsidentenwahl 1986** erfolgreich für seinen Aufstieg in der Partei zu nutzen.²⁶⁰

²⁵⁹ So wurde 1985 etwa Karl Sekanina als Vorsitzendem der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und Bautenminister vorgeworfen, dass er sich als Gegenleistung für künftige Auftragsvergaben seines Ressorts eine Villa in Hietzing finanzieren lassen und er sich Gewerkschaftsgelder angeeignet habe.

²⁶⁰ Wirth/Röhrlich, „Für ein modernes Österreich“; Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), S. 550 ff.; Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, S. 326 ff.; Maria Wirth, AktivistInnen für Reformen, Umweltschutz und Frieden: Die Neuen sozialen Bewegungen im Österreich der 1960er bis 1980er Jahre, in: Erziehung und Unterricht 3/4 (2018) S. 241–248; Robert Kriechbaumer, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2008.

9.4 Soziale Errungenschaften: 40-Stunden-Woche, Gleichbehandlungsgesetz und eine eigene Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

Die Zeit, in der Alfred Dallinger der GPA und später auch dem Sozialministerium vorstand, war von zahlreichen Veränderungen und Diskussionen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik geprägt. Wichtige Reformen, die umgesetzt werden konnten, waren Folgende:

In Folge des 1969 von der SPÖ eingeleiteten Volksbegehrens, bei dem sich fast 890.000 Personen für eine **Arbeitszeitverkürzung** und ein entsprechendes Arbeitszeitgesetz ausgesprochen hatten, wurde zwischen 1970 und 1975 die wöchentliche Arbeitszeit stufenweise von 45 auf 40 Wochenstunden verringert und 1975 die **40-Stunden-Woche** erreicht. 1976 wurde dann auch die Erhöhung des Mindesturlaubs auf vier Wochen (ab 1. Jänner 1977) und 1983 auch die etappenweise **Verlängerung des Mindesturlaubs** von vier auf fünf Wochen bis 1986 beschlossen. Ab 1. Jänner 1986 galt damit für alle Beschäftigten ein Mindesturlaub von fünf Wochen, der sich nach 25 Dienstjahren auf sechs Wochen erhöhte.

Ebenfalls 1976 wurde auch eine **einwöchige Pflegefreistellung** eingeführt und 1977 das **Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz** verabschiedet, das die ArbeitnehmerInnen im Fall der Insolvenz ihres Unternehmens durch den Anspruch auf ein Insolvenzausfallgeld schützen sollte. Das **Arbeiterabfertigungsgesetz** brachte 1979 eine Angleichung der Abfertigungsansprüche der ArbeiterInnen an jene der Angestellten, aber auch Verbesserungen für die Angestellten, indem die Abfertigungsansprüche neu geregelt wurden.²⁶¹

Ein besonders wichtiger Meilenstein stellte das ebenfalls 1979 verabschiedete **Gleichbehandlungsgesetz** dar, das erstmals die Gleichbehandlung von Mann und Frau bei der Festsetzung des Entgelts für die Privatwirtschaft festschrieb und einer langjährigen Forderung der ÖGB- und GPA-Frauen entsprach. Diese hatten – wie bereits genannt – in den 1970er-Jahren begonnen, die bestehenden Geschlechterrollen systematisch zu hinterfragen. So haben die GPA-Frauen etwa 1977 eine eigene Arbeitsgruppe gebildet, um die Kollektivverträge auf Diskriminierungen weiblicher Angestellter zu prüfen oder Anfang der 1980er-Jahre eine Kontrolle von Stellenanzeigen in

²⁶¹ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 31 ff.

Hinblick auf geschlechtsneutrale Formulierungen unternommen, was 1985 auch in eine **Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes** einfluss.²⁶²

Das bereits seit langem vorbereitete Bundesgesetz über die **Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit** wurde 1985 beschlossen und brachte als langjährige Forderung des ÖGB und der Arbeiterkammern die Einrichtung einer eigenen **Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit**. Da bis dato eine Kompetenz-aufsplitterung auf Arbeitsgerichte, Einigungsämter und Schiedsgerichte der Sozialversicherung bestand, sollte die Schaffung einer eigenen Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit dazu beitragen, Rechtsansprüche aus dem Arbeits- und Sozialrecht besser geltend machen zu können.

1986 folgte eine **Novelle** zum 1973 verabschiedeten **Arbeitsverfassungsgesetz**, an dessen Zustandekommen Alfred Dallinger bereits als Zentralsekretär der GPA wesentlich beteiligt war. Diese brachte – wenn auch nicht alle Forderungen des 29-Punkte-Katalogs des ÖGB umgesetzt werden konnten – die Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerschaft in verschiedenen Bereichen (Verlängerung der Tätigkeitsperiode des Betriebsrates, Erweiterung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung, Schaffung von Zentraljugendvertrauensräten, besserer Versetzungsschutz, wirksamer Kündigungsschutz für KandidatInnen zur Betriebswahl), insbesondere aber bei der Einführung von Systemen zur automationsunterstützten Erfassung und Verarbeitung von Personaldaten.²⁶³

²⁶² Mit der Novelle des 1979 beschlossenen und seither mehrfach erweiterten Gleichbehandlungsgesetzes wurde nicht nur festgeschrieben, dass das Gleichbehandlungsgebot auch für die betriebliche Aus- und Weiterbildung sowie die Vergabe von freiwilligen Sozialleistungen Geltung hat. Es wurde auch bestimmt, dass nur noch jene Unternehmen Bundesförderungen erhalten sollen, die das Gleichbehandlungsgesetz beachten, und Stellenausschreibungen ab nun geschlechtsneutral verfasst sein mussten. Vgl.: ÖGB/GPA, 40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, S. 19 ff.

²⁶³ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 37 f.

9.5 Neue Herausforderungen: Leiharbeit, die Öffnungszeiten im Handel, wachsende Arbeitslosigkeit und neue Konzepte zur Finanzierung des Sozialsystems

Herausforderungen ergaben sich für Dallinger vor allem durch das neue Phänomen der Leiharbeit, eine neue Diskussion über die Öffnungszeiten im Handel bzw. das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember und vor allem durch die steigende Arbeitslosigkeit.

Das neue Phänomen der **Leiharbeit** löste in den 1970er- und 1980er-Jahren eine heftige Diskussion aus, die von gegensätzlichen Positionen der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen geprägt war. Während die ArbeitnehmerInnenseite ursprünglich für ein generelles Verbot der Leiharbeit eintrat und dabei von den Sozialministern Gerhard Weißenberg und Alfred Dallinger unterstützt wurde, wurden von den BefürworterInnen vor allem wirtschaftliche Gründe für diese neue Form der Beschäftigung angeführt. Nachdem auf den ÖGB-Bundeskongressen 1975, 1979 und 1983 noch ein generelles Verbot der Leiharbeit gefordert worden war, mussten sich der ÖGB und die Gewerkschaften ab Mitte der 1980er-Jahre jedoch damit abfinden, dass die Leiharbeit Realität wurde. Damit wurde die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Leiharbeitskräfte zu einem wichtigen Aufgabengebiet. Das im März 1988 nach langwierigen Sozialpartnerverhandlungen verabschiedete **Arbeitskräfteüberlassungsgesetz** stellte schließlich einen Kompromiss der unterschiedlichen Positionen dar und sollte sowohl dazu dienen, die LeiharbeiterInnen als auch die Stammbeslegschaft zu schützen.²⁶⁴

Die Öffnungszeiten im Handel wurden in den 1980er-Jahren zu einem Dauerbrenner in der politischen Diskussion. Mit dem **Ladenschlussgesetz** 1958 war eingeführt worden, dass die Geschäfte im Lebensmittelhandel unter der Woche bis 18.30 Uhr, im Nichtlebensmittelhandel bis 18.00 Uhr geöffnet halten konnten und dass es einen Sperrhalbttag (in der Regel der Samstagnachmittag) gab, der vom Landeshauptmann festgesetzt werden

²⁶⁴ Andrea Wroblewski, *Leiharbeit in Österreich: Übergangslösung oder Sackgasse* (IHS Sociological Series Working Paper 48), Wien 2001. Vgl. dazu auch Marliese Mendel/Martina Schneller/Peter Schissler, *15 Jahre Kollektivvertrag für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung*, Wien 2017.

konnte. Bis Mitte der 1960er-Jahre konnten auch die „Silbernen“ und „Goldenen Sonntage“ abgeschafft werden, die an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten ein Öffnen der Geschäfte erlaubt hatten, und ein früherer Ladenschluss am 24. und 31. Dezember erreicht werden. Bereits bald danach sollte sich der Trend jedoch umkehren. Ein längeres Aufsperrn der Geschäfte wurde zu einer wiederkehrenden Forderung von Wirtschaft und Politik, wobei der Stein des Anstoßes zunächst das Offenhalten der Geschäfte am Marienfeiertag war. Der Auslöser war hierfür, dass der Salzburger Landeshauptmann **Wilfried Haslauer** sen. (ÖVP) das **Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember** 1984 per Verordnung ermöglichte, um im Weihnachtsgeschäft eine Abwanderung ins benachbarte Bayern zu verhindern, und dass er hieran auch nach einer untersagenden Weisung aus dem Sozialministerium festhielt. Dies führte dazu, dass am 8. Dezember nicht nur die GPA vor Ort genau kontrollierte, wer die Geschäfte öffnete und wer nicht, sondern dass die SPÖ-FPÖ-Regierung auch eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einbrachte. Auch Vizekanzler Steger, der zuvor Haslauer unterstützt und sich selbst als „Anti-Dallinger“ bezeichnet hatte, trug diese mit. Zu weiteren Konsequenzen kam es trotz der festgestellten Rechtsverletzung zunächst jedoch nicht. Erst nachdem sich 1990 eine ähnliche Situation abzeichnete, konnte die Feiertagsruhe am 8. Dezember sichergestellt werden. Lange gelten sollte die Regelung jedoch nicht, da die Diskussion um eine Liberalisierung der Ladenschlusszeiten weiterging.²⁶⁵

Das in den frühen 1980er-Jahren nachlassende Wirtschaftswachstum und die **steigende Arbeitslosigkeit** stellten für die GPA und Dallinger eine besondere Herausforderung dar. Die seit dem österreichischen Wirtschaftswunder (1953–1962) anhaltende Vollbeschäftigung (Arbeitslosigkeit unter drei Prozent) ging nach dem zweiten Erdölschock ab 1982/1983 endgültig zu Ende und stieg bis zum Ende des Jahrzehnts bereits auf über fünf Prozent an. Ab 1985 verfestigte sich diese zu einer resistenten, d. h. anhaltend hohen Arbeitslosigkeit über den ökonomischen Konjunkturzyklus hinweg. Für Bundeskanzler Kreisky und Alfred Dallinger, die die Massenarbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit selbst erlebt hatten, war dies eine besorgniserregende Entwicklung. So wollte nicht nur Kreisky alles daran setzen, die Vollbeschäftigung zu erhalten und dafür auch eine stärkere Verschuldung in Kauf nehmen, sondern auch Dallinger dazu beitragen, das Entstehen einer Sockelarbeitslosigkeit zu verhindern – zumal mit der beginnenden

²⁶⁵ Fadler, Der Zukunft verpflichtet, S. 13 f.; Szymanski, Innenansichten, S. 100 f.

Privatisierung der Verstaatlichten Industrie allmählich auch ein Bereich abhanden kam, der zuvor für eine „Hortung von Arbeitskräften“ eingesetzt werden konnte.²⁶⁶



Abb. 19: Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung im Zentrum des Gewerkschaftstages 1982

Der Weg, den Dallinger dabei einschlug, war nicht nur durch den Abbau ausländischer Arbeitskräfte und die Eröffnung von Möglichkeiten frühzeitiger Alterspensionen gekennzeichnet. Er umfasste insbesondere auch die Suche nach neuen Konzepten zur Sicherung einer möglichst hohen Beschäftigung und der Finanzierung des Sozialsystems. Die wichtigsten Leitsätze waren für ihn, dass **Arbeitslosigkeit die „teuerste Form der Arbeitszeitverkürzung“** und **jeder Stillstand in der Sozialpolitik bereits ein**

²⁶⁶ Tálos/Fink, Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet, S. 236 ff.

Rückschritt sei. Ideen und Lösungsansätze, die Dallinger vor diesem Hintergrund verfolgte, waren eine weitere Arbeitszeitverkürzung, neue Formen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe oder eines Grundeinkommens, womit er nicht selten polarisierte bzw. für die einen zum „Visionär“ und für die anderen zum „Bürgerschreck“ wurde.²⁶⁷

Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erhaltung einer möglichst hohen Beschäftigung sah Dallinger in einer gerechten Verteilung von Arbeit, die den Abbau von Überstunden ebenso inkludierte wie eine weitere **Verkürzung der Arbeitszeit** hin zu einer **35-Stunden-Woche**. Die Forderung nach einer schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche wurde vom ÖGB-Bundeskongress erstmals 1979 erhoben. 1982 nahm auch die GPA die Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung in ihr Aktionsprogramm auf.

Einigkeit bestand damit jedoch keinesfalls, vielmehr spitzte sich die Debatte auf dem ÖGB-Bundeskongress 1983 zu. Während Dallinger und die GPA deren Einführung noch vor 1987 forderten, traten ÖGB-Präsident Anton Benya, Karl Sekanina als Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und Bundeskanzler Bruno Kreisky zwar für eine Arbeitszeitverkürzung in einzelnen Bereichen ein. Gleichzeitig warnten sie aber davor, dass eine „generelle Verkürzung der für alle Wirtschaftsbereiche gültigen Normalarbeitszeit ohne Lohnausgleich [...] schwerwiegende sozialpolitische und ökonomische Nachteile“ haben könnte. Die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden war damit jedoch nicht vom Tisch. So forderte Dallinger auch auf dem elften Gewerkschaftstag der GPA im November 1986 einen Generalkollektivvertrag über die allgemeine Einführung der 35-Stunden-Woche,²⁶⁸ während ÖGB-Präsident Benya zwar für branchenweise Verhandlungen eintrat, eine Umsetzung bis 1990 aber als unrealistisch bezeichnete.

Ein erster konkreter Schritt hin zu einer weiteren Senkung der Arbeitszeit erfolgte durch die branchenweise Reduzierung der Arbeitszeit auf 38,5

²⁶⁷ Fadler, *Der Zukunft verpflichtet*, S. 41; Tólos, *Alfred Dallinger*, S. 111 ff.

²⁶⁸ Dallinger: *Gegen jeden Sozialabbau, Solidarität mit den Arbeitslosen*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 9.11.1986; GPA: *35-Stunden-Woche im Grundsatzprogramm*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 7.11.1986.

Stunden in den Kollektivverträgen der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie (Bereich Industrie, Bergbau und EVU) und der GPA ab 1985.²⁶⁹

Mit der Anfang 1983 beschlossenen Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz wurde der Grundstein für innovative Maßnahmen in der **Arbeitsmarktpolitik** gelegt. 1984 startete die so genannte „**Aktion 8000**“ mit dem Ziel, 8000 zusätzliche Arbeitsplätze in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen für Langzeitarbeitslose und am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen zu schaffen, wobei anfangs vor allem die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein besonderes Anliegen war.

Neuartig war dabei, dass die Dienstgeber nicht aus der Privatwirtschaft kommen, sondern vielmehr öffentlich-rechtliche Körperschaften (außer Bundesdienststellen), gemeinnützige Vereine und Selbstverwaltungsinitiativen sein sollten. Der Grund dafür war, dass mit der „Aktion 8000“ nicht nur arbeitsmarktpolitische Ziele verfolgt wurden. Es wurde auch beabsichtigt, Lücken im sozialen Versorgungsnetz zu schließen, kulturelle Aktivitäten zu fördern, die Wohn- und Lebensumwelt zu verbessern und den Umweltschutz auszubauen. Die Idee hinter dieser neuartigen oder „experimentellen“ Form der Arbeitsmarktpolitik war es daher auch, neue Arbeitsfelder zu entwickeln.²⁷⁰

Die Einführung eines bedingungslosen **Grundeinkommens**, die an und für sich nichts Neues war – bereits der englische Staatsmann und Gelehrte Thomas Morus hatte Anfang des 16. Jahrhunderts die Idee in seinem Roman „Utopia“ entworfen –, wurde ab Mitte der 1980er-Jahre zu einem Diskussionsthema. Nachdem die Katholische Sozialakademie 1985 mit ihrem Vorschlag für ein „Grundeinkommen ohne Arbeit“ an die Öffentlichkeit getreten war, wurde dieser zunächst sowohl von Industrie und Wirtschaft als auch von SPÖ- und gewerkschaftsnahen Kreisen heftig abgelehnt. Alfred Dallinger setzte sich jedoch dafür ein, die Idee eines Grundeinkommens bzw. „Basislohns“ zu prüfen, da auf Grund des Wegrationalisierens von Industriearbeitsplätzen mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen sei. Ein erstes wichtiges Forum für eine Auseinandersetzung mit dem Thema stellte eine im Frühjahr 1985 vom Sozialministerium organisier-

²⁶⁹ Fadler, *Der Zukunft verpflichtet*, S. 57 ff.; Mulley/Lichtenberger, *Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB*, S. 37; Autengruber/Lichtenberger/Mendel, *Gefordert – Gekämpft – Erreicht*, S. 32 f.

²⁷⁰ Fadler, *Der Zukunft verpflichtet*, S. 49 ff.

te Enquete dar.²⁷¹ In weiterer Folge sollte es zwar nicht zur Einführung eines Basislohns/Grundeinkommens kommen. Wie die Wertschöpfungsabgabe sollte aber auch das Grundeinkommen nicht aus dem politischen Diskurs verschwinden.

Die Implementierung einer **Wertschöpfungsabgabe** sollte eine neuartige Möglichkeit zur Finanzierung des Sozialsystems sein, die in den 1950er-Jahren bereits in Deutschland und in den 1980er-Jahren in mehreren europäischen Ländern debattiert wurde. Die zentrale Idee war dabei, den Faktor Arbeit zu entlasten, da die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber nicht auf der Lohnsumme, sondern auf der Wertschöpfung des Unternehmens basieren sollten. Dallinger brachte den Vorschlag zur Etablierung einer Wertschöpfungsabgabe auf dem zehnten ÖGB-Bundeskongress 1983 ein. Nachdem der ÖGB dem Modell – ähnlich wie der 35-Stunden-Woche – jedoch skeptisch gegenüberstand, wurde in Folge vor allem das Sozialministerium zum Antriebsmotor für eine wertschöpfungsorientierte Finanzierung des Sozialsystems, die nicht selten als „Maschinenstürmerei“ oder „Maschinensteuer“ und damit als fortschrittsfeindlich diffamiert wurde. Im Februar 1989 präsentierte Dallinger dann sogar einen Gesetzesentwurf, mit dem zumindest ein Teil der ArbeitgeberInnenbeiträge durch eine Wertschöpfung ersetzt werden sollte. Beschlossen oder umgesetzt wurde dieser in Folge des baldigen Ablebens von Dallinger jedoch nicht.²⁷² Im politischen Diskurs und im Forderungskatalog der GPA blieb sie – ebenso wie die 35-Stunden-Woche – jedoch lebendig.

9.6 Der Unfalltod von Alfred Dallinger und Richard Wonka am 23. Februar 1989

Der 23. Februar 1989 markiert eine besondere Zäsur in der Geschichte der GPA. An jenem Tag kamen sowohl **Alfred Dallinger** als auch Zentralsekretär **Richard Wonka** mit allen anderen Fluggästen bei einem tragischen **Flugzeugabsturz über dem Bodensee** ums Leben.

²⁷¹ Institut für Arbeitsmarktbetreuung Burgenland (Hg.), Visionen. Tabus der österreichischen „Sozial“politik (Alfred Dallinger Vermächtnissymposium), Oberwart 1989, S. 66–90.

²⁷² Fadler, Der Zukunft verpflichtet, S. 79 ff.; Auf neuem Steuerkurs, in: Kompetenz 4 (1997) S. 6 ff.



Abb. 20: Pressemeldung zum Tod von Alfred Dallinger

Wonka, der sich ab Mitte der 1970er-Jahre in der oberösterreichischen GPA als Organisations-, Werbe- und Schulungsreferent einen Namen gemacht hatte, war seit 1986 auf Bundesebene Zentralsekretär für den Organisations- und Öffentlichkeitsbereich gewesen.²⁷³

²⁷³ GPA. Mit Dallinger auch Wonka verloren, in: AZ-Tagblatt, 24.2.1989; Richard Wonka – ein Leben für die Gewerkschaft, in: Kompetenz 2 (1999) S. 15.

Bis Klarheit darüber bestand, was geschehen war, sollte es jedoch dauern, womit die Vormittagsstunden des 23. Februar kaum an Dramatik zu überbieten waren. So erinnert sich etwa auch **Hans Sallmutter**, damals leitender Sekretär der Sektion Geld und Kredit, an den letzten Donnerstag im Februar 1989 folgendermaßen zurück:

„ ... als die beiden abgestürzt sind, hatten wir in der Früh Leitungsausschuss-sitzung (das gibt es heute auch nicht mehr). Und Dallinger und der damalige Zentralsekretär für Organisation Richard Wonka mussten an diesem Tag nach Vorarlberg. Dort gab es schon seit ewigen Zeiten einen innergewerkschaftlichen Kampf [...] Sie mussten diese Sitzung früher verlassen, um rechtzeitig zu diesem Flugzeug zu kommen, das war um ca. 9.00. Wir haben diese Sitzung bis ca. 10.00 weitergeführt, dann sind alle Leitenden Sekretäre verschwunden, und um ca. 13.00 ruft mich der Tower vom Flughafen Schwechat an. Ich war zu diesem Zeitpunkt der einzige Zentralsekretär da (insgesamt gab es 6), und der sagt mir dann, dass das Flugzeug seit ein paar Stunden abgängig ist. Das hätte schon viel früher dort draußen landen müssen, was aber nicht passiert ist. Wir sind dann in ständigem Kontakt geblieben, ca. um 13.30 hatten wir noch immer keine Nachricht. Wir hatten am Deutschmeisterplatz so eine Lautsprecheranlage, das Mikrofon war in der Telefonzentrale. Ich bin dann dorthin gegangen und habe die Durchsage gemacht, dass das Flugzeug vermisst/verschollen ist. Die Folge war ein absolutes Chaos. Die Leute haben geweint; und jeder hat spekuliert, was da gewesen sein könnte. Sechs oder sieben Tage später haben sie die Maschine mit einem Mini-U-Boot gefunden“.²⁷⁴

Erst nach einiger Zeit war somit klar, dass das Flugzeug der Rheintalflug, mit der Dallinger und Wonka nach Vorarlberg unterwegs waren, abgestürzt ist. Aufgrund des dichten Nebels war die zweimotorige Maschine vom Flugplatz in Hohenems auf jenen in Altenrhein in der Schweiz umgeleitet worden und beim Landeanflug über dem Bodensee abgestürzt. Alle neun Passagiere und die beiden Besatzungsmitglieder starben. Bruno Kreisky soll – in dem Augenblick, in dem er vom Flugzeugabsturz erfuhr – das Herz stillgestanden sein.²⁷⁵

²⁷⁴ Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018.

²⁷⁵ Fadler, Der Zukunft verpflichtet, S. 28; „Mir ist das Herz stillgestanden“, in: Arbeiter-Zeitung, 24.2.1989.

10. Eleonora Hostasch – Die erste Frau an der Spitze der GPA 1989–1994

Chronologie	
15.3.1989	Im Rahmen einer außerordentlichen Vorstände-konferenz und einer Sitzung des Zentralvorstandes wird Eleonora Hostasch zur neuen Vorsitzenden der GPA gewählt.
17.7.1989	Österreich stellt in Brüssel den Antrag um Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft (EG).
9.1989	Das „Angestelltenjournal“ löst den „Privatangestellten“ ab.
12.12.1989	Einführung des Karenzurlaubes für Väter und Aus- weitung des Karenzurlaubes auf zwei Jahre
6.–9.11.1990	12. Gewerkschaftstag der GPA
13.11.1991	Das neue Arbeiterkammergesetz wird beschlossen.
9.1992	Die GPA richtet ein Internationales Sekretariat ein.
1.12.1992	Das Bundesgleichbehandlungspaket wird beschlossen.
23.1.1993	Das „Lichtermeer“ gegen Fremdenhass und Ausländer- feindlichkeit findet statt.
12.2.1993	Bundespflegegeldgesetz
9.3.1993	Der ÖGB eröffnet ein Büro in Brüssel.
11.3.1994	Die „Kompetenz“ ersetzt das „Angestelltenjournal“.
12.6.1994	Bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt Öster- reichs sprechen sich 66,6 Prozent für ein „Ja“ aus.
22.8.1994	Die EU-Sozialminister beschließen die Richtlinie zur Einsetzung von „Euro-Betriebsräten“.
17.10.1994	Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien wählt Eleonora Hostasch zur neuen Präsidentin.

Der tragische Unfalltod von Alfred Dallinger und Richard Wonka bedeutete einen schweren Schlag für die GPA, da sie mit dem Flugzeugabsturz zwei ihrer wichtigsten Funktionäre verlor. Wie auch in den Medien festgehalten wurde, befand sich die GPA damit in einer schwierigen personellen Situation, da sie bereits in den hervorgehenden Monaten personelle Aderlässe hinnehmen musste: Anfang 1988 musste **Helmut Braun** erst als Wiener Umweltstadtrat und dann auch als Zentralsekretär der GPA zurücktreten, da er sich Spendengelder für das Berufsförderungsinstitut (BFI) widerrechtlich angeeignet hatte.²⁷⁶ Im August 1988 war **Hans Klingler** verstorben, der nach seiner anfänglichen Tätigkeit in der Katholischen Arbeiterjugend seit 1964 als hauptberuflicher Sekretär bzw. seit 1970 als Zentralsekretär in der GPA tätig war und sich insbesondere in der internationalen Gewerkschaftsarbeit und als Anwalt der Gewerkschaften in der „Dritten Welt“ einen Namen gemacht hatte.²⁷⁷

10.1 Eleonora Hostasch wird GPA-Vorsitzende

Um kein Vakuum an der Spitze der GPA entstehen zu lassen, galt es, die Positionen von Alfred Dallinger und Richard Wonka rasch nachzubesetzen. Eine wichtige Rolle spielte dabei Heinz Vogler, der für Eleonora Hostasch als neue Vorsitzende und Hans Sallmutter als Zentralsekretär eintrat.²⁷⁸

Heinz Vogler, geboren 1940, erlernte ursprünglich den Beruf eines Industriekaufmanns und absolvierte im zweiten Bildungsweg ein Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz. Gewerkschaftlich

²⁷⁶ Braun war als gelernter Großhandelskaufmann seit 1953 in der GPA tätig. Er wirkte dort zunächst als Leiter der Jugendabteilung, später als Sekretär im Zentralsekretariat, ab 1970 als Zentralsekretär und ab 1974 als Geschäftsführer-Stellvertreter. 1978/1979 gehörte er dem Wiener Landtag und Gemeinderat, von 1979 bis 1984 dem Nationalrat an. 1984 wurde er Umweltstadtrat. In der „BFI-Affäre“ wurde er 1990 erst zu dreieinhalb (unbedingter), 1991 zu drei Jahren Haft wegen Untreue (davon zwei Jahre bedingt) verurteilt. 1991 profitierte er von der Weihnachtsamnestie. Vgl. hierzu u.a.: Ehemaliger SP-Multifunktionär verurteilt. Dreieinhalb Jahre für Braun und Schmidl, in: Die Presse, 12.6.1990; Ex-Stadtrat Braun muss nur ein Jahr ins Gefängnis, in: Kurier, 13.6.1991; Helmut Braun muss in Haft, in: Arbeiter-Zeitung, 13.6.1991; Amnestie: Ex-Stadtrat Braun aus Haft entlassen, in: Die Presse, 19.12.1991; Ex-Stadtrat blitzt mit Klage auf Pension bei Höchstgericht ab, in: Neue Kronen-Zeitung, 13.11.1992.

²⁷⁷ In Memoriam Hans Klingler, in: Der Privatangestellte 9 (1988) S. 3.

²⁷⁸ Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018; Protokoll des 13. Gewerkschaftstages, S. 8, in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge).

tätig war er seit Mitte der 1950er-Jahre – zunächst in der Gewerkschaftsjugend (ab 1956) als Bezirksobmann in Gmunden, dann als Jugendvorsitzender in Oberösterreich. 1962 wechselte er in das Landessekretariat von Oberösterreich (im Industriebereich) und blieb dort bis ihn 1976 der Ruf von Alfred Dallinger nach Wien erteilte, wo er Leitender Sekretär der Sektion Industrie und Gewerbe wurde. In den folgenden Jahren stieg er bis zum Vorsitzenden der in den Gewerkschaften in Europa organisierten Angestellten in Industrie und Industrietechnologie auf, wurde Stellvertreter von Dallinger bzw. Geschäftsführer-Stellvertreter (ab 1984) und führte damit weitgehend die GPA, da die zeitlichen Ressourcen von Dallinger als Sozialminister stark eingeschränkt waren. Zugleich bekleidete er auch wichtige Funktionen in der AK Wien. So wurde er 1984 von der Vollversammlung zum Vizepräsidenten und 1988 nach dem überraschenden Tod von **Adolf Czettel** auch zum Präsidenten der AK Wien und des österreichischen Arbeiterkammertages gewählt (beides bis 1994), womit erstmals ein Angestellter diese Positionen einnahm. Seine anderen Funktionen gab er dafür weitgehend auf.²⁷⁹ Das Amt eines Vizegeschäftsführers der GPA behielt er jedoch bei und fühlte sich nun dafür verantwortlich, dass die GPA nach dem Tod von Alfred Dallinger und Richard Wonka nicht führungslos wird.²⁸⁰

Eleonora Hostasch, die damals GPA-Frauenvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende im GPA-Präsidium war, wurde erst in einer außerordentlichen Vorständeokonferenz und einer Sitzung des Zentralvorstandes am 15. März 1989 und ein Jahr später auch auf dem zwölften Gewerkschaftstag der GPA, bei dem erstmals die Führungsgremien in geheimer Wahl bestimmt wurden,²⁸¹ zur neuen Vorsitzenden bestellt. Damit wurde nicht nur erstmals eine Frau Vorsitzende der GPA, sondern überhaupt einer Gewerkschaft, was in den Medien mit einer „politischen Sensation im ÖGB“ betitelt wurde.²⁸²

²⁷⁹ Beides wurde im Zentralvorstand vom 24./25.11.1988 beschlossen. Vgl.: Wohin geht die Gewerkschaft, in: Der Privatangestellte 12 (1988) S. 3.

²⁸⁰ Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018; Früherer Bundesarbeitskammer-Präsident wird 65, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050909_OTS0197/frueherer-bundesarbeitskammer-praesident-heinz-vogler-wird-65 (1.9.2018); Die Erben, in: Wochenpresse, 30.9.1988; Ein Mann mit Eigenschaften, in: Die Presse, 10.10.1988; Ein Vorzugsschüler auf dem zweiten Bildungsweg, in: AZ-Tagblatt, 16.11.1988; Fortschritt aus egoistischen Motiven, in: Wochenpresse, 13.1.1989; Lebensläufe, in: AK Wien, Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, AK-Archiv.

²⁸¹ Neuwahl der GPA-Spitze erfolgt erstmals geheim, in: Neues Volksblatt, 3.11.1990.

²⁸² Lore Hostasch zur GPA-Chefin gewählt: Politische Sensation im ÖGB, in: Wiener Zeitung, 16.3.1989.

Gleichzeitig wurde Hans Sallmutter, vorheriger leitender Sekretär der Sektion Geld und Kredit, neben **Karl Klein** (in Nachfolge von Hans Klingler, 1990 abgelöst durch **Richard Paiha**²⁸³) und **Helga Stubianek** als dritter Zentralsekretär und Geschäftsführer-Stellvertreter eingesetzt. Vogler übernahm die Funktion eines Geschäftsführers, um eine zusätzliche Stütze für Hostasch zu sein, da sie ihre Leitungsfunktion in der GPA ehrenamtlich ausführen und ihre bisherige Tätigkeit als BAWAG-Aufsichtsratsvorsitzende beibehalten wollte.²⁸⁴



Abb. 21: Eleonora Hostasch beim zwölften Gewerkschaftstag 1990

Eleonora Hostasch wurde 1944 in Wien geboren und wuchs in einem familiären Umfeld ohne besondere Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung auf. Sie besuchte die Handelsakademie und hatte 1962 zwei Stellen-

²⁸³ Sekretär wird FCG-Chef, in: Wiener Zeitung, 8.10.2003.

²⁸⁴ Kontinuität und Erneuerung. Vorstandskonferenz und Zentralvorstand zur Neubesetzung der Spitzenfunktionen, in: Der Privatangestellte 4 (1989) S. 4; Kontinuität und Erneuerung. Vorstandskonferenz und Zentralvorstand zur Neubesetzung der Spitzenfunktionen, in: Der Privatangestellte 4 (1989) S. 4; Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018.

angebote, zwischen denen sie sich entscheiden konnte. Da sich die Arbeiterbank (später BAWAG) früher als die Nationalbank meldete, entschied sie sich dafür, die Stelle bei der Arbeiterbank anzutreten. Der Zufall legte somit in gewisser Weise das Fundament für ihre spätere Karriere in der Gewerkschaftsbewegung. In der Arbeiterbank war sie erst in der Auslandsabteilung, dann auch in der Leitung dieser Abteilung tätig. Den Weg zur Gewerkschaftsarbeit fand sie über ihre Tätigkeit im Betriebsrat, wobei der anfängliche Kontakt zur GPA nicht konfliktfrei war. Unterschiedliche Vorstellungen über die Schaffung eines (nur kurze Zeit bestehenden) Wirtschaftsbeirats als weiteres Forum zur Mitbestimmung der Betriebsräte in wirtschaftlichen Belangen waren der Grund dafür. 1974 wurde sie in Nachfolge von Johanna Kittel zur Vorsitzenden der GPA-Frauenabteilung gewählt, nachdem Helga Stubianek sie als damalige Frauensekretärin zur Kandidatur aufgefordert hatte (bis 1989, dann ausgeübt von **Christine Maier**). Zudem war Hostasch in der Sektion Geld und Kredit aktiv, womit sie über zwei „Äste“, den „Ast Frauen“ und den „Ast Geldwirtschaft“, in die GPA „hineingewachsen“ ist. In der BAWAG wendete sie sich ab 1975 ausschließlich der Betriebsarbeit zu und wurde zunächst Betriebsratsvorsitzende in Wien (bis 1992), dann auf Bundesebene (bis 1994). 1978 wurde sie Mitglied im Präsidium der GPA sowie der Sektion Geld und Kredit, 1983 stellvertretende Vorsitzende der ÖGB-Frauen (bis 1991) und 1986 Vorsitzende-Stellvertreterin der GPA.²⁸⁵ Erste politische Funktionen bekleidete sie ab 1987 im Wiener Gemeinderat. 1989, im selben Jahr als sie zur GPA-Vorsitzenden wurde, wechselte sie in den Nationalrat (bis 2000). Von 1991 bis 1995 war Lore Hostasch ÖGB-Vizepräsidentin.

Die Entscheidung, an die Spitze der GPA zu treten, war für Hostasch – wie sie retrospektiv festhält – nicht einfach. Alfred Dallinger hatte über Jahre als wichtiger Vordenker der GPA fungiert und es geschafft, die GPA immer wieder im politischen Diskurs zu platzieren. Zudem hatte er mit seiner starken Präsenz – zumindest in der Außenwirkung – auch eine integrierende Funktion, weshalb nach seinem Ableben in den Medien spekuliert wurde, ob die GPA nun Gefahr laufe, wieder eine recht heterogene Gruppe von Sektionen mit ausgeprägten Individualinteressen zu werden.²⁸⁶ Nachdem Hostasch seit Jahren „gepredigt“ hatte, dass Frauen „etwas werden müssen“, wollte sie das Angebot, die Leitung der GPA zu übernehmen, jedoch nicht ableh-

²⁸⁵ Eine Frau für alle Fälle, in: Wiener, März 1993.

²⁸⁶ GPA war nie Utopie, in: Profil, 14.3.1989.

nen – zumal sie mit Heinz Vogler seit langem bekannt war und auch Hans Sallmutter ein vertrauter Kollege war, mit dem sie in der Sektion Geld und Kredit über Jahre zusammengearbeitet hatte. An Widerstände dagegen, dass mit ihr erstmals eine Frau an die Spitze der GPA treten sollte, kann sie sich nicht erinnern. Jedenfalls drangen diese nur kaum wahrnehmbar zu ihr durch.²⁸⁷

10.2 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch

Eleonora Hostasch übernahm die Führung der GPA in einer Zeit des beschleunigten Wandels. Wie es sich bereits in der zweiten Hälfte des Vorsitzes von Alfred Dallinger abzuzeichnen begann, befanden sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowohl in globaler, als auch in nationaler Perspektive im Umbruch.

1989 fiel der **Eiserne Vorhang**, und 1991 brach auch die **Sowjetunion** zusammen, womit einer der beiden Blöcke, der die Weltpolitik nach 1945 beherrscht hatte, nicht mehr bestand. Der Staatssozialismus war in Europa gescheitert, die Transformation zu demokratischen, marktwirtschaftlich orientierten Staaten eine enorme Herausforderung, die bevorstand. Der Neoliberalismus mit seinem Glauben an die Steuerungsmacht des Marktes und einen „schlanken Staat“ befand sich weltweit auf dem Vormarsch und bestimmte bereits seit Jahren die Politikgestaltung in Großbritannien und den USA. Neue technische Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten beschleunigten die internationalen Verflechtungen in allen Bereichen des Lebens. Die **Globalisierung** wurde zu einem Thema, an dem niemand vorbeikam. Der Markt gewann gegenüber der Politik an Bedeutung.

In Österreich befand sich seit 1986 wieder eine **Große Koalition** aus SPÖ und ÖVP an der Regierung, nachdem Jörg Haider auf dem Innsbrucker Parteitag den Vorsitz in der FPÖ übernommen und Bundeskanzler Franz Vranitzky die seit 1983 amtierende Kleine Koalition (SPÖ-FPÖ) aufgekündigt hatte. Eine Rückkehr in die sozialpartnerschaftliche Stabilität der 1950er- und 1960er-Jahre bedeutete dies jedoch nicht. Mitte der 1980er-Jahre waren die ökonomischen, sozialen und politischen Grundlagen der Zweiten Republik längst brüchig geworden.

²⁸⁷ Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018.

Bereits das Ende der Ära Kreisky war von einem kombinierten Ansteigen der Arbeitslosigkeit und des Budgetdefizits geprägt. Der **Schuldenabbau** wurde zwar bereits während der letzten Regierungsjahre von Kreisky zu einem Thema, von den nachfolgenden Regierungen wurde der Budgetpolitik jedoch eine noch höhere Priorität eingeräumt. So trat auch die seit 1986 amtierende Große Koalition als Sanierungspartnerschaft an. Das Kreisky'sche Primat der Vollbeschäftigung war bereits von ihrer Vorgängerregierung unter Fred Sinowatz und Norbert Steger durch jenes ersetzt worden, eine möglichst hohe Beschäftigung zu erhalten. Gleichzeitig waren erste Schritte zur Privatisierung der einst mächtigen Verstaatlichten Industrie gesetzt worden, die in den folgenden Jahren weiter vorangetrieben wurde.²⁸⁸ Das sozialpolitische Füllhorn konnte – wie bereits Dallinger als Sozialminister hatte feststellen müssen – nicht mehr wie in früheren Zeiten ausgeschüttet werden. Das **soziale Klima wurde rauer**.²⁸⁹

Der **Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft** (ab 1992 Europäische Union) wurde zu einem der wichtigsten Projekte für die Große Koalition und resultierte 1989 im Antrag um Aufnahme in die EG. Das Ergebnis der Volksstimmung vom 12. Juni 1994, bei dem sich 66,6 Prozent der ÖsterreicherInnen für den Beitritt aussprachen, wurde zu einem der größten Erfolge der Regierung. Generell war die Macht der bisher großen Parteien SPÖ und ÖVP aber im Schwinden begriffen. Dies zeigte sich nicht nur darin, dass 1986 erstmals seit dem Ausscheiden der KPÖ (1959) mit den Grünen einer vierten Partei der Einzug in den Nationalrat gelang. Es konnte auch die **FPÖ** als bisherige Kleinpartei ihren **Stimmenanteil bei Wahlen kontinuierlich erhöhen**. Ihrem Parteivorsitzenden Jörg Haider gelang es in den 1980er- und 1990er-Jahren, die Ängste und Verunsicherungen, die durch die internationalen und nationalen Veränderungen entstanden waren, erfolgreich für den Aufstieg der Partei nutzen. Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern, die eine stärkere Integration der FPÖ ins politische System angestrebt hatten, platzierte er diese als rechtspopulistische Systemopposition, zu deren Kalkül nicht nur immer wieder die Verharmlosung der NS-Vergangenheit und Angriffe auf MigrantInnen gehörten. Auch die „Großparteien“ und deren Proporzsystem, die Sozialpartnerschaft und der Sozialstaat mit seinen zahlreichen „Gefahren des Missbrauchs“ wurden zu beliebten Ziel-

²⁸⁸ Oliver Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), S. 555 ff.; Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, S. 391 ff.; Lauber/Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik, S. 613 ff.

²⁸⁹ Tálos, Alfred Dallinger, S. 112 ff.

scheiben. Verbunden war dies mit dem Eintreten für eine „ordnungspolitische Wende“ hin zu einer völlig freien Marktwirtschaft, einer Deregulierung des bestehenden Arbeitsrechts sowie einem weitgehenden Umbau des bestehenden Sozialsystems.²⁹⁰

Das bisher praktizierte System der **Sozialpartnerschaft** wurde gleich von einer Vielzahl von Faktoren vor neue Herausforderungen gestellt. Die voranschreitende Globalisierung und der EU-Beitritt begannen die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten einzuschränken und zwangen die Sozialpartner dazu, stärker auf internationaler und europäischer Ebene tätig zu werden. Der Bedeutungsverlust der traditionellen Großparteien, mit denen die Kammern und Gewerkschaften eng verbunden waren, schmälerten ihre Einflussmöglichkeiten ebenso wie die skizzierten Veränderungen im Wirtschaftsbereich – waren doch das Wirtschaftswachstum nach 1945, ausreichende budgetäre Kapazitäten für eine antizyklische Konjunkturpolitik und ein signifikanter verstaatlichter Industriesektor, der das Beschäftigungsniveau stabilisierte, wichtige Voraussetzungen für das Gelingen korporativer Politik gewesen. Und auch das Verhandlungsklima zwischen den Sozialpartnern begann sich zu verändern. Es wurde härter, weshalb sich häufiger als früher Konfliktsituationen ergaben.²⁹¹

Hinzu kam, dass sich ein **grundlegender Wandel am Arbeitsmarkt** abzeichnete, der die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen in der Mitgliedergewinnung und -betreuung stellte. Hierzu gehörte nicht nur, dass durch Fusionen, Ausgliederungen, Betriebsschließungen und Rationalisierungsmaßnahmen Mitglieder in vielen Wirtschaftsbereichen verloren gingen bzw. mit der Privatisierung der Verstaatlichten Unternehmen gleich ein ganzer Sektor abhandenkam, in dem es den Gewerkschaften leichtgefallen war, Mitglieder zu rekrutieren. Der technologische Wandel und die Digitalisierung führten zu grundlegenden Veränderungen in den Berufsfeldern und der Strukturierung von Arbeit. Eine zunehmende Heterogenisierung in der Erwerbsarbeit und die wachsende Verbreitung neuer Beschäftigungsformen, die vom „Normalarbeitsverhältnis“ in Hinblick auf Kontinuität, Dauer, Einkommenssicherheit und soziale Absicherung mehr oder weniger abwichen, sowie Individualisierungsprozesse machten es schwer, neue Mit-

²⁹⁰ John Evers, Die Partei des kleinen Mannes? Das Verhältnis der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zum ÖGB, Dipl.-Arb., Wien 2002.

²⁹¹ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1991, Wien 1992, S. III/5.

glieder zu gewinnen bzw. ihre zum Teil sehr unterschiedlichen und sich rasch ändernden Interessen zu vertreten. Die **steigende Anzahl „atypisch Beschäftigter“** (Teilzeit, befristete und geringfügige Beschäftigte, LeiharbeiterInnen, Arbeit auf Abruf, scheinselfständig Beschäftigte über Werk- und freie Dienstverträge) wurde somit in mehrfacher Hinsicht zu einer Herausforderung für die Gewerkschaften. Gleichzeitig wurden durch die Veränderungen am Arbeitsmarkt aber auch bestehende **Branchengrenzen brüchig** und damit die Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaften und ihrer „Zuständigkeitsbereiche“ immer schwieriger.²⁹²

10.3 Verteidigung der GPA als erste Aufgabe

Zu den ersten Aufgaben, die das neue Leitungsteam um Eleonora Hostasch zu erfüllen hatte, gehörte es, nach dem Tod von Alfred Dallinger wieder Ruhe in die GPA zu bringen.²⁹³ Zudem musste auch die Organisation als solche verteidigt werden. Der Grund dafür war, dass es rund um den Tod Dallingers und dann auch im Vorfeld des Gewerkschaftstages 1990 zu einer öffentlich-medialen Diskussion über die Verwirklichung des Industriegruppenprinzips gekommen war, nachdem sich (wie kurz zuvor die Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder²⁹⁴) Metaller-Chef **Rudolf Nürnberger** wieder (wie einst sein Vorgänger **Sepp Wille**) für dessen Umsetzung ausgesprochen hatte.²⁹⁵ Die Situation war – so Hostasch im Rückblick – „nicht ganz ungefährlich für die GPA“, wenn auch kein singuläres Ereignis – war

²⁹² Tálos, Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, S. 436 ff.; Sepp Wall-Strasser u. a. (Hg.), Gewerkschaften und atypische Beschäftigung: Interessen – Überzeugungen – Mitglieder, Wien 2008; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1991, Wien 1992, S. III/5.

²⁹³ Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018.

²⁹⁴ Neuer Anlauf im ÖGB zum Industriegruppenprinzip, in: Der Standard, 16.11.1988.

²⁹⁵ Eine Betriebsrätin als Alfred Dallinger Erbin: Biederes grün contra Funktionärsgrau, in: Salzburger Nachrichten, 17.3.1989; Gegen Industriegruppen, in: Neue Zeit, 4.5.1989; „Angestellten-Gewerkschaft nicht zerschlagen“, in: Die Presse, 3.11.1990; „Gruppenprinzip nicht sinnvoll“, in: Neue Zeit, 7.11.1990; GPA-Warnung vor Spaltung des ÖGB, in: Der Standard, 7.11.1990; „Wer nicht mit uns arbeitet, der arbeitet gegen uns“, in: Die Presse, 10.11.1990; Tagesprotokoll vom 6. und 9.11.1990, in: GPA-Archiv, Ordner 12. Gewerkschaftstag, 6.–9.11.1990 (Berichte, Protokolle, Anträge, Tagesprotokolle, FSG); Rede von Hans Sallmutter beim 12. Gewerkschaftstag der GPA, 6.–9.11.1990, in: GPA-Archiv, Ordner 12. Gewerkschaftstag, 6.–9.11.1990 (Anträge, Referate, Tagesprotokolle, Pressespiegel).

sie wie viele andere FunktionärInnen doch im Laufe der Jahre mehrfach mit der Forderung nach der Umsetzung des Prinzips „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ konfrontiert gewesen.²⁹⁶

Dass Fritz Verzetnitsch, der seit 1987 als ÖGB-Präsident fungierte, sich beim Gewerkschaftstag 1990 zur GPA als eigenständigen Organisation bekannte und Arbeitsgruppen für eine bessere innergewerkschaftliche Zusammenarbeit empfahl, wurde deshalb mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen. Der Verweis auf mögliche Reformen fehlte jedoch nicht²⁹⁷ – wurde doch bereits ein Jahr später ein Ständiger Organisationsausschuss im ÖGB eingesetzt, der sich mit strukturellen Veränderungen beschäftigen sollte.²⁹⁸

Gleichzeitig betonte Hostasch sowohl nach ihrer Wahl zur GPA-Vorsitzenden 1989 als auch auf dem folgenden Gewerkschaftstag, dass sie sich zur Fortsetzung der Linie von Alfred Dallinger bekenne bzw. ihre Arbeit von Kontinuität und Grundsatztreue auf der einen und von Erneuerungswillen auf der anderen Seite geprägt sein werde. Als zentrale Zielsetzungen nannte sie beim Gewerkschaftstag 1990 daher im Anschluss an frühere Forderungen nicht nur die **Wiedererlangung der Vollbeschäftigung** sowie einen Generalkollektivvertrag zur **Einführung der 35-Stunden-Woche** bis 1991. Sie forderte auch die Erreichung eines **Mindestlohns von 10.000 Schilling** in den Kollektivverträgen, den **Anspruch auf Abfertigung auch bei Kündigung durch die ArbeitnehmerInnen** und die Suche nach Lösungsansätzen zu einer **Wertschöpfungsabgabe**. Hinzu kam die Forderung nach einer Diskussion über eine allgemeine **Bildungsfreistellung**.²⁹⁹ Als zentrale

²⁹⁶ Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018; Interview Hans Sallmutter am 4.5.2018; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.

²⁹⁷ Verzetnitsch: Sandkastenspiele über meine Person überflüssig, APA-Meldung vom 7.11.1990; Rede von Fritz Verzetnitsch am 7.11.1990, in: GPA-Archiv, Ordner 12. Gewerkschaftstag, 6.–9.11.1990 (Anträge, Referate, Tagesprotokolle, Pressespiegel); Ziele für die Zukunft stecken, in: Angestelltenjournal 12 (1990) S. 8.

²⁹⁸ Vgl. zur Reform-Diskussion im ÖGB u. a.: Sabine Blaschke, Der ÖGB: Gewerkschaftliche Reorganisation und Erneuerung, in: Kurswechsel 2 (2002) S. 89–101; Klaudia Paiha/Paul Kolm/Markus Koza, Der ÖGB im Reformfieber – neue Wege oder alte Pfade?, in: Kurswechsel 2 (2002) S. 77–88.

²⁹⁹ Hostasch setzt Dallinger-Linie fort, in: Der Standard, 17.3.1989; Eine Betriebsrätin als Alfred Dallinger Erbin: Biederer grün contra Funktionärsgrau, in: Salzburger Nachrichten, 17.3.1989; Kontinuität und Erneuerung. Vorständekonferenz und Zentralvorstand zur Neubesetzung der Spitzenfunktionen, in: Der Privatangestellte 4 (1989) S. 4.

Grundlage für die Arbeit der GPA wurde auf dem Gewerkschaftstag 1990 nach den Aktionsprogrammen von 1982 und 1986 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen.³⁰⁰

10.4 Von der Unterstützung der Gewerkschaften im Osten bis zu Konflikten um die Öffnungszeiten im Handel

Wichtige Tätigkeitsbereiche der GPA in den folgenden Jahren betrafen sowohl den internationalen, als auch den nationalen Sektor.

Auf die **Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa** reagierte die GPA – wie dies Hans Sallmutter als neuer Zentralsekretär auch auf dem Gewerkschaftstag 1990 angesprochen hatte – mit einer Unterstützung für die Gewerkschaften vor Ort. Dies betraf zunächst vor allem die Gewerkschaften in den Nachbarländern, d. h. der Tschechoslowakei und Ungarn, wurde später aber auch auf die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawien ausgedehnt. Dabei ging es darum, die Gewerkschaften beim Aufbau neuer Strukturen ebenso zu unterstützen wie bei der Gestaltung von Kollektivverträgen, der Schulung von FunktionärInnen, dem Umgang mit dem Kapitalmarkt und vielem mehr. Anstelle der anfangs geforderten Geldleistungen wurde somit primär „Know-How“ zur Verfügung gestellt, indem Ausbildung organisiert und Kontakte zwischen den BetriebsrätInnen von österreichischen Firmen, die in Osteuropa aktiv wurden, mit den Gewerkschaften vor Ort hergestellt wurden. Sachleistungen wurden jedoch nur punktuell gespendet.³⁰¹

Der **Beitritt zur Europäischen Union** wurde von Seiten des ÖGB und der GPA unterstützt, wobei es anfangs durchaus kritische Stimmen im ÖGB und

³⁰⁰ Grundsatzprogramm der Gewerkschaft der Privatangestellten, beschlossen am 12. Gewerkschaftstag der GPA im November 1990.

³⁰¹ Europa im Umbruch, in: Angestelltenjournal 12 (1990) S. 6 f.; Die Welt in Bewegung – Europa im Umbruch, in: Angestelltenjournal 2 (1991) S. 6 f.; Europa im Umbruch – Die Rolle der Gewerkschaften, in: Angestelltenjournal 3 (1991) S. 15; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1991, Wien 1992, S. III/16; Gewerkschaften in Russland: ein Beginn, in: Angestelltenjournal 10 (1993) S. 14 f.; Seminar für GUS-Gewerkschafter, in: Angestelltenjournal 1 (1993) S. 15; Ein Bus für Rumänien. GPA unterstützt rumänische Handelsgewerkschaft, in: Angestelltenjournal 12 (1993) S. 9.

in der GPA gegeben hatte, die u. a. eine Schmälerung der hohen Sozial- und Umweltstandards in Österreich befürchteten.³⁰² So hatte auch Alfred Dallinger, der bereits seit jungen Jahren in internationalen Gewerkschaftsgremien vertreten war und internationale Entwicklungen und Trends immer genau verfolgte, gegen einen Beitritt Österreichs keine Einwände. Er hielt es aber für entscheidend, genau zu hinterfragen, welche Auswirkungen ein Beitritt auf die ArbeitnehmerInnen und auf die Sozialpartnerschaft mit sich bringen würde.³⁰³ Wie es auch der ÖGB erstmals in seinem Europa-Memorandum 1988 getan hatte,³⁰⁴ knüpfte die GPA einen EU-Beitritt an bestimmte Forderungen, die sowohl die Wahrung der immerwährenden Neutralität als auch die Aufwertung beschäftigungs- und sozialpolitischer Fragen in der europäischen Politik betraf. Die Vorbereitung auf die Volksabstimmung zum EU-Beitritt im Jahr 1994 begleitete sie mit einer umfassenden Informationsoffensive durch Veranstaltungen und Publikationen.³⁰⁵ Der Bundesvorstand des ÖGB beschloss im März 1994, den ArbeitnehmerInnen zu empfehlen, bei der Volksabstimmung mit „Ja“ zu stimmen. Neben einem Erfolg für die Regierung wurde der EU-Beitritt damit auch zu einem Erfolg für die Sozialpartnerschaft, der auch für die GPA in den kommenden Jahren ein stärkeres Engagement auf europäischer Ebene erforderte. „Europa“ nahm bald 80 bis 90 Prozent der internationalen Tätigkeit der Gewerkschaft ein. Hier ist u. a. der zunehmende Support bei der Gründung und der grenzübergreifenden Arbeit der neuen Europäischen Betriebsräte zu nennen.³⁰⁶

Ein weiteres Thema, das im innenpolitischen Diskurs eine große Rolle spielte, waren die **Öffnungszeiten im Handel**. Nachdem Mitte der 1980er-Jahre noch das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember im Zentrum der Auseinandersetzung gestanden hatte, war es nun das Aufhalten der Geschäfte nach 18.00 Uhr und am Samstagnachmittag. Maßgeblich war hierfür, dass der Verfassungsgerichtshof ab 1987 mehrfach Teile des Ladenschlussgesetzes aufhob, wodurch ein rechtsfreier Raum und eine Öffnung

³⁰² Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018; Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

³⁰³ Fadler, *Der Zukunft verpflichtet*, S. 26.

³⁰⁴ Bericht 1986–1989, S. 6, in: GPA-Archiv, Ordner 12. Gewerkschaftstag, 6.–9.11.1990 (Berichte, Protokolle, Anträge, Tagesprotokolle, FSG).

³⁰⁵ Vgl. etwa: GPA (Hg.), *Der Countdown läuft. Österreichs Arbeitnehmer auf dem Weg nach Europa*, Wien 1993.

³⁰⁶ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

der Geschäfte rund um die Uhr drohte, falls keine neue Regelung gefunden werden würde.



Abb. 22: Besetzung des Büros von Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel am 13. Juni 1991

Wirtschaftsminister **Wolfgang Schüssel** (ÖVP) konnte sich in dieser Situation eine völlige Freigabe der Öffnungszeiten – zumindest im Rahmen eines Beobachtungszeitraumes – vorstellen. Erst eine Demonstration am Ballhausplatz 1989 und eine Besetzung des Büros von Schüssel durch BetriebsrätInnen führten 1991 zu einer Regelung. Ab nun konnten die Geschäfte von 6.00 bis 19.30 Uhr, einmal in der Woche bis 21.00 Uhr und einmal im Monat am Samstagnachmittag geöffnet halten. Damit verschwand das Thema jedoch nur kurzzeitig von der politischen Bühne. Die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit blieb auf der Tagesordnung und beschäftigte die GPA auch rund um die beiden Jubiläen, die sie 1990 mit „100 Jahre Angestellte“ (bzw. der erstmaligen Verwendung des Begriffs

„Angestellte“) und 1992 mit „100 Jahre GPA“ (mit Bezug auf die Gründung des „Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten“ 1892) feierte. Gleichfalls waren diese Ereignisse – wie auch die vorher- und nachfolgenden Jahre – mit einer intensiven Reflexion über die Herausforderungen der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit verbunden.³⁰⁷

Sozial- und beschäftigungspolitische Errungenschaften konnten u. a. mit der Einführung des **wahlweisen Elternkarenzurlaubes** durch Mutter oder Vater und einer **Ausweitung des Karenzurlaubes** auf zwei Jahre sowie dem so genannten **Gleichbehandlungspaket 1992/1993** erzielt werden, nachdem das Gleichbehandlungsgesetz bereits 1990 ein weiteres Mal novelliert und eine Anwältin für Gleichbehandlungsfragen als direkte Kontaktstelle bei Diskriminierungen eingesetzt worden war. In den Jahren zuvor hatten sich nicht zuletzt die GPA-Frauen für eine partnerschaftliche Lösung bei der Kinderbetreuung,³⁰⁸ aber auch das Gleichbehandlungspaket eingesetzt, das ein Gleichbehandlungsgesetz für den Bundesdienst (1993) nach sich zog und u. a. folgende Änderungen brachte: die Einbeziehung von Kinderbetreuungszeiten in die Pensionsversicherung, einen verbesserten Mutterschutz bei befristeten Dienstverhältnissen und Frauenförderungsprogramme durch Betriebsvereinbarungen. Mit der Einführung des **Pflegegeldes** wurde es – wenn der sozialpolitische Handlungsspielraum auch geringer wurde – 1993 möglich, eine der letzten großen Lücken im sozialen Netz zu schließen, indem einheitliche und bedarfsorientierte Leistungen für alle pflegebedürftigen Menschen unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit geschaffen wurden. Mit dem 1994 beschlossenen **ArbeitnehmerInnenschutzgesetz** wurde österreichweit für alle ArbeitnehmerInnen eine arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung sichergestellt.³⁰⁹

Darüber hinaus war die GPA auch eine jener Institutionen, die sich an der Organisation des „**Lichtermeers**“ vom 23. Jänner 1993 beteiligte. Dieses wendete sich als von der NGO „SOS Mitmensch“ initiierte und von zahl-

³⁰⁷ Vgl. etwa: 100 Jahre Angestellte, in: Angestelltenjournal 11 (1990) S. 2 f.; GPA feiert hundertsten Geburtstag!, in: Angestelltenjournal 2 (1992) S. 4 ff.; Neue Zeiten, neue Gewerkschaften, in: Kompetenz 9 (1994) S. 7 ff.

³⁰⁸ ÖGB (Hg.), 70 Jahre Gerechtigkeit für Frauen, Wien 2015, S. 29.

³⁰⁹ Protokoll des 13. Gewerkschaftstages, 7.–10.11.1994, S. 35 ff., in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag, 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge).

reichen zivilgesellschaftlichen, politischen und religiösen Organisationen unterstützte Großdemonstration in Reaktion auf das FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“ gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.³¹⁰

Die Anzahl der jährlich abgeschlossenen **Kollektivverträge** lag **zwischen 1989 und 1994** bei fast **130** Stück, wobei ein Mindestgehalt von 10.000 Schilling – wie es 1990 von Hostasch gefordert worden war – praktisch in die Realität umgesetzt werden konnte.³¹¹

Neue Konzepte legte die GPA u. a. zur Bildungsfreistellung, zu einer Solidarabgabe und zur Einführung einer Energiesteuer vor. Das Modell zur bereits 1990 angesprochenen **Bildungsfreistellung** sah zwei Varianten vor: zum einen ein fixes Kontingent von einer Woche pro Arbeitsjahr für die berufsbezogene Weiterbildung und zum anderen die gänzliche oder teilweise Freistellung bis zu einer Dauer von sechs Monaten alle vier Arbeitsjahre (erweiterte Bildungsfreistellung).³¹² Das Konzept einer **Solidarabgabe** intendierte die Einführung einer fünfprozentigen Sondersteuer für Einkommen über einer Million Schilling. Die so eingenommenen Gelder sollten der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. Kern der vorgeschlagenen **Energiesteuer** war eine Entlastung des Faktors Arbeit bei der Bemessung des Sozialversicherungsbeitrages, womit sie in einer Tradition mit der Wertschöpfungsabgabe von Alfred Dallinger stand.

10.5 Beginnender Mitgliederverlust und erste organisatorische Reformen

Änderungen im Organisationsbereich betrafen 1991 die Einrichtung eines (1990 beschlossenen) **Umweltreferats und -beirats**, um das Thema Ökologie, das in den 1980er-Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und 1986 erstmals in ein Grundsatzprogramm der GPA Eingang gefunden hat-

³¹⁰ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1993, Wien 1994, S. III/3.

³¹¹ Bericht 1990–1994, S. 33, in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag, 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge).

³¹² ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1994, Wien 1995, S. V/19; GPA-Modell für Bildungsfreistellung, in: Wiener Zeitung, 14.8.1994.

te,³¹³ stärker in der gewerkschaftlichen Arbeit zu positionieren.³¹⁴ 1992 folgte die Installierung eines **internationalen Sekretariats**, um der gestiegenen Bedeutung der internationalen Tätigkeit insbesondere rund um den EU-Beitritt Folge zu leisten. Nachdem in den Jahren zuvor die internationale Arbeit von ÖGB und GPA zwar hochrangig angesiedelt gewesen war, in hohem Maß aber aus „Gewerkschaftsdiplomatie“ und dem Besuch von Gewerkschaftskongressen sowie punktuellen Solidaritätsprojekten bestanden hatte, wurde nun die Schaffung eigener Organisations- und Arbeitsstrukturen notwendig.³¹⁵ Aufgabe des Sekretariats sollte es sein, sowohl in der GPA eine wichtige koordinierende Funktion zu erfüllen, als auch in den einschlägigen Gremien des ÖGB und der AK vertreten zu sein sowie Kontakte zu anderen Organisationen herzustellen.³¹⁶ Der ÖGB richtete 1993 in Brüssel ein Büro ein, das die GPA seither – wie die anderen Gewerkschaften auch – für Lobbying vor Ort, ebenso wie die Entsendung eines GPA-Mitgliedes in den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss nutzen kann.³¹⁷

Gleichfalls waren die späten 1980er- und frühen 1990er-Jahre auch von verstärkten Reformbemühungen im Bereich des **Mitgliederwesens** gekennzeichnet und davon geprägt, eine **stärkere öffentliche Präsenz** anzustreben.³¹⁸

Ausschlaggebend waren dafür rückläufige Mitgliederzahlen. Nachdem die GPA die Anzahl ihrer Mitglieder seit 1945 ständig erhöhen konnte, in den 1970er-Jahren zur mitgliederstärksten Gewerkschaft geworden und Anfang/Mitte der 1980er-Jahre mit knapp 350.000 Mitgliedern (1982: 349.110, 1986: 348.117) ihren absoluten Höchststand erreicht hatte, begannen die Mitgliederzahlen erstmals zu sinken – auf 337.564 im Jahr 1990. Die Gründe dafür waren vielschichtig und reichten von veränderten Sozialisationsbedingungen bis zu den sich abzeichnenden und später noch beschleunigenden Veränderungen am Arbeitsmarkt und Imageproblemen der Sozial-

³¹³ Neues GPA-Grundsatzprogramm mit überwältigender Mehrheit beschlossen, in: ÖGB-Pressedienst, 7.11.1986.

³¹⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1993, Wien 1994, S. III/8.

³¹⁵ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

³¹⁶ Sachbezogene Kontakte sollten nach wie vor auf Ebene der Sektionen ablaufen, das Internationale Sekretariat sollte diese aber unterstützen. Bericht 1990–1994, S. 28, in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag, 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge).

³¹⁷ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

³¹⁸ Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018.

partner, wie sie im Folgenden mit der Kammerkrise angesprochen werden. Um gegensteuern zu können, wurden erste Reformmaßnahmen gesetzt. So wurde 1989 eine neue Abteilung für Mitgliederbetreuung eröffnet und im selben Jahr zusätzlich zur klassischen Mitgliederwerbung eine Informationskampagne über die Tätigkeit der GPA gestartet, die eine monatliche Pressekonferenz vorsah.³¹⁹

1992 folgten die Diskussion über ein neues Leitbild und der Aufbau einer **Marketingabteilung**, die die alte Werbeabteilung der GPA ersetzen sollte. Der Anstoß dazu kam von **Wolfgang Katzian**, der 1992 in Nachfolge von Helga Stubianek mit 35 Jahren zum bisher jüngsten GPA-Zentralsekretär, zuständig für den Bereich Bildung, Werbung und Mitgliederservice, wurde.³²⁰ Ziel des Marketingkonzepts war die Erarbeitung einer völlig neuen Corporate Identity, die dazu beitragen sollte, die GPA als „modernes Dienstleistungsunternehmen“ zu platzieren, da – so Hans Sallmutter – die Menschen „über persönliche Beratung und Betreuung allein [...] nicht mehr zu erreichen“ waren.³²¹ Teil des Prozesses war nicht nur die Entwicklung des ersten bundesweit einheitlichen Logos.³²² Er umfasste auch, dass das „Angestelltenjournal“, das im September 1989 den seit 1946 erscheinenden „Privatangestellten“ abgelöst hatte,³²³ durch ein neues **Mitgliedermagazin** ersetzt wurde: die **„Kompetenz“**, die (nach einer Null- oder Testnummer im November 1993) erstmals im März 1994 mit einer Auflage von 300.000 Exemplaren (und damit als das auflagenstärkste Magazin Österreichs) erschien und im Rahmen eines großen Fests der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.³²⁴ Im April 1994 wurde dann auch ein **Sekretariat für Sonderprojekte** installiert, das sich in Absprache und Abstimmung mit den verantwortlichen Leitenden Sekretären bzw. Landessekretären – um die Durchführung von Sektions- bzw. länderspezifischen Marketing- und Organisationsprojek-

³¹⁹ Organisation: Weichstellungen, in: Der Privatangestellte 5 (1989) S. 6 f.; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1990, Wien 1991, S. III/4 und S. 10.

³²⁰ Ein neues Leitbild für die GPA, in: Angestelltenjournal 9 (1992) S. 3.

³²¹ Nicht ohne meinen Betriebsrat, in: Kompetenz 9 (1994) S. 16 ff.

³²² Bericht 1990–1994, S. 63, in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag, 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge).

³²³ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1989, Wien 1990, S. III/9.

³²⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1993, Wien 1994, S. III/5 f.; ÖGB-Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1994, Wien 1995, S. III/5 f. sowie S. V/7; Schwerpunktnummer Kompetenz 2 (1994).

ten kümmern sollte. Vorrangiges Ziel sollte dabei die Erhöhung der Organisationsdichte im definierten Betrieb/Konzern sein. Die **GPA-Card** löste das alte Mitgliedsbuch ebenfalls 1994 ab.³²⁵

³²⁵ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1994, Wien 1995, S. III/4 f.

11. Die GPA unter dem Vorsitz von Hans Sallmutter 1994–2005

Chronologie	
8.–10.11.1994	13. Gewerkschaftstag der GPA. Hans Sallmutter wird zum neuen Vorsitzenden gewählt.
1.1.1995	Österreich ist Mitglied der Europäischen Union.
24.3.1995	In Folge der Konsum-Pleite nimmt ein von drei Gewerkschaften und der AK eingerichtetes Insolvenzbüro seine Tätigkeit auf.
1996	Mitgliederbefragung über die „Pflichtmitgliedschaft“ in der Arbeiterkammer
22.9.1996	Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte in nationales Recht endet.
11.1996	Die GPA erhält eine Marketing-Abteilung.
Ende 1996	Die GPA und die „Kompetenz“ sind mit einer Homepage im Internet vertreten.
18.4.1997	Der GPA-Zentralvorstand beschließt die Durchführung des Organisationsentwicklungsprojekts.
22.10.1997	Der GPA-Zentralvorstand beschließt die Einführung der Quotenregelung.
7.11.1997	Die Pensionsreform 1997 wird beschlossen.
1.1.1998	Die freiwillige Sozialversicherung für geringfügig Beschäftigte tritt in Kraft.
1.5.1998	Die FPÖ gründet ihre eigene Gewerkschaft, die FGÖ.
9.–12.11.1998	14. Gewerkschaftstag der GPA
10.8.1999	Die GPA, die Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (KMSfB), Gewerkschaft Druck und Papier (DuP) sowie die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF) unterzeichnen einen Kooperationsvertrag.

Chronologie	
17.12.1999	Der ÖGB-Bundesvorstand beschließt die Anerkennung der Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) als Bundesfraktion.
1.1.2000	Die UNI (Union Network International) nimmt als Nachfolgerin der FIET ihre Tätigkeit auf.
4.2.2000	Angelobung der ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung
9.3.2000	In der größten Betriebsrätekonzferenz der Zweiten Republik wird in Wien gegen die Privatisierungspläne der Regierung beraten.
16.5.2000	Bundesweiter Aktionstag des ÖGB gegen geplante Reformen der Regierung unter dem Motto „Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit kämpfen“
26./27.6.2000	Auf dem Sondergewerkschaftstag der GPA wird eine umfassende Organisationsreform beschlossen.
28.6.2000	Österreichweiter Aktionstag der Gewerkschaften unter dem Motto „Milliardengeschenke für die Großen, abkassieren bei den Kleinen. Das ist ungerecht!“
5.7.2000	Der Nationalrat beschließt die Pensionsreform 2000.
24.1.2001	Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer fordert die Ablöse des gewählten Präsidiums im Hauptverband der Sozialversicherungsträger.
22.5.2001	Der Verwaltungsgerichtshof entscheidet, dass das Präsidium des Hauptverbandes bis 31.12.2005 rechtens im Amt ist.
5.7.2001	Der ÖGB-Bundesvorstand ruft zur „Demo für Demokratie“ auf und protestiert damit gegen die im Nationalrat laufende Gesetzesänderung im Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Chronologie	
1.9.2001	Eingliederung der Sektion Journalisten der Gewerkschaft Kultur, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (KMSfB) in die Gewerkschaft Druck und Papier sowie Namensänderung in Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (DJP).
24.9.2001	Gründung der GPA-Privatstiftung
24.9.–15.10.2001	Urabstimmung unter den rund 1,43 Millionen Mitgliedern des ÖGB
8.10.2001	Die GPA und die Gewerkschaft Metall–Textil beschließen eine Fusion.
1.1.2002	Einführung des Euro in den Ländern der Europäischen Währungsunion
6.3.2002	Die Gewerkschaft Metall–Textil, die Gewerkschaft Agrar–Nahrung–Genuss, die Gewerkschaft der Chemiearbeiter, die Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier und die GPA unterzeichnen eine Gründungsvereinbarung, mit der sie ihre Absicht besiegeln, eine neue Gewerkschaft gründen zu wollen.
10.7.2002	Das Bundesgesetz über die betriebliche Mitarbeitervorsorge bringt die „Abfertigung Neu“.
12.–15.11.2002	Bundesforum der GPA
24.11.2002	Nationalratswahl. In Folge Fortsetzung der ÖVP-FPÖ-Regierung
22.4.–1.5.2003	Österreichweite Informationsveranstaltungen, Aktionen und Betriebsversammlungen über die Auswirkungen der geplanten Pensionsreform
5.2003	Österreichweite Warnstreiks: Mehr als 10.000 Aktionen in ganz Österreich, an denen sich 50.000 Menschen beteiligen.

Chronologie	
13.5.2003	Rund 200.000 Menschen demonstrieren in Wien unter dem Motto „Reformieren statt Abkassieren/Sozial Gerech statt Brutal und Schlecht“. Die abschließende Kundgebung findet auf dem Heldenplatz statt.
3.6.2003	Ganztägiger Abwehrstreik gegen die Pensionsreform
11.6.2003	Die Pensionsreform 2003 wird im Nationalrat beschlossen.
4.11.2003	Zwölfstündiger Warnstreik bei den ÖBB (Bahn und Bahnbus) in Folge der ÖBB-Reform
12.–14.11.2003	Streik bei den ÖBB
17.12.2003	Der BAGS-Kollektivvertrag wird unterzeichnet.
11.2.2004	Abschluss des Kollektivvertrags für die außer-universitäre Forschung
1.5.2004	Erweiterung der EU
8.9.2004	ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch gibt bekannt, dass die Fusion der Gewerkschaft der Privatangestellten, Metall–Textil, Druck, Journalismus, Papier und Agrar–Nahrung–Genuss nicht zustande kommt.
18.11.2004	Der Nationalrat beschließt die „Pensionsharmonisierung“.
3.2.2005	Wolfgang Katzian übernimmt den geschäftsführenden Vorsitz von Hans Sallmutter.
23.2.2005	Der BABE-Kollektivvertrag wird unterzeichnet.
17.4.2005	Spaltung der FPÖ durch die Gründung des BZÖ

Der 13. Gewerkschaftstag vom 8. bis 11. November 1994 brachte einen Wechsel an der Spitze der GPA. Nachdem Eleonora Hostasch im Oktober zur neuen Präsidentin der Wiener Arbeiterkammer gewählt worden war und später auch an die Spitze der Bundesarbeitskammer trat, übernahm Hans Sallmutter die Führung der GPA und stand dieser bis 2005 vor. Sein elf-jähriger Vorsitz fiel in eine politisch höchst turbulente Zeit, die mit dem

„Wendejahr“ 2000 und der erstmaligen Bildung einer ÖVP-FPÖ-Koalition eine grundlegende Zäsur in der österreichischen Nachkriegsentwicklung brachte.

11.1. Die Kammerkrise der 1990er-Jahre und der Wechsel von Eleonora Hostasch an die Spitze der Arbeiterkammer

Der Anlass für den Wechsel von Hostasch in die Arbeiterkammer war die niedrige Wahlbeteiligung bei der AK-Wahl vom 9. Oktober 1994, die Heinz Vogler dazu veranlasste, nicht mehr als Präsident zu kandidieren. Diese hatte als Höhepunkt der „**Kammerkrise**“ der **1990er-Jahre** ihre Ursache in Fehlentwicklungen in den eigenen Reihen sowie massiven Angriffen der FPÖ auf den „Kammerstaat“, die zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung führten.

Nachdem Jörg Haider 1986 die Führung der FPÖ übernommen hatte, wurde der permanente Angriff auf das System der Sozialpartnerschaft und deren Träger zu einem integralen Bestandteil der freiheitlichen Politik. Dies zeigte sich bereits 1987 im sogenannten „Anti-Privilegien-Volksbegehren“, bei dem u. a. ein Ende der „Pflichtmitgliedschaft“ in den Kammern gefordert wurde.³²⁶

Als im Vorfeld der Nationalratswahl 1990 der Spesenskandal um den steirischen Arbeiterkammerpräsidenten, Multifunktionär und Großverdiener **Alois Rechberger** publik wurde und von Haider gezielt verwendet wurde, um vermeintliche und tatsächliche Privilegien in der Führung der Arbeiterkammer anzusprechen, trübte dies nicht nur das Verhältnis zur SPÖ.³²⁷ Es erschütterte auch die Arbeiterkammer in ihren Grundfesten und legte den Grundstein für das Arbeiterkammergesetz 1992, das u. a. Verbesserungen in den Kontroll-, Mitsprache- und Informationsmöglichkeiten, ein verbessertes Wahlrecht und Wahlverfahren sowie einen Ausbau des Mitgliederservices vorsah. So wurde nun sowohl die Rechtsberatung als auch ein kostenloser Rechtsschutz in Arbeits- und Sozialrechtsangelegenheiten ein-

³²⁶ John Evers, AK im Gegenwind, in: Arbeit & Wirtschaft 10 (2011) S. 22 f.

³²⁷ Rechberger, der erste Fall, in: Der Standard, 29.6.2005; Steiermark: Ex-AK-Chef Alois Rechberger verstorben, in: Die Presse, 16.7.2009.

geführt,³²⁸ was – so Heinz Vogler – bei den Gewerkschaften, auch der GPA, keineswegs auf Begeisterung stieß. Nachdem die Arbeiterkammer bis dahin vorwiegend mit Grundlagenarbeit sowie über- bzw. außerbetrieblichen Serviceleistungen beschäftigt war, wurden die angesprochenen Bereiche als „ureigenster gewerkschaftlicher Aufgabenbereich“ angesehen, in den die Kammer eindrang.³²⁹

Erste Reformen, um das Ansehen, die Leistungen der Arbeiterkammer und deren Legitimation zu stärken, wurden somit bereits Anfang der 1990er-Jahre durchgeführt. Als im Vorfeld der Nationalratswahl 1994 mit dem „**Fall Zacharias**“ die Privilegien-Diskussion in die nächste Runde ging bzw. Jörg Haider Kanzler Vranitzky im Rahmen einer Fernsehdiskussion die erste seiner berühmten Tafeln mit den Bezügen von Kurt Zacharias als Rechbergers Nachfolger in der steirischen Arbeiterkammer präsentierte, war dies nicht nur für die SPÖ-Verluste bei der Nationalratswahl mitentscheidend.³³⁰ Auch die Wahlbeteiligung bei der Arbeiterkammerwahl 1994 ging von 49 Prozent (1989) auf knapp 31 Prozent zurück, was zum Teil jedoch auch auf die erstmalige Einbeziehung der (kaum von ihrem Wahlrecht Gebrauch machenden) Arbeitslosen zurückzuführen war.³³¹

Eine ungeschickte Aussage von **Heinz Vogler** in der Wahlnacht, wonach die Wahl für die sozialistischen Gewerkschafter durchaus „als Erfolg“ zu verstehen sei, da so wie bisher in sieben Bundesländern die Mehrheit gesichert werden konnte, entfachte eine weitere Kampagne gegen die Arbeiterkammer und führte dazu, dass er nicht mehr für die Präsidentschaft zur Verfügung stehen wollte. Auch dass sich Bundeskanzler Vranitzky in einem ORF-Interview gegen ihn geäußert hatte, trug zu Voglers Entscheidung bei, die Arbeiterkammer zu verlassen. In der GPA war er aber noch bis 2000 in leitender Position als Geschäftsführer,³³² ab 1997 als Obmann der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und über viele Jahre als österreichischer Vertreter im Präsidium des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel tätig.³³³

³²⁸ Mulley, Die Kammern für Arbeiter und Angestellte, S. 20.

³²⁹ Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018.

³³⁰ Rechberger, der erste Fall, in: Der Standard, 29.6.2005.

³³¹ Hierdurch kam es zu einer Steigerung der Wahlberechtigten um ca. 30 Prozent.

³³² Reform der GPA beginnt mit personellem Aderlass, in: Die Presse, 24.6.2000.

³³³ Vgl.: Florian Oberhuber/Andreas Holzer/Günther Ogris/Martina Zandonella, Arbeiterkammerwahlen in Österreich 1949-2014, in: SWS-Rundschau 4 (2014) S. 235–401.

Die Situation war ernst. Das Ansehen der Arbeiterkammer war an einem Tiefpunkt angelangt, ihre Existenz und letztlich der gesamten Kammerorganisationen in Frage gestellt. Als Hostasch gebeten wurde, die Führung der Arbeiterkammer zu übernehmen, musste es – wie 1989 nach dem Tod von Alfred Dallinger – schnell gehen. Hostasch, die bereits seit 1979 Kammerpräsidentin war, sagte zu, an die Spitze der Arbeiterkammer zu wechseln und übernahm damit eine Organisation, deren Ansehen nicht nur in der Öffentlichkeit tief gesunken, sondern in der auch die Stimmung bei den MitarbeiterInnen am Tiefpunkt war.³³⁴

Ein wichtiger Schritt, um die Kammer aus ihrer essenziellen Krise zu führen, war 1996 die Durchführung einer Mitgliederbefragung über die „Pflichtmitgliedschaft“, wie sie 1994 im Koalitionsabkommen der neuen SPÖ-ÖVP-Regierung für alle Kammern vorgesehen worden war. Eine beispiellose Mobilisierung in der Arbeiterkammer, die auch von der GPA unterstützt wurde,³³⁵ führte dazu, dass eine Kehrtwendung eingeleitet werden konnte.³³⁶

Wie die anderen Kammern konnte auch die Arbeiterkammer bei der Abstimmung ein äußerst positives Ergebnis erzielen. Österreichweit nahmen mehr als 60 Prozent der ArbeitnehmerInnen an der Befragung teil, mehr als 90 Prozent sagten „Ja zur AK“.³³⁷ Dies bedeutete für die Kammer nicht nur eine Entspannung, sondern machte auch den Weg für weitere Reformen frei, die noch von Hostasch eingeleitet und nach ihrer Ernennung zur Sozialministerin (von 1997 bis 2000) von ihren Nachfolgern fortgesetzt wurde.³³⁸ Die FPÖ verstärkte nach der erfolgreichen Abstimmung in der Arbeiterkammer hingegen ihre Angriffe auf den ÖGB und die Gewerkschaften.

³³⁴ Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018; „Ich werde sehr viel Kraft brauchen“, in: Kompetenz 9 (1994) S. 5.

³³⁵ Ja zur AK, in: Kompetenz 3 (1996) S. 12; Wir müssen zusammenarbeiten, in: Kompetenz 5 (1996) S. 13 f.

³³⁶ Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018.

³³⁷ Ferdinand Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 471 f.; Herbert Wabnegg, Wahlbeteiligung und Mitgliederbefragung, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Sonderheft 2002, S. 27–31; Ein klares Ja zur AK, in: Kompetenz 7–8 (1996) S. 10.

³³⁸ Mulley, Die Kammern für Arbeiter und Angestellte, S. 20 f.

11.2. Hans Sallmutter wird GPA-Vorsitzender

Hans Sallmutter wurde auf dem 13. Gewerkschaftstag der GPA im November 1994 zum neuen Vorsitzenden der GPA und ein Jahr später auch zum Vizepräsidenten des ÖGB gewählt. Gleichzeitig wurden **Wolfgang Katzian** als Zentralsekretär für Organisation und Marketing und **Richard Paiha** als Zentralsekretär für die Rechtsabteilung und Soziales bestätigt. **Dwora Stein** wurde neue Zentralsekretärin für Bildungsagenden.³³⁹



Abb. 23: Hans Sallmutter und Eleonora Hostasch auf dem 13. Gewerkschaftstag 1994

³³⁹ Veränderungen und Erneuerungen in der GPA. Der 13. Gewerkschaftstag der GPA stand ganz im Zeichen der Neuorientierung, in: Kompetenz 10 (1994) S. 13.

Hans Sallmutter wurde 1945 in Passail, rund 30 Kilometer nordöstlich von Graz geboren und wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf. Seine Eltern zählten im ÖVP-dominierten Passail zur SPÖ-Wählerschaft und förderten ihr Kind nach Möglichkeit. Das bedeutete im Fall von Hans Sallmutter, dass er nach der Volksschule die Hauptschule in Weiz besuchte. 1959 begann er eine Lehre als Starkstrommonteur bei der Firma ELIN und wurde bald darauf Gewerkschaftsmitglied, so wie es im seit 1946 verstaatlichten Unternehmen damals üblich war.

In Passail schaffte er es, bereits in jungen Jahren Parteistrukturen für die SPÖ (SJ, ARBÖ, Kinderfreunde, Konsum) etablieren zu können, was nicht unbeachtet blieb. SPÖ-Politiker legten ihm den Besuch der Sozialakademie in Mödling nahe, die 1949 gegründet worden war, um Führungskräften der Arbeitnehmerinteressenvertretungen eine optimale Ausbildung ermöglichen zu können.³⁴⁰ Der Besuch der Akademie 1969/1970 (21. Jahrgang) wurde zu einem Wendepunkt in seinem Leben: Sallmutter entdeckte seine Leidenschaft für die Gewerkschaft und die Sozialversicherung.

In beruflicher Hinsicht folgte erst der Wechsel in die Arbeiterkammer Graz und 1971 dann jener in die GPA, wo er als Sekretär im Landessekretariat Steiermark die Sektion Geld und Kredit verstärkte und erstmals in Kontakt mit der 1953 gegründeten Wohnbauvereinigung der GPA kam, zu der er in Folge eine enge Beziehung entwickelte und hier auch wichtige Funktionen übernahm (1989 bis 1994 ehrenamtlich tätiger Geschäftsführer, 1994-2007 ehrenamtlicher Aufsichtsratsvorsitzender). 1982 übersiedelte er auf Wunsch von Dallinger nach Wien, wo er zunächst ebenfalls in der Sektion Geld und Kredit tätig war.

Nach dessen Tod wurde Hans Sallmutter – wie bereits erwähnt – zum Zentralsekretär für Organisation und Öffentlichkeitsarbeit und (als langjähriger Kammerrat) auch zum Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Wien bestellt. Nun folgte auf dem 13. Gewerkschaftstag der Wechsel an die Spitze der GPA. 1997 wurde Sallmutter, der bereits seit 1982 in der Hauptversammlung der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten (PVAng) aktiv und seit 1992 auch deren Obmann war, dann auch Präsident des Hauptverban-

³⁴⁰ Walter Göhring/Claudia Jandl/Sabine Lichtenberger, Für Demokratie und sozialen Fortschritt. 50 Jahre Sozialakademie, Wien 2000, S. 39 ff.

des der Sozialversicherungsträger. Eine Funktion in Parlament oder Regierung bekleidete er im Gegensatz zu seinen VorgängerInnen jedoch nie.³⁴¹

In den Medien wurde die Wahl von Hans Sallmutter zum GPA-Vorsitzenden als „Linkswende“ gewertet,³⁴² was vor allem darin begründet war, dass Sallmutter mehrfach als Kritiker der Koalition und damit auch der SPÖ aufgefallen war. So hatte er 1991 öffentlich verlautbart, dass sich Bundeskanzler Vranitzky nicht als Führer einer klassischen Arbeiterpartei verstehen würde³⁴³ und unmittelbar vor dem Gewerkschaftstag gefordert, dass sich die SPÖ mehr um die Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten kümmern müsse. Die ArbeitnehmerInnen hätten das Gefühl bekommen, dass nicht ihre Anliegen, sondern jene der Wirtschaft im Mittelpunkt stehen würden.³⁴⁴

Auf dem Gewerkschaftstag selbst kritisierte Sallmutter dann nicht nur, dass die Regierung angesichts der massiven Kritik an den Kammern zu wenig zu deren Verteidigung getan habe.³⁴⁵ Er forderte in Hinblick auf die 1993 abgeschaffte Gewerbe- und Vermögenssteuer sowie das im Vergleich zu den Löhnen und Gehältern stark angestiegene Einkommen aus Vermögen auch, dass **Verteilungsfragen wieder stärker im Fokus** stehen müssen.

Als konkrete Instrumentarien nannte er – ganz in der Tradition von Dallinger und Hostasch stehend – die Einführung einer **Wertschöpfungsabgabe**, einer **Energiesteuer** und einer fünfprozentigen **Solidarabgabe** für Einkommen über einer Million Schilling. Um die Arbeitslosigkeit (1994: 6,4 Prozent)³⁴⁶ zu bekämpfen, sollte hingegen weiterhin eine Arbeitszeitverkürzung angestrebt werden. Eine **Bildungsfreistellung** sollte den Beschäftigten die Chance geben, mit der technologischen Entwicklung Schritt halten zu können. Hinzu kam, dass Sallmutter – wohl als Reaktion auf die anhaltende

³⁴¹ Schübl, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen“, S. 9 ff.; Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018.

³⁴² Es wird wieder Druck gemacht, in: Der Standard, 9.11.1994.

³⁴³ Gewerkschafter aus Leidenschaft macht Karriere, in: Der Standard, 24.10.1994; Wechsel in größter Teil-Gewerkschaft fix, in: Die Presse, 22.10.1994.

³⁴⁴ Sallmutters zweite Breitseite gegen neue, alte Regierung: in: Kurier, 3.11.1994; Gewerkschafter über Vranitzky verwundert, in: Die Presse, 3.11.1994.

³⁴⁵ Vranitzky: Auch Unpopuläres muss verwirklicht werden, in: Die Presse, 8.11.1994; Gewerkschafter zornig: Wärme in dieser SPÖ fehlt, in: Die Presse, 9.11.1994.

³⁴⁶ Arbeitslosigkeit & Beschäftigung von 1946 bis 2018, online: <https://arbeitplus.at/statistiken/entwicklung-arbeitslosigkeit-seit-1946/> (7.3.2019).

Privilegiendiskussion – die Forderung nach mehr **Transparenz bei den Gehältern von politischen MandatarInnen** und nach einer **Beschränkung von Mehrfachgehältern**, auch bei GewerkschafterInnen, erhob und in Richtung FPÖ eine deutliche Distanzierung zum Rechtspopulismus jeder Art vornahm.

Der Tenor bei all diesen Themen war ein kämpferischer. Und so kündigte Sallmutter auch an, dass er und die GPA sich in Zukunft oft und selbstbewusst zu Wort melden und wenn nötig konkrete Handlungen setzen würden, was in den folgenden Jahren auch der Fall sein sollte.³⁴⁷

11.3 Von der Großen Koalition zur ÖVP-FPÖ-Regierung (1994–2000)

Der politische Rahmen für die Tätigkeit der GPA war noch bis ins Jahr 2000 jener einer **Großen Koalition**. Die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP gestaltete sich jedoch immer konfliktreicher, was sich auch darin zeigte, dass bereits ein Jahr nach den Nationalratswahlen 1994 erneut Wahlen auf der Tagesordnung standen, da keine Einigung über ein Budget erzielt werden konnte.

Der Sanierung des Staatshaushaltes kam weiterhin eine hohe, wenn nicht sogar gesteigerte Bedeutung zu. Ein wichtiger Grund war dafür, dass Österreich als nunmehriges **Mitglied der Europäischen Union** (seit 1. Jänner 1995) die sogenannten Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht 1992 (ein Defizit von weniger als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und kein öffentlicher Schuldenstand über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) einhalten musste, um an der geplanten **Währungsunion** teilnehmen zu können. Ausdruck dafür sind nicht nur zwei hintereinander folgende „**Sparpakete**“. Auch der bereits in den 1980er-Jahren begonnene Privatisierungskurs wurde fortgesetzt; er rief zum Teil aber heftige Auseinander-

³⁴⁷ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1994, Wien 1995, S. V/24; Protokoll des 13. Gewerkschaftstages, S. 202 ff., in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag, 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge); Bewahrung durch Veränderung, in: Kompetenz 10 (1994) S. 62; Angestelltengewerkschaft will Anhebung der Gewinnsteuern, in: Salzburger Nachrichten, 9.11.1994; Hans Sallmutter folgt Lore Hostasch, in: Wiener Zeitung, 10.11.1994; Sallmutter gewählt: „Parteisteuer streichen“, in: Die Presse, 10.11.1994; GPA kämpft für Maschinensteuer, in: Der Standard, 11.11.1994; GPA-neu, in: Die Arbeit 12 (1994) S. 4 ff.

setzungen zwischen SPÖ und ÖVP hervor. So führte der Beschluss, die „bürgerliche“ **Creditanstalt** nicht an ein der ÖVP nahstehendes Bieterkonsortium, sondern an die „rote“ (von einer Haftung durch die Stadt Wien getragene) Bank Austria zu verkaufen, zu einer schweren Erschütterung der Koalition. Und auch die nur wenig später (bereits unter Bundeskanzler Viktor Klima) stattfindenden Verhandlungen zur **Pensionsreform 1997** waren mit massiven Konflikten zwischen den Koalitionsparteien, aber auch zwischen der Regierung und den Sozialpartnern sowie zwischen den Sozialpartnern (insbesondere zwischen ÖGB/AK und WKÖ) verbunden. Dies führte nicht nur zu mehrfachen Abbrüchen der Verhandlungen, sondern auch zu Demonstrationen.

Generell wich – wie bereits bei den Sparpaketen zu beobachten war – die einstige Kompetenz der Sozialpartnerschaft, über Verhandlungen am runden Tisch Probleme lösen und zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen, immer mehr einem öffentlich ausgetragenen Machtkampf.³⁴⁸ Die mediale Diskussion über eine **Krise** oder gar das Ende **der Sozialpartnerschaft** wurde so weiter angeheizt.³⁴⁹ Die FPÖ konnte hingegen vom Auseinanderdriften von SPÖ und ÖVP, einem Überdruß der Bevölkerung an der Großen Koalition und der unpopulären Sparpolitik profitieren und ihren Stimmenanteil bei Wahlen weiter erhöhen.

11.4 Sparpakete, Konsumkrise und wiederum die Öffnungszeiten im Handel

In der Tätigkeit der GPA stellten nach der Wahl Sallmutter zum Vorsitzenden die Auseinandersetzung mit der **Sparpolitik** der Regierung und die Pensionsreform 1997 einen Schwerpunkt dar. Dabei kam es beginnend mit dem ersten Sparpaket, das unmittelbar nach der Nationalratswahl 1994 ge-

³⁴⁸ Lauber/Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik, S. 615; Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, S. 410 f., Robert Kriechbaumer, „... Ständiger Verdruss und viele Verletzungen.“ Die Regierung Klima/Schüssel und die Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung 1997–2000, Wien/Köln/Weimar 2014; Herbert Dachs, Die Pensionsreform 2003 – ein Musterbeispiel für Konkurrenzdemokratie?, in: Hedwig Kopetz/Joseph Marko/Klaus Poier (Hg.), Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation, Band 1, Wien/Köln/Weimar 2004, S. 526.

³⁴⁹ Vgl.: Sozialpartnerschaft: Chance, in: Kompetenz 11 (1995) S. 5 ff. sowie das Schwerpunktheft Kompetenz 1 (1997).

schnürt wurde, auch zu weiteren Auseinandersetzungen mit der SPÖ. Maßgeblich war hierfür, dass die (durch den EU-Beitritt als politischer Akteur gestärkte³⁵⁰) Regierung die Sozialpartner zunächst nicht in die Verhandlungen einbezogen hatte und die vorgeschlagenen Maßnahmen als unsozial abgelehnt wurden. Dies führte soweit, dass Hans Sallmutter nicht nur öffentlich bekundete, dass er eher Neuwahlen als eine 1:1-Umsetzung des Sparpakets akzeptieren würde, sondern er Finanzminister Ferdinand Lacina (SPÖ) sogar vorwarf, kein „soziales Gewissen“ zu haben.³⁵¹

In der Folge wurden die geplanten Einsparungen zwar nur zur Hälfte realisiert und die Sozialpartner in die Verhandlungen zum zweiten Sparpaket 1995 wieder von Anfang an eingebunden, weshalb dieses von den Gewerkschaften auch als (nicht nur ausgabenseitiger Konsolidierungskurs) mitgetragen wurden.³⁵² Das Verhältnis zwischen Sallmutter bzw. der GPA und SPÖ war jedoch so belastet wie noch nie. Auch wenn bereits Alfred Dallinger die Öffentlichkeit gesucht hatte und von sozialpartnerschaftlichen Usancen abgewichen war, um seine Ziele zu erreichen,³⁵³ wurde nun ein neuer Tiefpunkt in den Beziehungen erreicht. Dies sollte sich auch während der konflikthaften, mit Demonstrationen verbundenen Verhandlungen zur **Pensionsreform 1997** nicht ändern – wenn es den Gewerkschaften schlussendlich auch hier gelang, die zunächst vorgesehenen Maßnahmen weitgehend nach ihren Vorstellungen korrigieren zu können.³⁵⁴

³⁵⁰ Dies war nicht zuletzt deswegen der Fall, weil die Regierung auch für die Europäische Gemeinschaft die zentrale Anlaufstelle war. Tálos, Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, S. 438.

³⁵¹ Gewerkschaft kündigt Freundschaft auf: „SP-Lacina fehlt soziales Gewissen“, in: *Täglich Alles*, 30.12.1994; GPA-Chef: Lieber Neuwahl als Sparpaket in dieser Form, in: *Die Presse*, 30.12.1994; Sallmutter wird 1:1-Umsetzung des Sparpakets nicht akzeptieren. „Lieber Neuwahlen in Kauf nehmen“, in: *Wiener Zeitung*, 30.12.1994; „Das Sparpaket hat klimatisch enormen Schaden angerichtet“, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.3.1995; Schlagkraft stärken, in: *Kompetenz 1 (1995)* S. 18 f.; „Knacks“ im sozialen Frieden, in: *Tiroler Tageszeitung*, 21.11.1995.

³⁵² Lauber/Pesendorfer, *Wirtschafts- und Finanzpolitik*, S. 615 f.; Bericht 1994–1998, S. 6, in: *GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG)*.

³⁵³ Ein Mann zeigt Zähne, in: *Wirtschaftswoche 3 (1995)* S. 24 f.

³⁵⁴ GPA-Pressinformation und Bericht 1994–1998, S. 13, in: *GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG)*; Nach der Reform?, in: *Kompetenz 11 (1997)* S. 54.

So trat Hans Sallmutter auch beim **Gewerkschaftstag 1998** als heftiger Kritiker der SPÖ auf und forderte die Partei angesichts dessen, dass „Europa rot sei“ bzw. auch Deutschland mit Gerhard Schröder bzw. Großbritannien mit Tony Blair von Sozialdemokraten regiert werde, auch auf, entsprechend zu handeln.³⁵⁵ Anstelle der „Inszenierungspolitik“ einer neuen, ideologiefreien „Sozialdemokratie der Mitte“ forderte er somit eine Politikgestaltung nach sozialdemokratischen Werten ein.³⁵⁶

Konkrete Themen, die er in diesem Zusammenhang ansprach, waren die Generalforderungen nach der **Einführung einer Wertschöpfungsabgabe**, nachdem die GPA diese 1997 mit ihrem Modell „Abgabe auf betriebliche Anwendungen“ weiterentwickelt hatte,³⁵⁷ und die Umsetzung einer **35-Stunden-Woche**. Hinzu kamen eine **Steuerreform**, die vor allem durch eine stärkere Besteuerung von Vermögen eine **Umverteilung** bringen müsse (Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Einschränkung der Vorteile von Privatstiftungen, Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer für Großgrundbesitzer, Steuer auf Aktiengewinne).³⁵⁸ Gleichzeitig blieb aber auch die Forderung nach einer Modernisierung des **Abfertigungsrechts** auf der Tagesordnung, wobei als Grundlage für die zukünftige Arbeit ein neues kompaktes **Leitbild** beschlossen wurde.³⁵⁹ Wichtige Erfolge stellten hingegen dar, dass die **Einbeziehung geringfügig Beschäftigter und neuer Selbständiger in die Sozialversicherung** gelang und geringfügig Beschäftigte damit die Möglichkeit erhielten, sich freiwillig sozial abzusichern.³⁶⁰

Weiterhin ein intensives Engagement erforderten – wie ebenfalls auf dem Gewerkschaftstag 1998 angesprochen wurde – auch die Entwicklungen im Bereich des Handels. Verantwortlich dafür waren die Pleite des Konsum Österreich sowie die anhaltende Diskussion über die Öffnungszeiten.

³⁵⁵ „Täglich präsent in TV und Radio“, in: Profil, 9.11.1998; „Rote Farbe bekennen“, in: Neue Zeit, 10.11.1998; Gewerkschafter mit klaren Bildern, in: Der Standard, 11.11.1998.

³⁵⁶ Gewerkschafter mit klaren Bildern, in: Der Standard, 11.11.1998.

³⁵⁷ Auf neuem Steuerkurs, in: Kompetenz 4 (1997) S. 6 ff.

³⁵⁸ „Steuerreform muss Umverteilung bringen“, in: Die Presse, 9.11.1998; GPA will SPÖ links überholen, in: Täglich Alles, 10.11.1998; GPA lehnt Umwandlung der Abfertigung ab, in: Tiroler Tageszeitung, 11.11.1998.

³⁵⁹ GPA, Leitbild. Wer wird sind – wie wir uns sehen – unsere Ziele, Wien 1998.

³⁶⁰ Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 43 f.

Die Entstehung des **Konsum Österreich** reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Wie in anderen Ländern kam es auch hier (beginnend mit dem Unterstützungsverein der Teesdorfer Spinnfabrikarbeiter) ab den 1850er-Jahren zur Bildung von Konsumgenossenschaften. Diese verfolgten als Selbsthilfeeinrichtungen der ArbeiterInnen und kleinen Gewerbetreibenden das Ziel, die Lebenshaltung durch den gemeinsamen Großeinkauf billigerer Waren zu verbessern, und entwickelten sich mit ihrer raschen Zunahme bald nicht nur zu einem sozialen, sondern auch politischen Faktor. So wurden die von den ArbeiterInnen gegründeten Konsumgenossenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts neben der Partei und Gewerkschaftsorganisation auch zur dritten Säule der Sozialdemokratie, was sich nicht zuletzt darin zeigte, dass die 1922 von Karl Renner gegründete Arbeiterbank als Vorgängerin der späteren BAWAG (mit dem Konsum und ÖGB als Hauptaktionär) mit dem primären Ziel geschaffen wurde, die Finanzierung der Konsumgenossenschaften sicherzustellen.



Abb. 24: Konsumgroßmarkt in den 1950er-Jahren

Während des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus waren die Konsumgenossenschaften – wie alle politisch nicht konformen Einrichtungen – zunächst starken Repressalien ausgesetzt, bis sie schlussendlich in das „Gemeinschaftswerk der deutschen Arbeitsfront“ eingegliedert wurden.

Nach 1945 gelang jedoch ein rascher Wiederaufbau. Der „rote Riese“ wuchs kontinuierlich und wurde zu einer prägenden Institution im Nachkriegs-österreich, die den Einzelhandel modernisierte. Die Gründung des Konsum Österreich erfolgte jedoch erst 1978 durch die Fusion von 14 Regionalkonsumgenossenschaften mit der 1905 geschaffenen Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine (GÖC), um die finanziell angeschlagenen Regionalgenossenschaften aufzufangen.

Mitte der 1990er-Jahre, als der Konsum Österreich tiefverschuldet den Ausgleich anmelden musste, bestand er aus einem Unternehmenskonglomerat, das ein weitflächiges Filialnetz, Produktions- und Zulieferfirmen, aber etwa auch die Gerngross-Warenhausgruppe mit den legendären Kaufhäusern Herzmansky, Steffl und Gerngross in Wien umfasste.

Gründe für die Insolvenz waren u. a., dass sich die Fusion 1978 langfristig als Fehler erwies, da durch sie auch unrentable Standorte am Leben gehalten wurden, der Konsum Österreich der zunehmenden Konkurrenz der Mitbewerber nicht gewachsen und eine eigene Produktion nicht mehr finanzierbar war. Hinzu kamen gravierende Fehlentscheidungen bei der Logistik und Distribution sowie der Bau eines 720-Millionen-Schilling teuren Zentral-lagers in Hirschstetten. Als auch der Einstieg des Schweizer Migros-Konzerns nicht die erhoffte Kehrtwendung brachte, war das Ergebnis nicht nur für die betroffenen Genossenschaftsmitglieder und rund 21.000 ArbeitnehmerInnen eine Katastrophe. Er stellte auch die bis dahin größte Insolvenz in der Geschichte der Republik dar, die durch die Übernahme eines Großteils der Filialen durch Handelsriesen wie Billa oder Spar eine weitere Konzentration im Handel nach sich zog.³⁶¹

³⁶¹ Interview mit Erich Reichelt am 12.2.2018; Robert Blaich, *Der rote Riese wankt ... 1988 – Vision. 1995 – Realität. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Österreich*, Wien 1995; Emil Knotzer, *Vom Marktführer zur Insolvenz. Ursachen und Hintergründe für den Zusammenbruch der Konsumgenossenschaft Konsum Österreich reg.Gen.m.b.H. im Jahre 1995*, in: Rainer Kühl/Dietmar Röbl/Johann Brazda (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Aspekte des Kooperations- und Genossenschaftsmanagements*, Stuttgart 2009, S. 105–132.

Für die GPA bedeutete die Pleite des Konsum Österreich zunächst, dass sie sich rasch um die große Anzahl an betroffenen ArbeitnehmerInnen kümmern musste. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaften sowie der Arbeiterkammer Wien richtete sie deshalb ein **Insolvenzbüro** ein, das sowohl eine flächendeckende Rechtsberatung anbot als auch die mit der Insolvenz verbundenen Verfahren abwickelte.³⁶² Langfristig hieß die Pleite des Konsum Österreich für die GPA, dass sie – nach der Verstaatlichten Industrie – einen weiteren Bereich verlor, indem sie gut organisiert war und viele Mitglieder hatte.³⁶³

Die jahrelangen Auseinandersetzungen über ein **Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember** fanden ebenfalls 1995 ein Ende, indem nach der Auflösung der Großen Koalition von ÖVP, FPÖ und dem Liberalen Forum, das 1993 durch eine Abspaltung von der FPÖ entstanden war, gegen die Stimmen von SPÖ und Grünen ein Offenhalten der Geschäfte am Marienfeiertag beschlossen wurde. Hinsichtlich der regulären **Wochenarbeitszeit** konnte 1996 trotz Bestrebungen aus dem Wirtschaftsministerium zu einer weiteren Liberalisierung hingegen eine Verkürzung bei gleichzeitiger Einführung des „langen Samstages“ erreicht werden. So konnten die Geschäfte nun von Montag bis Freitag unverändert bis 19.30 Uhr offenhalten und an jedem Samstag bis 17.00 Uhr geöffnet werden. Die Öffnungsmöglichkeit einmal in der Woche bis 21.00 Uhr wurde aber abgeschafft.

Ein wichtiger Erfolg war hierbei, dass die GPA sicherstellen konnte, dass jene ArbeitnehmerInnen, die an einem Samstag nach 13.00 Uhr im Verkauf beschäftigt werden, den darauffolgenden Samstag frei bekommen mussten.³⁶⁴ Um den Sonntag auch weiterhin arbeitsfrei zu halten, konnte sich die GPA 1998 hingegen sogar vorstellen, ein entsprechendes (allerdings nicht umgesetztes) Volksbegehren zu unterstützen bzw. die Sonn- und Feiertags-

³⁶² Interview mit Erich Reichelt am 12.2.2018; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1995, Wien 1996, S. III/10; Tagebuch einer Krise, in: Kompetenz 5 (1995) S. 9 f.; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1996, Wien 1997, S. III/8.

³⁶³ Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018; Interview mit Erich Reichelt am 12.2.2018; Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018.

³⁶⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1995, Wien 1996, S. III/3, III/11; ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1996, Wien 1997, S. III/ 8 f.; Bericht 1994–1998, S. 46, in: GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG).

ruhe verfassungsrechtlich zu verankern.³⁶⁵ Die von Sallmutter 1994 angekündigte Kampfbereitschaft wollte die GPA somit auch in Hinblick auf die ständig voranschreitende Ausweitung der Arbeitszeit im Handel unter Beweis stellen. Erste Weichenstellung für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit über Kollektivverträge bzw. Betriebsvereinbarungen wurden im **Arbeitszeitgesetz 1997** gelegt, gleichzeitig wurde auch der rechtliche Rahmen für Gleitzeitregelungen geschaffen.³⁶⁶

Die Anzahl der jährlich abgeschlossenen Kollektivverträge stieg weiterhin auf **bis zu 150 Kollektivverträge an der Jahrtausendwende** an.³⁶⁷ Maßgeblich war hierfür, dass durch den beschleunigten ökonomischen und technologischen Wandel rasch neue Sektoren in der Wirtschaft entstanden, für die neue Verträge ausgehandelt werden mussten. So gelang es der GPA in den späten 1990er-Jahren nicht nur mit dem **Telekom-Kollektivvertrag**, der gemeinsam mit der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten abgeschlossen wurde, Neuland zu betreten und die grundsätzliche kollektivvertragliche Absicherung für die **Beschäftigten in Callcentern** (nach dem Kollektivvertrag für das allgemeine Gewerbe) zu erzielen.³⁶⁸ Sie konnte auch die jahrelangen Bemühungen um die Erreichung der **Kollektivvertragsfähigkeit für ArbeitnehmerInnen im Bereich der Sozialen Dienste** positiv abschließen. Gleichfalls wurden mit dem **Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz** sowie dem **Gesundheits- und Krankenpflegegesetz** auch wichtige Grundlagen zur Regelung der Beschäftigungsverhältnisse im rapide wachsenden Arbeitsmarkt der Gesundheitsberufe geschaffen.³⁶⁹

Neue Herausforderungen für die GPA ergaben sich jedoch nicht nur durch das Ausverhandeln neuer Kollektivverträge, sondern auch durch eine immer stärkere Flucht aus diesem Regelungssystem. So war sie nun auch verstärkt mit (großen, global agierenden) Unternehmen konfrontiert, die die Kollektivverträge durch **Betriebsvereinbarungen** ersetzen wollten oder sich sogar weigerten, Betriebsräte zuzulassen – wie dies im Fall des Magna-

³⁶⁵ GPA lehnt Umwandlung der Abfertigung ab, in: Tiroler Tageszeitung, 11.11.1998.

³⁶⁶ GPA-Presseinformation, in: GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG).

³⁶⁷ Presseunterlagen, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

³⁶⁸ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1998, Wien 1999, S. 183.

³⁶⁹ Bericht 1994–1998, S. 47 und S. 55, in: GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG).

Konzerns von Frank Stronach oder der Baumarktkette Hornbach der Fall war.³⁷⁰ Das damit verbundene Ziel war nicht nur eine Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen zu erreichen und den gesetzlichen Schutz von Betriebsräten durch ein individuell ausverhandeltes „Vertrauensleutemodell“ (so im Fall von Magna) zu ersetzen, sondern auch die Gewerkschaften als starke Verhandler zurückzudrängen und strukturell zu schwächen.³⁷¹

Doch nicht nur von den großen Konzernen wurden die Gewerkschaften in Frage gestellt. Auch die **FPÖ** erhöhte – wie bereits angekündigt – nach den Angriffen auf den „Kammernstaat“ und der erfolgreichen Abstimmung über die „Pflichtmitgliedschaft“ Ende der 1990er-Jahre den Druck auf die Gewerkschaften. Dabei ging sie mehrgleisig vor und forderte einerseits eine Reform des ÖGB, die den Freiheitlichen u. a. den (1999 auch zugesprochenen Fraktionsstatus) bringen sollte. Andererseits drohte sie mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft, was mit der Bildung der **Freien Gewerkschaft Österreichs (FGÖ)** am symbolträchtigen 1. Mai 1998 auch in die Tat umgesetzt wurde. Trotz hochtrabender Ziele blieb der Erfolg der FGÖ jedoch mehr als bescheiden. Auch mit diesem Vehikel gelang es der FPÖ – mit wenigen Ausnahmen wie der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher im Öffentlichen Dienst (AUF) – nicht, in den Betrieben, bei den BetriebsrätInnen oder der Gewerkschaftsbewegung wirklich Fuß fassen zu können. Wenn sie bei Wahlen auch ihren Stimmanteil im Arbeitermilieu erhöhen konnte, blieb ihr ein Erfolg in den Institutionen der Arbeitervertretung verwehrt.³⁷²

In der **internationalen Tätigkeit der GPA** nahmen (neben der Beherbergung des FIET-Weltkongresses im Juli 1995) in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre vor allem drei Bereiche eine große Aufmerksamkeit ein: Die Einrichtung und Begleitung von Europäischen BetriebsrätInnen, die Diskussion über Vor- und Nachteile der Währungsunion und die geplante (Ost-) Erweiterung der Europäischen Union.

³⁷⁰ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 1999, Wien 2000, S. 289 f.; ÖGB im Clinch mit Hornbach und Holzindustrie Tilly, in: Wirtschaftsblatt, 21.8.1999; Nach Stasi-Vergleich: Firma Hornbach klagt Gewerkschafter Kurt Aust, in: Der Standard, 12.10.1999.

³⁷¹ Kollektivverträge noch zeitgemäß, in: Kompetenz 10 (1997) S. 6; GPA-Presseinformation und Bericht 1994–1998, S. 47, in: GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG).

³⁷² Evers, Die Partei des kleinen Mannes?, S. 59 ff.

Hinsichtlich der **Europäischen Betriebsräte** ist wesentlich, dass im September 1994 eine Richtlinie über die Einführung von Europäischen BetriebsrätInnen beschlossen wurde, mit der die internationale Gewerkschaftsarbeit eine neue Qualität erreichte, indem die Unternehmens- und Konzernebene neben dem politischen Lobbying und der Vertretung in europäischen und internationalen Gewerkschaftsverbänden mit in den Vordergrund trat.³⁷³ Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie endete im September 1996. Die Zeit bis dahin nützte die GPA für eine intensive Betreuung der BetriebsrätInnen.³⁷⁴ Nach der Umsetzung der Richtlinie wurde die Aus- und Weiterbildung der BetriebsrätInnen zu einer zentralen Aufgabe.³⁷⁵ Den **Beitritt zur Europäischen Währungsunion**, der mit 1. Jänner 1999 folgte und dazu führte, dass der Euro zunächst als Buchgeld bzw. ab 1. Jänner 2002 auch im Zahlungsverkehr eingeführt wurde, begleitete die GPA u. a. mit einer eigenen Studie zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Auswirkungen, mit der sie eine wichtige Grundlagenarbeit leistete.³⁷⁶ Die bereits in den vorhergehenden Jahren verstärkten Beziehungen zu den Gewerkschaften der Nachbarländer wurden weiter ausgebaut.³⁷⁷ In Hinblick auf die 1997 gestarteten Verhandlungen über eine **Erweiterung der Europäischen Union** um zahlreiche Länder Mittel- und Osteuropas trat die GPA wie auch der ÖGB und die Arbeiterkammer 1998 dafür ein, eine sofortige Gewährung aller vier Binnenmarktfreiheiten, insbesondere der Arbeitnehmerfreizügigkeit, auszuschließen³⁷⁸ und eine mindestens mehrjährige Übergangsfrist einzuführen.³⁷⁹ Die Diskussion über die Frage des Zugangs von ArbeitnehmerInnen aus Osteuropa zum österreichischen Arbeitsmarkt und der Positionierung der GPA war damit aber nicht abgeschlossen. Sie

³⁷³ Die Richtlinie sah vor, dass Unternehmen mit mindestens 1.000 ArbeitnehmerInnen und Betriebsstätten in mindestens zwei Mitgliedsstaaten mit jeweils mindestens 150 ArbeitnehmerInnen einen Betriebsrat einrichten müssen. Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018; Bericht 1994–1998, S. 10, in: GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG). Vgl. zum Europäischen Betriebsrat ausführlich: Wolfgang Greif, Der Europäische Betriebsrat. Gewerkschaftliches Handbuch, 2. Auflage, Wien 2013.

³⁷⁴ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1996, Wien 1997, S. III/3 f.

³⁷⁵ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 1997, Wien 1998, S. 181 f.

³⁷⁶ GPA (Hg.), Hart, härter, EURO. Schlaglichter auf die Währungsunion, Wien 1997; Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

³⁷⁷ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 1998, Wien 1999, S. 179.

³⁷⁸ GPA ... weil es nicht egal ist, in: Kompetenz 7–8 (1998) S. 14 ff.

³⁷⁹ GPA: „Lohnsteuersenkung und Arbeitszeitverkürzung“, in: Neue Zeit, 7.11.1998.

sollte die GPA nach dem positiven Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis zur tatsächlichen Erweiterung der Europäischen Union mit 1. Jänner 2004 noch weiter intensiv beschäftigen.

11.5 Organisatorische Reformen – Von der Einführung der Quotenregelung bis zur größten Strukturreform in der Geschichte der GPA

Die bereits in den frühen 1990er-Jahren in Angriff genommene Modernisierung der GPA, die mit einer gezielten und verstärkten öffentlichen Präsenz verbunden war, wurde weiter fortgesetzt und zusätzlich intensiviert.

Um den sinkenden Mitgliederzahlen entgegenzutreten, war bereits auf dem Gewerkschaftstag 1994 angekündigt worden, eine große strategisch geplante **Werbeaktion** mit Hilfe einer Agentur zu starten. Diese wurde 1995 unter dem Titel „Es gibt vieles, für das es sich lohnt, organisiert zu sein“ mit Kinospots, Plakat- und Anzeigenwerbung in Tageszeitungen und Magazinen und einem Mailing an 600.000 nicht organisierte Angestellte durchgeführt. Ziel der Kampagne war es, von Februar bis Juni 1995 knapp 14.000 neue Mitglieder zu gewinnen,³⁸⁰ was zu 82,5 Prozent auch erreicht werden konnte. Trotzdem gingen die Mitgliederzahlen aufgrund der starken Abgänge jedoch weiter auf 326.552 Mitglieder 1995, 301.579 Mitglieder 1997 und 286.576 Mitglieder 2000 zurück,³⁸¹ weshalb bereits in den Folgejahren weitere Projekte zur Mitgliedergewinnung durchgeführt wurden.³⁸² So erfolgreich wie die Aktion 1995 verliefen diese jedoch nicht.

Der **Einstieg ins Internetzeitalter** erfolgte für die GPA 1996. Mitte Oktober wurde im Rahmen des Festakts „90 Jahre Pensionsversicherungsanstalt für

³⁸⁰ Protokoll des 13. Gewerkschaftstages, S. 45, in: GPA-Archiv, Ordner 13. Gewerkschaftstag 7.–10.11.1994 (Berichte, Anträge); Hans Sallmutter, Träumen nach vorn!, in: Forum 12 (1994) S. 11 ff.; GPA mit Millionen gegen Schwund von Mitgliedern, in: Der Standard, 2.1.1995; GPA startet Werbeaktion, in: Wiener Zeitung, 2.3.1995.

³⁸¹ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1995, Wien 1996, S. III/5, S. III/21 und S. V/13.

³⁸² ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1996, Wien 1997, S. III/4; ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 1997, Wien 1998, S. 184; ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 1997, Wien 1998, S. 184.

Angestellte“ die Homepage der GPA in Betrieb genommen. Gleichfalls war auch die „Kompetenz“ mit Ende 1996 online zugänglich.³⁸³

Ein Jahr später, als in Österreich das erste **Frauenvolksbegehren** durchgeführt wurde und das Thema Gleichberechtigung eine große mediale Aufmerksamkeit erreichen konnte, wurde in der GPA eine **Quotenregelung** eingeführt, womit sie – zehn Jahre bevor dies der ÖGB tat³⁸⁴ – die erste Gewerkschaft in Österreich überhaupt war, die eine solche Regelung installierte. Der Zentralvorstand beschloss am 22. Oktober 1997, dass Frauen ab nun (bzw. bindend ab 2002) in allen Gremien gemäß ihrem prozentuellen Mitgliederanteil vertreten sein mussten. Auf Antrag der Frauenabteilung sollte damit die wachsende Bedeutung der Frauen (über 50 Prozent aller Angestellten waren Frauen, weiblicher Mitgliederanteil von 43 Prozent, steigende Anzahl von Betriebsrätinnen) im Entscheidungsfindungsprozess der GPA zum Ausdruck gebracht werden.³⁸⁵ Besonders eingesetzt haben sich dafür **Christine Maier**, die seit 1989 GPA-Bundesfrauenvorsitzende war, sowie ihre Nachfolgerin (von 2002 bis 2008) **Erika Helscher**.³⁸⁶

Gleichzeitig fiel 1997 auch der Startschuss für die **größte Organisationsreform in der bisherigen Geschichte der GPA**, während die Debatte über eine Strukturreform im ÖGB nicht wirklich in Gang kam. So war zwar bereits 1991 ein Ständiger Organisationsausschuss eingesetzt worden, um sich Gedanken über eine Reform des ÖGB zu machen; zu wirklichen Ergebnissen kam dieser aber nicht. ÖGB-Präsident **Verzetnitsch** hatte deswegen **1995** den Vorschlag unterbreitet, die damals bestehenden 14 Einzelgewerkschaften langfristig zu **drei Gewerkschaftsblöcken** (Produktion, Dienstleistungen und öffentliche Dienste) zusammenzufassen,³⁸⁷ was von der GPA nicht nur abgelehnt wurde, weil es zu ihrer Auflösung geführt hätte, sondern bereits damals eine Grenzziehung zwischen Produktion und Dienstleistung

³⁸³ ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1996, Wien 1997, S. III/4 f. und S. 17; GPA-Presseinformation und Bericht 1994–1998, S. 21, in: GPA-Archiv, Ordner 14. Gewerkschaftstag, 9.–12.11.1998 (Anträge, Kongresszeitung, Korrespondenz, FSG).

³⁸⁴ ÖGB, 70 Jahre Gerechtigkeit für Frauen, S. 40.

³⁸⁵ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 1997, Wien 1998, S. 187; Ja zur Quote, in: Kompetenz 12 (1997) S. 6 ff.; Die „erste Quote“, in: Arbeit und Wirtschaft 12 (1997) S. 35.

³⁸⁶ Interview mit Ilse Fetik am 28.6.2018.

³⁸⁷ Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018.

nicht mehr möglich war.³⁸⁸ Auch aus diesem Plan wurde jedoch nichts. In der GPA machte sich hingegen eine Gruppe jüngerer Personen im mittleren bis oberen Management – allen voran Wolfgang Katzian, Dwora Stein und Karl Proyer – auf den Weg, um die GPA auf neue Beine zu stellen. Hans Sallmutter, der als Vorsitzender in diesen Jahren vor allem die politische Bühne bespielte, ließ diese Initiative zu.³⁸⁹



Abb. 25: Wolfgang Katzian, Dwora Stein und Günther Trausnitz
(von links nach rechts) auf dem Sondergewerkschaftstag 2000

Wolfgang Katzian, von dem bereits mehrfach die Rede war, wurde 1956 in Stockerau geboren. In beruflicher Hinsicht absolvierte er nach der Volks-

³⁸⁸ Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, S. 475; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.

³⁸⁹ Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018; Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018.

und Hauptschule und einem Jahr Handelsakademie erst eine Lehre zum Bankkaufmann und war dann von 1970 bis 1977 in der Devisenabteilung der Länderbank beschäftigt. Seine ersten Kontakte zur Gewerkschaftsbewegung hatte er bereits als Lehrling, wobei Alfred Dallinger und Josef Hindels prägende Persönlichkeiten für ihn waren. In der GPA übte er zunächst die Funktion eines Jugendsekretärs aus und war als „Dallinger-Schüler“ maßgeblich an der Entwicklung und Umsetzung der Kampagne für die Einführung der 35-Stunden-Woche beteiligt. 1986 wurde er Sekretär der Geschäftsführung. 1992 übernahm er die Funktion eines Zentralsekretärs für Bildung, Werbung und Mitgliederservice und leitete als solcher – wie bereits beschrieben – den Aufbau einer Marketingabteilung und den Relaunch des gesamten öffentlichen Auftritts ein. 1994 wurde er Zentralsekretär für Organisation. Weitere Funktionen sollten sowohl in der GPA als auch im Bereich der Sozialversicherung, wo Katzian ab 1980 Obmann-Stellvertreter der Wiener Gebietskrankenkasse war (bis 2001), in den kommenden Jahren – ebenso wie bei Dwora Stein und Karl Proyer – folgen.³⁹⁰

Dwora Stein wurde 1954 in eine jüdische Familie geboren und wuchs in Wien auf. Nach dem Studium der Psychologie und Pädagogik in Wien war sie erst im BFI Wien in der Abteilung für Führungskräfte-Training tätig. 1983 holte sie Hans Sallmutter ins GPA-Landessekretariat Steiermark, wo sie für die Sektion Geld und Kredit und die Sektion Sozialversicherung zuständig war. 1989 kehrte sie – wiederum über Vermittlung von Sallmutter, mit dem ihre Karriere eng verbunden ist – in der Funktion eines Stellvertretenden Leitenden Sekretärs der Sektion Geld und Kredit in die Zentrale nach Wien zurück. Dort war sie für viele BeobachterInnen nicht nur die eigentliche Leiterin der Sektion, sondern auch eine der ersten Frauen überhaupt, die Kollektivverträge verhandelte. Als Hans Sallmutter 1994 zum GPA-Vorsitzenden aufstieg, wurde Dwora Stein Zentralsekretärin für die Bereiche Bildung, Automation und Arbeitsgestaltung sowie Umweltpolitik.³⁹¹

³⁹⁰ Gewerkschaft soll Marketing entdecken, in: Die Presse, 1.8.1992; Wolfgang Katzian neuer geschäftsführender Vorsitzender der GPA, online: <http://www.gpa.at/news/ka01.htm> (9.2.2005), in: Lebensläufe, in: AK Wien, Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, AK-Archiv; Wolfgang Katzian, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_3.8.2.a/1342540592712/ueber-uns/presseservice/portraits-der-geschaefts-fuehrung/wolfgang-katzian?d=Touch (29.10.2018).

³⁹¹ Schwierige Gratwanderung gemeistert, in: Die Presse, 7.10.2000; Gewerkschaftsbild mit Dame, in: Trend 12 (2006) S. 37–40; Dwora Stein, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_3.8.2.a/1342540614281/ueber-uns/presseservice/portraits-der-geschaefts-fuehrung/dr-dwora-stein?d=Touch (29.10.2018).



Abb. 26: Rainer Wimmer (Vorsitzender der PRO-GE seit 2009) und Karl Proyer (von links nach rechts)

Karl Proyer (1953–2015) 1953 in Eisenstadt geboren, war gelernter Radio-mechaniker und zunächst Angestelltenbetriebsratsmitglied bei der Firma Ingelen. Seine Karriere bei der GPA begann 1980, wo er bis 1988 in der Zentrale in Wien als Sekretär der Sektion Industrie und Gewerbe tätig war. Ab 1988 war er als stellvertretender Leitender Sekretär für den Arbeitsschwerpunkt Kollektivvertragspolitik zuständig.³⁹²

³⁹² Karl Proyer, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_3.8.2.a/1342540605677/ueber-uns/presseservice/portraits-der-geschaeftsfuehrung/karl-proyer?d=Touch (29.10.2018); Große Trauer um Karl Proyer, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_0.a/1342559119703/home/grosse-trauer-um-karl-proyer?d=Touch (29.10.2018); Gewerkschafts-Urgestein Proyer gestorben, in: Die Presse, 28.10.2015 (online); Gewerkschafter Karl Proyer ist tot, in: Kurier, 28.10.2015 (online).

Den Anstoß zur Organisationsreform gab eine Reihe von Entwicklungen: Hierzu gehörte einerseits die grundsätzliche Erkenntnis, dass der rasante Wandel der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine Überprüfung der Strukturen erforderlich machte. Andererseits gab die Erkenntnis, dass die GPA über ihre Verhältnisse lebte bzw. sie außerhalb des ÖGB finanziell nicht lebensfähig war, einen wichtigen Anstoß.

Hinzu kam der Wunsch nach einem flexibleren Organisationsaufbau, der ein rasches Reagieren auf die Veränderungen im Arbeitsleben und die Gewinnung neuer Mitglieder (vor allem auch im Bereich der „atypisch Beschäftigten“) ermöglichen sollte. Die sinkenden Mitgliederzahlen und die erfolgreiche Werbeaktion 1995, die gezeigt hatte, dass eine Mobilisierung möglich ist, hierfür aber die richtigen Strukturen vorhanden sein müssen, stellten dafür – so Wolfgang Katzian und Dwora Stein – eine wichtige Erfahrung dar.

Das anvisierte Ziel war die Schaffung einer effizienteren, schlagkräftigeren und transparenteren Organisation mit klaren Zuständigkeiten und Verantwortungen, in der die Anzahl der Gremien reduziert und bestehende Fehlentwicklungen beseitigt sein sollten. Nicht zuletzt um der immer wiederkehrenden Diskussion über die Angestelltengewerkschaft als eigene Gewerkschaft zu begegnen,³⁹³ sollte die GPA auf ein neues tragfähiges Fundament gestellt und in ihrer Effizienz gestärkt werden.

Ein besonders gravierendes, bereits seit längerer Zeit identifiziertes Problem³⁹⁴ stellte dabei das Eigenleben der Sektionen, aber auch der Landesorganisationen dar. Da die Sektionen oft so agierten, als wären sie eigene Gewerkschaften in der GPA, war die Umsetzung einer Gesamtstrategie de facto nicht möglich.³⁹⁵ Sie waren eigene „Kaiserreiche“, wobei vor allem die Sektion Industrie und Gewerbe ein „Bollwerk der Unabhängigkeit“ darstellte und ihre Vertreter machtbewusst agierten, wie auch der „Fall Laichmann“ im Frühjahr 1998 zeigte.

³⁹³ Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017 und am 7.2.2018; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.

³⁹⁴ Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018; Interview Hans Sallmutter am 4.5.2018.

³⁹⁵ Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018; Interview mit Erich Reichelt am 12.2.2018.

Der Ausgangspunkt für die „**Affäre Laichmann**“ war, dass Walter Laichmann als Leitender Sekretär der Sektion Industrie und Gewerbe im März 1998 mit der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie einen Kollektivvertrag für die Frauen-Nachtarbeit in der Metallindustrie praktisch im Alleingang ausverhandelte und diesen auch ohne Rücksprache mit der Sektionsleitung abschloss. Laichmann traf somit eine eigenmächtige Entscheidung. Doch nicht nur sein Alleingang, sondern auch seine Nähe zur Metallarbeiter-Gewerkschaft und dass er für einen Abbau der Grenzen zwischen den Gewerkschaften und eine Angleichung von Arbeitern und Angestellten eingetreten war, stieß bei GPA-Vorsitzendem Hans Sallmutter auf Kritik. Laichmann in Frühpension zu schicken, gelang ihm jedoch nicht. Da er eine starke Unterstützung in der GPA und bei den eifrig berichtenden Medien fand, musste Sallmutter einen Rückzieher machen. Laichmann konnte in der GPA bleiben.³⁹⁶ Die Einsicht, dass eine Reform der Sektionen notwendig ist, wurde durch den „Fall Laichmann“ jedoch bestärkt.³⁹⁷

Der offizielle Auftakt zur Organisationreform, der anfangs mit großer Skepsis in der GPA aufgenommen wurde, erfolgte in der Sitzung des Zentralvorstandes vom 17. und 18. April 1997. Die zentralen Grundzüge wurden nach einer intensiven Analyse- und Strategieentwicklungsphase im Oktober 1999 beschlossen. Danach setzte ein breiter Kommunikationsprozess in allen Bereichen der GPA ein. Die abschließende Präsentation wurde in der Zentralvorstandssitzung am 27. und 28. April 2000 vorgenommen. Der Beschluss über die Organisationreform erfolgte auf einem eigens anberaumten Sondergewerkschaftstag, der unter dem Motto „Veränderung macht Mut“ am 26. und 27. Juni 2000 im Wiener Messegelände stattfand.³⁹⁸ Mit einer großen Inszenierung sollte somit – so Wolfgang Katzian – der Außenwelt kommuniziert werden, dass sich die GPA „neu aufgestellt“ hatte:

³⁹⁶ Unruhe in der Gewerkschaft, in: Neue Zeit, 26.3.1998; Streit zwischen GPA und Metall eskaliert, in: Kleine Zeitung, 26.3.1998; Jetzt Machtkampf in der Gewerkschaft!, in: Kronen Zeitung, 26.3.1998; Rausschmiss erschüttert die Gewerkschaft, in: Kurier, 26.3.1998; Richtungsstreit in der Gewerkschaft entbrannt, in: Die Presse, 26.3.1998; Basis revoltiert gegen Sallmutter, in: Wirtschaftsblatt, 27.3.1998; Unruhe im ÖGB, in: Vorarlberger Nachrichten, 26.3.1998; Sallmutter gibt Druck aus den eigenen Reihen nach, in: Kurier, 8.4.1998; Hans im Unglück, in: Profil, 11.4.1998.

³⁹⁷ Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018.

³⁹⁸ Meilensteine des OE-Projekts, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Dwora Stein).

„Wir haben natürlich auch im Nachhinein betrachtet im Jahr 2000 schon das gemacht, was heute politisch ‚state of the art‘ ist, nämlich ‚inszeniert‘. [...] Wir hatten 1998 einen Gewerkschaftstag und dann 2000 den Sondergewerkschaftstag, so etwas gibt es eigentlich nur dann, wenn die Welt untergeht. Der Sondergewerkschaftstag war dazu da, in Österreich der Gewerkschaftswelt, als auch nach außen zu zeigen, da ist eine Gewerkschaft, die stellt sich neu auf“.³⁹⁹



Abb. 27: Abstimmung über die Organisationsreform beim Sondergewerkschaftstag 2000

Nach innen sollte hingegen ein von allen Delegierten des Gewerkschaftstages zusammengesetztes Keramik-Mosaik als Symbol einer gemeinsamen Erneuerung dienen,⁴⁰⁰ die – so Hans Sallmutter – nicht nur mit Zweifeln,

³⁹⁹ Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.

⁴⁰⁰ Stück für Stück, in: Kompetenz 9 (2000) S. 12.

sondern auch mit einem hohen Aufwand verbunden war, der sich für die GPA lohnen sollte:

„Die GPA hat – wie es in der Managementsprache heißt – viele Ressourcen in dieses Projekt gesteckt, oder auf Deutsch gesagt: es hat uns eine Menge Geld – und wir wissen das oder viele von uns wissen es – auch sehr viel Zeit gekostet. Ich habe mich gefragt: Wird sich der Aufwand lohnen? Ich habe mich gefragt: Beschäftigen wir uns nicht zu sehr mit uns selbst? Vernachlässigen wir nicht unsere gewerkschaftlichen Betreuungsaufgaben und unsere gewerkschaftliche Betreuungsarbeit? Und [...] ich habe mich auch hin und wieder gesorgt, ob wir die Verunsicherungen und Meinungsverschiedenheiten, die zwangsläufig mit einem so spektakulären großen Umbau einhergehen, auch tatsächlich für uns gemeinsam zu bewältigen sein werden. Ich bin heute froh, sagen zu können: Ja, es hat sich gelohnt. Das GPA-Organisationsentwicklungskonzept ist eine Investition, davon bin ich felsenfest überzeugt, die sich rechnen wird.“⁴⁰¹

Zu den zentralen Beschlüssen der Organisationsreform zählte, dass die bisherigen sechs Sektionen und mehr als 200 Fachgruppen durch folgende **24 Wirtschaftsbereiche** abgelöst wurden, die sich anlassbezogen zu Wirtschaftsbereichsgemeinschaften zusammenschließen konnten:

1. Bergwerke/Eisen/Gießerei
2. Metall, Maschinen-, Fahrzeugbau
3. Elektro/Elektronik
4. Energie
5. Papier
6. Chemie/Kunststoff/Glas
7. Stein und Keramik/Holz/Säge
8. Kommunikation
9. Landwirtschaft/Nahrung/Genuss
10. Textil/Bekleidung/Schuh
11. Bau/Wohnbau
12. Handel
13. Verkehr
14. Glückspiel/Tourismus/Freizeit
15. Wirtschaftsdienstleistungen und sonstige Gewerbe
16. Forschung/Bildung/Kultur
17. Gesundheit/Soziale Dienstleistungen/Kinder-, Jugendwohlfahrt
18. Interessenvertretungen/Organisationen

⁴⁰¹ Protokoll, S. 57 f., in: GPA-Archiv, Ordner Sondergewerkschaftstag 26./27.6.2000.

19. Kirchen & Religionsgemeinschaften & deren Einrichtungen
20. Sozialversicherung
21. Banken und Nationalbank, Kreditkartengesellschaften
22. Sparkassen
23. Volks- Hypobanken/Raiffeisen
24. Versicherungen

Durch die neuen Wirtschaftsbereiche sollte es einerseits möglich sein, schneller auf Änderungen in der Berufswelt reagieren sowie Abgrenzungsprobleme beseitigen zu können. Andererseits sollten durch die Abschaffung der Sektionen und Fachgruppen Doppelgleisigkeiten beseitigt und damit zahlreiche Posten eingespart werden. Die Unterstellung der Wirtschaftsbereiche unter den neu geschaffenen Geschäftsbereich Interessenvertretung sollte hingegen dazu führen, die GPA als Gemeinschaft zu stärken und die Kollektivvertragspolitik in einer Einheit voranzutreiben.⁴⁰²

Anstelle der bisherigen Gliederung in Länder trat eine Strukturierung in **Regionen**, wobei weiterhin die Grenzen der Bundesländer gelten sollten. Neu war jedoch, dass auch **Wien** den anderen Regionen gleichgestellt wurde. Bis dahin bestand in Wien nur eine kleine Organisationseinheit. Die Aufgaben der Länder (Mitgliedergewinnung, Betreuung von Mitgliedern und BetriebsrätInnen) waren hier von den Sektionen übernommen worden.⁴⁰³ Der Grund dafür war, dass sich in Wien die Struktur früherer Jahre – die Sektion ist die Gewerkschaft und erledigt alles – besonders hartnäckig gehalten hatte.⁴⁰⁴ Gleichfalls war mit der neuen Regionalstruktur auch eine Stärkung jener Elemente verbunden, die den direkten Kontakt zu den Beschäftigten herstellen sollten, womit auch die GPA in den Bezirken auf eine völlig neue Basis gestellt wurde. Die Ortsgruppen wurden jedoch aufgelöst, wodurch weitere Einsparungen möglich waren.⁴⁰⁵

⁴⁰² Presseinformation und Tischvorlage für die Sitzung des GPA-Bundesvorstandes vom 27.6.2000, in: GPA-Archiv, Ordner Sondergewerkschaftstag 26./27.6.2000; Wirtschaftsbereiche statt Sektionen, in: Kompetenz 9 (2000) S. 9; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018.

⁴⁰³ Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

⁴⁰⁴ Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018.

⁴⁰⁵ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000, Wien 2001, S. 182; Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017; Interview mit Erich Reichelt am 6.2.2018.

Die ebenfalls neu eingeführten **Interessengemeinschaften** sollten dazu dienen, die Interessen von (potenziellen) Mitgliedern verschiedener Branchen organisieren zu können, die aufgrund ihres Berufes eine ähnliche Arbeitssituation vorfanden und deswegen oft ähnliche Anliegen hatten. In Workshops, aber auch durch die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien, sollten sie spezielle Dienstleistungen, Produkte und Betreuungsangebote entwickeln, aber auch Impulse für die Kollektivvertragspolitik in den Branchen liefern. Neben den neuen Wirtschaftsbereichen sollten somit besonders die Interessengemeinschaften ein Instrumentarium sein, um auf den rasanten Wandel in der Arbeitswelt reagieren zu können. Dabei sollten die Interessengemeinschaften auch Nicht-Mitglieder oder Nicht-Mitglieder sowie „**atypisch Beschäftigte**“ ansprechen können,⁴⁰⁶ die auf dem Gewerkschaftstag 2000 auch noch ein weiteres Mal Thema waren: Fällte die GPA damals doch auch den Beschluss, in Zukunft Beschäftigte mit freiem Dienstvertrag, Werkvertrag oder neue Selbständige, die überwiegend in Abhängigkeit von Unternehmen stehen, organisieren und vertreten zu wollen.⁴⁰⁷

Eine neue Möglichkeit, an der Positionierung der GPA zu bestimmten Themen (wie etwa der Arbeitszeitgestaltung) mitarbeiten zu können, wurde hingegen durch die Einrichtung von **Themenplattformen** geschaffen. Ab nun sollten Mitglieder, BetriebsrätInnen und FunktionärInnen die Bearbeitung von Themen initiieren bzw. bei der Erarbeitung des Standpunkts der GPA zu einer bestimmten Frage temporär mitwirken können. Entscheidend dafür, ob eine Themenplattform zustande kommt, sollte sein, ob sich genug Mitglieder für die Mitarbeit finden.⁴⁰⁸

Weitere Änderungen betrafen eine Abschaffung der **Umweltabteilung**, die vor allem mit ihrem Konzept zur „Reparaturgesellschaft“ (Reparieren anstatt Wegwerfen) in Erscheinung getreten war,⁴⁰⁹ sowie einen Umbau der **Frauenabteilung** bei einer gleichzeitigen Einführung des **Gendermain-**

⁴⁰⁶ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000, Wien 2001, S. 182; Presseinformation, in: GPA-Archiv, Ordner Sondergewerkschaftstag 26./27.6.2000; Interessen bündeln, in: Kompetenz 9 (2000) S. 10 f.

⁴⁰⁷ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000, Wien 2001, S. 182; GPA für Atypische, in: Kompetenz 9 (2000) S. 39.

⁴⁰⁸ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000, Wien 2001, S. 182; Presseinformation, in: GPA-Archiv, Ordner Sondergewerkschaftstag 26./27.6.2000; Aktiv mitarbeiten, in: Kompetenz 9 (2000) S. 8.

⁴⁰⁹ Gewerkschaftsbild mit Dame, in: Trend 12 (2006) S. 37 ff.

streamings. Eine der wesentlichsten Änderungen der Struktur war dabei, dass alle Frauengremien der Regionen und des Bundes durch alle weiblichen Mitglieder der Regionalgremien bzw. des Bundesgremiums gebildet werden sollten und dass die Wiener Frauenarbeit nun im Regionalsekretariat Wien angesiedelt wurde. Mit der Einführung des Gendermainstreamings, das eng mit **Sandra Frauenberger**, GPA-Frauensekretärin von 1999 bis 2007, verbunden ist,⁴¹⁰ mussten ab 2000 alle politischen Entscheidungen auf die Geschlechterfrage und ihre Auswirkungen auf Frauen geprüft werden.⁴¹¹

Zudem wurde im Zuge der Organisationsreform auch der Aufbau einer in der österreichischen Gewerkschaftslandschaft einzigartigen **Grundlagenabteilung** unter der Leitung von **Ingrid Reischl** vorgenommen, in die der 1962 eingerichtete „Ausschuss für Automation“ (1994 umbenannt in „Ausschuss für Automation und Arbeitsgestaltung“) einging.⁴¹² Aufgabe der neuen Grundlagenabteilung sollte es sein, gemeinsam mit externen WissenschaftlerInnen fundierte Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit zu schaffen, zu forschen und zu publizieren.⁴¹³

Die AnsprechpartnerInnen für die BetriebsrätInnen eines Betriebes sollten weiterhin die betriebsbetreuenden GewerkschaftssekretärInnen sein. Ab nun sollte zur besseren Betreuung der Konzern- und Eurobetriebsräte jedoch zweimal jährlich ein Konzerneforum für Meinungsaustausch, Entwicklung von Strategien und Positionierung zu Konzernfragen und rechtlichen Angelegenheiten stattfinden.⁴¹⁴ Als neue Plattform sollte das **Konzerneforum** somit insbesondere dem Austausch zu Fragen der internationalen Arbeitsbeziehungen und der grenzüberschreitenden Kooperation auf Ebene von Gewerkschaften und Betriebsräten dienen.⁴¹⁵

Schließlich wurden auch die **Führungsgremien** insofern neu geordnet, als nun das alle vier Jahre stattfindende Bundesforum den Gewerkschaftstag

⁴¹⁰ Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017.

⁴¹¹ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000, Wien 2001, S. 189 f.; Wir haben genug zu tun – fangen wir an!“, in: Kompetenz 6 (2000) S. 20 f.

⁴¹² Schriftliche Mitteilung von Ingrid Reischl vom 7.11.2018.

⁴¹³ Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

⁴¹⁴ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000, Wien 2001, S. 182; Wirtschaftsbereiche statt Sektionen, in: Kompetenz 9 (2000) S. 9.

⁴¹⁵ Bericht zum Bundesforum 2002, S. 7, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

als höchstes Organ der GPA ablöste und der Bundesvorstand an Stelle des bisherigen Zentralvorstands trat. Das neue Bundespräsidium sollte sich aus dem/der Vorsitzenden sowie deren StellvertreterInnen zusammensetzen und die politische Führung sowie die laufende politische Positionierung der GPA übernehmen. An die Stelle der bisherigen Zentralsekretariate sollte die Bundesgeschäftsführung mit den Geschäftsbereichen Interessenvertretung, Leistung/Betreuung, Vertrieb/Kommunikation sowie Support/Back Office treten. Als weiteres Ergebnis der Organisationsreform wurde somit eine **klare Trennung zwischen politischen und operativen Aufgaben** vollzogen.⁴¹⁶

Die Umsetzung der Reform sollte – wie ebenfalls auf dem Sondergewerkschaftstag 2000 beschlossen wurde – bis zum ersten Bundesforum 2002 abgeschlossen sein, womit ein ehrgeiziges Ziel anvisiert wurde: Galt es doch, die GPA in nur zwei Jahren völlig neu zu organisieren.⁴¹⁷ Bereits unmittelbar nach dem Sondergewerkschaftstag wurden jedoch personelle Veränderungen in der Leitung der GPA vorgenommen, indem **Wolfgang Katzian** zum neuen Bundesgeschäftsführer bestellt wurde. Zu seinen StellvertreterInnen wurden **Dwora Stein** und **Günther Trausnitz** bestellt. **Karl Proyer** übernahm bis zu seinem Tod im Jahr 2015 die Leitung des Geschäftsbereiches Interessenvertretung⁴¹⁸ und war – wie bereits in den Jahren zuvor – mit seinem Ideenreichtum und Verhandlungsgeschick ein wichtiger Motor in der Kollektivvertragspolitik. Den Initiatoren der Organisationsreform sollte damit auch eine wichtige Rolle bei deren Umsetzung zukommen.

11.6 Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2000–2006)

Das Jahr 2000 brachte mit der **Bildung einer neuen Regierung aus ÖVP und FPÖ** eine entscheidende Zäsur in der politischen Entwicklung der Zweiten Republik.

Der Ausgangspunkt hierfür war, dass die SPÖ zwar weiterhin die stimmenstärkste Partei blieb, bei den Nationalratswahlen 1999 aber Verluste einstecken musste. Die FPÖ konnte hingegen weiter dazugewinnen und in Stimmen (nicht in Mandaten) sogar die (bisher zweitplatzierte) ÖVP leicht

⁴¹⁶ Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017.

⁴¹⁷ Presseinformation, in: GPA-Archiv, Ordner Sondergewerkschaftstag 26./27.6.2000.

⁴¹⁸ GPA auf neuen organisatorischen Schienen, in: Arbeit und Wirtschaft 9 (2000) S. 6 f.

überholen. SPÖ und ÖVP führten nach den Wahlen zwar Regierungsverhandlungen, wie sie es so oft getan hatten. Diese scheiterten jedoch sowohl an den starken Animositäten zwischen den Parteivorsitzenden (**Viktor Klima**/SPÖ, **Wolfgang Schüssel**/ÖVP) als auch daran, dass kein gemeinsames inhaltliches Programm mehr zustande kam. Widerstand gegen die ÖVP-Vorschläge (Einsparungen im Bundesdienst, Anhebung des gesetzlichen Frühpensionsalters, Übernahme des Finanzministeriums durch die ÖVP) kam dabei nicht zuletzt von den Gewerkschaften, und so verweigerte auch **Rudolf Nürnberger** als Vorsitzender der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen seine Unterschrift unter den Regierungspakt.⁴¹⁹ Zudem dürfte in ÖVP-Vorsitzendem Wolfgang Schüssel schon früh der Plan herangereift sein, eine Regierung mit der FPÖ zu bilden. Auch wenn er im Wahlkampf angekündigt hatte, bei Erreichen des dritten Platzes in Opposition zu gehen und Bundespräsident **Thomas Klestil** seine deutliche Ablehnung gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zum Ausdruck gebracht hatte (und diese lange verhindern wollte), ließ er sich mit der Unterstützung der FPÖ zum Bundeskanzler wählen.

Zum zweiten Mal nach 1983, als Fred Sinowatz (SPÖ) eine Koalition mit der FPÖ unter dem wirtschaftsliberalen Norbert Steger gebildet hatte, wurde damit eine Regierung mit den Freiheitlichen gebildet, die auf Grund des eingeschlagenen rechtspopulistischen Kurses von **Jörg Haider** nun aber als „europäischer Tabubruch“ gewertet wurde.⁴²⁰ So waren sowohl die Regierungsverhandlungen als auch die Bildung der neuen Koalition mit heftigen nationalen und internationalen Protesten verbunden, die mit den sogenannten „**Sanktionen der EU-14**“ sogar zu einem partiellen bilateralen diplomatischen Boykott der anderen EU-Staaten führten. Dennoch setzte Schüssel die Koalition mit der FPÖ auch nach den vorgezogenen Neuwahlen 2002 bis ins Jahr 2006 fort, wobei sich das Kräfteverhältnis jedoch entschieden gewandelt hatte. Da die FPÖ ab 2000 nicht nur an der Umstellung von einer Oppositions- zu einer Regierungspartei scheiterte, sondern auch mit ständigen Flügelkämpfen und Zurufen von Jörg Haider zu kämpfen hatte, der aufgrund der damals bereits in Aussicht gestellten „Sanktionen der EU-14“ der Regierung ferngeblieben war, hatte die FPÖ bei den Wahlen 2002 massiv an Stimmen verloren. 2005 kam es mit der Gründung des von

⁴¹⁹ Nürnberger: „Bei Unterschrift wäre ich zurückgetreten“, in: Die Presse, 30.1.2010.

⁴²⁰ Berger, Kurze Geschichte Österreichs, S. 413; Rathkolb, Die Zweite Republik (seit 1945), S. 583.

Haider initiierten **Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)** schließlich sogar zur Parteisplaltung.⁴²¹ Spannungen in der Regierung waren somit vorprogrammiert.

Aber auch massive Konflikte mit der Opposition, vielen Gruppen der Zivilgesellschaft und immer wieder auch den Gewerkschaften, die 2000 für viele „zu neuem Leben erwachten“,⁴²² waren in den folgenden Jahren an der Tagesordnung. Ausdruck dafür sind etwa die lange Zeit stattfindenden Donnerstagsdemonstrationen gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ oder Protestaktionen und eine Zunahme von Streiks, die sich gegen die Spar- und Reformpolitik der Regierung wendeten – war diese neben der Umsetzung eines „schlanken Staats“ und einer weitgehenden Vollendung der Privatisierung von Staatseigentum (darunter der Verkauf von letzten Anteilen an der VOEST oder der Bundeswohnungen) doch auch mit einem massiven **Kurswechsel in der Sozialpolitik** verbunden. So war die Sozialpolitik jener Jahre nicht nur dadurch gekennzeichnet, dass sie den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Regierung (Budgetsanierung und Standortsicherung) untergeordnet wurde, was sich deutlich darin zeigte, dass klassische Kompetenzbereiche des Sozialministeriums (Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz) dem neu gebildeten Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zugeordnet wurden. Auch massive Einschnitte im Bereich der Sozialleistungen waren durch geplante und teilweise auch vollzogene Leistungskürzungen in der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung oder eine Ausweitung der Kostenbeteiligung im Krankheitsfall ein Teil der Politikgestaltung.⁴²³

Hinzu kam, dass die neue Vorgehensweise der Regierung Protest und Widerstand evozierte – war die Devise des **„neu Regierens“**, wie sie ÖVP-Klubobmann Andreas Khol mit „speed kills“ formulierte, doch jene, mög-

⁴²¹ Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 365. Vgl. zur FPÖ auch: Kurt Richard Luther, Strategien und (Fehl-)Verhalten: Die Freiheitlichen und die Regierungen Schüssel I und II, in: Emmerich Tálos (Hg.), Schwarz–Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien/Münster 2006, S. 19–37.

⁴²² Bilanz des Streiks, in: Kompetenz 7/8 (2003) S. 11.

⁴²³ Vgl. im Detail: Emmerich Tálos/Herbert Obinger, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, in: Emmerich Tálos (Hg.), Schwarz–Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 188–207.

lichst viele politische Vorhaben in möglichst kurzer Zeit umzusetzen,⁴²⁴ was auch zu einer **de facto Aufkündigung der Sozialpartnerschaft** führte. Auch wenn bereits in den vergangenen Jahren die Sozialpartner in der Politikgestaltung zurückgedrängt worden waren, erreichte der nunmehrige Umgang eine neue Qualität. Die Beschlüsse und Vorschläge der Sozialpartner fanden kaum mehr Gehör bei den Regierungsparteien, was sich u. a. darin zeigte, dass die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen nicht einberufen wurde, der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (zuvor ein wichtiges Beratungsorgan der Bundesregierung) einen massiven Bedeutungsverlust erlebte, sich die Regierung vermehrt auf verbandsunabhängige ExpertInnen stützte und durch das verstärkte Einbringen von Initiativanträgen den Interessenorganisationen der ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit der Interessenartikulation im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens nahm. Der Ton wurde schärfer, und vor allem die Arbeiterkammern sowie der ÖGB sahen sich mit einem Mal in einer Quasi-Oppositionsrolle.⁴²⁵ Das nach 1945 praktizierte Modell der Verhandlungsdemokratie wurde überwiegend durch Mehrheitsentscheidungen, die traditionell nicht öffentlichen, informellen Gespräche und Verhandlungen durch partielle „Gipfeltreffen“ mit Eventcharakter und „Runde Tische“ ersetzt. Substantielle Verhandlungen mit den ArbeitnehmerInnenorganisationen wurden zur Ausnahme.

11.7 Protest gegen den Sozialabbau, die Abberufung Sallmutter im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, neue Kollektiv- verträge und das Projekt KV-net

Bei den Protesten gegen die Reform- und Sozialabbaupolitik der ÖVP-FPÖ-Regierung spielten der ÖGB und die Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Für Hans Sallmutter, der sich bereits in Zeiten der Großen Koalition nicht mit Kritik an der Regierung zurückgehalten hatte, war dies in seiner Funktion als Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger sogar mit persönlichen Konsequenzen verbunden.

⁴²⁴ Andreas Khol: „Strache hat das Amt unterschätzt“, in: Kurier, 25.3.2018.

⁴²⁵ Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, S. 474 f.; Tálos, Sozialpartnerschaft. Austro-korporatismus am Ende?, S. 439 ff.

So wurde vom ÖGB bereits das Regierungsprogramm in einer eigenen Resolution abgelehnt,⁴²⁶ da dieses den geplanten tiefgreifenden Umbau des österreichischen Sozialstaats bereits anvisierte und dabei folgende Punkte ansprach: eine Erhöhung der Treffsicherheit von Sozialleistungen und ihre Konzentrierung auf die „wirklich Bedürftigen“, die Stärkung der Eigenvorsorge, eine Verschärfung der Zumutbarkeits- und Anspruchsvoraussetzungen in der Arbeitslosenversicherung, die Missbrauchsbekämpfung sowie die Harmonisierung von Leistungen und Trägerstrukturen der Sozialversicherung.⁴²⁷ Im März 2000 folgte dann die größte Betriebsrätekonferenz in der bisherigen Geschichte der Zweiten Republik, um die Privatisierungspläne der Regierung zu beraten. Weitere Aktionen folgten in den kommenden Wochen und Monaten,⁴²⁸ wobei die Pensionsreform 2000 einen ersten Höhepunkt in der Auseinandersetzung der Regierung mit den ArbeitnehmervertreterInnen darstellte. Ohne ernsthafte Gespräche mit dieser zu führen, wurde u. a. beschlossen, das Antrittsalter bei der vorzeitigen Alterspension mit kurzen Übergangsfristen anzuheben oder die vorzeitige Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit abgeschafft.⁴²⁹

Anfang 2001 folgte dann der Angriff auf Hans Sallmutter, indem Vizekanzlerin **Susanne Riess-Passer** bei einer freiheitlichen Parteiveranstaltung die Ablöse des gewählten Präsidiums im **Hauptverband der Sozialversicherungsträger** („Solche Leute brauchen wir nicht“) verlangte und Sozialminister **Herbert Haupt** im Ministerrat verkündete, dass die Präsidenten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger Hans Sallmutter und Helmut Oberchristl sowie Manfred Gründler gehen müssen. Die Gründe, die dafür genannt wurden, waren, dass im Sozialversicherungsbereich nicht mehr ehrenverantwortliche Mitarbeiter mit überhöhten Aufwandsentschädigungen, sondern ExpertInnen das Sagen haben sollten bzw. Sallmutter und die anderen Präsidiumsmitglieder nicht bereit seien, die notwendigen Reformen zur Sanierung der Kassen in Angriff zu nehmen. Bei vielen BeobachterInnen drängte sich jedoch der Eindruck auf, dass es primär darum ging, einen Kritiker auszuschalten und die Machtverhältnisse im Hauptverband zu verändern. In der Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die historisch betrachtet eng mit der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

⁴²⁶ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000. Information, Service, Bilanz, Wien 2001, S. 310.

⁴²⁷ Tálos/Obinger, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, S. 189.

⁴²⁸ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2000. Information, Service, Bilanz, Wien 2001, S. 311 ff.

⁴²⁹ Tálos/Obinger, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, S. 192; Dachs, Die Pensionsreform 2003 – ein Musterbeispiel für Konkurrenzdemokratie?, S. 527.

verknüpft ist, hatte die Arbeitnehmervertretung seit jeher ein zahlenmäßiges Übergewicht gegenüber den ArbeitgebervertreterInnen. Nun sollte dies verändert werden.

Nachdem eine einfache Ablöse des Präsidiums nicht möglich war, da der Verwaltungsgerichtshof im Mai 2001 entschied, dass dieses bis Ende 2005 rechtens im Amt sei, war hierfür die Verabschiedung eines eigenen Gesetzes nötig. Mit der 58. ASVG-Novelle beschloss die Regierung im Juni 2001 eine Reform der Sozialversicherungen, mit der SpitzenfunktionärInnen von Gewerkschaften und Kammern von Führungsfunktionen im Hauptverband der Sozialversicherungsträger ausgeschlossen wurden. Zudem wurden auch die politischen Machtverhältnisse im Hauptverband radikal verändert, indem im neu geschaffenen Verwaltungsrat eine Parität zwischen Dienstnehmer- und DienstgebervertreterInnen hergestellt wurde, die gemeinsam mit dem so genannten „Minderheitenschutz“ (FPÖ-Vertreter im Gremium) der schwarz-blauen Regierungsmehrheit eine klare Dominanz sicherte. Damit mussten Hans Sallmutter und andere SpitzenfunktionärInnen von Gewerkschaft und Kammern aus dem Präsidium ausscheiden. Lange Bestand hatte die neue Regelung jedoch nicht, da sie im Oktober 2003 vom Verfassungsgerichtshof in weiten Teilen (darunter auch die neue Unvereinbarkeitsregelung) aufgehoben wurde.⁴³⁰

Dass die Gewerkschaft dieser Kampfansage der Regierung nicht tatenlos zusehen wolle, zeigte sich bereits Anfang **Juli 2001** bei einer von ÖGB und GPA ausgerufenen „**Demo für Demokratie**“, bei der rund 50.000 Menschen mit einem Marsch vom Westbahnhof und einer anschließenden Kundgebung auf dem Ballhausplatz gegen die Reform des Hauptverbandes und eine Zerschlagung der Selbstverwaltung demonstrierten.⁴³¹ In weiterer Folge war der Beschluss der 58. ASVG-Novelle auch ein wichtiger Grund für die **erste Urabstimmung in der Geschichte des ÖGB**, in der sich der ÖGB – ähnlich wie es die Arbeiterkammer 1996 getan hatte – von 24. September bis 15. Oktober 2001 an seine rund 1,43 Millionen Mitglieder wandte,

⁴³⁰ Tálos/Obinger, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, S. 191 f.; „Lex Sallmutter“: Die Reform des Hauptverbandes, in: Wiener Zeitung online, 19.10.2006; Politisches Erdbeben, in: Kompetenz 11 (2003) S. 8 ff.; Schübl, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen“, S. 27 ff.

⁴³¹ Karl Fischbacher, Schwarz-blaue Absichten: Marginalisierung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, in: Nikolaus Dimmel/Josef Schmee (Hg.), Politische Kultur in Österreich 2000–2005, Wien 2005, S. 168.

um sich den Rücken stärken zu lassen. Die sieben gestellten Fragen reichten von einer Stärkung der Sozialpartnerschaft über die Forderung nach dem Anspruch auf Abfertigung ab dem ersten Tag (auch bei Selbstkündigung) mit freier Verfügbarkeit durch die ArbeitnehmerInnen bis hin zur Ergreifung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen und wurden von mehr als 806.000 Mitgliedern durchgängig mit 90 Prozent bejaht.⁴³² Das Ergebnis war damit – so Hans Sallmutter – ein „klarer Handlungsauftrag“ für die Gewerkschaften gegen den bereits erfolgten, aber auch einen weiteren Rückbau des Sozialstaates Widerstand zu leisten.⁴³³

Gelegenheit dazu bot sich schon bald wieder – wurde doch das Jahr **2003** zum „**Streikjahr**“ schlechthin, wobei neben einer ÖBB-Reform abermals eine **Pensionsreform** im Zentrum stand, die noch weitgehendere Veränderungen als die Reform 2000 bringen sollte.⁴³⁴ Der entscheidende Ausgangspunkt war hierfür, dass die Regierung einen strukturellen Umbau des Pensionssystems in einem enormen Tempo ohne Verhandlungen mit der Opposition und den gesellschaftlichen Interessenvertretungen durchführen wollte. Die Folgen waren eine Reihe von Protestaktionen seitens des ÖGB und der Gewerkschaften, wobei die GPA und Hans Sallmutter eine treibende Kraft waren. So kam es bereits ab Bekanntwerden der geplanten Reform zu einer Reihe von Aktivitäten, die in einer Großdemonstration am 13. Mai und in der Durchführung eines ganztätigen Abwehrstreiks am **3. Juni 2003** mündeten, der mit über einer Million TeilnehmerInnen zum bislang **größten Streik der Zweiten Republik** wurde.⁴³⁵ Und auch aus den Regierungsparteien selbst (GÖD, ÖAAB, einzelne FPÖ-Abgeordnete, ÖVP-Landeshauptmann Josef Pühringer) sowie von Bundespräsident Thomas Klestil, der zur Installierung einer Reihe von „Runden Tischen“ beitrug, kam Widerstand gegen die Reform und das Vorgehen. Trotzdem blieb die Re-

⁴³² ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2001. Information, Service, Bilanz, Wien 2002, S. 315 ff.; Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, S. 474 f.

⁴³³ 806.545!, in: Kompetenz 11 (2001) S. 54.

⁴³⁴ Die ÖBB-Reform, die noch stärker bestreikt wurde als die Pensionsreform, sah neben einer Änderung in der ÖBB-Struktur durch die Schaffung einer Holding als Dachorganisation für verschiedene kleinere Einheiten auch Eingriffe ins Dienstrecht vor. Vgl.: Nina Horacek, Streikjahr 2003. Von der sozialpartnerschaftlichen Konsens- zur Konfliktdemokratie, Wien 2007.

⁴³⁵ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2003. Information, Service, Bilanz, Wien 2004, S. 308 ff.; Fischbacher, Schwarz-blaue Absichten: Marginalisierung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, S. 169.

gierung im Großen und Ganzen bei ihrem Vorgehen und zog dieses zügig durch.⁴³⁶



Abb. 28: Demonstration gegen die Pensionsreform auf dem Wiener Heldenplatz am 13. Mai 2003

Kernpunkte der im Sommer **2003** beschlossenen „**Pensionssicherungsreform**“ waren neben der erhöhten Bewertung pensionsbegründender Kindererziehungszeiten die Abschaffung bestehender Leistungen wie der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer und bei Arbeitslosigkeit sowie der Gleitpension, die Erhöhung der Abschläge im Fall des Antritts einer Frühpension, die schrittweise Erweiterung des Durchrechnungszeitraumes von 15 auf 40 Jahre, die Senkung des Steigerungsbetrages für die Pensionsberechnung sowie die Verzögerung der Pensionsanpassung. Immerhin wurden in Folge des massiven Widerstands aber längere

⁴³⁶ Dachs, Die Pensionsreform 2003, S. 527 ff.

Übergangsfristen und eine Verlustdeckelung im Ausmaß von 10 Prozent bewirkt, nachdem eine vorherige Berechnung der Arbeiterkammer ergeben hatte, dass die Reform Leistungseinbußen von bis zu 30 Prozent nach sich ziehen würde.⁴³⁷

Und bei der sogenannten „**Pensionsharmonisierung**“ vom November **2004** wich die Regierung dann sogar ein Stück weit von ihrer bisherigen Taktik ab, indem zumindest konsensierte Verhandlungsergebnisse mit den Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnenvertretungen in den Gesetzesentwurf einfließen. Von einem Kompromiss konnte jedoch keine Rede sein. Kern der Reform war es, das traditionell nach Berufsgruppen organisierte Pensionssystem durch ein leistungsorientiertes Pensionskonto abzulösen, wobei folgende Grundformel gelten sollte: Mit 45 Versicherungs- und Beitragsjahren sollten die Versicherten im Alter von 65 Jahren eine Pension in der Höhe von 80 Prozent des Lebensdurchschnittseinkommens erhalten.⁴³⁸

Eine der wichtigsten Aufgaben der GPA in den frühen 2000er-Jahren bestand somit darin, die **Selbstverwaltung in der Sozialversicherung** und die Berücksichtigung der Interessen der ArbeitnehmerInnenorganisationen bei der Politikgestaltung zu verteidigen sowie gravierende Härten in der Sozialpolitik zu verhindern. Dies gelang ihr gemeinsam mit anderen Akteuren (ÖGB, Gruppen der Zivilgesellschaft, Widerstand innerhalb der Regierungsparteien) zumindest partiell, indem die Regierung ein Stück weit einlenken musste. Zum Teil wurden die Reformen der ÖVP-FPÖ-Koalition wie die Ambulanzgebühr oder die Besteuerung von Unfallrenten später auch vom Verfassungsgerichtshof wegen fehlerhafter Kundmachung, kurzen Übergangsfristen sowie sprachlichen und inhaltlichen Mängeln aufgehoben.

Verbesserungen gab es nur wenige. Dennoch wurden die pensionsbegründenden Kindererziehungszeiten ausgeweitet und erhöht bewertet⁴³⁹ und als Erfolg der Urabstimmung 2002 die **Abfertigung Neu** beschlossen, womit nicht nur eine langjährige Forderung der GPA erfüllt, sondern auch eine Regelung umgesetzt wurde, die sich weitgehend am Modell orientierte, das

⁴³⁷ Tálos/Obinger, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, S. 191 f.; Emmerich Tálos, Sozialpolitik. Zwischen Expansion und Restriktion, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 635; GPA bleibt auf der Hut!, in: Kompetenz 7/8 (2003) S. 8 ff.; Bilanz des Streiks, in: Kompetenz 7/8 (2003) S. 11.

⁴³⁸ Tálos/Obinger, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, S. 191 f.

⁴³⁹ Ebenda, S. 3.

die Sozialpartner erarbeitet hatten. Die Abfertigung Neu brachte großen Beschäftigungsgruppen, die bislang ausgeschlossen waren, erstmals in den Genuss einer Abfertigung und schloss diese nun auch bei einer Selbstkündigung nicht mehr aus.⁴⁴⁰ Mit dem **Arbeitsrechtsänderungsgesetz 2000** wurde hingegen eine punktuelle Angleichung der Rechte der ArbeiterInnen an jene der Angestellten vorgenommen (u. a. Erhöhung des bezahlten Krankenstandes mit vollem Entgeltanspruch auf sechs Wochen), gleichzeitig aber auch Entlastungen für die ArbeitgeberInnen vorgenommen.⁴⁴¹ Insgesamt wurden die substanziellsten Veränderungen durch die Sozialpolitik von ÖVP und FPÖ im Bereich der Pensionsversicherung und der Familienpolitik vorgenommen. Maßgeblich war hierfür, dass die Pensionsreform auch mit einem Ausbau der betrieblichen und privaten Pensionsvorsorge verbunden war und dass mit dem **Kinderbetreuungsgeld** – wie von Seiten der ÖGB- und GPA-Frauen heftig kritisiert wurde – eine Abkoppelung von einer vorherigen Beschäftigung vorgenommen bzw. Anreize für Frauen geschaffen wurden, länger dem Arbeitsprozess fernzubleiben.⁴⁴²

Gleichfalls galt es auch in diesen bewegten Jahren die gewerkschaftliche Alltagsarbeit zu erledigen. Dies bedeutete, dass die GPA weiterhin rund **150 Kollektivverträge jährlich** verhandelte⁴⁴³ und es durch das Engagement von Karl Proyer auch möglich war, zahlreiche Innovationen umzusetzen. So konnten einerseits zwischen 2000 und 2005 (entgegen der Entwicklung in anderen europäischen Staaten) für rund 100.000 Beschäftigte erstmalig KV-Lösungen geschaffen werden und dadurch gleich mehrere bisher unregelte Bereiche einer Kollektivvertragsregelung zugeführt werden.⁴⁴⁴ Die Vorbereitungen zu vielen neuen Kollektivverträgen (BAGS, karitative Einrichtungen der katholischen Kirche in Österreich, Diakonie, BABE) starteten bereits 1996 mit den Verhandlungen zu einem Mindestlohntarif für den gesamten Sozialbereich. 1997 wurden im Rahmen der Sektion Handel, Verkehr, Vereine und Fremdenverkehr oft auch erstmalig

⁴⁴⁰ Bericht zum Bundesforum 2002, S. 4, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002; Die Abfertigung neu ist da!, in: Kompetenz 1 (2003) S. 8 ff.; Abfertigung neu, online: https://www.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsrecht/abfertigung/Abfertigung_neu.html (16.11.2018).

⁴⁴¹ Tálos/Obinger, Schwarz-Blaue Sozialpolitik, S. 195.

⁴⁴² Ebenda, S. 4, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁴³ Presseunterlagen zum Bundesforum 2002, S. 2, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁴⁴ Gewerkschaft bewegt, in: Kompetenz 5 (2005) S. 12 ff.

kollektivvertragliche Vereinbarungen getroffen. Ab 1998 begannen die direkten Gespräche zu den neuen Kollektivverträgen, die jedoch erst nach der Organisationsreform 2000 abgeschlossen werden konnten: 2001 mit den karitativen Einrichtungen der katholischen Kirche in Österreich, 2003 mit der **Berufsvereinigung von ArbeitgeberInnen für Gesundheits- und Sozialberufe** (BAGS), 2005 mit der **Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen** (BABE), 2006 mit der **Diakonie**, dem österreichischen **Roten Kreuz** und dem **SOS-Kinderdorf**.⁴⁴⁵ Ein Kollektivvertrag für die außeruniversitäre Forschung war bereits 2004 abgeschlossen worden.⁴⁴⁶ Wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung und den Verhandlungen zu diesen Kollektivverträgen hatte – neben Proyer als Hauptverantwortlichem für die KV-Politik der Gewerkschaft – **Reinhard Bödenauer**, der seit 1989 in verschiedenen Funktionen in der GPA tätig war (Fachgruppensekretär in der Sektion Handel, Verkehr, Vereine und Fremdenverkehr, Wirtschaftsbereichssekretär, Geschäftsbereichsleiter-Stellvertreter im Geschäftsbereich Interessenvertretung, Bundesgeschäftsführer-Stellvertreter).

Andererseits wurde im Bereich der Kollektivvertragstätigkeit – als weitere Initiative Proyers – im Jahr 2001 mit dem **Projekt KV-net** auch ein Prozess gestartet, der den Kollektivverhandlungen neue Impulse geben und die Bedeutung der Kollektivverträge in der Öffentlichkeit sichtbar machen sollte. Wichtige Ausgangspunkte waren hierfür der mehrfach beschriebene gesellschaftliche und ökonomische Wandel sowie der Umstand, dass das Instrument der Kollektivverträge durch die großen internationalen Konzerne und die Politik zunehmend unter Druck geriet. So hatte – wie Wolfgang Katzian auf dem Bundesforum 2002 ausführte – auch die ÖVP-FPÖ-Regierung dafür votiert, die Kollektivvertragspolitik stärker auf der betrieblichen Ebene zu verankern.⁴⁴⁷ Hinzu kam, dass bereits mit der 2000 beschlossenen Struktur neue Bedingungen für die Kollektivvertragstätigkeit der GPA ge-

⁴⁴⁵ Reinhard Bödenauer, Österreich: Kollektivverträge im Gesundheits- und Sozialwesen, in: Infodienst Krankenhäuser 28 (2005) S. 40–43; Es ist geschafft!, in: HTV-Magazin 4 (2005) S. 6 f.; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

⁴⁴⁶ Kollektivvertrag für ArbeitnehmerInnen in der außeruniversitären Forschung erfolgreich abgeschlossen, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060518_OTS0133/kollektivvertrag-fuer-arbeitnehmerinnen-in-der-ausseruniversitaeren-forschung-erfolgreich-abgeschlossen (29.7.2019).

⁴⁴⁷ Wortprotokoll zum Bundesforum 2002, S. 23, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Ordner Bundesforum 2002.

schaffen worden waren. Nun sollte die Reform mit einem weiteren Projekt fortgesetzt werden. Um die KV-Politik der GPA nicht nur auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen, sondern in Zukunft noch stärker und erfolgreicher zu machen, wurde ein umfangreiches Reflexionsprojekt gestartet, bei dem durch verschiedene Partizipationsmöglichkeiten (Webplattformen, Teilnahme an Veranstaltungen etc.) die Themenbereiche Wissen und Bildung, Arbeit, Gesellschaft, Wirtschaft, Einkommen sowie der Kollektivvertrag als Instrument diskutiert wurden, um Leitlinien für die zukünftige Arbeit zu entwickeln. Das Ziel war es, die Ergebnisse dieses Prozesses als wichtige Orientierungspunkte für die praktische Arbeit der GPA auf dem Bundesforum im November 2002 beschließen zu können.⁴⁴⁸

Die **internationale Tätigkeit der GPA** war in den frühen 2000er-Jahren unter der Leitung von **Wolfgang Greif** durch einen weiteren Ausbau der operativen Arbeitsstrukturen geprägt (so etwa die Etablierung eines aus dem Büro des Vorsitzenden herausgelösten Internationalen Sekretariats sowie die Einrichtung eines Beirates für Europapolitik).⁴⁴⁹ In inhaltlicher Perspektive war sie vor allem durch zwei Themenbereiche bestimmt: Die weitere Beschäftigung mit der bevorstehenden Erweiterung der EU und den Aufbau des Konzernforums – einer gewerkschaftlichen Plattform der in Konzernstrukturen tätigen BetriebsrätInnen in der GPA, die durch die Organisationsreform 2000 geschaffen worden war.

Hinsichtlich der Positionierung zur **EU-Erweiterung** ist hierbei relevant, dass die GPA, die in den vorhergehenden Jahren noch für sehr strenge Bedingungen hinsichtlich der Freizügigkeit eingetreten war, sich 2001 auf eine Aktualisierung ihres Standpunkts in Richtung zeitlich begrenzter Übergangsfristen einigte und damit auch den ÖGB beeinflussen konnte. So beschloss auch der ÖGB-Bundesvorstand im Mai 2002 ein neues Europa-Memorandum, in dem er von der 1999 beschlossenen Forderung abging, wonach die Beitrittsländer ein 80-prozentiges Lohnniveau aufweisen müssen, da mit der siebenjährigen Übergangsfrist bei der Freizügigkeit des Ar-

⁴⁴⁸ Netzwerk für die KV-Zukunft, in: Kompetenz 10 (2001) S. 8 f.; Die Diskussion ist eröffnet, in: Kompetenz 2 (2002) S. 8 ff.; Jetzt mitreden!, in: Kompetenz 3 (2002) S. 30 f.; Bildung, Wirtschaft, Kollektivvertrag!, in: Kompetenz 7–8 (2002) S. 34 ff.; Der Kollektivvertrag hat Zukunft, in: Kompetenz 10 (2002) S. 16 f.; Presseunterlage, S. 3, Bericht zum Bundesforum 2002 sowie Projektbericht KV-net, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002; Wortprotokoll, S. 3, in: Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁴⁹ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

beitsmarktes wesentliche gewerkschaftliche Forderungen erfüllt seien.⁴⁵⁰ Ein wichtiges Ziel war es für die GPA hierbei, die Gewerkschaften aus ihrem Image als „defensive Bewahrer“ herauszubringen.⁴⁵¹

Die Kontakte zu den Beitritts- bzw. vor allem den Nachbarländern wurden weiter intensiviert. So wurden ab 2002 unter den Titeln „Über Grenzen hinweg“ bzw. „Wiener Dialog“ erste gemeinsame Aktionen und Kampagnen mit den Nachbargewerkschaften gegen weitreichende Liberalisierungen und Deregulierungen im Handelssektor (etwa in Hinblick auf die Sonntagsarbeit, die auch in Österreich ein Thema blieb) gestartet.⁴⁵² Der Aufbau der Konzernebetreuung im Rahmen des neu geschaffenen **Konzerneforums** wurde 2001 mit der Erstellung einer Evidenz der BetriebsfunktionärInnen in österreichischen und europäischen Konzernen begonnen. Zugleich wurde 2001 auch das erste Konzerneforum abgehalten,⁴⁵³ dem ab nun regelmäßig weitere Foren folgten.

Die 1904 geschaffene FIET ging im Jahr 2000 durch eine Fusion mehrerer internationaler Gewerkschaftsverbände in der **Union Network International (UNI)** auf.⁴⁵⁴ In der Folge bot sie einen wichtigen Rahmen für die internationale Tätigkeit der GPA durch die Beteiligung an sektorspezifischen und sektorübergreifenden Aktivitäten. Generell nahm die Mitgliedschaft der GPA in internationalen Verbänden aufgrund ihrer Branchenvielfalt und der voranschreitenden Globalisierung ebenso zu wie die Zusammenarbeit auf multinationaler, bilateraler und trilateraler Ebene.⁴⁵⁵

⁴⁵⁰ Sallmutter vor dem nächsten Kampf, in: Salzburger Nachrichten, 2.7.2001; ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2002. Information, Service, Bilanz, Wien 2003, S. 315; Bericht zum Bundesforum 2002, S. 7, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁵¹ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

⁴⁵² ÖGB-Jahresbericht 2002, S. 181; ÖGB-Jahresbericht 2003, S. 176; ÖGB-Jahresbericht 2004, S. 176; Bericht zum Bundesforum 2002, S. 7, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁵³ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2001. Information, Service, Bilanz, Wien 2001, S. 181 f.

⁴⁵⁴ Diese ist durch die Fusion mit der Kommunikationsinternationale (KI), Medien- und Unterhaltungsinternationale (KI) und Internationalen Grafischen Föderation (IGF) entstanden. Bericht zum Bundesforum 2002, S. 7, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁵⁵ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018.

Zu den zentralen Forderungen der GPA trat neben einer Arbeitsverkürzung und der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe jene nach der Einführung einer **bedarfsorientierten Mindestsicherung** hinzu.⁴⁵⁶

11.8 Die Umsetzung der Organisationsreform, das Projekt „G5“ und ein neues Haus für die GPA

In organisatorischer Hinsicht waren die frühen 2000er-Jahre zunächst durch die Umsetzung der 2000 beschlossenen Strukturreform bestimmt. Bald trat jedoch ein zweites großes Vorhaben hinzu, das auf die Schaffung einer neuen Gewerkschaft abzielte.

Wie auf dem Sondergewerkschaftstag 2000 beschlossen worden war, sollte die **Umsetzung der Organisationsreform** bis zum ersten Bundesforum im Jahr 2002 abgeschlossen sein. Und in der Tat konnte auf dem vom 12. bis 15. November 2002 stattfindenden Bundesforum von Hans Sallmutter und Wolfgang Katzian mitgeteilt werden, dass ein Schlusstrich unter die Umsetzungsphase des Organisationsreformprozesses gezogen werden konnte.⁴⁵⁷ Eine besondere Leistung bestand dabei – so Wolfgang Katzian und Dwora Stein im Rückblick – darin, dass die Abschaffung der Sektionen tatsächlich gelang.⁴⁵⁸ Wie auf dem Sondergewerkschaftstag betont wurde, war es aber auch möglich, bis dahin erste Interessensgemeinschaften aufbauen zu können, die als besonders wichtige „Vorzeigebispiele“ für eine Modernisierung der GPA herausgestrichen wurden. Nachdem zwei Pilotprojekte (eine für die Angestellten in privat organisierten Sozialbetrieben und eine für Angestellte im Bereich der Informationstechnologie) bereits im April 1999, d. h. noch vor dem Sondergewerkschaftstag 2000, gestartet worden waren,⁴⁵⁹ bestanden nun sieben Interessensgemeinschaften für eine Vielzahl unterschiedlicher ArbeitnehmerInnen:

⁴⁵⁶ Rede von Wolfgang Katzian beim außerordentlichen Bundesforum am 26.4.2005, S. 12, in: AK Wien, Institut für Gewerkschafts- und AK- Geschichte, AK-Archiv.

⁴⁵⁷ Mit uns ist zu rechnen, in: Kongress News, 13.11.2002, S. 5; Presseunterlagen für das Bundesforum 2002; Bericht des Bundesvorstandes, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002; Wortprotokoll zum Bundesforum 2002, S. 23, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Ordner Bundesforum 2002, S. 2 und S. 18 f.

⁴⁵⁸ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018.

⁴⁵⁹ Interessen bündeln, in: Kompetenz 9 (2000) S. 10 f.

1. work@social (für Menschen in Gesundheits- und Sozialberufen sowie Interessierte)
2. work@IT (für Menschen in IT-Berufen)
3. work@professional (für Führungskräfte und FachexpertInnen)
4. work@external (für alle, die viel oder überwiegend außerhalb des Betriebes arbeiten)
5. work@flex (für Menschen mit atypischen Beschäftigungen)
6. work@education (für Menschen im Bildungsbereich)
7. work@migration (für MigrantInnen)⁴⁶⁰

Doch nicht nur die Organisationsreform, sondern auch das **Projekt KV-net** als zweites zentrales Reformprojekt konnte mit dem Beschluss zweier Leit-anträge – wie ebenfalls geplant war – auf dem Bundesforum finalisiert und die Projektergebnisse damit in die konkrete Kollektivvertragstätigkeit aufgenommen werden.

Damit war es möglich, in nur wenigen Jahren die Basis für eine Straffung der Organisation, mehr Beteiligung durch neue Strukturelemente, klare Zuständigkeiten und moderne Standards im KV-Prozess zu schaffen. Wie Dwora Stein betonte, wurde durch die Organisationsreform aber auch eine wichtige Basis für die finanzielle Gesundung der GPA gelegt – war der eingeschlagene Reformkurs doch nicht nur mit dem Verkauf von Ferienhäusern verbunden, die einst eingerichtet worden waren, um Gewerkschaftsmitgliedern einen (leistbaren) Urlaub zu ermöglichen,⁴⁶¹ sondern auch durch die Einsparung von Posten und die Schaffung neuer Planungs- und Durchgriffsmöglichkeiten in der Finanzgebarung geprägt. Eine zweite Grundlage folgte nur wenig später mit dem Vereinsgesetz 2002, das große Vereine (so auch den ÖGB mit seinen Gewerkschaften) dazu verpflichtete, an Stelle einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung einen Jahresabschluss vornehmen zu müssen. Das führte dazu, dass die GPA ab 2003 eine umfangreiche Umstellung in ihrem Rechnungswesen durchführte, womit noch einmal mehr die Klarheit über die eigenen Finanzen wuchs und langfristig eine nachhaltige Sanierung der GPA eingeleitet werden konnte.⁴⁶²

⁴⁶⁰ Bericht zum Bundesforum 2002, S. 43, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002.

⁴⁶¹ Gewerkschaften müssen ihr Familiensilber flüssig machen, in: Kleine Zeitung, 12.10.1999; GPA verkauft ihre Ferienheime, in: Neue Kronen Zeitung, 18.7.2000.

⁴⁶² Interview mit Dwora Stein am 28.6.2018; Interview mit Renate Hoffmann am 28.6.2018.

Eine Trendumkehr in der **Mitgliederentwicklung** einzuleiten, gelang zunächst jedoch nicht. Wenn auch rund um die ÖGB-Urabstimmung neue Mitglieder gewonnen werden konnten, war die Gesamtentwicklung dennoch rückläufig. So fielen die Mitgliederzahlen weiter von 286.576 im Jahr 2000 auf 277.015 im Jahr 2005. Wie bereits zuvor wurden daher auch in den Folgejahren gezielte Werbeaktionen durchgeführt, um neue Mitglieder zu akquirieren.⁴⁶³

Das bereits angesprochene Vorhaben, eine **neue Gewerkschaft** bilden zu wollen, stellte auf dem Bundesforum 2002 das zweite zentrale Thema dar. Die Weichen dafür waren bereits in den vorhergehenden Jahren gestellt worden, nachdem um die Jahrtausendwende auch die Diskussion über eine Reform des ÖGB in die nächste Runde ging. Der Ausgangspunkt hierfür war, dass sowohl der 1991 eingesetzte Organisationsausschuss des ÖGB als auch der 1995 von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch unterbreitete Vorschlag, die 14 Einzelgewerkschaften langfristig zu drei Gewerkschaftsblöcken zusammenzufassen, zu keinen substanziellen Fortschritten führte. Die Bereitschaft der Gewerkschaften, ernsthaft über eine Reform zu verhandeln, war – so Fritz Verzetnitsch – nicht gegeben.⁴⁶⁴ Deshalb schlug die GPA zunächst den Weg ein, die Kooperation mit anderen Gewerkschaften zu intensivieren.

Dies führte dazu, dass am 8. Oktober 1999 ein **Verbundvertrag** mit der Gewerkschaft Druck und Papier, mit der Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport und freie Berufe sowie der Gewerkschaft für Post- und Fernmeldebedienstete abgeschlossen wurde, wobei die Initiative von den neuen Partnern ausging, die bereits ein Jahr zuvor eine enge Zusammenarbeit beschlossen hatten. Dabei sollte es – wie in der „Kompetenz“ berichtet wurde – anfänglich um eine schrittweise gemeinsame Nutzung von Ressourcen, „perspektivisch“ aber auch um eine gemeinsame Neuorganisation der vier Gewerkschaften gehen. Ob der Verbundvertrag zu einer „Heirat“ führt, sollte vom Verlauf der „Verlobungsphase“ abhängen.⁴⁶⁵ Richtig in Schwung kam dieser neue Verbund jedoch nicht, während der ÖGB-Bundeskongress 1999 einen neuerlichen Organisationsausschuss einsetzte. Ein Jahr später folgte ein weiterer, vom Organisationsausschuss und Fritz Verzetnitsch gemeinsam

⁴⁶³ ÖGB, Jahresbericht des ÖGB 2004. Information, Service, Bilanz, Wien 2005, S. 182; „Hans hilft dir“, in: Kompetenz 10 (2002) S. 17 f.

⁴⁶⁴ Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018.

⁴⁶⁵ Wir leben im Verbund, in: Kompetenz 12 (1999) S. 8 ff.; Um Dienstleistungen bahnt sich Gewerkschaftskoloss an, in: Kleine Zeitung, 29.12.1998.

erarbeiteter Vorschlag für eine ÖGB-Reform,⁴⁶⁶ der darauf abzielte, dass es in Zukunft nur mehr acht Branchengewerkschaften unter einem starken ÖGB geben sollte. Die GPA wäre in dieser neuen Struktur, die ohne vorherige Diskussion der Öffentlichkeit präsentiert wurde, auf eine Restgröße von 80.000 Mitgliedern geschrumpft. In der Folge wurde bei einem außerordentlichen Bundesvorstand im März 2001 nicht nur eine Resolution verabschiedet, in der dieser Vorschlag klar abgelehnt wurde, sondern auch das Präsidium der GPA aufgefordert, Kooperationsgespräche mit anderen Gewerkschaften zu führen, um zu sondieren, wie es im ÖGB weitergehen kann.

Dies führte ausgehend von einem Vorstoß Hans Sallmutter⁴⁶⁷ dazu, dass am 8. Oktober 2001 zunächst der Bundesvorstand der GPA und der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall–Textil, die im Juni 2000 durch die Fusion der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie mit der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder entstanden war,⁴⁶⁸ beschlossen, gemeinsam eine neue Gewerkschaft zu gründen. Die Ankündigung der Fusion stellte nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch in der GPA und für ÖGB-Präsident Verzetnitsch eine Überraschung dar.⁴⁶⁹ Der Grund dafür war einerseits, dass das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und ihren Vorsitzenden nicht immer friktionsfrei gewesen war, wenn die alte Sektion Industrie auch eng mit der Metaller-Gewerkschaft kooperiert und seit Anfang der 1990er-Jahre auch gemeinsam Kollektivverträge verhandelt hatte.⁴⁷⁰ Andererseits war maßgeblich, dass das Vorhaben rasch entwickelt worden war.⁴⁷¹ Später schlossen sich mit den Gewerkschaften Agrar–Nahrung–Genuss, der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier und der Gewerkschaft der Chemiarbeiter noch drei weitere Gewerkschaften dem Vorhaben an. Als am 6. März 2002 im GPA- Bildungsheim in Velm die Vereinbarung zur Gründung einer neuen

⁴⁶⁶ Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018.

⁴⁶⁷ Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018; Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018.

⁴⁶⁸ Eine Bewegung in Bewegung, online: https://www.oegb.at/cms/S06/S06_2.5.a/1342537066882/ueber-uns/wir-waren/eine-bewegung-in-bewegung?d=Touch (22.11.2018)

⁴⁶⁹ Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018; Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, S. 475.

⁴⁷⁰ Im Tätigkeitsbericht des ÖGB aus dem Jahr 1995 wurde festgehalten, dass zum dritten Mal gemeinsame Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie geführt worden waren. Vgl. ÖGB, Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1995, Wien 1996, S. V/16.

⁴⁷¹ Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018; Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, S. 475.

Gewerkschaft geschlossen wurde, trug diese somit die Unterschriften von fünf Gewerkschaftsvorsitzenden.⁴⁷²



Abb. 29: Die „Baumeister“ der geplanten neuen Gewerkschaft „G 5“ (von links nach rechts):

Wilhelm Beck (Gewerkschaft der Chemiewerker),
Rudolf Nürnberger (Gewerkschaft Metall–Textil),
Franz Bittner (Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier),
ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch,
Hans Sallmutter (GPA),
Leopold Simperl (Gewerkschaft Agrar–Nahrung–Genuss)

⁴⁷² Bericht des Bundesvorstandes zum Bundesforum 2002 sowie Presseunterlagen zum Bundesforum 2002, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002; Wortprotokoll S. 19 ff., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Ordner Bundesforum 2002; Ein Signal der Stärke, in: Kompetenz 11 (2001) S. 14 f.; „Zukunftsweisend“ in: Kompetenz 11 (2001) S. 15.

Als wichtige Zielsetzung wurde in dieser nicht nur die Gründung einer neuen Gewerkschaft und deren Einzug in ein gemeinsames Haus genannt, nachdem zuvor bereits Pläne für die Errichtung eines neuen Gebäudes für die GPA entwickelt worden waren.⁴⁷³ Es wurde auch darauf verwiesen, dass die fünf Gewerkschaften ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch für alle ArbeitnehmerInnen und die Umsetzung des Prinzips einer gewerkschaftlichen Betreuung pro Betrieb intendierten.⁴⁷⁴ Nachdem die GPA jahrelang mit der Forderung nach der Umsetzung des Industriegruppenprinzips konfrontiert und in die Defensive getrieben worden war, trat sie somit nun selbst für die Verwirklichung desselben ein. Neu war jedoch, dass nun sie bei diesem Prozess und nach der Fusion die bestimmende Kraft sein sollte.⁴⁷⁵

Damit war unter dem Arbeitstitel „**Neue Gewerkschaft**“ bzw. „**G5**“ (5 Gewerkschaften) der Startschuss zur Gründung der neuen Gewerkschaft gefallen. Diese sollte mit rund 500.000 Mitgliedern und hunderten verschiedenen Kollektivverträgen pro Jahr nicht nur die größte Gewerkschaft in Österreich, sondern eine der größten in Europa sein,⁴⁷⁶ was prompt den Anstoß zu einer weiteren Allianz gab. So beschlossen mit Ausnahme der GÖD alle anderen Gewerkschaften, die nicht am „G5“-Projekt teilnahmen, bereits bald nach Bekanntwerden der Fusionspläne um die GPA und die Gewerkschaft Metall-Textil sich zur „**Infra**“ zusammenzuschließen, die zwar nicht auf die Gründung einer neuen Gewerkschaft, aber auf eine engere Zusammenarbeit abzielte.⁴⁷⁷ Der Vorstoß von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, den ÖGB in acht Branchengewerkschaften zu gliedern, wurde nach dem Bekanntwerden der Pläne rund um die GPA hingegen nicht einmal in Diskussion gezogen.⁴⁷⁸

In der Folge wurde ab März/April 2002 intensiv am Aufbau der neuen Gewerkschaft gearbeitet, die zunächst 2004, dann 2005 Realität sein soll-

⁴⁷³ Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018.

⁴⁷⁴ Bericht zum Bundesforum 2002, S. 70–72, in: GPA-Archiv, Ordner Bundesforum 2002; Gewerkschaften signieren Gründungspapier, in: Der Standard, 6.3.2002.

⁴⁷⁵ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.

⁴⁷⁶ Wortprotokoll, S. 179, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Ordner Bundesforum 2002; Ein denkwürdiger Schritt, in: Kompetenz 4 (2002) S. 54; Neue Gewerkschaft wächst, in: Kompetenz 2 (2003) S. 26.

⁴⁷⁷ Wortprotokoll, S. 21, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Ordner Bundesforum 2002; „Die drei Blöcke des ÖGB, in: Der Standard, 18.7.2002 (online).

⁴⁷⁸ Karlhofer, Arbeitnehmerorganisationen, S. 475.

te.⁴⁷⁹ Zu ersten größeren Konflikten kam es jedoch schon Ende 2002 in Zusammenhang mit dem gemeinsamen Bürogebäude, das in der Schlachthausgasse im dritten Wiener Gemeindebezirk errichtet werden sollte. Im Juli 2003 beschloss der Bundesvorstand der GPA daher auch, das Bauvorhaben alleine zu verwirklichen, da noch keine verbindlichen Beschlüsse der Partnergewerkschaften vorlagen. Für einen späteren Einstieg der anderen Gewerkschaften wurde aber Vorsorge getroffen.⁴⁸⁰ **2004** war das Projekt dann endgültig zum **Scheitern** verurteilt. So wurde nicht nur von Seiten der Medien beobachtet,⁴⁸¹ dass die Anfangsbegeisterung verfliegen und die ursprüngliche Motivation, den Plan von Verzetnitsch zu verhindern, abhandengekommen sei. Auch die einzelnen Gewerkschaften zogen sich schrittweise aus dem Projekt zurück. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Immobiliengeschäfte der **GPA-Privatstiftung** bzw. ihrer Tochterunternehmen (wie der Kleingassen GmbH).

Die GPA besaß – wie bereits ausgeführt – seit 1953 eine **Wohnbauvereinigung** (WBV-GPA), die nach ihrer Gründung nicht nur für die Errichtung zahlreicher Wohnhäuser verantwortlich war, sondern 1989 als erste gemeinnützige Wohnbauvereinigung auch ein Mietermitbestimmungsstatut einführte. Die **GPA-Privatstiftung** wurde 2001 von Hans Sallmutter gegründet.⁴⁸² In der Folge bot sie das Dach für verschiedene Gesellschaften, die weiterhin im Bereich des sozialen Wohnbaus, aber auch darüber hinaus tätig waren. So waren die 2000er-Jahre nicht nur davon geprägt, dass die GPA-Privatstiftung mit einem Wohnhaus-Projekt im kriegszerstörten Sarajewo erstmals im Ausland tätig wurde und sie sich nun auch im Bereich der Schulen, bei der Schaffung von Heimplätzen für Studierende, der Errichtung von Heimen für Obdachlose, im integrativen Wohnbau oder bei Frauenwohnprojekten betätigte.⁴⁸³ Bereits in den 1990er-Jahren war der

⁴⁷⁹ Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018; Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018.

⁴⁸⁰ Die Chronologie des „G5“-Projektes: 2001–2004. „Wir bauen die NEUE Gewerkschaft“, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Dwora Stein).

⁴⁸¹ Metaller und ANG haben noch Bedenken, in: Der Standard, 31.1.2004; Kampf der Kulturen im ÖGB, in: Der Standard, 25.5.2004.

⁴⁸² Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018.

⁴⁸³ Vgl. ausführlich: Schübl, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen“, S. 18 ff.; Wohnbauvereinigung für Privatangestellte, 60 Jahre Wohnbauvereinigung für Privatangestellte.

Grundstein für zwei Engagements gelegt worden, die für das Projekt „Neue Gewerkschaft“ eine besondere Bedeutung erlangten: die Beteiligung an der Revitalisierung der Gasometer in Wien-Simmering, die neben der Errichtung von Wohnungen, einem Studentenheim und Verwaltungsgebäuden auch die Errichtung einer Shopping Mall vorsah, sowie der Kauf des in der Nähe errichteten Bürohauses Office Campus Gasometer, in das später die Statistik Austria einzog.

Hierbei wurde von den an der Fusion beteiligten Gewerkschaften einerseits bemängelt, dass sich die GPA-Privatstiftung in Bereiche vorgewagt habe, die mit dem gemeinnützigen Wohnbau nichts mehr zu tun hatten. Andererseits wurde kritisiert, dass die GPA ihre Partner nicht ausreichend über die Immobiliengeschäfte informiert und sich auf höchst riskante Projekte eingelassen habe⁴⁸⁴ – wenn die GPA-Privatstiftung seit ihrer Gründung 2001 auch eine von der GPA unabhängige Einrichtung war.

Die ersten, die im Mai 2004 aus dem Projekt „Neue Gewerkschaft“ ausstiegen, waren die Chemiewerker. Offiziell begründeten sie ihren Schritt mit einem De-Facto-Stillstand in den Fusionsplänen.⁴⁸⁵ Die anderen Gewerkschaften wollten zunächst an der Fusion festhalten, knüpften diese aber an bestimmte Bedingungen.⁴⁸⁶ Und auch ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, der einst den Anstoß zur Entwicklung des „G5“-Projekts gegeben hatte, brachte sich als Vermittler ein. Die vom ÖGB beim Finanzconsulter Ernst & Young in Auftrag gegebene Studie über die Finanzsituation der vier verbliebenen Gewerkschaften trieb diese jedoch nur noch weiter auseinander. Der Aufbau der neuen Gewerkschaft wurde immer unwahrscheinlicher, weshalb sich der GPA-Bundesvorstand im Juli 2004 entschloss, seinen verbliebenen Projektpartnern eine letzte Frist für die Klärung noch offener Punkte sowie eine verbindliche Zusage, ob die Partnergewerkschaften nun ins gemein-

⁴⁸⁴ Gewerkschaft kauft Bürohaus, in: Der Standard, 21.1.2004 (online); „trend“: Chemiegewerkschaft stieg aus G5-Projekt aus, OTS0010, 23.2004, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040523_OTS0010/trend-chemiegewerkschaft-stieg-aus-g5-projekt-aus (26.11.2018).

⁴⁸⁵ Die Chronologie des „G5“-Projektes: 2001–2004. „Wir bauen die NEUE Gewerkschaft“, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Dwora Stein); Neuer Machtkampf im ÖGB, in: Der Standard, 24.5.2004.

⁴⁸⁶ Diese waren etwa, dass die GPA-Stiftung vom ÖGB-Präsidium genehmigt werden muss oder dass das gemeinsame Haus in der Schlachthausgasse nicht von der Kleingassen GmbH, sondern durch den ÖGB oder eine ihm nahestehende Einrichtung errichtet wird.

same Haus einziehen werden oder nicht, bis Mitte September zu setzen.⁴⁸⁷ Spätestens als Rudolf Nürnberger im Fernsehen verkündete, dass er die Fusion ernsthaft in Frage stelle, war aber klar, dass auch dieses Ultimatum das Ruder nicht mehr herumreißen konnte.⁴⁸⁸ In den Medien wurde bereits vor Ablauf der Frist vom Scheitern des Projekts berichtet.⁴⁸⁹ Der Bundesvorstand der GPA beschloss am 14. September 2004, das Projekt „Neue Gewerkschaft“ nicht fortzusetzen.⁴⁹⁰ Rudolf Nürnberger wollte auch nach dem Platzen der Fusion als Grund für das Scheitern nur die wirtschaftlichen Aktivitäten der GPA gelten lassen.⁴⁹¹ In der GPA, in der es ebenfalls nicht leicht gewesen war, zu den entsprechenden Beschlüssen zu kommen, wurde hingegen vermutet, dass diese (auch) als Vorwand dafür gedient haben, ein nicht mehr gewünschtes Projekt abschließen zu können – immerhin war das Vorhaben ja mit nicht weniger als der Auflösung der bestehenden Gewerkschaften mit ihren unterschiedlichen Traditionen und Kulturen und persönlichen Interessen verbunden.⁴⁹²

Anstatt der geplanten neuen Gewerkschaft zogen (vorerst) somit nur die GPA und das BFI, das aufgrund des vorhandenen Raumangebots als Mieter gewonnen werden konnte, in das **neue Gewerkschaftshaus** im dritten Bezirk ein. Dieses war nach dem Spatenstich im September 2003 in nur zwei Jahren auf dem Areal des ehemaligen Mautner-Markhof'schen Kinderpitals gemeinsam mit einem ebenfalls von der GPA-Privatstiftung gebauten Wohnhaus errichtet worden und lieferte mit seiner modernen Architektur von COOP Himmelb(l)au in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der 2000 beschlossenen Organisationsreform. Wesentlich war hierfür, dass der bisherige Sitz der GPA am Deutschmeisterplatz zwar über eine große Geschichte, aber nicht über moderne Kommunikationsstrukturen verfügte. Die Übersiedlung ins neue Gebäude, das „ein offenes Haus für

⁴⁸⁷ Kolportiert: „G4“-Fusionsdeadline: 10.9., in: Der Standard, 25.8.2004.

⁴⁸⁸ Gewerkschaftsfusion, ein Traum für drei Jahre, in: Der Standard, 11.9.2004; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018.

⁴⁸⁹ Gewerkschaft: Fusion von Metallern und Privatangestellten geplatzt, in: Der Standard, 8.9.2004 (online).

⁴⁹⁰ Die Chronologie des „G5“-Projektes: 2001–2004. „Wir bauen die NEUE Gewerkschaft“, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Dwora Stein).

⁴⁹¹ „Gusenbauer-Debatte entbehrlich“, in: Profil, 11.10.2004.

⁴⁹² Bericht von Hans Sallmutter (Kurzfassung) beim ao. Bundesvorstand der GPA am 14.9.2004 in Velm, in: GPA-djp/Archiv Martin Panholzer, Ordner G5; Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018.

eine offene Gewerkschaft“ sein sollte, erfolgte im September 2005,⁴⁹³ womit auch der dritte Bezirk eine neue Adresse erhielt – wurde damals doch auch der **Platz vor dem neuen GPA-Haus nach Alfred Dallinger benannt.**⁴⁹⁴



Abb. 30: Das neue GPA-Haus am Alfred-Dallinger-Platz 1

Nachdem bereits im September 1989 in der Burg Schlaining (Burgenland) ein „Alfred-Dallinger-Symposium“ begründet worden war, das seit 2003 vom Pädagogischen Institut des Bundes in Kooperation mit der Arbeiter-

⁴⁹³ Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018; Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Vor der Fertigstellung, in: Kompetenz 7 (2005) S. 12; Spektakuläres Wohnhaus fertiggestellt, in: Kompetenz 7 (2005) S. 22 f.; Herzlich willkommen im neuen GPA-Haus!, in: Kompetenz 9 (2005) S. 3; Offenes Haus für offene Gewerkschaft, in: Kompetenz 9 (2005) S. 8 f.

⁴⁹⁴ Straßennamen 1030, online: <http://1030wien.at/geschichte/strassennamen-1030> (26.11.2018).

kammer Wien, der GPA, dem Verband der Wiener Volksbildung und den Wiener Vorlesungen abgehalten wird, wurde dem einstigen Vorsitzenden der GPA damit erneut ein Denkmal gesetzt. Besonders verdienten ArbeitnehmervertreterInnen wird zudem die Alfred-Dallinger-Medaille als höchste Auszeichnung der GPA-djp verliehen.⁴⁹⁵



Abb. 31: ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, Wolfgang Katzian, Bürgermeister Michael Häupl, Dwora Stein (vordere Reihe), Hans Sallmutter und Karl Dürtscher (hintere Reihe, von links nach rechts) bei der Eröffnung der neuen GPA-Zentrale am 13. Oktober 2005

⁴⁹⁵ Fadler, *Der Zukunft verpflichtet*, S. 151 f.

12. Als GPA-djp zu neuen Projekten – die Ära Wolfgang Katzian 2005–2018

Chronologie	
26./27.4. 2005	Außerordentliches Bundesforum der GPA: Wolfgang Katzian wird zum neuen Vorsitzenden gewählt.
13.10.2005	Die neue GPA-Zentrale am Alfred-Dallinger-Platz wird eröffnet.
17.10.2005	Durch Medienberichte wird bekannt, dass die BAWAG P.S.K. mit dem US-Wertpapier- und Rohstoffhändler Refco in Geschäftsverbindung steht und durch dessen Insolvenz betroffen ist. Dem entlassenen Refco-Vorstand Phillip R. Bennett wird Bilanzfälschung und Wertpapierbetrug vorgeworfen.
29.2.2006	Rudolf Hundstorfer wird geschäftsführender ÖGB-Präsident.
3.4.2006	Gegen Refco-Vorstand Phillip R. Bennett wird der Haftbefehl erlassen.
20.4.2006	Das ÖGB-Präsidium beauftragt die Investmentbank Morgan Stanley mit der Käufersuche für die BAWAG.
6.9.2006	Der im Frühsommer abgeschlossene Globalvergleich der BAWAG P.S.K. mit den Geschädigten des Refco-Skandals in den USA ist rechtskräftig.
1.10.2006	Nationalratswahl. In Folge Bildung einer Koalition aus SPÖ und ÖVP
30.10.–3.11. 2006	Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Wien
14.–16.11. 2006	GPA-Bundesforum. Unter dem Motto „GPA. Einen Schritt voraus“ wird die Fusion mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier beschlossen.
14.12.2006	Der ÖGB-Bundesvorstand beschließt die Zustimmung zum Verkauf der BAWAG an ein Bieterkonsortium rund um den US-Fonds Cerberus.

Chronologie	
Ende 2006	Beginn der weltweiten Finanzkrise. Der amerikanische Immobilienmarkt bricht ein.
28.2.2007	Die EU-Kommission gibt grünes Licht für die Übernahme der BAWAG P.S.K. Bank durch den US-Fonds Cerberus.
7.3.2007	Der Verfassungsgerichtshof hebt die geltende Erbschaftssteuer auf.
16.5.2007	Die BAWAG gehört nun dem US-Fonds Cerberus.
15.6.2007	Der Verfassungsgerichtshof hebt die geltende Schenkungssteuer auf.
30.8.2007	Während des Europäischen Forum Alpbach präsentiert Wolfgang Katzian ein neues Arbeitszeitmodell mit der Formel 40–40–40.
27./28.11.2007	Der Bundesvorstand der GPA-djp startet das Projekt „Chance 2010“.
3.2008	Die GPA-djp führt ihre erste „Aktionswoche“ zum Thema Arbeitspausen durch.
15.9.2008	Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise mit dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Großbank Lehmann Brothers
28.9.2008	Nationalratswahl
20.10.2008	Der Nationalrat beschließt ein umfassendes Bankenhilfspaket.
2.12.2008	Erich Foglar wird geschäftsführender ÖGB-Präsident.
5.6.2009	Die Neufassung der Richtlinie zum Euro-Betriebsrat tritt in Kraft.
14.12.2009	Die Hypo Alpe Adria wird verstaatlicht.
7.7.2010	Der Nationalrat beschließt die Mindestsicherung.
3.–5.11.2010	Bundesforum der GPA-djp

Chronologie	
28.3.2012	Der Nationalrat beschließt ein umfassendes Sparpaket.
16.5.2012	Es kommt zur Fusion mehrerer internationaler Gewerkschaftsverbände zum neuen Gewerkschaftsverband IndustriALL.
29.9.2013	Nationalratswahl
7.7.2015	Der Nationalrat beschließt eine umfassende Steuerreform.
10.–12.11. 2015	Bundesforum der GPA-djp
23.–30.1. 2017	Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TiSA
15.10.2017	Nationalratswahl. In Folge Bildung einer ÖVP-FPÖ-Regierung
13.1.2018	50.000 Menschen demonstrieren gegen die Vorhaben der türkis-blauen Bundesregierung.
13.6.2018	Der Nationalrat ratifiziert das transatlantische Handelsabkommen CETA.

12.1 Wolfgang Katzian wird GPA-Vorsitzender

Mit der Übersiedelung ins neue Haus begann 2005 ein neues Kapitel in der Geschichte der GPA – zumal es nur wenige Monate zuvor auch zu einem Wechsel an der Spitze der GPA gekommen war bzw. **Wolfgang Katzian** Hans Sallmutter als Vorsitzenden abgelöst hatte. Wolfgang Katzian, der bereits in den vorhergehenden Jahren in vielfacher Weise die Entwicklung der GPA geprägt hatte, wurde zunächst bei einem außerordentlichen Bundesvorstand am 3. Februar 2005 zum geschäftsführenden Vorsitzenden bestellt,⁴⁹⁶ nachdem Hans Sallmutter ihn als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte. Sallmutter selbst hatte nach den Aufregungen der letzten Jahre nur

⁴⁹⁶ ÖGB, ÖGB-Jahresbericht 2005, Wien 2006, o. S. (Chronik); Wechsel an der Spitze, in: Kompetenz 3 (2005) S. 12.

wenig zuvor für viele überraschend und für seine Verhältnisse auch leise angekündigt, seine Funktion als GPA-Vorsitzender noch vor dem Ablauf seiner Funktionsperiode zurücklegen zu wollen.⁴⁹⁷ Im April 2005 folgte bei einem außerordentlichen Bundesforum, das im Zeichen von „60 Jahre GPA – Rückblick und Ausblick“ stand, dann auch die offizielle Wahl von Wolfgang Katzian zum GPA-Vorsitzenden. Neue Bundesgeschäftsführerin wurde **Dwora Stein**. **Karl Proyer** wurde zum stellvertretenden Bundesgeschäftsführer gewählt.



Abb. 32: Wolfgang Katzian und Hans Sallmutter beim Bundesforum 2005
(von links nach rechts)

⁴⁹⁷ Überraschender Rücktritt an der Spitze der GPA: Sallmutter geht, in: Kurier, 14.1.2005; Ein lauter Gewerkschafter geht leise ab, in: Der Standard, 14.1.2005; Stiller Abgang eines Polterers, in: Kurier, 14.1.2005; Hans Sallmutter, in: Kleine Zeitung, 6.2.2005; Liebe Leserin, Lieber Leser!, in: Kompetenz 2 (2005) S. 14 f.

Als Gründe für seinen vorzeitigen Abgang nannte Sallmutter auf dem Bundesforum persönliche Überlegungen, aber auch, dass das Projekt „Neue Gewerkschaft“ abgeschlossen sei, die GPA vor einer Reihe von Herausforderungen auf der betrieblichen und überbetrieblichen Ebene stehen würde und die Organisationsdebatte im ÖGB wohl weitergehen werde, d. h. dass eine Vielzahl von Aufgaben bevorstünde, die er in jüngere Hände legen wollte. Zugleich nutzte er seine Abschlussrede für eine letzte Abrechnung mit dem Neoliberalismus und der Politik der ÖVP-FPÖ-Regierung⁴⁹⁸ – wie dies auch Wolfgang Katzian in seiner Antrittsrede als neuer GPA-Vorsitzender tat. So thematisierte auch er die Einschnitte im Sozialsystem, die es ab 2000 gegeben hatte, sowie die Privatisierungslawine der letzten Jahre und eine primär am Interesse der Unternehmen orientierte Verteilungspolitik, die nicht nur tausende Arbeitsplätze gekostet, sondern auch die Zahl der Arbeitslosen und armutsgefährdeten Menschen in die Höhe getrieben habe.

Als wichtige Ziele für die Zukunft nannte Katzian u. a. eine Arbeitszeitverkürzung, die Ausbeutung von Arbeitskräften bei „atypischen Arbeitsverhältnissen“ zu verhindern oder die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung, wie sie bereits auf dem letzten Bundesforum gefordert worden war. Die dringlichste Aufgabe als Basis für alle weiteren Tätigkeiten müsse es jedoch sein, den Mitgliederrückgang zu stoppen sowie weiter an einer Verbesserung der finanziellen Situation der GPA zu arbeiten. Neue Großfusionen wie das „G5“-Projekt schloss Katzian im April 2005 aus. Die Kooperation mit anderen Gewerkschaften wollte er jedoch intensivieren und auch die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien und NGOs suchen.⁴⁹⁹

An Tätigkeitsfeldern für die Zukunft mangelte es somit nicht. Bereits wenige Monate nach der Übernahme des GPA-Vorsitzes durch Wolfgang Katzian kam es mit dem Bekanntwerden des BAWAG-Skandals jedoch zu einem Ereignis, das ab dem Herbst 2005 alles in den Hintergrund stellte – ging es 2005/2006 doch um nichts weniger als um das Überleben des ÖGB.

⁴⁹⁸ Referat von Hans Sallmutter beim a.o. Bundesforum am 26.4.2005, in: AK Wien, Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, AK-Archiv.

⁴⁹⁹ Rede von Wolfgang Katzian beim a.o. Bundesforum am 26.4.2005, in: AK Wien, Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, AK-Archiv; Gewerkschaft bewegt, in: Kompetenz 5 (2005) S. 12 ff.

12.2 Die BAWAG-Krise, das Modell „1e Gewerkschaft“ und die ÖGB-Reform 2007

Die Wurzeln der **BAWAG** bzw. ihrer Vorgängerin, der Arbeiterbank AG, reichen bis in die Erste Republik zurück. Die Arbeiterbank AG wurde 1922 auf Initiative von Karl Renner gegründet, um als Kreditorganisation für die Institutionen und Organisationen der Arbeiterschaft zu dienen. Die Finanzierung der Konsumgenossenschaften spielte dabei eine wesentliche Rolle.

Nach der Auflösung durch den Austrofaschismus 1934 wurde die Arbeiterbank AG 1947 durch den ÖGB und die Konsumgenossenschaft Ges.m.b.H. wiedergegründet, aufgrund ihrer Kleinheit spielte sie in der österreichischen Bankwelt zunächst jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Sie wuchs erst allmählich und änderte in diesem Zusammenhang 1963 ihren Namen auf „Bank für Arbeit und Wirtschaft“.

Ein völlig neues Kapitel begann, als **Walter Flöttl** Generaldirektor (1972–1995) wurde. Er baute nicht nur das Filialnetz aus, sondern trieb auch das Bilanzvolumen mit ungewöhnlichen Mitteln in die Höhe. Zudem führte sein ebenfalls im Bankenbereich tätiger Sohn **Wolfgang Flöttl** zwischen 1987 und 1994 hochriskante, jedoch letztlich erfolgreiche Währungsspekulationen für die BAWAG durch, die auch vor dem Hintergrund der an sie gestellten Anforderungen zu sehen sind – musste die BAWAG doch u. a. Dividenden erwirtschaften, die dem ÖGB zugutekommen sollten. Nach dem Auffliegen dieser „Karibik“-Geschäfte wurden die Spekulationsgeschäfte unter dem neuen Generaldirektor **Helmut Elsner** 1995 zunächst eingestellt, aber bald wieder aufgenommen, ohne den Aufsichtsrat zu informieren und zudem eine verhängnisvolle Geschäftsbeziehung mit dem **Brokerhaus Refco** eingegangen.

Auf massive Verluste 1998 folgten bis 2000 noch riskantere Geschäfte, um diese auszugleichen. Doch auch diese endeten mit Verlusten, die in den Geschäftsberichten durch ein kompliziertes System aus Briefkastenfirmen und Stiftungen sowie Finanzgeschäfte mit Refco, darunter so genannten Rundreise- oder Karussell-Kredite, verschleiert wurden. Die wenigen Personen, die davon wussten (Elsner, Aufsichtsratsvorsitzender Günter Weninger, ÖGB-Präsident Verzetnitsch), vereinbarten ein Stillschweigen nach außen. Zudem wurde im Herbst 2005 die PSK gekauft, deren Reserven zur Tilgung der eigenen Verluste eingesetzt werden sollten. Dazu sollte es jedoch nicht kommen, da die Verbindungen mit Refco auch die BAWAG in den Abgrund rissen.

Im Oktober 2005, als bereits Ermittlungen gegen Refco-Chef **Philipp R. Bennett** liefen, setzte **Johann Zwettler**, der seit 2003 Vorstandsvorsitzender der BAWAG war, einen Sofortkredit in der Höhe von 350 Millionen Euro an Bennett durch, den dieser dazu nutzen wollte, seine verlustreichen Spekulationsgeschäfte zu verschleiern. Als auch dieser Kredit nichts mehr half, Bennett des schweren Betrugs angeklagt wurde und Refco Konkurs anmelden musste, erwiesen sich nicht nur die zuletzt von der BAWAG freigegebenen Gelder für Bennett als uneinbringlich. Da von der US-Justiz der Verdacht geäußert wurde, dass die wiederholten Kredite der BAWAG an Refco das betrügerische Handeln von Bennett erst ermöglicht und schließlich verlängert hatten, stand auch die Gefahr einer Sammelklage im Raum. Diese konnte zwar durch einen Vergleich abgewendet werden, den **Ewald Nowotny** als seit Mai amtierender neuer BAWAG-Generaldirektor, **Rudolf Hundstorfer** als Nachfolger von Fritz Verzetnitsch an der ÖGB-Spitze (seit März 2006) und US-Staatsanwalt Michael J. Garcia schlossen. Der schlussendlich für die BAWAG durch die ab Herbst 1998 durchgeführten Spekulationsgeschäfte entstandene Schaden schnellte jedoch enorm in die Höhe und belief sich schlussendlich auf 1,474 Milliarden Euro. Der ÖGB als ihr Eigentümer befand sich damit zur Jahresmitte 2006 in einer existenziellen Krise und war von der Insolvenz bedroht.

Um das Überleben der Bank sicherzustellen und die Refco-Verluste aufzufangen, haftete der Bund zunächst mit einem Rettungspaket in der Höhe von maximal 900 Millionen Euro und übernahm dafür die Anteile des ÖGB an der Oesterreichischen Nationalbank. Zudem stellten Banken und Versicherungen insgesamt 450 Millionen Euro zur Eigenkapitalstärkung zur Verfügung – zumal die BAWAG aus dem Kauf der PSK noch einen Kredit bei der Bayerischen Landesbank zu tilgen hatte. 2007 folgte der Verkauf der BAWAG an den US-Hedge-Fonds Cerberus sowie andere Minderheiten-eigentümer um 3,2 Milliarden Euro, womit sich die Situation für den ÖGB erstmals wieder entspannte. Die Konsequenzen für den ÖGB waren jedoch weitreichend.

In finanzieller Hinsicht verlor der ÖGB einen Großteil seines Vermögens, da er im Zuge des BAWAG-Skandals nicht nur gezwungen war, seine traditionsreiche Bank sondern auch weitere Besitztümer wie den bisherigen Sitz in der Hohenstaufengasse/Wipplingerstraße zu veräußern.⁵⁰⁰ Hinzu kam ein

⁵⁰⁰ In diesem Zusammenhang wurde auch die Verwirklichung eines Hauses für den ÖGB und alle Gewerkschaften diskutiert. Da die GPA vor Kurzem ihr neues Haus be-

massives Sparprogramm im Bereich des Personals, bei Sozialleistungen, Gehältern und Betriebspensionen.⁵⁰¹

Der Mitgliederverlust belief sich von 2005 bis 2006 auf rund 60.000 Personen, wobei es sich um den größten Rückgang seit 1945 handelte. Der Imageschaden für den ÖGB war enorm, nachdem die Medien seit dem Herbst 2005 kontinuierlich über den BAWAG-Skandal und später den BAWAG-Prozess, das kriminelle Verhalten der Banker, das Verschleiern der Vorgänge in der BAWAG durch die ÖGB-Spitze, die luxuriösen Wohnsitze der Beteiligten und das Versagen der Aufsichts- und Kontrollinstanzen berichtet hatten. Das Vertrauen in den ÖGB und die Gewerkschaften war erschüttert, zumal es ihre VertreterInnen waren, die in den Jahren zuvor gegen die neoliberale Entwicklung und einen entfesselten Finanzkapitalismus angeschrieben hatten. So gab auch bei einer 2006 durchgeführten Meinungsumfrage beinahe die Hälfte der Befragten an, kein bis gar kein Vertrauen mehr in die Gewerkschaft zu haben, bei den Gewerkschaftsmitgliedern war es nur mehr rund ein Drittel der Befragten.⁵⁰²

In politischer Hinsicht wurde die Krise des ÖGB zwar nicht von der amtierenden ÖVP-FPÖ-Regierung oder der Arbeitgeberseite ausgenutzt, da diese – trotz des Bestrebens, die Lohnverhandlungen stärker auf die Betriebsebene zu verlagern – schlussendlich doch an einem handlungsfähigen ÖGB interessiert waren. SPÖ-Vorsitzender **Alfred Gusenbauer** verkündete im Vorfeld der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 jedoch, dass er keine Spitzengewerkschafter mehr im Nationalrat vertreten haben wolle. Um nicht Schaden aus dem BAWAG-Skandal zu erleiden, wollte er sich somit vom ÖGB und den Gewerkschaften distanzieren und konnte sich nach heftigen Auseinandersetzungen schließlich mit seinem Bestreben durchsetzen.⁵⁰³ So schied auch Wolfgang Katzian, der dem Nationalrat seit März 2006 angehört hatte, nach den Nationalratswahlen vom Oktober 2006 wie-

zogen hatte, das ihren Bedürfnissen entsprach und kostengünstig war, stand sie diesem Plan jedoch ablehnend gegenüber. Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018; Interview mit Dwora Stein am 28.6.2018.

⁵⁰¹ Robert Kriechbaumer, „Es reicht!“. Die Regierung Gusenbauer – Molterer. Österreich 2007/2008, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 171 ff. Vgl. zur BAWAG-Krise ausführlich: Ernst A. Swietly/Wilhelm Okresek, Der Bankkrach. Der große Absturz der Bawag, Wien 2007; Reinhard Engel, Der wankende Riese. Gewerkschaften zwischen Globalisierung und Krise der Sozialpartnerschaft, Wien 2006.

⁵⁰² Kriechbaumer, „Es reicht!“, S. 192.

⁵⁰³ Ebenda, S. 187–193.

der aus dem Parlament aus und zog in dieses erst wieder 2008 (bis 2018) ein.⁵⁰⁴

Und auch die Diskussion über eine Organisationsreform des ÖGB wurde durch den BAWAG-Skandal neu angefacht. Die Weichen für die Reform sollte eine Klausur Ende 2006 stellen, wobei zwei unterschiedliche Modelle – eines davon von der GPA stammend – im Raum standen: Während vor allem **Fritz Neugebauer** als Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst für eine Stärkung der Teilgewerkschaften und die Umsetzung eines „**Blöckemodells**“ eintrat, in dem es nur mehr drei bis vier Gewerkschaften mit eigener Rechtsfähigkeit geben sollte, traten **Wolfgang Katzian** und **Dwora Stein** für die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft („**1e Gewerkschaft**“) und die etappenweise Auflösung der Einzelgewerkschaften bis zum Jahr 2011 ein.

Die Grundüberlegung war hierbei einerseits, dass die Gewerkschaften bereits seit Jahren mit Abgrenzungsschwierigkeiten zu kämpfen hatten, da sich die Branchengrenzen immer mehr verschoben. Andererseits hatte die GPA mit ihrer Organisationsreform eine neue Struktur entwickelt, die auch auf den ÖGB hätte umgelegt werden können. Das mit dem Vorschlag verbundene Ziel war es, keine Energie mehr in unnötige Abgrenzungsdiskussionen stecken zu müssen, die vorhandenen Ressourcen als „1e Gewerkschaft“ besser nutzen und damit sowohl im nationalen, vor allem aber im immer wichtiger werdenden internationalen Bereich schlagkräftiger zu sein. Beide wollten daher ihre neu gewonnene Aufmerksamkeit nutzen, um für ein völlig neues, revolutionäres Modell zu plädieren: Wolfgang Katzian durch die Übernahme der GPA-Führung und die mediale Präsenz, die er entgegen anderer Gewerkschafter während des BAWAG-Skandals wahrnahm, um zu verdeutlichen, dass die „Gewerkschaftsbewegung mehr ist als eine Bank“, und Dwora Stein als neue Vizepräsidentin des BAWAG-Aufsichtsrates.⁵⁰⁵

⁵⁰⁴ Katzian kandidierte zwar für den Nationalrat, erklärte aber im Vorfeld der Wahl, dass er im Falle seiner Wahl ein Mandat nicht annehmen werde. Zuvor hatte Gusenbauer gefordert, dass sich SpitzengewerkschafterInnen bei ihrer Wahl zwischen der Gewerkschaftsfunktion und dem Mandat entscheiden müssen. Vgl.: Wolfgang Katzian, online: https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_32494/index.shtml (10.12. 2018); Gusenbauer gegen Gewerkschaft 1:0, in: Kleine Zeitung, 24.6. 2006; Mandat? GPA-Chef winkt ab, in: Format, 11.8.2006.

⁵⁰⁵ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018.

Bereits im Vorfeld jener Klausur, die Ende 2006 den für Anfang 2007 geplanten ÖGB-Kongress vorbereiten sollte, zeichnete sich jedoch ab, dass die einzelnen Gewerkschaften trotz der großen Krise und dem Zukunftspotenzial, das dem Vorschlag von Katzian und Stein attestiert wurde, zu einem so weitgehenden Schritt nicht bereit sein würden.⁵⁰⁶ So wurde auch auf dem **ÖGB-Kongress im Jänner 2007** nur eine äußerst **moderate Reform** beschlossen, die Folgendes vorsah: die Ablöse des bisherigen Präsidiums durch einen geschäftsführenden Vorstand, die Einführung einer Frauenquote von 33 Prozent in allen Gremien des ÖGB, eine Trennung zwischen gewählten FunktionärInnen und der Administration, Maßnahmen, um die Kontrolle und Mitbestimmungsrechte der BetriebsrätInnen und Mitglieder auszubauen sowie eine Verbesserung der Kommunikationsstrukturen. Im Bereich der Statuten wurde eingeführt, dass sich die Einzelgewerkschaften als rechtsfähige Zweigvereine, die eine eigene Bilanz legen mussten, konstituieren können.⁵⁰⁷ Für viele BeobachterInnen war damit die Chance auf eine wirkliche Reform vertan, die den ÖGB auf neue Beine gestellt hätte. Im Bereich der Gewerkschaften, die selbst aktiv wurden, kam es dennoch zu einer Reihe von Veränderungen, da über das ganze Jahr 2006 verteilt mehrere **Fusionen** durchgeführt wurden. Eine davon betraf auch die GPA.

12.3 Die Fusion der GPA mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp)

Als der ÖGB 1945 gegründet wurde, umfasste er 16 Gewerkschaften. Zu einem ersten Zusammenschluss kam es erst 1978 durch die Vereinigung der Gewerkschaft Persönlicher Dienst und der Gewerkschaft gastgewerblicher

⁵⁰⁶ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Dwora Stein am 7.2.2018; Gewerkschaft für das 21. Jahrhundert, in: Kompetenz 11 (2006) S. 8 ff.; „Einen Neustart wagen“, in: Kompetenz 11 (2006) S. 11; Protokoll des 2. GPA Bundesforums, 15.–16.11. 2006, S. 14, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta); „1e Gewerkschaft“. Inhalte/Mitbestimmung/Strukturen/Finanzen/Kontrolle/Personen. Eckpunkte des Vorschlags der Mitglieder des Präsidiums der GPA, Herbst 2006, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Ursula Mehl); Kriechbaumer, „Es reicht!“, S. 478 ff.; Engel, Der wankende Riese, S. 55 ff.

⁵⁰⁷ Richard Ondraschek, Was sind Gewerkschaften? (Gewerkschaftskunde 1, Stand: April 2017), Wien 2017, S. 45 f.; Richard Ondraschek, Vom 1. bis zum 18. ÖGB-Bundeskongress (Gewerkschaftskunde 5, Stand: September 2014), Wien 2015, S. 52 ff.; Kriechbaumer, „Es reicht!“, S. 480.

Arbeitnehmer zur Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD). Hiernach blieb die Anzahl der bestehenden Gewerkschaften für längere Zeit konstant.

Erst 1991 erfolgte mit der Fusion der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter und der Gewerkschaft Land–Forst–Garten zur Gewerkschaft Agrar–Nahrung–Genuss (ANG) ein weiterer Zusammenschluss. Im neuen Jahrtausend sollte sich diese Entwicklung jedoch rasant beschleunigen. Auf die Fusion der Gewerkschaft Metall–Bergbau–Energie mit der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder zur Gewerkschaft Metall–Textil (GMT) 2000 folgte 2001 die Eingliederung der Sektion Journalisten der Gewerkschaft Kultur, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (KMSfB) in die Gewerkschaft Druck und Papier, womit diese zur Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp) wurde.

2006 schlossen sich erst die Gewerkschaft Metall–Textil und die Gewerkschaft Agrar–Nahrung–Genuss zur Gewerkschaft Metall–Textil–Nahrung (GMTN), dann die GPA mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp) und schließlich die Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE) mit der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD) und der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV) zur Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vda zusammen.⁵⁰⁸ Die Ausgangssituation war hierbei vielfach jene, dass besonders die kleinen Gewerkschaften von den rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt betroffen und fusionswillig waren.

Der **Zusammenschluss der GPA mit der djp** wurde auf dem **Fusionskongress** der beiden Gewerkschaften am **16. November 2006** einstimmig beschlossen und mit 1. Jänner 2007 wirksam.⁵⁰⁹ Damit wurde die Vereinigung mit einer äußerst traditionsreichen Gewerkschaft vorgenommen – startete mit der Geschichte der djp doch auch jene der Gewerkschaften in Österreich.

Die Entstehung der **Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp)** geht bis auf das Jahr 1842 zurück, als mit dem „Unterstützungsverein für die

⁵⁰⁸ Eine Bewegung in Bewegung, online: https://www.oegb.at/cms/S06/S06_2.5.a/1342537066882/ueber-uns/wir-waren/eine-bewegung-in-bewegung?d=Touch (11.12.2018).

⁵⁰⁹ Protokoll des 2. GPA Bundesforums vom 15.–16.11.2006, S. 20, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

erkrankten Buchdrucker und Schriftgießer in Wien“ der erste Verein in Österreich entstand, der sich die Verbesserung der Lebensbedingungen der ArbeiterInnen zum Ziel setzte. In der Folge entstand – ähnlich wie im Bereich der GPA – eine Vielzahl von fachlich und regional gegliederten Vereinen der Buchdrucker, Buchbinder, Senefelder, Etuimacher, Kartonager und Weiterverarbeiter, die trotz bald einsetzender Zentralisierungsbemühungen erst 1945 zu einer einzigen Gewerkschaft zusammenwuchsen: der Gewerkschaft der Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe, die auch nach 1945 Pionier in der KV-Politik war. So war sie es, die 1947 den ersten gesamtösterreichischen Abschluss mit besseren Löhnen, aber auch der Einführung des Weihnachtsgeldes erreichen konnte, nachdem auch der erste jemals in Österreich abgeschlossene Kollektivvertrag 1896 den Buchdruckern gegolten hatte.⁵¹⁰ 1965 wurde die Gewerkschaft der Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe zur Gewerkschaft Druck und Papier. Bedeutende Persönlichkeiten aus ihren Reihen waren neben dem Buchbinder, „Vorwärts“-Redakteur und Abgeordneten zum Reichsrat **Karl Höger** (1847–1913) als einem der wichtigsten „Gründerväter“ der Gewerkschaft etwa der Wiener Bürgermeister und spätere Bundespräsident **Franz Jonas**, Sozialminister **Anton Proksch**, Innenminister **Oskar Helmer** oder Handelsminister **Josef Staribacher**.

Wie viele Medienberichte belegen, war die Gewerkschaft Druck und Papier ab den 1970er-Jahren besonders stark vom technologischen Wandel, aber auch Konzentrationsentwicklungen im österreichischen Medienmarkt und dem damit einhergehenden Verlust von Arbeitsplätzen betroffen. Dies zeigte sich auch in der zunehmenden Diskussion über eine Kooperation mit anderen Gewerkschaften, was bereits vor 2006 zu verschiedenen gemeinsamen Projekten mit der GPA geführt hatte. Ein erster Meilenstein bildete die „**Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft Publizistik und Medien**“ (**GAGPUM**), die aus der 1967 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Druck–Papier–Presse–Rundfunk“ hervorging und 1981 mit dem so genannten **ITS-KV** einen ersten, über Österreich hinaus bedeutenden Kollektivvertrag über die Einführung von Integrativen Texterfassungs-Systemen in der Zeitungsproduktion erreichen konnte. An der bis 2001 bestehenden

⁵¹⁰ Geschichte der Kollektivverträge, online: https://www.kollektivvertrag.at/cms/KV/KV_3.2.2/der-kollektivvertrag/warum-kollektivvertraege/geschichte-der-kollektivvertraege (18.12.2018); Pellar, Eine andere Geschichte Österreich, S. 108.

GAGPUM waren die Gewerkschaft Druck und Papier, die Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport und freie Berufe, die Gewerkschaft für Post- und Fernmeldebedienstete und die GPA beteiligt.

In den späten 1990er-Jahren folgte nach einem ersten Verbundvertrag mit der Postgewerkschaft der bereits genannte **Verbundvertrag mit der Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport und freie Berufe, der Gewerkschaft für Post- und Fernmeldebedienstete und der GPA** als Vorläufer des späteren „G5“-Projekts sowie 2001 die Eingliederung der Sektion Journalisten der Gewerkschaft Kultur, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (KMSfB) in die Gewerkschaft Druck und Papier, womit diese zur Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp) wurde.⁵¹¹

Die Kooperation mit der djp hatte somit eine längere Tradition und zeigte sich unmittelbar vor dem Fusionskongress auch darin, dass GPA-Chef Wolfgang Katzian und Franz Bittner als djp-Vorsitzender gemeinsam öffentlichkeitswirksam für einen Kollektivvertrag für die Beschäftigten bei Gratiszeitungen eintraten bzw. vor dem Verband der Regionalmedien demonstrierten.⁵¹²

Für die GPA war der Zusammenschluss – so Wolfgang Katzian – einerseits dadurch motiviert, dass sie nach dem Scheitern des „G5“-Projekts wieder in eine Isolation gedrängt werden sollte und – wie bereits so oft zuvor – die Gefahr im Raum stand, „filetiert“ zu werden.⁵¹³ Auch nachdem er und Dwora Stein den Vorschlag für „1e Gewerkschaft“ entwickelt hatten, wurde deshalb weiter an der bereits seit längerem geplanten Fusion mit der djp gearbeitet.

⁵¹¹ Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018; Eduard Narozny, Die Geschichte der Gewerkschaft Druck und Papier. Von der Gründung im Jahre 1842 bis zum Jubiläum des einhundertfünfundzwanzigjährigen Bestandes im Jahre 1967, Wien 1967; Graphischer Bildungsverband der Gewerkschaft Druck und Papier (Hg.), 150 Jahre Gewerkschaft Druck und Papier. 1842–1992, Wien 1992; Verzetnitsch hofft auf Abschluss der ÖGB-Reform bis Jahresende, in: Kurier, 22.1.1998; Einzelgewerkschaften schließen Verbundvertrag, in: Der Standard, 22.1.1998; Wachablöse bei den Druckern, in: Wiener Zeitung, 2.6.1993; Älteste Gewerkschaft mit modernstem Schulungszentrum, in: Arbeit und Wirtschaft 5 (1995) S. 42; Start für DJP – Drucker und Journalisten vereint, in: Wiener Zeitung, 5.9.2001.

⁵¹² Gratismedien: Beschäftigte ohne Kollektivvertrag, in: Kompetenz 10 (2006) S. 13.

⁵¹³ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018.



Abb. 33: GPA-Vorsitzender Wolfgang Katzian und djp-Vorsitzender Franz Bittner am 20. September 2006 bei der Verleihung der „KV-Zitrone“ des Jahres an den Verband der Regionalmedien Österreichs, der Gespräche über die Schaffung eines österreichweiten Kollektivvertrags für Gratismedien abgelehnt hat.

Für **Franz Bittner**, der der djp seit 1993 vorstand, waren neben den strukturellen Veränderungen, mit denen seine Gewerkschaft konfrontiert war, auch gute Beziehungen zu Hans Sallmutter ausschlaggebend – war Bittner als Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse (1997–2009) doch ebenfalls im Bereich der Sozialversicherung aktiv. Das Versprechen, das er Sallmutter in Zeiten des „G5“-Projekts gegeben hatte, wollte er somit auch unter dem neuen Vorsitzenden Wolfgang Katzian halten, wenn ihm auch bewusst war, dass die djp mit damals rund 17.000 Mitgliedern als deutlich kleinere Gewerkschaft wohl die größere Anpassungsleistung erbringen musste.

Schlussendlich ging der Zusammenschluss jedoch relativ reibungslos über die Bühne, womit sich für die djp – so Bittner – auch neue, erweiterte Möglichkeiten in der Gewerkschaftsarbeit ergaben: etwa durch den Zugriff auf

zusätzliches Wissen durch die bestehende Grundlagenabteilung, aber auch durch die Auseinandersetzung mit Problemstellungen von anderen Berufsgruppen. Daran, dass in der GPA auch Frauen eine wichtige Rolle spielten, musste sich die djp als klassische „Männergewerkschaft“ jedoch erst gewöhnen.⁵¹⁴

Nach dem Fusionsbeschluss übersiedelte die djp noch 2006 in das neue Haus der GPA am Alfred-Dallinger-Platz 1. Die gemeinsame neue Gewerkschaft umfasste nun rund 270.000 Mitglieder und 25 Wirtschaftsbereiche, nachdem im Zuge des Zusammenschlusses zwei Wirtschaftsbereiche neu strukturiert und einer für die JournalistInnen hinzugekommen waren.⁵¹⁵ Die GPA war damit – wie Wolfgang Katzian auf dem Fusionskongress ausführte – keine Angestelltengewerkschaft mehr, sondern vertrat als GPA-djp nun auch ArbeiterInnen. Die djp hatte bereits zuvor Angestellte vertreten. Die durch die Fusion entstandene neue Gewerkschaft sollte nun für rund 1,25 Millionen ArbeiterInnen und Angestellte **jährlich rund 160 Kollektivverträge** abschließen.⁵¹⁶

Zu weiteren Fusionen abseits der GPA-djp sollte es 2009 kommen: In diesem Jahr schloss sich einerseits die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit der Gewerkschaft KMSfB zur Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) zusammen, die seit 2015 als „yunion _ Die Daseinsgewerkschaft“ agiert. Andererseits vereinigte sich die GMTN mit der Gewerkschaft der Chemiarbeiter (GdC) zur Produktionsgewerkschaft (PRO-GE).⁵¹⁷

12.4 Die Fortsetzung der Großen Koalition, Finanz- und Wirtschaftskrise

Wolfgang Katzian übernahm die Führung der GPA bzw. kurz darauf der GPA-djp im letzten Regierungsjahr der 2003 erneuerten ÖVP-FPÖ-Koalition.

⁵¹⁴ Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018.

⁵¹⁵ Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018; Modern: GPA-DJP einen Schritt voraus!, in: Kompetenz 11 (2006) S. 14 f.

⁵¹⁶ Protokoll des 2. GPA Bundesforums von 15.–16.11.2006. Rückblick 2006–2010, S. 15 f., in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

⁵¹⁷ Eine Bewegung in Bewegung, online: https://www.oegb.at/cms/S06/S06_2.5.a/1342537066882/ueber-uns/wir-waren/eine-bewegung-in-bewegung?d=Touch (11.12.2018).

Nachdem es der SPÖ bei den Wahlen 2006 gelang, die 2002 auf Platz eins rangierende ÖVP zu überholen, wurde jedoch bald darauf für über zehn Jahre (bis 2017) eine weitere **Koalition aus SPÖ und ÖVP** gebildet, die erst von **Alfred Gusenbauer**, später von **Werner Faymann** und **Christian Kern** (alle SPÖ) als Bundeskanzler geleitet wurde. Einer der wichtigsten Gründe für den (äußert knappen) Sieg der SPÖ bei den Nationalratswahlen war zweifellos der Sozialabbau während der schwarz-blauen Regierung. Aber auch die Einsparungen im Bildungsbereich, insbesondere die Wiedereinführung von Studiengebühren, hatten viel Kritik hervorgerufen. Ein gegenseitiges Misstrauen, persönliche Abneigung sowie Differenzen in Sachfragen blieben trotz der neuen Partnerschaft auf der Tagesordnung, was sich nicht zuletzt in den raschen Führungswechseln in der ÖVP (**Wilhelm Molterer, Josef Pröll, Michael Spindelegger, Reinhold Mitterlehner, Sebastian Kurz**) sowie in den einzelnen Ministerien spiegelte und dazu führte, dass die Landeshauptleute immer selbstbewusster auftraten.⁵¹⁸

Das seit der BAWAG-Krise angeschlagene **Verhältnis der SPÖ zu den Gewerkschaften** und damit auch der GPA-djp wurde spätestens unter Werner Faymann wieder besser, zumal Wolfgang Katzian auch auf einen weniger konfrontativen Kurs als Hans Sallmutter setzte und er auch besser in der SPÖ vernetzt war bzw. ab 2009 als Bundesvorsitzender sogar der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen (FSG) im ÖGB vorstand.⁵¹⁹

Zudem erlebte auch die während der ÖVP-FPÖ-Regierung zurückgedrängte **Sozialpartnerschaft** ein gewisses **Revival**. Dies zeigte sich nicht nur darin, dass einzelne Maßnahmen der vorhergehenden ÖVP-FPÖ-Regierung (wie die Pensionsreform 2003) nachgebessert und die Interessenvertretungen wieder stärker in die Politikgestaltung eingebunden wurden. Im Dezember 2007 wurden auch die 14 gesetzlichen Selbstverwaltungskörper und damit die drei großen in der Sozialpartnerschaft vertretenen Kammern in den **Verfassungsrang** erhoben und festgehalten, dass die Republik die Rolle der Sozialpartner anerkennt. Damit wurden – zurückgehend auf die

⁵¹⁸ Manfred Rauchensteiner, *Unter Beobachtung. Österreich seit 1918*, Wien/Köln/Weimar 2017, S. 485 ff.

⁵¹⁹ Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Der große Unbekannte, in: *Profil*, 7.2.2005, S. 23; GPA: Katzian will 1.700 Euro Mindestlohn und kürzere Arbeitszeit, in: *Der Standard*, 7.11.2015; Wolfgang Katzian, online: https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_32494/index.shtml (2.1.2019).

Beratungen des Österreich-Konvents, der von 2003 bis 2005 Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform beraten hatte – erstmals die Sozialpartnerschaft und deren Mitwirkungsrechte verfassungsrechtlich verankert. Ohne eine heftige politische Diskussion darüber, ob dies eine Einzementierung der „Pflichtmitgliedschaft“ bedeuten würde, ging dieser Prozess jedoch nicht von statten.⁵²⁰

An großen Herausforderungen für die Gewerkschaften bzw. für die österreichische Politik im Allgemeinen mangelte es trotz dieser Veränderungen nicht. Vielmehr waren die Jahre ab 2007 durch den Ausbruch einer **globalen Finanzkrise** geprägt, die sich zu einer massiven Wirtschaftskrise auswuchs, wie es sie seit Ende der 1920er- bzw. Anfang der 1930er-Jahre nicht gegeben hatte.

Der Auslöser dafür war eine Immobilienkrise in den USA. Eine lange Preissteigerungsphase auf dem Immobilienmarkt hatte sich zu einer Immobilienblase entwickelt. Als die Preise schließlich wieder fielen und immer mehr KreditnehmerInnen ihre Raten nicht mehr bezahlen konnten, platzte diese. Die Banken blieben auf ihren Krediten sitzen, die Objekte, die als Sicherstellungen galten, ließen sich nicht mehr verkaufen, und je länger die an die Kreditgeber heimgefallenen Immobilien leer standen, umso wertloser wurden sie.

Mehrere große amerikanische Banken wie Lehmann Brothers, Versicherungsunternehmen wie AIG und große Automobilbauer wie General Motors und Chrysler mussten Konkurs anmelden oder von der Regierung gerettet werden. Es kam zu Kursstürzen auf den globalen Aktienmärkten, schließlich begann sich die Krise auch auf die Realwirtschaft auszuwirken. Die Banken wechselten von einer leichtfertigen zu einer restriktiven Kreditvergabe, Investitionen von Unternehmen wurden gefährlich reduziert.

Die Regierungen in vielen Staaten, so auch in Österreich, sahen sich gezwungen, umfangreiche **Banken- und Konjunkturpakete** zu beschließen und dafür ihre Budgets zu belasten. Um einem drohenden Arbeitsplatzverlust und einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu begegnen, wurde die

⁵²⁰ Lackinger, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945, S. 118; Kriechbaumer, „Es reicht!“, S. 96 ff.; Emmerich Tálos, Sozialpartnerschaft: Ein zentraler Gestaltungsfaktor im Österreich der Zweiten Republik, in: Mathias Kremp/Johannes Thaler (Hg.), 100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung, Göttingen 2017, S. 179 f.

Einführung von **Kurzarbeit** – wie auch die beiden Arbeitsmarktpakete aus dem Jahr 2009 dokumentieren – zu einem häufigen Mittel. Um 2010 wurde aus der Finanz- und Wirtschaftskrise schließlich eine **Schulden- und Eurokrise**, die ganze Staaten – so Griechenland – in die Krise riss.⁵²¹

Dies gab der nach den Nationalratswahlen 2008 und 2013 verlängerten SPÖ-ÖVP-Koalition noch einmal eine Chance. Die Konflikte blieben jedoch. Dauerthemen in der Konfrontation waren bereits ab 2006 die **Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems**, die **Steuerpolitik** zumal der Verfassungsgerichtshof 2007 die geltende Regelung der Erbschafts- und Schenkungssteuer aufgehoben bzw. deren (nicht erfolgte Reparatur) bis Mitte 2008 angeordnet hatte, ein **Abbau der explodierenden Staatsschulden**, die zum Teil populistische EU-Politik Faymanns und schließlich die Flüchtlingskrise in Syrien. Zudem wurden auch die atmosphärischen Störungen in der Regierung selbst immer mehr zu einem Thema. „Weniger zu streiten“ wurde zugleich zu einer Forderung und zu etwas, das man – so etwa Faymann im Jahr 2009 – als politischen Erfolg verkaufen wollte. Der „Stillstand“ wurde zu einem Zustand, der regelmäßig konstatiert wurde, wobei tatsächliche Leistungen der Koalition – so etwa das relativ gute Überstehen der Krise (mit einer Arbeitslosenquote von rund 6 bis 7 Prozent⁵²²) – vielfach übergangen wurden.

Der FPÖ gelang es unter diesen Vorzeichen hingegen, sich nach der Parteispaltung und der Gründung des bis 2013 im Nationalrat vertretenen BZÖ rasch wieder zu erholen und bald an ihre einstige Mandatsstärke anschließen zu können. Damit begann ein **zweiter Aufstieg der FPÖ**, wenn viele Projekte der schwarz-blauen Regierung (etwa im Bereich der Privatisierung) auch zum Gegenstand von Untersuchungsausschüssen wurden bzw. die Gerichte beschäftigten und die Republik mit der Notverstaatlichung der maroden Hypo Alpe Adria eine besonders kostspielige Hinterlassenschaft von Jörg Haider als Kärntner Landeshauptmann zu tragen hatte.

Und auch für die Gründung neuer Parteien waren die Voraussetzungen in den 2010er-Jahren nicht schlecht, wie die 2012 gebildeten NEOS und das

⁵²¹ Rauchensteiner, Unter Beobachtung, S. 498 f.; Bericht zum Bundesforum 2010, S. 24, 26, 28, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

⁵²² Arbeitslosigkeit & Beschäftigung von 1946 bis 2018, online: <https://arbeitplus.at/statistiken/entwicklung-arbeitslosigkeit-seit-1946/> (7.3.2019).

ebenfalls 2012 entstandene (heute nicht mehr bestehende) Team Stronach belegen. Angesichts des weit verbreiteten Frusts über die SPÖ-ÖVP-Koalition fiel die Etablierung neuer Parteien nicht schwer.⁵²³ Nach der Übernahme der ÖVP durch **Sebastian Kurz**, dem anschließenden Umbau der Partei und der von ihm provozierten Nationalratswahl vom 18. Oktober **2017** folgte Ende des Jahres die **Bildung einer Regierung aus ÖVP und FPÖ**.

12.5 Die „Chance 2010“, das Modell „40–40–40“, Forderungen nach einer Steuerreform und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Gründung der UNIJA in der Slowakei

Eines der ersten Projekte, das die GPA nach der Übernahme durch Wolfgang Katzian 2005 in Angriff nahm, waren die sogenannten **„Zukunftsprojekte“**, bei denen innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens (drei Monate) mit innovativen Ansätzen die gewerkschaftliche Organisation in Unternehmen und Wirtschaftsbereichen vorangetrieben werden sollte.⁵²⁴ Nach der BAWAG-Krise und der Fusionierung mit der djp wurde mit Beschluss des Bundesvorstandes vom 27./28. November 2007 dann die Aktion **„Chance 2010“** gestartet, um die bereits mit der Organisationsreform begonnene Sanierung der GPA-djp fortzusetzen und die GPA-djp finanziell unabhängig und stark zu machen.

Das Ziel des Projekts, das nach den politischen Auseinandersetzungen mit der ÖVP-FPÖ-Regierung eine gewisse Verlagerung hin zu den gewerkschaftlichen Kernaufgaben brachte,⁵²⁵ war es, die gesamte Tätigkeit der GPA-djp auf ein Wachstum auszurichten.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden in eigenen Arbeitsprogrammen sowohl Branchen als auch Zielkonzerne festgelegt, auf die sich die GPA-djp in der Mitgliedergewinnung konzentrieren wollte. Dabei sollte einerseits dort

⁵²³ Kriechbaumer, „Es reicht!“, S. 323 ff.; Rauchensteiner, Unter Beobachtung, S. 485 ff.; Rathkolb, Die Zweite Republik, S. 563 ff. und S. 583.

⁵²⁴ GPA, Bericht zum Bundesforum 2006, S. 11, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

⁵²⁵ Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Interview mit Christoph Sykora am 7.5.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

angeknüpft werden, wo die GPA-djp auf bereits vorhandenen gewerkschaftlichen Strukturen und Know-how aufbauen konnte bzw. andererseits dort angesetzt werden, wo eine wachsende Branche gesehen wurde. Wichtige Instrumente sollten ein „neuer Pakt mit den BetriebsrätInnen und FunktionärInnen“, die Erreichung der Themenführerschaft zu ausgewählten Bereichen von längerfristiger Aktualität und eine verstärkte öffentliche Präsenz sein, nachdem sich bereits **2006** das Bundesforum mit der Aktion **„Bundesforum on the road“** (bzw. einer Befragung in rund 500 Wiener Handelsbetrieben zu den Arbeitsbedingungen) erstmals nach außen geöffnet hatte.⁵²⁶ In der Umsetzung sollten vor allem die neu eingeführten **„Aktionswochen“** mit folgenden Bausteinen eine wichtige Rolle spielen: eine kleine Studie zum Thema, eine Pressekonferenz mit öffentlichkeitswirksamen TeilnehmerInnen, Aktionen im öffentlichen Raum, betriebliche Aktivitäten, Nacharbeit und Evaluierung.⁵²⁷

Erste konkrete „Zukunftsprojekte“ beschäftigten sich ab 2005 mit den Arbeitsbedingungen für die Angestellten beim Drogeriediskounter Schlecker und der wachsenden Call-Center-Branche. Der Ausgangspunkt beim 2005 durchgeführten Projekt **„Support@Schlecker“** war es zunächst, durch einen Besuch aller Schlecker-Filialen die MitarbeiterInnen über ihre Rechte zu informieren, ein gewerkschaftliches Netzwerk aufzubauen und öffentlichkeitswirksam auf eine Reihe von Missständen – darunter unbezahlte Arbeitsleistungen oder rechtswidrige Personalkontrollen – hinzuweisen.⁵²⁸ In späteren Aktionen kamen auch noch der Protest gegen eine Betriebsvereinbarung, die die mittlerweile erreichte Auszahlung von Mehrarbeitszuschlägen verhindern sollte, Taschenkontrollen bei den Angestellten und

⁵²⁶ GPA-Bundesforum „on the road“, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061116_OTS0039/gpa-bundesforum-on-the-road (2.1.2019). Vgl. zudem: Christoph Sykora, *Organisierung als zentrale gewerkschaftliche Herausforderung – Einblicke in die gewerkschaftliche Strategielandkarte der GPA-djp*, in: Sepp Wall-Strasser u. a. (Hg.), *Gewerkschaften und atypische Beschäftigung: Interessen – Überzeugungen – Mitglieder*, Wien 2008, S. 122–128.

⁵²⁷ Beschlussvorlage Arbeitsprogramm 2008–2009, in: GPA-djp/Archiv Martin Panholzer; Bericht zum Bundesforum 2010: Rückblick 2006–2010, S. 30 f.; Sandra Stern, *„Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften“*, Dipl.-Arb., Wien 2010, S. 33 ff.; Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Interview mit Christoph Sykora am 7.5.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

⁵²⁸ Bericht zum Bundesforum 2010. Rückblick 2006–2010, S. 26 f., in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

der Zwang hinzu, Produkte kaufen zu müssen, die die MitarbeiterInnen nicht haben wollten.⁵²⁹



Abb. 34: Wolfgang Katzian beim Besuch einer Schlecker-Filiale 2005

Das Projekt „**Call GPA**“ nahm 2006 unter der Leitung von **Sandra Stern** von der Interessensgemeinschaft work@flex hingegen die wachsende Callcenterbranche mit einem hohen Arbeitsdruck und ihren „atypischen Arbeitsverhältnissen“ (freie Dienst- und Werkverträge) ins Visier. Das zunächst verfolgte Ziel war es dabei, mehr über diesen Veränderungsprozess am Arbeitsmarkt zu erfahren und Beratung für die Callcenter-Agents anzubieten.

⁵²⁹ System Schlecker, in: Kompetenz 5–6 (2009) S. 12; Die Schlecker-Ohrfeige, in: Kompetenz 7–8 (2009) S. 14 f.; Der Kunde ist König!, in: Kompetenz 10 (2009) S. 16; Haltet den Dieb, in: Kompetenz 7 (2010) S. 8; Protokoll des Bundesforum 2010, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Ursula Voyta).

Schlussendlich gelang es jedoch nicht nur, einen Dialog mit den ArbeitgeberInnen sondern vielfach auch eine Beendigung der Umgehungsverträge und damit eine Anstellung der Callcenter-Agents zu erreichen.⁵³⁰

Die erste „Aktionswoche“ wurde im März 2008 durchgeführt und stand im Zeichen der Bedeutung von Arbeitspausen für das physische und psychische Wohlbefinden. Die „Aktionswochen“ in den folgenden Jahren widmeten sich unter anderem dem Hinweis, dass das **Urlaubs- und Weihnachtsgeld** nicht gesetzlich, sondern lediglich in den Kollektivverträgen geregelt ist, der Bedeutung **von Anfang an, richtig eingestuft** zu sein, dem **Wiedereinstieg nach der Karenz** oder dem **Verschimmen von Arbeits- und Freizeit durch die neuen Kommunikationsmittel**.⁵³¹ Aufgegriffen wurde damit erneut das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz – ermöglichten die neuen digitalen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten doch ein Arbeiten rund um die Uhr mit zahlreichen gesundheitlichen Konsequenzen bis hin zum Burnout.

Eine große Aufmerksamkeit nahmen (sowohl im Rahmen von „Aktionswochen“ als auch außerhalb dieser) zudem eine **Neustrukturierung der Arbeitszeit** und eine **Lohnsteuerreform** als wichtiger Beitrag zur Schaffung einer neuen **Verteilungsgerechtigkeit**,⁵³² ein weiteres Reagieren auf die Zunahme „**atypischer Arbeitsverhältnisse**“, immer wieder die **Arbeitsbedingungen im Handel** und Verbesserungen für die **Frauen auf dem Arbeitsmarkt** ein.

⁵³⁰ Bericht zum Bundesforum 2006, S. 15, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta); Interview mit Sandra Stern am 28.2.2018; Sandra Stern/Annika Schönauer/Ursula Holtgrewe (Hg.), *Service um jeden Preis? Arbeiten im Callcenter*, Wien 2010; Andrea Schober/Wolfgang Stix, *Callcenter-Agent? Call GPA! Zur Organisation von atypisch Beschäftigten am Beispiel der Callcenter Kampagne der Gewerkschaft der Privatangestellten*, Druck, Journalismus, Papier, in: Sepp Wall-Strasser u. a. (Hg.), *Gewerkschaften und atypische Beschäftigung: Interessen – Überzeugungen – Mitglieder*, Wien 2008, S. 204–212.

⁵³¹ Bericht zum Bundesforum 2010. Rückblick 2006–2010, S. 26, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora; Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 34 f., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, *Mappe Bundesforum 2015*.

⁵³² Vgl. zum Thema Verteilungsgerechtigkeit auch: Wolfgang Katzian/Lucia Bauer/David Mum (Hg.), *Verteilen statt Verspielen. Wege zu mehr Verteilungsgerechtigkeit*, Wien 2012.

AKTIONSWOCHEN DER GPA-djp

im Überblick Arbeitszeitraum: 2008 – 2020

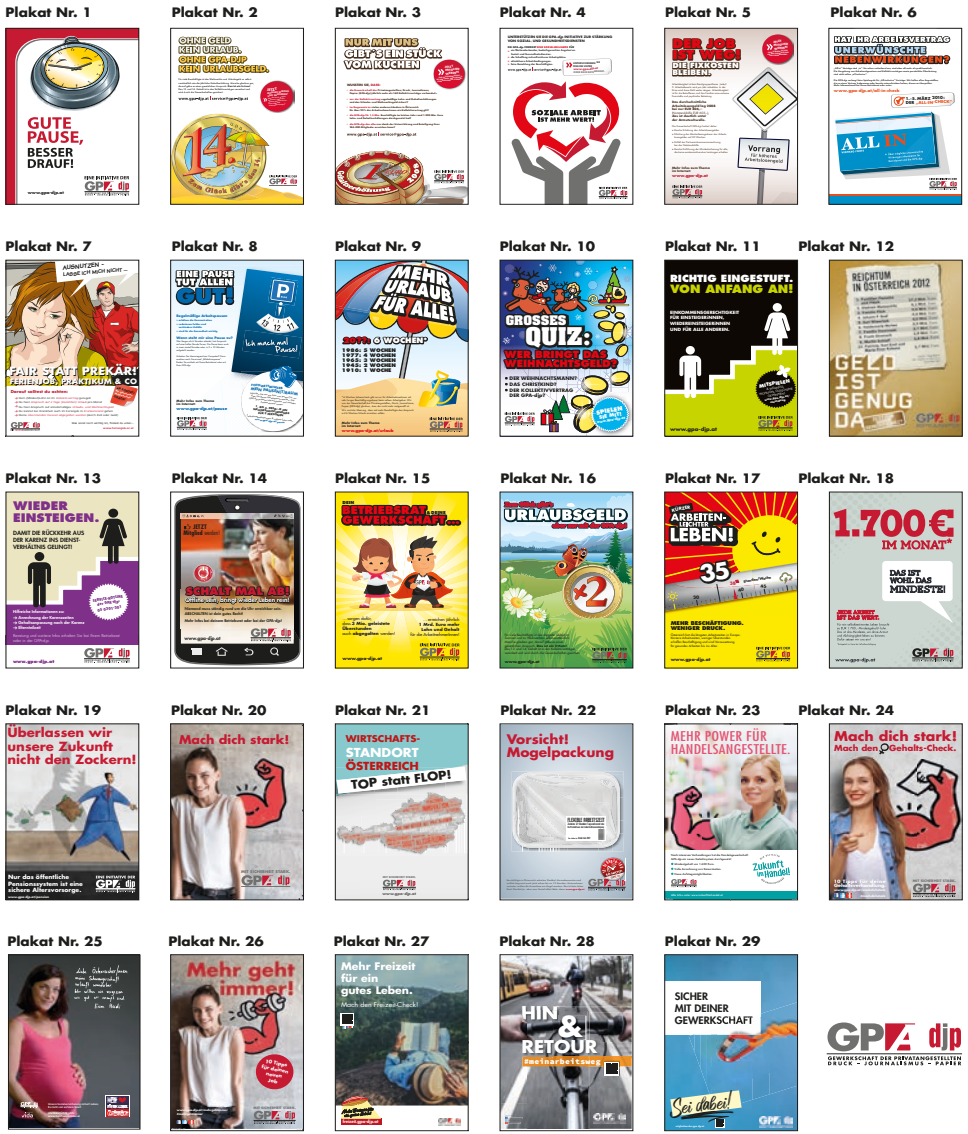


Abb. 35: Übersicht über die Aktionswochen 2008 bis 2020

Um in die Diskussion über die **Gestaltung der Arbeitszeit** einen neuen Vorschlag einbringen zu können, wurde im Herbst 2006 ein neues Modell entwickelt, das von Wolfgang Katzian vor und während des Europäischen Forum Alpbach im Spätsommer 2007 präsentiert wurde. Dieses verfolgte unter dem Titel „**40–40–40**“, den Vorschlag 40 Stunden in der Woche, 40 Wochen im Jahr, 40 Jahre lang zu arbeiten, wobei der revolutionärste Teil war, 40 Wochen im Jahr zu arbeiten und „40 Jahre“ so zu verstehen war, dass die Menschen durch entsprechende Maßnahmen in den anderen Bereichen dazu gebracht werden sollten, tatsächlich 40 Jahre gesund arbeiten zu können.⁵³³ 2010 wurde ein erneuter Anlauf zur Propagierung des Modells genommen,⁵³⁴ nachdem dieses bereits bei seiner ersten Präsentation viel Aufmerksamkeit erreichen konnte und Wolfgang Katzian nicht müde wurde, darauf zu verweisen, „dass ein Teil so viel hackelt, dass er sich halb umbringt und eine andere Gruppe gar keine Arbeit hat“.⁵³⁵ Zudem wurden – da das Modell als längerfristige Option betrachtet wurde – auch weiterhin eine **Verkürzung der Wochenarbeitszeit**, die Einführung einer **sechsten Urlaubswoche** für alle, die Umsetzung einer **Vier-Tages-Woche**, die Schaffung von **größeren Freizeitblöcken** oder -optionen (statt Lohn- und Gehaltserhöhungen) in den Kollektivverträgen, eine bezahlte **Bildungsfreizeit**, **Sabbatical-Regelungen** und der **Abbau von Überstunden** verlangt.⁵³⁶

⁵³³ Bericht zum Bundesforum 2010, Rückblick 2006–2010, S. 23, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora; Protokoll des Bundesforum von 3.–5.11.2010, S. 25 ff., in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta); Vorstoß für nur 40 Wochen Arbeitszeit im Jahr, in: Die Presse, 16.8.2007; Arbeitszeit 40/40/40 ist keine Formel für die Wirtschaft. Arbeitsmarkt: GPA plädiert für Neuordnung der Arbeitszeit: 40 Jahre, 40 Wochen pro Jahr und 40 Stunden pro Woche, in: Wirtschaftsblatt, 17.8.2007; Industrie blitzt bei Pensionen ab. Breite Front gegen Arbeiten bis 67. VP-Chef: Nicht notwendig, in: Die Presse, 31.8.2007; Das Modell 40–40–40, in: Kompetenz 9/10 (2007) S. 9.

⁵³⁴ Bericht zum Bundesforum 2010, Rückblick 2006–2010, S. 26; GPA-djp, Arbeitszeitbilder. Das Modell: 40–40–40, Wien 2010.

⁵³⁵ Vgl. etwa: GPA: Katzian will 1.700 Euro Mindestlohn und kürzere Arbeitszeit, in: Der Standard, 7.11.2015.

⁵³⁶ Protokoll des Bundesforum von 3.–5.11.2010, S. 25 ff., in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden (Archiv Ursula Voyta); Protokoll des Bundesforum von 10.–12.11.2015, S. 25 ff., in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta); Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 24 f., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mapped Bundesforum 2015, „Es gibt kein vernünftiges Argument gegen Vermögenssteuern“, in: Kompetenz Sonderausgabe 2012, S. 14 f.; „Kombi-



Abb. 36: ÖGB-Präsident Erich Foglar bei der Übergabe von 882.184 Unterschriften für eine Steuerreform an Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner am 18. November 2014

Die Forderung nach einer neuen **Steuerreform**, die ebenfalls einen wichtigen Beitrag zu einer neuen **Verteilungsgerechtigkeit** leisten sollte, wurde im Herbst 2007 zu einem Arbeitsschwerpunkt der GPA-djp mit mehrjähriger Dauer erklärt⁵³⁷ und durch die Finanz- und Wirtschaftskrise dieser Jahre befeuert.

Die sozialpartnerschaftliche Kooperation und Mitgestaltung spielte bei der Bekämpfung der Krise eine wichtige Rolle.⁵³⁸ So unterstützte auch die GPA-djp die verabschiedeten Banken- und Konjunktur- bzw. arbeitsmarktpoliti-

lohn ist Kohlrabi“, in: Wiener Zeitung, 10.11.2015; GPA-Chef Katzian fordert jetzt 4-Tage-Woche, in: Österreich, 8.11.2015.

⁵³⁷ Bericht zum Bundesforum 2010, Rückblick 2006–2010, S. 26 und S. 28, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora.

⁵³⁸ Tálos, Sozialpartnerschaft: Ein zentraler Gestaltungsfaktor im Österreich der Zweiten Republik, S. 179.

sche Pakete sowie die Einführung (temporärer) Kurzarbeit als wirtschafts- und arbeitspolitische Notwendigkeiten. Gleichzeitig verband sie diese Unterstützung aber mit der Forderung nach strengeren Auflagen für die Banken und der Warnung an die ArbeitgeberInnen, diese Situation nicht auszunützen,⁵³⁹ nachdem sich die Kollektivvertragshandlungen besonders mühsam gestalteten.⁵⁴⁰

Vor allem nahm sie die Finanz- und Wirtschaftskrise und den oft gehörten Vorwurf, dass Geld für die Banken, nicht aber für andere (sozial- oder bildungspolitische) Projekte vorhanden sei, zum Anlass, konsequent eine **Finanztransaktionssteuer** und den **Umbau des Steuersystems** zu fordern. Dieser sah eine stärkere Besteuerung von Einkommen und Gewinnen aus Vermögen und eine deutliche Entlastung des Einkommens aus Arbeit vor.⁵⁴¹

Erfolge konnten bis 2010 mit einer ersten Lohnsteuerreform, einer neuen Vermögenzuwachsbesteuerung, einer Verschärfung der Stiftungsbesteuerung und der Einführung einer Bankensteuer erreicht werden. Eine Vermögenssubstanzbesteuerung blieb (nach der Abschaffung bzw. unterbliebenen Reparatur der Erbschafts- und Schenkungssteuer) jedoch aus. Auch im neuen Jahrzehnt drängte die GPA-djp deshalb weiter auf eine Entlastung der Einkommen aus Arbeit und die Einführung einer **Vermögensbesteuerung** – kamen 2011 bei einer enormen Konzentration des Vermögens (10 Prozent der Bevölkerung besaßen 54 Prozent des privaten Geldvermögens und 61 des Immobilienbesitzes) doch nur 1,3 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus vermögensbezogenen Steuern. Hierbei wurde zunächst mit einem vom ÖGB erstellten und oftmals von Wolfgang Katzian propagierten Konzept auf die Vermögensbesteuerung Druck gemacht.⁵⁴²

⁵³⁹ Bericht zum Bundesforum 2010, Rückblick 2006–2010, S. 26, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora; Sozialpartnerschaft in Gefahr, in: Kompetenz 4 (2012) S. 4 ff.

⁵⁴⁰ Interview mit Ilse Fetik am 28.6.2018.

⁵⁴¹ Steuerreform: Entlastung für die Beschäftigten, in: Kompetenz 3–4 (2008) S. 4 ff.; Es gibt viel zu tun für die neue Bundesregierung, in: Kompetenz 9 (2008) S. 12 ff.; Politik nach dem Neoliberalismus, in: Kompetenz 11 (2008) S. 10; Neue Lösungen sind gefragt, in: Kompetenz 1–2 (2009) S. 8; Nach der Krise – Was muss sich ändern?, in: Kompetenz 5–6 (2009) S. 4 ff.; Steuerparadies Österreich, in: Kompetenz 3 (2010) S. 4 ff.

⁵⁴² Das Modell sah eine progressive Besteuerung aller Arten von privatem Vermögen und Stiftungen (nach Abzug von Schulden und Krediten) ab 700.000 Euro und eine

Ab 2014 wurde dann auch stärker auf eine weitere **Lohnsteuersenkung** gedrängt und eine **Unterschriftenaktion** gestartet, um einem vom ÖGB und der AK entwickelten Modell zum Durchbruch zu verhelfen.⁵⁴³ Die erreichten **882.194 Unterschriften** trugen maßgeblich dazu bei, dass 2015 eine Steuerreform auf den Weg gebracht wurde, die ihren Namen auch verdiente und mit einem Entlastungsvolumen von 5,4 Milliarden Euro weitgehend den Forderungen des ÖGB und der Gewerkschaften entsprach. Kern der Reform war eine Senkung des Eingangssteuersatzes (von 36,5) auf 25 Prozent sowie die Ersetzung der bisherigen drei durch sechs Steuerstufen,⁵⁴⁴ wie es die GPA-djp bereits 2008 vorgesehen hatte.⁵⁴⁵

Hinsichtlich einer Ausweitung der „**atypischen**“ oder neuen **Beschäftigungsverhältnisse** trat die GPA-djp nicht nur für eine weitere arbeits- und sozialrechtliche Absicherung von freien Dienst- und Werkverträgen ein, wobei mit der Einbeziehung der freien Dienstverträge in die Arbeitslosenversicherung mit 1. Jänner 2008 eine wesentliche Verbesserung gelang (für WerkvertragsnehmerInnen war dies mit Anfang 2009 auf freiwilliger Basis möglich).⁵⁴⁶ Sie lenkte (in Zusammenarbeit mit der Interessensgemeinschaft work@professional) auch die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Problematik der zunehmenden **All-in-Verträge**. Diese waren ursprünglich für ArbeitnehmerInnen in Führungspositionen mit hoher Selbständigkeit und Eigenverantwortung geschaffen worden, bei denen eine Arbeitszeitkontrolle keinen Sinn machte. Nun wurden sie aber immer mehr eingesetzt, um billige und flexible Überstunden zu verlangen und kollektivvertragliche Gehälter zu unterlaufen. Erste Erfolge konnten bis 2007 erzielt

jährliche Veranlagungspflicht beim Finanzamt vor. Vgl.: Die Reichen feiern auf unsere Kosten, in: Kompetenz 5 (2011) S. 4 ff.; Ja zur Vermögenssteuer, in: Kompetenz 5 (2011) S. 10; Hände weg vom Geld der ArbeitnehmerInnen!, in: Kompetenz 1 (2012) S. 12 f.; „Es gibt kein vernünftiges Argument gegen Vermögenssteuern.“, in: Kompetenz Sonderausgabe 2012, S. 14 f.

⁵⁴³ Lohnsteuer runter!, in: Kompetenz 4 (2014) S. 3; Die Regierung ist am Zug!, in: Kompetenz 5 (2014) S. 3; Steuerentlastung: jetzt ist der Ball bei der Regierung!, in: Kompetenz 5 (2014) S. 4 ff.; Volle Kraft voraus, in: Kompetenz 5 (2014) S. 10.

⁵⁴⁴ Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 34 f., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mapped Bundesforum 2015; Steuerreform: 882.184 Unterschriften übergeben, in: Kompetenz 6 (2014) S. 11; Wir haben es geschafft!, in: Kompetenz 2 (2015) S. 12.

⁵⁴⁵ Es gibt viel zu tun für die neue Bundesregierung, in: Kompetenz 9 (2008) S. 12 ff.

⁵⁴⁶ Arbeitslosenversicherung für freie DienstnehmerInnen, in: Kompetenz 11–12 (2007) S. 8.

werden, indem die GPA-djp es schaffte, in mehreren All-in-Verträgen Fairnessklauseln zu verankern.⁵⁴⁷ Schließlich konnte durch eine von Wolfgang Katzian vorangetriebene Gesetzesänderung auch erreicht werden, dass bei neuen All-in-Vertragsabschlüssen nicht nur das gesamte All-in-Gehalt, sondern auch die Höhe des darin enthaltenen Grundgehalts angegeben werden musste.⁵⁴⁸

Weitere Projekte beschäftigten sich mit der im Sommer 2014 präsentierten **Watchlist Praktikum** und der ein Jahr später gestarteten **Watchlist Prekär** mit der Situation von PraktikantInnen und dem Sozialbetrug durch Scheinselbstständigkeit. In beiden Fällen wurde ein Online-Tool bereitgestellt, in dem die Daten über ein Praktikum bzw. die Rahmenbedingungen und vertraglichen Vereinbarungen zu freien Dienstverhältnissen und Werkverträgen eingegeben werden konnten, die die GPA-djp dann zur Überprüfung an die Gebietskrankenkassen weiterleitete, um entsprechende arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Schritte einzuleiten.⁵⁴⁹ 2016 ging dann auch ein All-in-Rechner online, mit dem das Grundgehalt bei den All-in-Verhältnissen berechnet werden konnte.⁵⁵⁰

Gleichfalls erforderten – wie in den vorhergehenden Jahren – auch nach 2005 die **Arbeitsbedingungen im Handel** immer wieder ein besonderes Engagement. Dies betraf zum einen eine weitere Ausweitung der Öffnungszeiten von 66 auf 72 Stunden und die Einführung einer bundesweit einheitlichen Regelung (Montag bis Freitag 6 bis 21 Uhr), worüber die GPA-djp nicht erfreut war, sich aber darauf konzentrierte, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Ein wichtiger Beitrag stellte dabei die Einführung eines Mehrarbeitszuschlages von 25 Prozent für Teilzeitbeschäftigte (wenn diese in drei Monaten ihre vereinbarte Arbeitszeit überschreiten) durch die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes dar, da besonders im Handel eine Teilzeitbeschäftigung häufig der Fall war.⁵⁵¹

⁵⁴⁷ „All-in-Verträge“: Wo die Tücken lauern, in: Kompetenz 5–6 (2007) S. 8 ff.

⁵⁴⁸ Was ist drin im All-in?, in: Kompetenz 1 (2016) S. 4 ff.

⁵⁴⁹ PraktikantInnen: Es geht um viel Geld, online: <https://www.watchlist-praktikum.at/page/3/> (4.1.2019); Watchlist Prekär gegen Sozialbetrug durch Scheinselbstständigkeit, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_0.a/1342558084646/home/watchlist-prekaer-gegen-sozialbetrug-durch-scheinselbststaendigkeit?d=Touch (4.1.2019).

⁵⁵⁰ Was ist drin im All-in?, in: Kompetenz 1 (2016) S. 4 ff.

⁵⁵¹ Neuerungen bei Öffnungszeiten, in: Kompetenz 7/8 (2007) S. 17; Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 47.



Abb. 37: Karl Proyer, Wolfgang Katzian, Brigitte Haumer und Renate Zaunserb (von links nach rechts) bei einer Umfrage in der Wiener Innenstadt zum Offenhalten der Geschäfte am Sonntag am 11. Dezember 2006

Desgleich blieb auch die Frage der **Öffnung der Geschäfte an den Sonntagen** ein Thema, das die GPA-djp mehrfach zum Anlass für großangelegte Umfragen machte – darunter auch eine Urabstimmung zur Sonntagsöffnung in Wien, die gemeinsam mit dem Meinungsumfrageinstitut IFES im März 2015 durchgeführt wurde und ein deutliches Ergebnis zeigte – sprachen sich doch nicht weniger als 95,9 Prozent der Befragten gegen die Arbeit an Sonntagen aus.⁵⁵²

Hinzu kamen einzelne Unternehmen – wie die bereits genannte **Drogeriekette Schlecker** oder der **Textildiscounter Kik**, der zunächst die Wahl

⁵⁵² Bericht zum Bundesforum 2010, Rückblick 2006–2010, S. 22, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora; Protokoll des Bundesforum vom 3.–5.11.2010, S. 13, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015; Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 25 f. und S. 34 f., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015.

eines Betriebsrates verhindern wollte⁵⁵³ – oder die Arbeitsbedingungen in Shopping Centern,⁵⁵⁴ die einen besonderen Einsatz verlangten.

Eng verbunden mit dem Einsatz für faire Arbeitsbedingungen im Handel war das Engagement für die **weiblichen Angestellten**, da im Handel besonders viele Frauen beschäftigt waren und sind. Wie u. a. auch die Reden bei den Bundesforen 2010 und 2015 belegen, wurde der Einsatz für die Frauen in der Ära Katzian (vor allem auch in der von Karl Proyer vorangetriebenen KV-Politik) zu einem neuen Schwerpunktthema.⁵⁵⁵ Besondere Aufmerksamkeit kam dabei der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu, was Wolfgang Katzian nach einer „Lernreise“, in der die Gründe für die Differenz in den Gehältern erhoben wurden, dazu veranlasste, beim Europäischen Forum Alpbach 2011 eine eigene Lohnrunde für Frauen zu fordern. Zu dieser kam es zwar nicht. Die Forderung hatte – so **Ilse Fetik**, die Erika Helscher 2008 als Vorsitzende der GPA-Frauen ablöste⁵⁵⁶ – aber einen enormen Aufmerksamkeitswert.⁵⁵⁷

Zudem wurden die Unterschiede zwischen den Männer- und Fraueneinkommen und die Anrechnung von Elternkarenzzeiten seither bei allen Lohnverhandlungen thematisiert.⁵⁵⁸ Wichtige Erfolge stellten die Einführung eines **einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes**, eine **Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes** mit der Verpflichtung für die Unternehmen, die Löhne und Gehälter ihrer ArbeitnehmerInnen in einem innerbetrieblichen Einkommensbericht offenzulegen und die **verbesserte Anrechnung von Karenzzeiten in den Kollektivverträgen** dar.

Hinzu kam, dass sich der erreichte gesetzliche Mehrzuschlag im Handel und eine Neueinstufung der KassierInnen an Scannerkassen sowie eine sukzes-

⁵⁵³ BR-Wahl bei KiK: So geht's nicht!, in: Kompetenz 3–4 (2007) S. 18; KiK: Gemeinsam etwas bewegen“, in: Kompetenz 5–6 (2007) S. 20 f.; GPA-DJP zieht erfolgreich Bilanz, in: Kompetenz 11–12 (2007) S. 21.

⁵⁵⁴ Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 32, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015.

⁵⁵⁵ Protokoll des Bundesforum vom 3.–5.11.2010, S. 17 f., in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta); Protokoll zum Bundesforum vom 10.–12.11.2015, S. 21, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

⁵⁵⁶ Wieder einen Schritt nach vorne, in: Kompetenz 2 (2011) S. 14 f.

⁵⁵⁷ Interview mit Ilse Fetik am 28.6.2018.

⁵⁵⁸ Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017; Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 26, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015.

sive Erhöhung der Mindestgehälter in den Kollektivverträgen (von den 2010 geforderten 1300 Euro zu den 2015 erreichten 1500 Euro) besonders für die Frauen positiv auswirkte.⁵⁵⁹ Dass sich diese selbst „stark machen“ bzw. aktiv für Gehaltserhöhungen einsetzen sollen, wurde im März 2018 zur Agenda einer eigenen „Aktionswoche“ gemacht.⁵⁶⁰

Die über 170 von der GPA-djp **jährlich verhandelten Kollektivverträge** sollten (gemeinsam mit der 2010 eingeführten **bedarfsorientierten Mindestsicherung**)⁵⁶¹ nicht nur einen wichtigen Beitrag dafür leisten, Österreich „armutsfest“ zu machen. Sie wurden auch als zentrales Instrument gesehen, um die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zu minimieren,⁵⁶² und – was ebenfalls neu war – dazu eingesetzt, die **Einkommensverteilung zwischen Jung und Alt** neu zu regeln bzw. die Einstiegsgehälter zu erhöhen, die Einkommen in späteren Jahren jedoch zu senken.⁵⁶³

Die **internationale Tätigkeit** der GPA-djp spielte sich wie in den Jahren zuvor auf verschiedenen Ebenen ab: der multilateralen Arbeit in den internationalen und europäischen Verbänden (neben der gewerkschaftlichen Dienstleistungsinternationale UNI Global Union⁵⁶⁴ und der UNI Europa etwa auch in der 2012 – ebenfalls als Folge einer Fusion mehrerer internationaler Gewerkschaftsverbände auf Branchenebene – neu entstandenen globalen industriellen Gewerkschaftsföderation IndustriALL), der bilateralen und trilateralen Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, dem politischen Lobbying, der Vernetzung auf Branchenebene und der Konzernarbeit. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass es vor allem im Zusammenspiel der deutschsprachigen Gewerkschaften in der UNI Global Union auf **multilateraler Ebene** zu einer noch intensiveren Kooperation kam, die wesent-

⁵⁵⁹ Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 63 ff., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015.

⁵⁶⁰ Interview mit Ilse Fetik am 28.6.2018; Frauen auf Eigeninitiative bei Gehaltsverhandlungen angewiesen, in: Der Standard, 7.3.2018 (online).

⁵⁶¹ Bericht zum Bundesforum 2010. Rückblick 2006–2010, S. 30, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora.

⁵⁶² Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017.

⁵⁶³ Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017; Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 62, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015; Protokoll zum Bundesforum vom 10.–12.11.2015, S. 25, in: GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta).

⁵⁶⁴ „Union Network International“ nannte sich ab Anfang 2009 „UNI Global Union“.

lich von den beiden Vorsitzenden, Frank Bsirske von ver.di in Deutschland und Wolfgang Katzian seitens der GPA-djp getragen wurde.

Ergebnis dieser verstärkten Zusammenarbeit waren der Start gemeinsamer Initiativen, die Abstimmung von Positionen, die Vorbereitung und Durchführung europäischer und internationaler Kongresse, politische Debatten (v. a. auf Brüsseler Ebene) oder ein kontinuierlicher Austausch auf verschiedenen Ebenen (Entscheidungsgremien, ExpertInnen, FunktionärInnen aus unterschiedlichen Branchen).

Wichtige Themen in der internationalen Arbeit der GPA-djp stellten insbesondere die Ende 2006 beschlossene EU-Dienstleistungsrichtlinie und eine geplante Novellierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie dar, bei denen es vor allem darum ging, eine zu starke Freizügigkeit im europäischen Dienstleistungssektor bzw. sozialpolitische Verschlechterungen zu verhindern. Hinzu kamen Verbesserungen im Bereich des Europäischen Betriebsrates, die 2009 beschlossen und 2010 in nationales Recht übersetzt wurden, sowie die Vorbereitung auf ein Auslaufen der Übergangfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Ost- und Mitteleuropa im Jahr 2011.

Dies schlug sich einerseits in der Einführung eines **Lohn- und Sozialdumpinggesetzes** nieder, das das Unterlaufen geltender kollektivvertraglicher und arbeitsrechtlicher Bestimmungen verhindern sollte. Andererseits trug es dazu bei, dass auf **bilateraler bzw. trilateraler Ebene** nicht nur der Kontakt zu den Gewerkschaften in Deutschland, der Schweiz, Schweden, Großbritannien und zum Teil auch in Frankreich bzw. Italien, sondern auch jener zu den Gewerkschaften in den östlichen Nachbarländern weiter besonders intensiv gepflegt wurde. So kämpften unter dem Motto „Geld ist genug da! Zeit für Steuergerechtigkeit“ im November 2012 mit ver.di, GPA-djp und UNIA nicht nur die drei stärksten Gewerkschaften aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in einer internationalen „Aktionswoche“ gemeinsam für eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und einen Stopp des Sparkurses zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.⁵⁶⁵

Auch die Kooperation im Rahmen des „Wiener Dialoges“ der Handelsgewerkschaften wurde fortgesetzt und – als Novität – im August 2016 mit

⁵⁶⁵ Information von Wolfgang Greif am 15.7.2019.

der UNIJA eine neue Gewerkschaftsstruktur in der Slowakei gefördert, die organisatorisch in den Kooperationspartner, die slowakische Gewerkschaft ECHOZ eingegliedert ist. Ausgangspunkt für die Gründung der **UNIJA** war die Überlegung, dass Bratislava und Wien zunehmend zu einer Großregion mit Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zusammenwachsen werden bzw. dass immer mehr österreichische Unternehmen ganz oder teilweise in die Slowakei übersiedelten, um dort bei geringer ausgebildeten gewerkschaftlichen Strukturen über hochqualifiziertes, aber günstigeres Personal zu verfügen. Ziel der UNIJA sollte es daher sein, zu einer Beseitigung „gewerkschaftsfreier Zonen“ in Unternehmen mit Sitz in Österreich und Standorten in der Slowakei beizutragen bzw. eine Angleichung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten wie in Österreich zu schaffen.⁵⁶⁶

In globaler Perspektive nahm der Kampf gegen die beiden transatlantischen Handelsabkommen **TTIP** (mit den USA) und **CETA** (mit Kanada) mit der enormen Macht, die diese den Unternehmen (u. a. durch einen besonderen Investitionsschutz und den damit verbundenen Klagemöglichkeiten gegen die Vertragsstaaten) einräumen wollten, einen besonderen Stellenwert ein. 2017 wurde die Verhinderung von CETA und TTIP auch zum Thema eines Volksbegehrens, das von rund 560.000 ÖsterreicherInnen unterzeichnet wurde.⁵⁶⁷

12.6 Finanzielle Sanierung, Mitgliederwachstum und ein stärkeres Zusammenwachsen der Organisation durch die „Chance 2010“

Im Bereich der Organisationsentwicklung wurde der mit der Strukturreform und dem Vereinsgesetz 2002 eingeleitete **Sanierungskurs** fortgesetzt bzw.

⁵⁶⁶ Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018 und 21.2.2018; Bericht zum Bundesforum 2010; Rückblick 2006–2010, S. 69 ff., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora; Bericht zum Bundesforum 2015; Rückblick 2010–2015, S. 76 ff., in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015; Unterlage GPA-djp Slowakei-Projekt. Auf- und Ausbau einer neuen Gewerkschaftsorganisation in der Slowakei, 31.5.2017 sowie Unterlagen zum GPA-djp-Projekt Gründung von Belegschaftsvertretungen in Unternehmen mit Sitz in Österreich und Standorten in der Slowakei, undatiert, in: GPA-djp/Archiv Wolfgang Greif.

⁵⁶⁷ Volksbegehren gegen TTIP/CETA, online: https://www.bmi.gv.at/411/Volksbegehren_der_XX_Gesetzgebungsperiode/Gegen_TTIP_CETA/ (20.12.2018).

nach der Übernahme des GPA-Vorsitzes durch Wolfgang Katzian und der Bundesgeschäftsführung durch Dwora Stein 2005 erst richtig gestartet.⁵⁶⁸ Dieser zeichnete sich einerseits bereits vor dem BAWAG-Skandal durch ein „beinhartes Sparprogramm“ aus und ermöglichte es der GPA-djp vielleicht sogar besser als anderen Gewerkschaften, die durch die BAWAG ausgelöste Krise zu überstehen.⁵⁶⁹



Abb. 38: Dwora Stein bei der Demonstration „Soziale Arbeit ist mehr wert!“ (BAGS-KV) am 1. Februar 2012

Andererseits war der drastische Sanierungskurs, der neben Personaleinsparungen schließlich auch den Verkauf des Bildungshauses in Velm bei Wien umfasste, auch eine wichtige Wurzel für die bereits genannte „Chance 2010“, mit der alle Tätigkeitsbereiche der GPA-djp auf eine Steigerung der Mitgliederzahlen und damit auf eine finanzielle Gesundung ausgerichtet wurden.

⁵⁶⁸ Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018; Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017 und 7.2.2018.

⁵⁶⁹ Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

Eine wichtige Zäsur auf dem Weg hin zu einer finanziell stabilen bzw. prosperierenden Organisation bildete das Jahr 2008, als zum ersten Mal aus eigener Kraft ein Jahresüberschuss erwirtschaftet werden konnte.⁵⁷⁰ Seither stieg die Eigenkapitalquote – wie auch Wolfgang Katzian auf dem Bundesforum 2015 mit einem Rückblick auf das Jahr 2005 ausführte – ständig an.⁵⁷¹

Im Bereich der **Mitgliederentwicklung** kam es trotz der in diesem Zeitraum durchgeführten Fusion mit der djp wohl nicht zuletzt auf Grund des BAWAG-Skandals zunächst zu einem weiteren Rückgang von rund 277.000 Mitgliedern im Jahr 2005 auf rund 265.300 Mitglieder im Jahr 2008. Ab nun setzte ähnlich wie im Bereich der Finanzen jedoch eine Kehrtwende ein, indem die Mitgliederzahlen langsam, aber kontinuierlich zu steigen begannen: auf knapp 270.000 Personen im Jahr 2010, rund 275.500 im Jahr 2013 und ca. 278.000 Mitglieder im Jahr 2017. Das mit der „Chance 2010“ verbundene hochgesteckte Ziel, eine Steigerung von 270.000 auf 300.000 Mitglieder bis 2010 bzw. später bis 2013 zu erzielen, konnte aber nicht erreicht werden.⁵⁷² Dennoch war das Projekt mit einer Aufwärtsentwicklung bei den Mitgliedern verbunden und zeigte auch dahin gehend erfreuliche Folgen, als es nach der Abschaffung der Sektionen und der Fusionierung mit der djp dazu beitrug, ein **neues Gemeinschaftsgefühl** zu schaffen. Wichtig war hierfür, dass mit dem Projekt und den darin vorgesehenen „Aktionswochen“ Arbeitsprogramme etabliert wurden, die für alle gelten sollten. Die gemeinsame Tätigkeit erfuhr damit eine neue Bedeutung bzw. schuf erst die Basis für eine gemeinschaftliche Sicht auf die GPA-djp.⁵⁷³

Einen Rahmen, um über die Zukunft der GPA-djp nachzudenken, sollte hingegen der 2011 gestartete **„Strategieentwicklungsprozess“** bieten, bei dem sich vor allem die kommende Generation überlegen sollte, wie die GPA-djp in Zukunft aussehen kann.⁵⁷⁴ Die bearbeiteten Themen waren breit gestreut und reichten von einer Verbesserung in der Betriebsbetreuung

⁵⁷⁰ Interview mit Dwora Stein am 28.6.2018; Interview mit Renate Hoffmann am 28.6.2018; GPA-djp Jahresabschluss. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017, in: GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Dwora Stein).

⁵⁷¹ Bericht zum Bundesforum 2015. Rückblick 2010–2015, S. 20, in: GPA-djp/Archiv Christoph Sykora, Mappe Bundesforum 2015.

⁵⁷² Stern, „Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften“, S. 38 f.

⁵⁷³ Interview mit Christoph Sykora am 7.5.2018; Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018.

⁵⁷⁴ Interview mit Dwora Stein am 28.8.2018.

über neue Formen der Beteiligung bis hin zu künftigen Kernbereichen in der gewerkschaftlichen Arbeit und haben zu folgenden Ergebnissen geführt: einer Intensivierung des Verhältnisses zu den BetriebsrätInnen, der Entwicklung von österreichweit gültigen Standards für deren Ausbildung, eine völlig neue Einbindung von FunktionärInnen bei der Ausarbeitung des neuen Kollektivvertrags für den Handel (abgeschlossen 2017), der Einrichtung von eigenen Streik- und Aktionsmanagement-Teams, um Konfliktsituationen begleiten zu können, sowie der Entscheidung, dass sich die Jugendabteilung der GPA-djp in Zukunft in ihrer Tätigkeit auf den Einstieg ins Berufsleben konzentrieren soll.⁵⁷⁵

⁵⁷⁵ Interview mit Christoph Sykora am 7.5.2018; Interview mit Werner Drizhal am 7.5.2018, Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

13. Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen – die GPA-djp unter dem Vorsitz von Barbara Teiber

Chronologie	
16.5.2018	Die Initiative „mein #aufstehn“ und der Zentralbetriebsrat der AUVA übergeben der Regierung knapp 200.000 Unterschriften gegen die Zerschlagung der AUVA.
14.6.2018	Wolfgang Katzian wird neuer ÖGB-Präsident.
25.6.2018	Barbara Teiber wird zur neuen geschäftsführenden Vorsitzenden der GPA-djp gewählt.
26.6.2018	Öffentliche gewerkschaftliche Protestaktionen gegen die Abschaffung der AUVA
30.6.2018	Großdemonstration des ÖGB gegen den geplanten 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche
1.7.2018	Österreich übernimmt den Vorsitz im Rat der EU.
5.7.2018	Die ÖVP-FPÖ-Regierung beschließt ein neues Arbeitszeitgesetz.
24.11.2018	SPÖ-Parteitag: Nach dem überraschenden Rücktritt von Christian Kern übernimmt Pamela Rendi-Wagner den Vorsitz in der Partei.
12.12.2018	Vor der Zentrale der Wiener Gebietskrankenkasse demonstrieren tausende GewerkschafterInnen. Die Kundgebung ist der Abschluss einer Reihe von Protestmaßnahmen gegen die umstrittene Reform der Sozialversicherung.
13.12.2018	Die ÖVP-FPÖ-Regierung beschließt die Kassenreform.

Chronologie	
4.2.2019	Die Regierung gibt bekannt, dass es nun doch nicht zur angekündigten Abschaffung der Jugendvertrauensräte kommen soll.
17.5.2019	„Spiegel“ und „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlichen ein Video, in dem FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus mit einer vermeintlichen russischen Investorin auf Ibiza über Staatsaufträge für millionenschwere Spenden und eine Übernahme der „Kronen-Zeitung“ sprechen.
18.5.2019	Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kündigt in Reaktion auf die „Ibiza-Affäre“ die Koalition mit der FPÖ auf.
20.5.2019	Bundeskanzler Kurz gibt bekannt, eine Übergangsregierung mit ExpertInnen zu bilden.
22.5.2019	Bundespräsident Alexander van der Bellen gelobt die Übergangsregierung an.
27.5.2019	SPÖ, FPÖ und die Liste JETZT bringen die Regierung mit einem Misstrauensvotum zu Fall.
3.6.2019	Bundespräsident Van der Bellen lobt eine Beamtenregierung unter Kanzlerin Brigitte Bierlein an. Sie ist die erste Frau, die dieses Amt ausübt.
12.6.2019	Der Nationalrat beschließt vorgezogene Neuwahlen.
9.2019	Rechtsanspruch auf Papamonat für alle Väter und Anrechnung der Karenzzeiten für jedes Kind
29.9.2019	Nationalratswahl
4.1.2020	Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) teilt mit, dass China über eine Häufung von Lungenerkrankungen in der Stadt Wuhan in der zentralchinesischen Provinz Hubei berichtet.

Chronologie	
7.1.2020	Bundesregierung Kurz II, nachdem sich ÖVP und Grüne auf ein gemeinsames Regierungsprogramm geeinigt haben. Vizekanzler wird Werner Kogler (Grüne).
11.2.2020	Die WHO gibt der Krankheit den Namen COVID-19.
25.2.2020	Die WHO erklärt die bisherige Epidemie zur Pandemie. In Österreich wird der erste Erkrankte registriert. In den nächsten Tagen werden Fälle in Wien und in den Bundesländern verzeichnet.
März 2020	Die Sozialpartner einigen sich auf ein Schutzpaket für Handelsangestellte.
11.3.2020	Der erste Sozialpartnertreffen findet statt. Ein Kurzarbeit-Soforthilfepaket in der Höhe von 400 Millionen Euro wird ausverhandelt. ArbeitnehmerInnen erhalten abhängig von Lohn und Gehalt 80 bis 90 Prozent davon ausbezahlt.
15.3.2020	Der Nationalrat beschließt einen Krisenbewältigungsfonds (COVID-19 Bundesgesetz) in der Höhe von vier Milliarden Euro. ArbeitnehmerInnen mit betreuungspflichtigen Kindern unter 14 Jahren können von ihren ArbeitgeberInnen bis zu drei Wochen Sonderbetreuungszeit erhalten.
16.3.2020	Die ÖGB/AK-Hotline wird eingerichtet: www.jobundcorona.at
17.3.2020	Die Sozialpartner einigen sich auf Erleichterungen beim Corona-Kurzarbeitsmodell: Dienstgeberbeiträge können bereits ab dem ersten Monat vom AMS übernommen werden.
18.3.2020	Die Regierung beschließt ein 38 Milliarden Euro schweres Hilfspaket.
20.3.2020	Der NR beschließt einen Härtefallfonds für Einzel- und KleinstunternehmerInnen. Ab nun gilt die Corona-Kurzarbeit auch für Lehrlinge. Die Sozialpartner einigen sich auf ein Schutzpaket für Handelsbeschäftigte.

Chronologie	
30.3.2020	Die Regierung gibt weitere Schutzmaßnahmen bekannt: So werden etwa besonders gefährdete Personengruppen freigestellt oder müssen verpflichtend ins Homeoffice. Der Bund ermöglicht die Auszahlung von Bonuszahlungen für 24-Stunden-BetreuerInnen, wenn sie länger als vereinbart die Betreuung von Pflegebedürftigen in Österreich übernehmen.
1.4.2020	Das AMS meldet mit 562.522 Arbeitslosen ein historisches Rekordhoch. 250.000 Beschäftigte sind in Kurzarbeit.
Ab April 2020	ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammern kämpfen für den Erhalt von tausenden von Arbeitsplätzen. Sie verstehen sich auch – unter den neuen Herausforderungen – mehr denn je als Schutzschild der ArbeitnehmerInnen. Das Budget für Kurzarbeit wird in mehreren Etappen massiv auf 12 Mrd. Euro aufgestockt und die Möglichkeit der Corona-Kurzarbeit bis März 2021 verlängert.

13.1 Erneut eine ÖVP-FPÖ-Regierung und ein Wechsel an der Spitze – Wolfgang Katzian wird ÖGB-Präsident und Barbara Teiber neue Vorsitzende der GPA-djp

Das jüngste Kapitel in der Geschichte der GPA-djp wurde im Juni 2018 aufgeschlagen, als sowohl Wolfgang Katzian als auch Dwora Stein, die in den letzten Jahren maßgeblich die Entwicklung der Gewerkschaft bestimmt hatten, aus der Organisation ausschieden: Während Dwora Stein in Pension ging, wechselte Wolfgang Katzian an die Spitze der ÖGB.



Abb. 39: Erich Foglar und Wolfgang Katzian auf dem ÖGB-Bundeskongress 2018

Wolfgang Katzian, dessen Kandidatur für den Vorsitz im ÖGB sogar in der GPA-djp für viele überraschend kam,⁵⁷⁶ wurde am **14. Juni 2018** nach Johann Böhm, Franz Olah, Anton Benya, Fritz Verzetnitsch, Rudolf Hundstorfer und Erich Foglar zum siebten **Präsidenten des ÖGB** gewählt.⁵⁷⁷ Nachdem der ÖGB-Vorsitz lange eine „Erbpacht der Arbeitergewerkschaften“ war, die lediglich von Rudolf Hundstorfer als Gemeindebedienstetem unterbrochen worden war, trat mit ihm erstmals ein Angestellter an die Spitze des ÖGB. Johann Böhm hätte einst zwar gerne Friedrich Hillegeist als seinen Nachfolger gesehen, und auch Alfred Dallinger hätte diese Funktion gerne übernommen. Beiden war es aber nicht möglich gewesen, Präsident des ÖGB zu werden, der 2018 rund 1.205.000 Mitglieder und sieben Ge-

⁵⁷⁶ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019; Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019.

⁵⁷⁷ Wolfgang Katzian neuer ÖGB-Chef: „Wir sind keine Hosenscheißer“, in: Die Presse, 14.6.2018 (online); ÖGB-Kongress: Katzian ist neuer Gewerkschaftspräsident, in: Kurier, 14.6.2018 (online); Wolfgang Katzian mit 91,6 Prozent zum neuen ÖGB-Chef gewählt, in: Der Standard, 14.6.2018 (online).

werkschaften – die GPA-djp, die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, die Daseinsgewerkschaft younion, die Gewerkschaft Bau-Holz, die Gewerkschaft vida, die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten und die Produktionsgewerkschaft PRO-GE – umfasste.⁵⁷⁸

Zur neuen Vorsitzenden der GPA-djp als Ende 2018 größten Gewerkschaft mit 280.633 Mitgliedern, rund 15.000 organisierten BetriebsrätInnen, 26 Wirtschaftsbereichen, acht Interessengemeinschaften, jährlich rund 170 verhandelten Kollektivverträgen⁵⁷⁹ und der Verankerung in neun internationalen Branchen- und zwei internationalen Dachverbänden wurde am 25. Juni 2018 Barbara Teiber gewählt. Mit ihr trat nach Eleonora Hostasch nicht nur zum zweiten Mal eine Frau an die Spitze der GPA-djp. Es wurde auch ein deutlich sichtbarer Generationenwechsel vorgenommen – bekam die GPA-djp mit Teiber, die von den Medien als „frisches Gesicht in der gewerkschaftlichen Oberliga“ begrüßt wurde,⁵⁸⁰ doch auch die bisher jüngste Vorsitzende in der Geschichte aller Gewerkschaften.

Barbara Teiber wurde 1977 in Wien geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte sie erst Volkswirtschaft und erwarb dann einen Master of Arts in Political Management. In beruflicher Hinsicht war sie erst in der Markt- und Meinungsforschung bzw. ab 2001 in verschiedenen Funktionen in der GPA-djp tätig, nachdem bereits der Großvater ein „kleiner Gewerkschaftsfunktionär“ gewesen war und Teiber schon früh ein politisches Interesse entwickelt hatte.

Als sie das Angebot des damaligen Regionalgeschäftsführers für Wien **Norbert Scheed** erhalten hatte, für die GPA-djp tätig zu werden, wurde sie 2001 zunächst Frauensekretärin der GPA-Wien und übernahm 2007/2008 die Funktion einer Bundesfrauensekretärin. Von 2006 bis 2007 war Teiber politische Sekretärin des Vorsitzenden, seit 2008 Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien und seit Ende 2015 zudem Mitglied der Bundesgeschäftsführung. Daneben übte sie seit 2004 auch verschiedene Funktionen in der Arbeiterkammer Wien, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), der Wiener Gebietskrankenkasse und im Berufsförderungsinstitut aus.

⁵⁷⁸ Ein Bund mit sieben Gewerkschaften, online: https://www.oegb.at/cms/S06/S06_4/gewerkschaften (2.2.2019).

⁵⁷⁹ Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019; Die GPA-djp stellt sich vor, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_3.1/ueber-uns/vorstellung-der-organisation (2.2.2019).

⁵⁸⁰ Barbara Teiber – Frisches Gesicht in der gewerkschaftlichen Oberliga, in: Die Presse, 25.6.2018.

Von 2013 bis 2018 war sie Mitglied des Wiener Landtages. Dass sie irgendwann eine Rolle in der Führung der GPA-djp übernehmen würde, war für sie absehbar. Dass Wolfgang Katzian im Juni 2018 in den ÖGB und sie an die Spitze der GPA-djp wechseln sollte, war für Teiber jedoch noch Anfang des Jahres nicht vorhersehbar.⁵⁸¹



Abb. 40: Vier GPA-Vorsitzende auf einen Blick:
Eleonora Hostasch, Barbara Teiber, Hans Sallmutter und Wolfgang Katzian

Neuer Bundesgeschäftsführer wurde **Karl Dürtscher**, der – 1961 in Schruns geboren – anders als Teiber durch seinen beruflichen Werdegang zur Gewerkschaftsarbeit fand. Er war nach einer kaufmännischen Lehre (Vorarlberger Illwerke) bei den Vorarlberger Zementwerken tätig, wo er aufgefordert wurde, an den Betriebsratswahlen teilzunehmen. In der Folge wurde er Betriebsrat und absolvierte die Sozialakademie, an der er 1985 zur

⁵⁸¹ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019; Barbara Teiber, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_3.8.2.a/1482980301607/ueber-uns/presseservice/portraits-der-geschaeftsfuehrung/barbara-teiber-ma?d=Touch (10.1.2019); Wieder ein Schritt nach vorne, in: Kompetenz 2 (2011) S. 14 f.

Mitarbeit in der Sektion Handel, Verkehr, Vereine und Fremdenverkehr eingeladen wurde.



Abb. 41: Josef Gritz (PRO-GE), Markus Vogel (GPA-djp), Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Dürtscher (von links nach rechts) bei Kollektivvertragsverhandlungen

Nach zehn Jahren in dieser Funktion war Dürtscher von 1995 bis 2001 als stellvertretender Leitender Sekretär in eben dieser Sektion bzw. ab 2001 als stellvertretender Geschäftsführer in der Region Wien tätig. 2017 stieg er zum stellvertretenden Bundesgeschäftsführer (zuständig für den Geschäftsbereich Interessenvertretung und die Bundesfrauen) auf. Neben anderen Funktionen (u. a. in der Wiener Gebietskrankenkasse oder der AUVA) war er zudem von 1994 bis 1997 als Geschäftsführer sowie ab 1997 im Aufsichtsrat der GPA-Wohnbauvereinigung tätig.⁵⁸²

⁵⁸² Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019.

Die anfängliche Tätigkeit von Teiber und Dürtscher in ihren neuen Funktionen war zunächst weitgehend durch die Tagespolitik bzw. das **Reformprogramm** der im Dezember 2017 angelobten **ÖVP-FPÖ-Regierung** bestimmt,⁵⁸³ während derer sich die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmerorganisationen – wie bereits während der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung (2000–2006) – de facto auf „Null“ reduzierte.⁵⁸⁴ Dabei hatte bereits das Regierungsübereinkommen deutlich gemacht, dass die Arbeitnehmervertretungen gefordert sein würden.

Maßgeblich war hierfür, dass das Programm nicht nur die Interessen von Industrie und Wirtschaft in den Vordergrund stellte und gleichzeitig deutlich sichtbar machte, dass der Einfluss der Arbeiterkammern (durch eine angedrohte Kürzung der Kammerumlage bei fehlender „Effizienz“) und Gewerkschaften (durch eine stärkere Verlagerung kollektiver Regeln auf betriebliche Ebene) zurückgedrängt werden sollte.⁵⁸⁵ Auch die anvisierten Reformprojekte versetzten die Gewerkschaften in Alarmbereitschaft, da diese Einschnitte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und im Sozialsystem, eine Reduzierung von Mitbestimmungsmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene (etwa durch die Abschaffung der Jugendvertrauensräte) und einen Umbau der Sozialversicherung vorsahen.⁵⁸⁶

Ein erster Paukenschlag in der Umsetzung des Programms erfolgte bereits Ende 2017 mit der Abschaffung der „**Aktion 20.000**“, die älteren Personen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollte. Im Juni 2018, just als Wolfgang Katzian zum ÖGB-Präsidenten gewählt wurde, ratifizierte der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS nicht nur das umstrittene **Handelsabkommen CETA**.⁵⁸⁷ Die Regierung verkündete überraschend auch eine Einigung bei der Arbeitszeitflexibilisierung, die – wie von der Industrie schon lange gefordert – eine Ausweitung der Maximalarbeitszeit auf **12 Stunden pro Tag** und **60 Stunden pro Woche** bringen sollte.⁵⁸⁸

⁵⁸³ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

⁵⁸⁴ Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019.

⁵⁸⁵ Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022, Wien 2017; Was Türkis und Blau mit Österreich vorhaben, in: Kompetenz 1 (2019) S. 4 ff.

⁵⁸⁶ Regierung stellte Jobbonus und Aktion 20.000 ein, in: Der Standard, 1.1.2018.

⁵⁸⁷ Nationalrat hat Handelsabkommen Ceta beschlossen, in: Der Standard, 13.6.2018 (online).

⁵⁸⁸ Regierung überrumpelt ÖGB: Einigung beim Zwölfstundentag, in: Kurier, 14.6.2019.



Abb. 42: Barbara Teiber bei der ÖGB-Großdemonstration am 30. Juni 2018 auf dem Wiener Heldenplatz

Dabei stieß nicht nur der Inhalt des Vorhabens, sondern auch die Ausarbeitung des Gesetzes ohne Einbindung der Sozialpartner und die Umgehung eines Begutachtungsverfahrens im Parlament durch die Einbringung als Initiativantrag auf massiven Protest, wie er sich etwa in einer vom ÖGB und den Gewerkschaften organisierten Demonstration am 30. Juni 2018 mit über 100.000 Personen zeigte.⁵⁸⁹ Trotzdem beschloss die Regierung (mit nur wenigen Verbesserungen) am 5. Juli das neue Arbeitszeitgesetz. Mit diesem blieben grundsätzlich der 8-Stunden-Tag bzw. die 40-Stunden-Woche erhalten. Nachdem es bis dahin möglich war, maximal 10 bzw. 50 Stunden und nur in Ausnahmefällen 12 bzw. 60 Stunden zu arbeiten, wurde es für die ArbeitgeberInnen jedoch erleichtert, ihre MitarbeiterInnen 12 Stunden am Tag bzw. 60 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen.⁵⁹⁰

⁵⁸⁹ Großangriff auf ArbeitnehmerInnen, in: Kompetenz 4 (2018) S. 4 ff. sowie „ArbeitnehmerInnen sind der Regierung völlig egal“, in: Kompetenz 4 (2018) S. 12 ff.

⁵⁹⁰ So war nun keine Zustimmung des Betriebsrats oder ein arbeitsmedizinisches Gutachten bei der 11. und 12. Arbeitsstunde mehr nötig, die auf „freiwilliger Basis“

Im Sommer 2018 dominierte die beabsichtigte Abschaffung der **Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA)** die Tätigkeit der GPA-djp.⁵⁹¹ Zahlreiche Aktionen und tausende Unterschriften⁵⁹² konnten dazu beitragen, die im Wesentlichen durch die Arbeitgeber finanzierte Anstalt mit sieben Krankhäusern, vier Rehabilitationszentren und rund fünf Millionen Versicherten zu erhalten. Gleichzeitig wurden aber auch umfangreiche Einsparungen in ihrem Bereich anvisiert.⁵⁹³

Im Herbst rückten die geplanten **Einsparungen im Bereich des Arbeitmarktservice (AMS)** in den Vordergrund, die durch eine teilweise Rücknahme der geplanten Kürzungen zumindest abgedeckt werden konnten.⁵⁹⁴

Und auch die **Reform der Sozialversicherungsträger** erforderte das volle Engagement der GPA-djp⁵⁹⁵ – barg diese durch die vorgesehenen Kürzungen und die angestrebte Dominanz der Wirtschaft in den künftigen Entscheidungsstrukturen doch die Gefahr von Leistungseinbußen und der Einführung von Selbstbehalten in sich.⁵⁹⁶ Mit der schließlich im Dezember

erfolgen sollte. Änderungen, die erreicht werden konnten, betrafen folgende Punkte: Im ursprünglichen Gesetzesentwurf wäre es für Beschäftigte noch schwerer gewesen, die 11. und 12. Stunde abzulehnen, da sie Gründe ins Treffen führen mussten, die schwerer wogen als der Arbeitgeberwunsch. Nun wurden zumindest die „Freiwilligkeit“ und der Schutz vor Kündigung und Diskriminierung festgeschrieben, wenn Extra-Überstunden abgelehnt werden. Zudem sollten es sich die ArbeitnehmerInnen nun bei der 11. und 12. Stunde aussuchen können, ob sie dafür Geld (mit Zuschlägen) oder Freizeit haben wollen. Vgl.: Neues Arbeitszeitgesetz mit 12-Stunden-Tag beschlossen, in: Oberösterreichische Nachrichten, 5.7.2018 (online) sowie Arbeitszeit: Was sich mit 1. September 2018 ändert, online: https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitszeit/Arbeitszeit_neu.html (8.2.2019).

⁵⁹¹ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019; Regierung möchte die Unfallversicherung auflösen, in: Kompetenz 2 (2018) S. 19.

⁵⁹² 200.000 Unterschriften gegen AUVA-Zerschlagung, in: Der Standard, 16.5.2018 (online).

⁵⁹³ Was die AUVA-Reform bringt – und was in die ferne Zukunft verschoben wurde, in: Der Standard, 13.8.2018 (online).

⁵⁹⁴ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

⁵⁹⁵ Faktencheck Sozialversicherungsreform, in: Kompetenz 5 (2018) S. 24 f.

⁵⁹⁶ „Sozialversicherungsreform“: Es drohen Selbstbehalte und Leistungskürzungen, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_2.3.220.a/1342596418633/kollektivvertrag/alle-branchen/sozialversicherung/sozialversicherungsreform-es-drohen-selbstbehalte-und-leistungskuerzungen?d=Touch (8.2.2019).

2018 nach zahlreichen Protestaktionen beschlossenen Strukturreform wurde durch die Fusion der neun Gebietskrankenkassen zu einer Österreichischen Gesundheitskasse sowie der Zusammenlegung der Gewerblichen und der Bäuerlichen sowie der Beamten- und Eisenbahnerkasse zu je einer Kasse nicht nur die Zahl der Versicherungsträger stark reduziert. Es wurde auch die Machtposition der Arbeitgeber in den Gremien ausgebaut und die Bedeutung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger geschmälert.⁵⁹⁷

Die ersten Monate für Teiber an der Spitze der GPA-djp waren – wie sie u. a. in einem Rückblick in der „Kompetenz“ Ende 2018 festhielt – somit eine überaus „turbulente“ und intensive Zeit, da die GPA-djp aufgrund der Breite der vor ihr vertretenen Branchen und Mitgliedern von fast allen Vorhaben der Bundesregierung (und damit stärker als andere Gewerkschaften) betroffen war. Es war für Teiber, die als Vorsitzende auch viele operative Agenden in der GPA-djp übernahm, aber auch ein Jahr, das durch eine enorme Solidarität geprägt war, die sich sowohl in den zahlreich unterstützten Protestmaßnahmen als auch in vielen Neubeiritten ausdrückte.⁵⁹⁸

13.2 2018/19 – Gewerkschaftsarbeit in politisch turbulenten Zeiten

Noch turbulenter wurde das Folgejahr, in dem das politische System in Folge der sogenannten „**Ibiza-Affäre**“ völlig umgekrempelt wurde. Nachdem das deutsche Wochenmagazin „Der Spiegel“ und die „Süddeutsche Zeitung“ ein Video veröffentlicht hatten, in dem FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus mit einer angeblichen russischen Investorin auf Ibiza über Staatsaufträge für millionenschwere Spenden und eine Übernahme der „Kronen-Zeitung“ verhandelt hatten, **zerbrach die ÖVP-FPÖ-Koalition**. Auf eine nur kurz im Amt befindliche ÖVP-Regierung, in der ehemalige FPÖ-MinisterInnen durch ExpertInnen er-

⁵⁹⁷ „Größte Reform der Zweiten Republik“: Nationalrat beschließt Kassenreform, in: Die Presse, 13.12.2018 (online).

⁵⁹⁸ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019; Ein turbulentes Jahr, in: Kompetenz 6 (2018) S. 11.

setzt worden waren, folgte eine Beamten-(Übergangs-)regierung mit der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein an der Spitze. Neuwahlen im September 2019 führten im Jänner 2020 zur Bildung der ersten **Koalition zwischen ÖVP und Grünen** mit Sebastian Kurz als Bundeskanzler und Werner Kogler als Vizekanzler an der Spitze.

Abseits der politischen Entwicklung gab es eine Reihe von gewerkschaftlichen „Highlights“, die in den Medien Aufmerksamkeit fanden⁵⁹⁹ – stand doch auch in diesen turbulenten Zeiten die gewerkschaftliche Arbeit nicht still.



Abb. 43: Herbstlohnrunde 2019

Bei der **Herbstlohnrunde** der Metallindustrie des Jahres 2018 kam es erst nach Betriebsversammlungen und Warnstreiks zu einem Abschluss, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,46 Prozent bei einer Inflation von 2,02 Prozent und wichtige Verbesserungen bei der Arbeitszeit brachte.⁶⁰⁰

⁵⁹⁹ Das war 2020, online: <https://kompetenz-online.at/2019/12/18/das-war-2019/>. (21.7.2020)

⁶⁰⁰ Herbstlohnrunde startet: Forderungsübergabe für die Metallindustrie am 23. September, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_3.9.i.a/1342616138510/ueber-uns/presse-service/presseaussendungen-2019/herbstlohnrunde-startet-forderungsuebergabe-fuer-diemetallindustrie-am-23-september- (21.7.2020).

Auch im Jahr 2019 waren österreichweite Betriebsrätekonferenzen notwendig, um eine Lohn- und Gehaltserhöhung zwischen 2,6 und 2,8 Prozent durchzusetzen. Der Mindestlohn in der Metallindustrie beträgt künftig 2.000 Euro.

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die **413.000 Handelsangestellten** und 15.000 Lehrlinge wurden im November positiv finalisiert. Im Schnitt stiegen die Gehälter der Handelsangestellten um 2,35 Prozent, die Lehrlingsentschädigung um 7,4 Prozent. Im Rahmenrecht konnte der **Anspruch auf die 4-Tage-Woche**, der **Rechtsanspruch auf Altersteilzeit** sowie eine **Bildungskranz** erreicht werden.⁶⁰¹

Die Verhandlungen in der **Sozialwirtschaft** waren 2020 von der Forderung der Gewerkschaften nach einer **Arbeitszeitverkürzung** auf 35 Stunden geprägt und wurden von einer breiten Mobilisierung und Kampfmaßnahmen begleitet. Jäh beendet wurden die Verhandlungen durch den Anfang März durchgeführten „Lockdown“ in Folge der Corona-Pandemie. Bereits vorbereitete Großdemonstrationen in Wien, Graz und Linz mussten kurzfristig abgesagt werden. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen gelang es, einen Abschluss zu tätigen, der eine Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden vorsieht.

Für 2020 gibt es rückwirkend ab 1. Februar eine Gehaltserhöhung um 2,7 Prozent und ab 1. Jänner 2021 eine Gehaltserhöhung in der Höhe der Inflationsrate plus 0,6 Prozentpunkte. Am **1. Jänner 2022** wird dann die **generelle 37-Stunden-Woche** eingeführt. Für die 70 Prozent Teilzeitbeschäftigten bedeutet das noch einmal eine Gehaltserhöhung um 2,7 Prozent.

Neben den Kollektivvertragsverhandlungen stellte das Einschreiten gegen die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen bei internationalen Handelsriesen ein wichtiges Arbeitsgebiet 2019 dar. So deckte die GPA-djp im Juni 2019 gemeinsam mit einem engagierten Beschäftigten erniedrigende und gefährliche Arbeitsbedingungen im **Amazon-Standort** in Großebersdorf (Niederösterreich) auf. Die GPA-djp richtete daraufhin eine **Hotline** ein, bei der sich weitere Betroffene meldeten und von ersten Veränderungen im

⁶⁰¹ Günther Löschnigg/Christina Schnittler/Matthias Löschnigg, Handels-KV 2019. Mit Erläuterungen zum Umstieg. 6. überarbeitete Auflage. Kommentierte Kollektivverträge 7, Wien 2019, S. 9.

Management berichteten.⁶⁰² Auch bei der Parfümeriekette Douglas zeigte die GPA-djp – wie schon in früheren Jahren bei Unternehmen wie Schlecker, KIK und Müller – öffentlich auf, mit welchen Methoden die Geschäftsführung Betriebsratswahlen zu verhindern versucht.⁶⁰³

Einschreiten musste die GPA-djp auch, als gegen Ende des Jahres eine Diskussion über ein Forderungspapier der Wirtschaftskammer losbrach, in dem massive **Verschärfungen beim Krankenstand** von ArbeitnehmerInnen enthalten waren. Die Bestätigung der Arbeitsunfähigkeit hätte künftig auch die Ursache des Krankenstandes beinhalten müssen. Nur durch den massiven Protest der ArbeitnehmervertreterInnen in der neuen **Österreichischen Gesundheitskasse** (ÖGK) konnte das verhindert werden.⁶⁰⁴

Erfreulich war hingegen, dass am 7. Juli 2019 der Nationalrat den gesetzlichen Anspruch auf **Anrechnung der Karenz** beschlossen hat, womit eine jahrelange gewerkschaftliche Forderung – insbesondere der GPA-djp- Frauen – endlich umgesetzt werden konnte. Die gesetzliche Anrechnung von Karenzen bringt Frauen **ein höheres Einkommen** und **das leichtere Erreichen der sechsten Urlaubswoche**. Zwar konnte in den letzten Jahren in zahlreichen Kollektivverträgen die Anrechnung von Karenzzeiten verankert werden. Nun gelang es jedoch, einen gesetzlichen Anspruch, gegen den der Widerstand der ArbeitgeberInnen besonders stark gewesen war, zu erreichen.⁶⁰⁵ Auch das **Recht auf einen Papamonat** für alle Väter, die unselbständig beschäftigt sind, wurde beschlossen.⁶⁰⁶

⁶⁰² GPA-djp-Erfolg: Erste Konsequenzen nach Amazon-Skandal, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190614_OTS0012/gpa-djp-erfolg-erste-konsequenzen-nach-amazon-skandal (21.7.2020).

⁶⁰³ Megaskandal: Betriebsrätin von Douglas fristlos entlassen!, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_0.a/1342632069404/home/megaskandal-betriebsratskandidatin-von-douglasfristlos-entlassen (21.7.2020).

⁶⁰⁴ Das war 2019, online: <https://kompetenz-online.at/2019/12/18/das-war-2019/> (21.7.2020).

⁶⁰⁵ Mutterschutz, Karenz und Elternzeit (Änderung hinsichtlich der Anrechnung der Karenzzeiten ab dem 01.08.2019), online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_1.4.1.a/1342540611048/berufsleben/recht/arbeitsrecht-abc/mutterschutz-karenz-und-elternzeit-aenderung-hinsichtlich-der-anrechnung-der-karenzzeiten-ab-dem-01-08-2019 (21.7.2020).

⁶⁰⁶ Das war 2019, online: <https://kompetenz-online.at/2019/12/18/das-war-2019/> (21.7.2020); „Papamonat“, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_1.4.1.a/1342609367664/berufsleben/recht/ (21.7.2020); Mulley/Lichtenberger, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB, S. 72.

Zu den wichtigsten organisatorischen Veränderungen des Jahres 2019 zählt zweifellos, dass seit diesem Jahr auch **CrowdworkerInnen** Gewerkschaftsmitglied werden können. Beim Crowdfunding handelt es sich um eine spezielle Form der **Online-Arbeitsvermittlung** über Internet-Plattformen. Arbeitsaufträge werden an eine große Gruppe von Menschen ausgeschrieben, die sich online um die Aufträge „bewerben“, die Arbeit online erledigen und die Ergebnisse für einen vorher festgelegten Lohn über die Plattform abliefern. Oft werden auch große Arbeitsaufträge in viele kleine Arbeitsschritte zerlegt und an viele Menschen gleichzeitig vergeben, wobei die Arbeitsleistung zumeist unter großem psychischen Druck in nur wenigen Stunden erledigt werden muss.⁶⁰⁷

13.3 Die Corona-Krise: Eine Krise, tausend Facetten

Anfang **Jänner 2020** präsentierte die neue Bundesregierung aus ÖVP und Grünen ihr neues Programm. In dieser sprach sie sich – im Gegensatz zur ÖVP-FPÖ-Regierung – explizit für eine „punktuelle Beteiligung der Sozialpartner“⁶⁰⁸ aus, was nur einen Monat später eine besondere Bedeutung erhalten sollte.

Im Februar 2020 wurden erstmals Menschen in Österreich positiv auf das **Corona-Virus** getestet, das sich von China aus allmählich über die ganze Welt zu verbreiten begann. Spätestens ab März 2020 hatte dieses Virus und die anschließende Krise die Welt verändert.⁶⁰⁹ Es hat weltweit die Wirtschaft lahmgelegt und allein in Europa bis Mitte Mai 2020 mehr als 150.000 Menschen das Leben gekostet. Die Krise hat vor allem aber auch die Schwächen neoliberaler Systeme aufgezeigt, und das besonders in Ländern, wo im Gesundheitsbereich drastisch gespart wurde. Sie hat aber auch

⁶⁰⁷ Das war 2019, online: <https://kompetenz-online.at/2019/12/18/das-war-2019/>. (21.7.2020); GPA-djp öffnet Mitgliedschaft für CrowdworkerInnen, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_1.10.2.a/1342602518832/berufsleben/interessengemeinschaften/ig-flex/gpa-djp-oeffnet-mitgliedschaft-fuer-crowdworkerinnen (21.7.2020).

⁶⁰⁸ Emmerich Tálos, Sozialpolitik und Sozialpartnerschaft unter Schwarz/Türkis-Grün, online: <https://awblog.at/sozialpolitik-und-sozialpartnerschaft-unter-tuerkis-gruen/> (21.7.2020).

⁶⁰⁹ „Es ist Gewaltiges gelungen“ – die ÖGB-Corona-Timeline, online: https://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342629779851/home/es-ist-gewaltiges-gelungen-die-oegb-corona-timeline (21.7.2020). Vgl. dazu auch: Martin Sprenger, Das Corona-Rätsel. Tagebuch einer Pandemie, Wien 2020.

deutlich gemacht, dass es die ArbeiternehmerInnen im Handel, im Transportbereich, in der Produktion lebenswichtiger Güter, in der Krankenpflege oder bei der Müllabfuhr waren, die das Leben aufrechterhielten und dass es sich hierbei um Bereiche handelt, in denen viele Menschen – vor allem Frauen – mit unterdurchschnittlichem Einkommen beschäftigt sind.

Der ÖGB, die Gewerkschaften und die Arbeiterkammern setzten sich vom ersten Tag an für die Rettung von Arbeitsplätzen und den Schutz von Beschäftigten ein. Durch die Folgen des Lockdowns waren hunderttausende Arbeitsplätze bedroht.

Das maßgeblich von den Gewerkschaften ausverhandelte Paket zur **Kurzarbeit**, das inzwischen bis März 2021 verlängert wurde, konnte eine höhere Arbeitslosigkeit verhindern. Aber auch für Menschen im **Home-Office** ergab sich gerade im Angestelltenbereich eine Reihe arbeitsrechtlicher Fragen, bei denen es darum ging, die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu sichern. Die größere Bedeutung von Home-Office führt auch dazu, dass die Sozialpartner beauftragt wurden, neue rechtliche Rahmenbedingungen auszuarbeiten.

Abseits der Vielzahl arbeitsrechtlicher Fragen hat sich eine Veränderung in der **Bedeutung der Sozialpartnerschaft** gezeigt. Diese wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder in Frage gestellt, hat aber mit den raschen Vereinbarungen über die Einführung der Corona-Kurzarbeit neuerlich ihre sozial- und gesellschaftspolitische Bedeutung bewiesen.⁶¹⁰

Die Corona-Krise hat aber auch viele, seit langem diskutierte Probleme wieder in den Fokus gerückt. Diese reichen von der **Kinderbetreuung** über soziale Benachteiligungen im **Bildungssystem** bis zur Frage von **bezahlter und unbezahlter Arbeit** und haben deutlich gemacht, dass neue Denk- und Lösungsansätze erforderlich sind, um Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen erreichen zu können.

Barbara Teiber sprach deshalb von einer „**Krise mit tausend Facetten**“: Während es in den ersten Tagen vor allem um die Eindämmung der Pandemie ging, so war schnell klar, dass das Virus neben vielen sozialen auch viele unvorhersehbare Auswirkungen haben wird. Für die Handelsangestellten

⁶¹⁰ Die ÖGB-Corona-Timeline, in: Solidarität. Die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt. Sonderausgabe Nr. 987, April 2020, S. 22.

konnten umfassende Schutzmaßnahmen durchgesetzt werden, wie eingeschränkte Öffnungszeiten, Freistellung von Schwangeren, Plexiglas-scheiben etc. Im Sozialbereich konnte eine Corona-Zulage erreicht werden.⁶¹¹

Weiteres betonte Teiber, dass diese Krise uns noch lange beschäftigen wird, denn auf die gesundheitliche Krise würde eine soziale folgen, „wie sie dieses Land selten erlebt hat“. Um sie bewältigen zu können, fordert sie neue Ideen und Projekte sowie politische Antworten. Als Grundlage dafür bzw. um auf die konkreten Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen unter den Bedingungen der Corona-Krise auch tatsächlich eingehen zu können, hat die GPA-djp zwischen 11. und 25. Mai eine repräsentative Umfrage durchführen lassen.

- Dabei sagten drei Viertel der Befragten aus, dass starke Gewerkschaften wichtig sind, damit auch in einer Krise auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen geachtet wird.
- Vier von fünf der Befragten meinten, dass die Gewerkschaften auch künftig eine wichtige Rolle spielen werden und schätzten auch die Bedeutung der Sozialpartnerschaft hoch ein.
- Zudem zeigte die Untersuchung auch eine hohe Zustimmung zu den konkreten Forderungen nach einer Erhöhung des **Arbeitslosengeldes** und einer **Millionärssteuer**.⁶¹²

Die GPA-djp fordert daher eine **Steuerreform**, in der Vermögen und Profite aus Online-Geschäften stärker belastet sowie eine Ökologisierung des Steuersystems vorangetrieben werden.⁶¹³ Bereits im Februar 2012 kampanisierte die GPA-djp das Thema Millionärssteuer in der Öffentlichkeit.

⁶¹¹ Barbara Teiber, Eine Krise, tausend Facetten, in Kompetenz 2 (2020) S. 9.

⁶¹² Aktionswoche: Lehren aus der Corona Krise. Juni 2020, online: https://www.gpa-djp.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22IFES_Studie_zu_Lehren_aus_der_Krise.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342719409679&ssbinary=true&site=A03 (21.7.2020).

⁶¹³ Lehren aus der Corona-Krise, online: https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_0.a/1342632076983/home/lehren-aus-der-co-rona-krise (1.7.2020).



Abb. 43: Barbara Teiber

Mit einem konkreten Vorschlag, dem **Modell „90 für 80“**, ging Barbara Teiber im Juli 2020 an die Öffentlichkeit. Angesichts der Rekordarbeitslosigkeit braucht es neue Antworten, um die vorhandene Arbeit solidarisch auf mehr Menschen aufzuteilen. Dieses soll dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit bis inklusive 2021 abzufedern. Kernpunkt des Modells ist es, dass ein/-e ArbeitnehmerIn freiwillig die Arbeitszeit auf 80 Prozent reduzieren kann und dafür 90 Prozent seines/ihrer Gehalts erhält. Die Differenz soll das AMS bezahlen. Voraussetzung ist, dass für die freiwerdende Zeit jemand neu im Betrieb aufgenommen wird. Für je vier Personen, die sich für das Modell entscheiden, könnte eine neue Vollzeitstelle geschaffen werden. Durch das Modell „90 für 80“, von dem auch die UnternehmerInnen durch die steigende Produktivität profitieren würden, könnten – nach Berechnungen der GPA-djp – damit 25.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.⁶¹⁴

⁶¹⁴ GPA-djp-Teiber: Modell „90 für 80“ kann Arbeitslosigkeit bis inklusive 2021 abfedern, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200713_OTS0044/gpa-djp-teiber-modell-90-fuer-80-kann-arbeitslosigkeit-bis-inklusive-2021-abfedern (21.7.2020).

13.4 Ein Blick in die Zukunft

Die Herausforderungen für die künftige Arbeit der GPA reichen von der weiteren Mitgestaltung der voranschreitenden Digitalisierung mit ihren Gefahren, aber auch Chancen für den Arbeitsmarkt über eine **Verkürzung der Arbeitszeit** und die **Sicherstellung von planbarer und qualitativ wertvoller Freizeit**, wie etwa die leichtere Erreichbarkeit der **sechsten Urlaubswoche**. Sie umfassen aber auch die Verteidigung eines **solidarischen Versicherungssystems** sowie – beides verstanden als Teil einer grundsätzlichen Verteilungsgerechtigkeit – die Umsetzung einer **Steuerreform**, bei der Arbeit entlastet und Vermögen **durch eine Millionärssteuer** stärker besteuert werden soll und die **Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern**.

Generell wird sich die GPA auch in Zukunft als politischer Akteur und Serviceeinrichtung für ihre Mitglieder verstehen.⁶¹⁵

Die **Beziehungen zwischen den Gewerkschaften** haben sich nicht zuletzt aufgrund der Herausforderungen durch die letzte ÖVP-FPÖ-Regierung und die Corona-Krise wieder intensiviert.⁶¹⁶ Die Kooperationen der GPA mit den anderen Gewerkschaften haben in vielen Bereichen – wie etwa den KV-Verhandlungen – weiter zugenommen, da es aufgrund ihrer Branchenvielfalt viele organisatorische und inhaltliche Schnittstellen gibt.⁶¹⁷

In Hinblick auf die zukünftige Arbeit der GPA sollen das **projektorientierte und vernetzte Arbeiten** gefördert und die sich durch die Digitalisierung ergebenden Möglichkeiten besser für die Organisation genutzt werden. Die Anzahl der Mitglieder soll weiter gesteigert werden, um den Wachstumsprozess der letzten Jahre fortsetzen zu können. Die Kooperation mit den BetriebsrätInnen und die Präsenz vor Ort wird weiterhin entscheidend sein.

Denn nicht nur wegen eines in vielen Staaten beobachtbaren Rechtsrucks, den massiven und sozial zu gestaltenden Umbrüchen am Arbeitsmarkt, der neuen Macht global agierender Unternehmen, der seit Jahren auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich und den Herausforderungen

⁶¹⁵ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

⁶¹⁶ Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019.

⁶¹⁷ Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019.

durch die weltweite Corona-Krise braucht es nach wie vor starke Gewerkschaften und einen starken Sozialstaat.⁶¹⁸

Wie so oft in ihrer Geschichte muss es dabei weiterhin Aufgabe der GPA sein, eine **demokratische und soziale Säule im Staat** zu sein, die für die Rechte der ArbeitnehmerInnen eintritt, die Solidarität organisiert, Ausbeutung verhindert und Gegenentwürfe zu den vorherrschenden (neoliberalen) Gesellschaftskonzepten entwickelt, also kurzum weiterhin für **Verteilungsgerechtigkeit** kämpft. Eine noch stärkere Kooperation auf europäischer bzw. internationaler Ebene zu erreichen, wird dabei – nicht nur aufgrund der Corona-Krise – unerlässlich sein.⁶¹⁹

⁶¹⁸ Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018; Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018; Interview mit Erich Reichelt am 6.2.2018; Interview mit Sandra Stern am 28.2.2018; Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018; Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018; Interview mit Christoph Sykora am 7.5.2018.

⁶¹⁹ Wolfgang Katzian, Es geht um Verteilungsgerechtigkeit, in: Solidarität, Sonderausgabe Nummer 987, April 2020, S. 3. Norman Wagner, Armut und COVID-19 – was jetzt zu tun ist, online: <https://awblog.at/armut-und-covid-19-was-jetzt-zu-tunist/?jetztlesen> (2.8.2020).

Literatur

- Adler Emanuel/Hanusch Ferdinand, Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Wien 1927.
- Androsch Hannes/Pelinka Anton/Zollinger Manfred (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006.
- Arbeiterkammer Wien (Hg.), Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930.
- Ausch Karl, Hugo Breitner, in: Norbert Leser (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus, Wien 1965, S. 97–105.
- Autengruber Peter/Mugrauer Manfred, Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme, Wien 2017.
- Autengruber Peter/Lichtenberger Sabine/Mendel Marliese, Gefordert – Gekämpft – Erreicht. Gewerkschaften in österreichischen Tageszeitungen seit 1945, Wien 2017.
- Autengruber Peter, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung bis 1945 (Gewerkschaftskunde 2, Stand: März 2010), Wien 2010.
- Autengruber Peter, Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung, Herkunft, frühere Bezeichnungen, Wien 2014.
- Autengruber Peter/Pichler Georg, 50 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten. Landesleitung Wien, Wien 1999.
- Bächer Georg, Das Aushungerungskartell, in: Lehner Peter Ulrich (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1983, S. 59–73.
- Bächer Georg, Der Feldzug gegen die Riunione, in: Lehner Peter Ulrich (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1983, S. 44–48.
- Bächer Georg, 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit im Versicherungsberufe 1901–1926, Wien 1926.
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Hg.): 30 Jahre Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Nr. 68, Wien 1993.

- Berger Peter, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2007.
- Bergmann Nadja/Sorger Claudia (Hg.), 40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik (Sozialpolitik in Diskussion Band 16), Wien 2016.
- Bermann Julius, Die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung in Österreich. Gründung, Entwicklung und Erfolge des Zentralvereines der Kaufmännischen Angestellten, Wien 1932.
- Blaich Robert, Der rote Riese wankt... 1988 – Vision. 1995 – Realität. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Österreich, Wien 1995.
- Blaschke Sabine, Der ÖGB: Gewerkschaftliche Reorganisation und Erneuerung, in: Kurswechsel 2 (2002) S. 89–101.
- Bödenauer Reinhard, Österreich: Kollektivverträge im Gesundheits- und Sozialwesen, in: Infodienst Krankenhäuser 28 (2005) S. 40–43.
- Botz Gerhard, Angestellte zwischen Ständegesellschaft, Revolution und Faschismus, in: Kocka Jürgen (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich seit dem späten 19. Jahrhundert, Göttingen 1981, S. 196–239.
- Botz Gerhard, Angestellte zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, in: Cerny Josef/Martinek Oswin/Weidenholzer Josef (Hg.), Arbeitswelt und Sozialstaat. Festschrift für Gerhard Weißenberg, Wien 1980, S. 45–71.
- Botz Gerhard, Der 15. Juli 1927, seine Ursache und Folgen, Wien 1972.
- Braun Helmut, Sozialpolitik in Österreich – Die „konkrete Utopie“ des Alfred Dallinger, in: Oswin Martinek u. a. (Hg.), Sozialpolitik und Sozialplanung. Festschrift für Alfred Dallinger zum 60. Geburtstag, Wien/München/Zürich 1986, S. 41–52.
- Broessler Agnes, „Es hat sich alles mehr um's Politische gehandelt!“ Wilhelmine Moik. Ein Leben für die gewerkschaftliche Frauenpolitik (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 16), Wien 2006.
- Brokes Philipp, COVID-19 und Arbeitsrecht: Die fünf häufigsten Fragen aus der aktuellen Rechtspraxis, in: DRdA-InfA 3 (2020) 196–198.
- Brügel Ludwig, Soziale Gesetzgebung in Österreich von 1848 bis 1918. Eine geschichtliche Darstellung mit einem Geleitwort des Staatssekretär Ferdinand Hanusch, Wien/Leipzig 1919.

- Buschak Willy, Edo Fimmen. Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung. Eine Biografie, Essen 2002.
- Butschek Felix, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 2011.
- Carlebach Emil/Schmidt Willy/Schneider Ulrich (Hg.), Buchenwald ein Konzentrationslager. Berichte – Bilder – Dokumente, Bonn 2000.
- Croner Fritz, Die Angestellten in der modernen Gesellschaft. Eine sozialhistorische und soziologische Studie, Wien 1954.
- Dachs Herbert, Die Pensionsreform 2003 – ein Musterbeispiel für Konkurrenzdemokratie?, in: Kopetz Hedwig/Marko Joseph/Poier Klaus (Hg.), Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation, Band 1, Wien/Köln/Weimar 2004, S. 523–535.
- Dachs Herbert u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006.
- Deutsch Julius, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Band 2, Wien 1932.
- Deutsch Julius, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Band 1, Wien 1929.
- Deutsch Julius, Tarifverträge in Österreich, Wien 1908.
- Dreidemy Lucile, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien 2014.
- Engel Reinhard, Der wankende Riese. Gewerkschaften zwischen Globalisierung und Krise der Sozialpartnerschaft, Wien 2006.
- Evers John, AK im Gegenwind, in: Arbeit & Wirtschaft 10 (2011) S. 22–23.
- Evers John, Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsgewerkschaftskommission und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914 (Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte 1), Wien 2010.
- Evers John, Die Partei des kleinen Mannes? Das Verhältnis der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zum ÖGB, Dipl.-Arb., Wien 2002.
- Fadler Astrid, Der Zukunft verpflichtet. Im Gedenken an den Visionär Alfred Dallinger, Wien 2014.

- Fehlinger Hans/Klenner Fritz, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Rückblick und Vorschau, Wien 1948.
- Filla Wilhelm (Hg.), Franz Senghofer. Ein Leben für die Arbeiterbildung, Wien 1984.
- Fischbacher Karl, Schwarz-blaue Absichten: Marginalisierung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, in: Dimmel Nikolaus/Schmee Josef (Hg.), Politische Kultur in Österreich 2000–2005, Wien 2005, S. 166–176.
- Garamvölgyi Judith, Betriebsräte und sozialer Wandel in Österreichs 1919/1920, Wien 1983.
- Göhring Walter, Adolf Czettel. Pragmatiker mit Visionen. Eine politische Biographie, Wien 2000.
- Göhring Walter (Hg.), Anna Boschek. Erste Gewerkschafterin im Parlament. Biographie einer außergewöhnlichen Arbeiterin (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 4), Wien 1998.
- Göhring Walter, Um Freiheit und Mitbestimmung. Die österreichischen Angestellten und ihre Gewerkschaften, Wien 1992.
- Göhring Walter/Jandl Claudia/Lichtenberger Sabine, Für Demokratie und sozialen Fortschritt. 50 Jahre Sozialakademie, Wien 2000.
- Göhring Walter/Pellar Brigitte, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern 13), Wien 2001.
- GPA (Hg.), Der Countdown läuft. Österreichs Arbeitnehmer auf dem Weg nach Europa, Wien 1993.
- GPA, 100 Jahre Angestelltengewerkschaften. Arbeit, Kampf und Erfolge der Interessenvertretung, Wien 1992.
- GPA, 100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten. Ein historisches Kursbuch 1892–1992, Wien 1991.
- GPA, Geschichte aktuell, 100 Jahre Angestellte, Wien 1991.
- GPA, GPA-Dokumentation 1945–1947. Von der Gründung bis zum 1. Gewerkschaftstag, Wien 1987.

- GPA, Die Angestellten und ihre Gewerkschaft. Aus der Geschichte für die Gegenwart lernen, Wien 1982.
- GPA (Hg.), Manfred Ackermann zum 80. Geburtstag am 1. November 1978, Wien 1978.
- GPA-djp, Arbeitszeitbilder. Das Modell 40–40–40, Wien 2010.
- Grandner Margarete, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, Wien 1992.
- Graphischer Bildungsverband der Gewerkschaft Druck und Papier (Hg.), 150 Jahre Gewerkschaft Druck und Papier 1842–1992, Wien 1992.
- Greif Wolfgang, Der Europäische Betriebsrat. Gewerkschaftliches Handbuch, 2. Auflage, Wien 2013.
- Grössl Franz, Die christlichen Gewerkschaften in Österreich, Wien 1975.
- Hauch Gabriella, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1918–1933 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7), Wien 1995.
- Häupl Michael/Nedwed Ernst/Pelinka Peter (Hg.), Gegen den Strom. Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels, Wien 1986.
- Häuser Rudolf, Dachau 1945. Letzte Tage im KZ – Evakuierung – Flucht, Wien 1995.
- Hillegeist Friedrich, Mein Leben im Wandel der Zeiten. Eine Selbstbiographie mit kritischen Betrachtungen, Wien 1974.
- Hillegeist Friedrich, Aus zwei Welten. Ausgewählte Gedichte und Aphorismen, Wien 1960.
- Hindels Josef, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934–1945, Wien 1976.
- Hindels Josef, Erinnerungen eines linken Sozialisten, Wien 1996.
- Holzer Karin, Johann Böhm. Eine Biographie, Wien 1998.
- Horaczek Nina, Streikjahr 2003. Von der sozialpartnerschaftlichen Konsens zur Konfliktdemokratie, Wien 2007.
- Horak Kurt (Hg.), ... glaubt an dieses Österreich. 50 Jahre ÖGB, Wien 1995.
- Hostasch Lore, 100 Jahre GPA – Bilanz und neue Ziele, in: 100 Jahre und kein bisschen leise. Jahrbuch des ÖGB 1993, Wien 1992, S. 73–84.

- Institut für Arbeitsmarktbetreuung Burgenland (Hg.), Visionen. Tabus der österreichischen „Sozial“politik (Alfred-Dallinger-Vermächtnissymposium), Oberwart 1989, S. 66–90.
- Karlhofer Ferdinand, Arbeitnehmerorganisationen, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 462–479.
- Karlhofer Ferdinand/Tálos Emmerich (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, Wien 2005.
- Karlsböck Edeltraud, Hillegeist Friedrich, Ein Politiker der „zweiten Reihe“ mit Ambitionen als Lyriker, verantwortlich für eines der wichtigsten Gesetzeswerke der Zweiten Republik, Univ.-Diss., Wien 2012.
- Karner Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017.
- Katzian Wolfgang/Bauer Lucia/Mum David (Hg.), Verteilen statt Verspielen. Wege zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, Wien 2012.
- Kepplinger Brigitte, Johann Böhm, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang Müller (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, S. 78–85.
- Kimml Anton, Jugendparlament der Ersten Republik. Der Jugendbeirat der Arbeiterkammer Wien 1924–1938, Wien/Köln/Stuttgart/Zürich 1965.
- Klenner Fritz/Pellar Brigitte, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999, Wien 1999.
- Klenner Fritz, Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung und Entwicklung, Wien 1981.
- Klenner Fritz, Die österreichischen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1928. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Band 1, Wien 1951.
- Klenner Fritz, Die österreichischen Gewerkschaften. Von 1928 bis 1953. Keine Zeitangaben Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Band 2, Wien 1953.
- Klenner Fritz, Die österreichischen Gewerkschaften. Von 1953 bis 1978. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Band 3, Wien 1979.
- Knotzer Emil, Vom Marktführer zur Insolvenz. Ursachen und Hintergründe für den Zusammenbruch der Konsumgenossenschaft Konsum Österreich reg.Gen.m.b.H. im Jahre 1995, in: Kühl Rainer/Rößl Dietmar/Brazda

- Johann (Hg.), Sozialwissenschaftliche Aspekte des Kooperations- und Genossenschaftsmanagements, Stuttgart 2012, S. 105–132.
- Kocka Jürgen (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 7), Göttingen 1981.
- Korotin Ilse (Hg.), BiografiA. Lexikon österreichischer Frauen, Band 1: A-H, Wien 2018.
- Kozak Wolfgang, Wichtiges aus dem Angestelltenrecht (Arbeitsrecht 14, Stand: März 2012), Wien 2012.
- Kriechbaumer Robert, Die Christlichsoziale Partei 1918 bis 1933/34, in: Karner, Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017, S. 137–145.
- Kriechbaumer Robert, „... Ständiger Verdruss und viele Verletzungen.“ Die Regierung Klima/Schüssel und die Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung 1997–2000, Wien/Köln/Weimar 2014.
- Kriechbaumer Robert, „Es reicht!“. Die Regierung Gusenbauer–Molterer. Österreich 2007/2008, Wien/Köln/Weimar 2016.
- Kriechbaumer Robert, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus, Wien/Köln/Weimar 2008.
- Kriechbaumer Robert, „Dieses Österreich retten“. Protokolle der Christlich-sozialen Parteitage der Ersten Republik, Wien/Köln/Weimar 2006.
- Krula Willy, Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945 (Gewerkschaftskunde 2, Stand: September 2002), Wien 2002.
- Kunz Johannes (Hg.), Anton Benya. Ansichten des Nationalrats- und ÖGB-Präsidenten, Wien 1992.
- Lackinger Franz-Josef, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung seit 1945 (Gewerkschaftskunde 3, Stand: September 2017), Wien 2017.
- Lakenbacher Ernst, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften. Geschichte und Gegenwart, Wien 1967.

- Landertshammer Franz, Der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs 1907–1927, Wien 1927.
- Lanzer Wanda/Herlitzka Ernst K., Victor Adler im Spiegel seiner Zeitgenossen, Wien 1968.
- Lappin Eleonore, Jüdische Lebenserinnerungen. Rekonstruktion von jüdischer Kindheit und Jugend im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 17–38.
- Lauber Volkmar/Pesendorfer Dieter, Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 607–623.
- Lederer Max, Grundriss des österreichischen Sozialrechtes, Wien 1929.
- Lehner Peter Ulrich (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1983.
- Lehner Peter Ulrich, Die Dienstpragmatik, in: Ders. (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellte, Wien 1983, S. 138–152.
- Lehner Peter Ulrich, Ein umfassendes gesellschaftliches Zentrum, in: Ders. (Hg.), Solidarität und Sicherheit. Zur achtzigjährigen Geschichte der Sektion Versicherung in der Gewerkschaft der Privatangestellte, Wien 1983, S. 161–180.
- Leichter Otto, Österreichs freie Gewerkschaften im Untergrund, Wien 1963.
- Leser Norbert (Hg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus, Wien 1965, S. 97–105.
- Lhotzky Peter (Hg.), Manfred Ackermann zum 100. Geburtstag, Wien 1998.
- Lichtenberger Sabine, „Wir müssen der Jugend mehr Rechte zusprechen“ – Bemerkungen zur Geschichte der innerbetrieblichen Mitbestimmung von Jugendlichen, in: Das Recht der Arbeit 2 (2019) S. 165-168.
- Lichtenberger Sabine, „Es ist ein gutes Gesetz geworden“. Bemerkungen zur politischen Genese des KV-Gesetzes 1947, in: Das Recht der Arbeit 5 (2017) S. 412–418.

- Lichtenberger Sabine, Anton Hueber (1861–1935), in: Österreichisches Biographisches Lexikon ab 1815, 2. überarbeitete Auflage, ÖBL Online-Edition, Lfg. 1 (1.3.2011), online: <http://www.biographien.ac.at> (2.8.2019).
- Lichtenberger Sabine/Sturm Michael, 50 Jahre Berufsförderungsinstitut. Ein kompetenter Bildungspartner, Wien 2009.
- Löschnigg Günther/Schnittler Christina/Löschnigg Matthias, Handels-KV 2019. Mit Erläuterungen zum Umstieg. 6., überarbeitete Auflage. Kommentierte Kollektivverträge 7, Wien 2019.
- Löschnigg Günther/Resch Reinhard, SWÖ-KV 2019 ehemals BAGS-KV. Kommentierte Kollektivverträge 5. 13., neu bearbeitete Auflage 2019.
- Lorenz Robert, Der ÖGB. Zur Geschichte und Zukunft österreichischer Gewerkschaften, Wien 2012.
- Luther Kurt Richard, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), in: Dachs Herbert u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 364–388.
- Luther Kurt Richard, Strategien und (Fehl-)Verhalten: Die Freiheitlichen und die Regierungen Schüssel I und II, in: Tálós Emmerich (Hg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des Neu-Regierens“, Wien/Münster 2006, S. 19–37.
- Maderthaner Wolfgang, Die österreichische Sozialdemokratie und das kommunale Aufbauwerk in Wien 1918–1934, in: Karner Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017, S. 161–169.
- Magaziner Alfred, Die Bahnbrecher. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1985.
- Magaziner Alfred, Die Wegbereiter. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1975.
- Martinek Oswald/Schultheis Gerfried, Alfred Dallinger. Sozialminister in schwerer Zeit. Ein Kämpfer gestern – heute – morgen, in: Martinek Oswald (Hg.), Sozialpolitik und Sozialplanung. Zum 60. Geburtstag von Alfred Dallinger, Wien 1986, S. 13–219.
- Martinek Oswin u. a. (Hg.), Sozialpolitik und Sozialplanung. Festschrift für Alfred Dallinger zum 60. Geburtstag, Wien/München/Zürich 1986.
- Martinek Oswin (Hg.), Arbeitswelt und Sozialstaat. Festschrift für Gerhard Weissenberg, Wien 1980.

- Mazohl Brigitte, Die Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Winkelbauer Thomas (Hg.), Geschichte Österreichs, 2. Auflage, Stuttgart 2015, S. 391–476.
- Mendel Marliese/Schneller Martina/Schissler Peter, 15 Jahre Kollektivvertrag für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung, Wien 2017
- Mesch Michael/Weigl Andreas, Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik, in: Mesch Michael u. a. (Hg.), Die Angestellten und die Klassengesellschaft (Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen 5), Wien 2010, S. 9–66.
- Mugrauer Manfred, Partei der ArbeiterInnenklasse. Zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Verankerung der KPÖ in den Jahren 1945–1955, in: Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen. 18. Jg., Nr. 4, Dezember 2011, 1–11.
- Mulley Klaus-Dieter/Lichtenberger Sabine, Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB (Gewerkschaftskunde 8, Stand: Februar 2020), Wien 2020.
- Mulley Klaus-Dieter, Die Kammern für Arbeiter und Angestellte (Gewerkschaftskunde 7, Stand: November 2017), Wien 2017.
- Mulley Klaus-Dieter, Von der NSBO zur Deutschen Arbeitsfront (DAF), in: Berger Heinz (Hg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gerhard Botz, Wien 2011, S. 193–214.
- Narozny Eduard, Die Geschichte der Gewerkschaft Druck und Papier. Von der Gründung im Jahre 1842 bis zum Jubiläum des einhundertfünfundsiebenzigjährigen Bestandes im Jahre 1967, Wien 1967.
- Nekula-Berton Franz, Karl Pick. Aus seinem Leben, aus seinem Werk. Ein biographischer Querschnitt nach Dokumenten und persönlichen Erinnerungen seiner Mitarbeiter, Wien 1967.
- Neugebauer Wolfgang, Der österreichische Widerstand 1938–1945, Wien 2008.
- Neugebauer Wolfgang, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975.
- Neugebauer Wolfgang/Schwarz Peter, Stacheldraht, mit Tod geladen ... Der Erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, Wien 2008.

- Oberhuber Florian/Holzer Andreas/Ogris Günther/Zandonella Martina, Arbeiterkammerwahlen in Österreich 1949-2014, in: SWS-Rundschau 4 (2014) S. 235–401.
- ÖGB (Hg.), 70 Jahre Gerechtigkeit für Frauen, Wien 2015.
- ÖGB/GPA, 40 Jahre Frauenabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, Wien 1987.
- Ondraschek Richard, Vom 1. bis zum 18. ÖGB-Bundeskongress (Gewerkschaftskunde 5, Stand: September 2014), Wien 2015.
- Ondraschek Richard, Was sind Gewerkschaften? (Gewerkschaftskunde 1, Stand: April 2017), Wien 2017.
- Otruba Gustav, Privatbeamten-, Handlungsgehilfen- und Angestelltenorganisationen. Ihr Beitrag zur Entstehung des österreichischen Angestelltenpensionsversicherungsgesetzes. Unter besonderer Berücksichtigung des Angestelltenbegriffes, in: Jürgen Kocka (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 7), Göttingen 1981, S. 240–256.
- Paiha Klaudia/Kolm Paul/Koza Markus, Der ÖGB im Reformfieber – neue Wege oder alte Pfade?, in: Kurswechsel 2 (2002) S. 77–88.
- Pasteur Paul, Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934–1938, Innsbruck 2008.
- Peissl Walter, Das „bessere“ Proletariat. Angestellte im 20. Jahrhundert (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 4), Wien 1994.
- Pellar Brigitte, Organisatoren, Kommunikatoren. Juden als Funktionsträger der Freien Gewerkschaften – eine erste Skizze, in: Kuretsidis-Haider Claudia/Schindler Christine (Hg.), Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, Wien 2017, S. 39–52.
- Pellar Brigitte, 120 Jahre Mission Gerechtigkeit. Der große Gewerkschaftskongress und der Weg ins Heute (Zeitgeschichte und Politik 8), Wien 2014.
- Pellar Brigitte, Eine andere Geschichte. Gewerkschaft, soziale Verantwortung und menschliche Politik (Ausgabe GPA-djp), Wien 2008.
- Pellar Brigitte, Der ÖGB – ein Teil von Österreich. Ein Rückblick und Ausblick aus Anlass der Gründung des österreichischen Gewerkschaftsbunds vor 60 Jahren, in: ÖGB, Jahrbuch des ÖGB, Wien 2005, S. 46–69.

- Pellar Brigitte, Die gewerkschaftliche Organisation der Privatangestellten in Gegenwart und Vergangenheit (Gewerkschaftskunde Spezialinformation 1, Stand: Juli 1997), Wien 1997.
- Pernicka Susanne/Stern Sandra, Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (2011) S. 335–355.
- Pick Karl, Erwecker und Lehrer der Angestellten. Aus der Rede anläßl. des 100. Geburtstages Karl Picks, gehalten bei einer Gedenkkundgebung der Sektion Handel der Gewerkschaft der Privatangestellte, Wien 1968.
- Püringer Joe, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Österreich (Ausbildung zur Sicherheitsfachkraft 1), online: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/file?pi=AC12160373&file...pdf> (26.02.2019).
- Rathkolb Oliver, Demokratieentwicklung in Österreich, in: Das Jahr der Jubiläen (60 Jahre ÖGB, 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag), Jahrbuch des ÖGB 2005, Wien 2005, S. 84–96.
- Rathkolb Oliver, Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945), in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs, 2. Auflage, Stuttgart 2015, S. 477–524.
- Rathkolb Oliver, Die Zweite Republik (seit 1945), in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Geschichte Österreichs, 2. Auflage, Stuttgart 2015, S. 525–594.
- Rathkolb Oliver, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2019, Innsbruck/Wien 2011.
- Rauchensteiner Manfred, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, Wien/Köln/Weimar 2017.
- Reichhold Ludwig, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs, Wien 1987.
- Resch Andreas, Die österreichische Industrie während der Zwischenkriegszeit, in: Karner Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017, S. 247–258.
- Rosner Robert, Helfer für Oskar Schindler, in: Zwischenwelt. Literatur/Widerstand/Exil 4 (2014) S. 57.
- Röder Werner, Strauss Herbert A., Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Band 1: Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben, München 1980.

- Röll Wolfgang, Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945, Göttingen 2000.
- Sallmutter Hans (Hg.), Nachdenken über die EU – Vordenken für Europa. Gewerkschaftliche Impulse und Entwürfe für ein soziales Europa, Wien 2003.
- Sallmutter Hans, Träumen nach vorn!, in: Forum 12 (1994) S. 11–15.
- Sandgruber Roman, Österreichs Wirtschaft 1918–1938. Überblick und Weichenstellungen in: Karner Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017, S. 235–246.
- Scherr Friederike, Sein Weg – 100 Jahre Anton Benya, Wien 2012.
- Schmidlechner Karin M., Frauen in Österreich zwischen 1918 und 1938, in: Karner Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017, S. 313–319.
- Schmit Georg-Hans, Die christliche Arbeiterbewegung 1933–1946. Vom Untergang der Demokratie bis zum Beginn der Zweiten Republik (Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte 2), Wien 2013.
- Schober Andrea/Stix Wolfgang, Callcenter-Agent? Call GPA! Zur Organisation von atypisch Beschäftigten am Beispiel der Callcenter Kampagne der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, in: Wall-Strasser Sepp u. a. (Hg.), Gewerkschaften und atypische Beschäftigung: Interessen – Überzeugungen – Mitglieder, Wien 2008, S. 204–212.
- Schönberger Pia, Das Anhaltelager Wöllersdorf. Politik und Zeitgeschichte 1933–1938. Strukturen, Brüche, Erinnerungen, Wien 2015.
- Schübl Elmar, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen“, in: Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (Hg.), Hans Sallmutter. Unbeugsamer Menschenfreund, Wien 2015, S. 8–43.
- Schwarz Peter, Österreich nach Hitler. Neuordnungspläne im österreichischen Exil, in: Claus Dieter Krohn (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 2008, S. 660–678.
- Seidel Richard, 25 Jahre Bund der Industriangestellten Österreichs 1906–1931, Wien 1931.
- Sprenger Martin, Das Corona-Rätsel. Tagebuch einer Pandemie, Wien 2020.
- Steiner Guenther, Ein verlässlicher Partner für's Leben. Soziale Sicherheit von der industriellen Revolution bis in das digitale Zeitalter, Wien 2018.

- Steiner Guenther, 60 Jahre ASVG, in: Soziale Sicherheit 1 (2016) S. 5–14.
- Steiner Guenther, Ein Mann und sein Plan. Friedrich Hillegeist in der österreichischen Sozialversicherung, Wien 2013.
- Steiner Guenther, Johann Böhm in der österreichischen Sozialversicherung, Wien 2011.
- Steiner Guenther, Sechzig Jahre Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Geschichte des Hauptverbandes und der Sozialgesetzgebung der 2. Republik, Wien o. J.
- Steiner Guenther, Visionär der Sozialversicherung. Zum 40. Todestag von Friedrich Hillegeist, online: <http://www.hauptverband.at/cdscontent/load?contentid=10008.564193&version=1391184543> (20.2.2019).
- Stern Sandra/Schönauer Annika/Holtgrewe Ursula (Hg.), Service um jeden Preis? Arbeiten im Callcenter, Wien 2010.
- Stern Sandra, „Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften“, Dipl.-Arb., Wien 2010.
- Stubenvoll Karl, Die christliche österreichische Arbeiterbewegung 1918–1934, Univ.-Diss., Wien 1982.
- Swietly Ernst A./Okresek Wilhelm, Der Bankkrach. Der große Absturz der Bawag, Wien 2007.
- Sykora Christoph, Organisation als zentrale gewerkschaftliche Herausforderung – Einblicke in die gewerkschaftliche Strategielandkarte der GPA-djp, in: Wall-Strasser Sepp u. a. (Hg.), Gewerkschaften und atypische Beschäftigung: Interessen – Überzeugungen – Mitglieder, Wien 2008, S. 122–128.
- Szymanski Eva Elisabeth, Innenansichten. Zeiten, Ideen, Menschen, Wien 2015.
- Tálos Emmerich, Zwischen Ausbau und Abbau – Sozialpolitik 1918–1938, in: Karner Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck 2017, S. 269–282.
- Tálos Emmerich, Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Dachs Herbert u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 425–442.

- Tálos Emmerich, Sozialpolitik. Zwischen Expansion und Restriktion, in: Dachs Herbert u. a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 624–636.
- Tálos Emmerich, Vom Vorzeige- zum Auslaufmodell? Österreichs Sozialpartnerschaft 1945 bis 2005, in: Karlhofer Ferdinand/Tálos Emmerich (Hg.), Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven, Wien 2005, S. 185–212.
- Tálos Emmerich, Alfred Dallinger in: Dachs Herbert/Gerlich Peter/Müller Wolfgang C. (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien 1995, S. 110–117.
- Tálos Emmerich, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. Rekonstruktion und Analyse, Wien 1981.
- Tálos Emmerich/Fink Marcel, Sozialpartnerschaft: Ein zentraler Gestaltungsfaktor im Österreich der Zweiten Republik, in: Krempl Mathias/Thaler Johannes (Hg.), 100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung, Göttingen 2017, S. 159–182.
- Tálos Emmerich/Fink Marcel, Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet, in: Karner Stefan/Mikoletzky Lorenz (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen 2008, S. 229–240.
- Tálos Emmerich/Obinger Herbert, Schwarz–Blaue Sozialpolitik, in: Emmerich Tálos (Hg.), Schwarz–Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 188–207.
- Tálos Emmerich unter Mitarbeit von Wenninger Florian, Das austrofaschistische Österreich 1933–1938, Wien 2017.
- Traxler Franz/Pernicka Susanne, ÖGB – Krise als Chance?, in: Kurswechsel 3 (2006) S. 97–100.
- Tudyka Kurt P., Internationale Berufssekretariate, in: Siegfried Mielke (Hg.), Internationales Gewerkschafts-Handbuch, Wiesbaden 1983.
- Vocelka Karl, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, 5. Auflage, Graz/Wien/Köln 2000.
- Wabnegg Herbert, Wahlbeteiligung und Mitgliederbefragung, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Sonderheft 2002, S. 27–31.

- Wall-Strasser Sepp u. a. (Hg.), *Gewerkschaften und atypische Beschäftigung: Interessen – Überzeugungen – Mitglieder*, Wien 2008.
- Wbroblewski Angela, *Leiharbeit in Österreich. Übergangslösung oder Sackgasse?* (Reihe Soziologie/Sociological Series 48), Wien 2001.
- Weber Fritz, *Vor dem großen Krach. Österreichs Bankwesen der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe*, Wien/Köln/Weimar 2016.
- Weber-Felber Ulrike, *Gewerkschaften in der Ersten Republik*, in: Tólos Emmerich u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien 1995, S. 319–338.
- Wenninger Florian/Dreidemy Lucile (Hg.), *Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien 2013.
- Winkelbauer Thomas (Hg.), *Geschichte Österreichs. 2. Auflage*, Stuttgart 2015.
- Wirth Maria/Röhrlich Elisabeth, „Für ein modernes Österreich“. Die Ära Kreisky (1970–1983), in: Fischer Heinz (Hg.) unter Mitarbeit von Huber Andreas und Neuhäuser Stephan, *100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte 1918–2018*, Wien 2018, S. 190–202.
- Wirth Maria, *AktivistInnen für Reformen, Umweltschutz und Frieden: Die Neuen sozialen Bewegungen im Österreich der 1960er bis 1980er Jahre*, in: *Erziehung und Unterricht 3/4* (2018) S. 241–248.
- Wodrazka Paul Bernhard, *Die christliche Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart im Kontext mit der wirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Entwicklung in Österreich (Politik und Zeitgeschehen 15, Stand: März 2007)*, Wien 2007.
- Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (Hg.), *60 Jahre Wohnbauvereinigung für Privatangestellte*, Wien 2013.
- Wroblewski Andrea, *Leiharbeit in Österreich: Übergangslösung oder Sackgasse* (IHS Sociological Series Working Paper 48), Wien 2001.
- Zangl Alfred, *Die Gutsangestellten 1879–1979. 100 Jahre österreichische Gutsbeamtenorganisation. Festschrift der Gewerkschaft der Privatangestellten Sektion Land- und Forstwirtschaft*, Wien 1979.
- Zusammen. *Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022*, Wien 2017.

Interviews

Interview mit Franz Bittner am 20.4.2018
Interview mit Reinhard Bödenauer am 30.5.2018
Interview mit Werner Drizhal am 7.5.2018
Interview mit Karl Dürtscher am 25.1.2019
Interview mit Ilse Fetik am 28.6.2018
Interview mit Wolfgang Greif am 15.1.2018 und 16.2.2018
Interview mit Renate Hoffmann am 28.6.2018
Interview mit Eleonora Hostasch am 21.2.2018
Interview mit Wolfgang Katzian am 7.2.2018
Interview mit Martin Panholzer am 11.1.2018
Interview mit Erich Reichelt am 12.2.2018
Interview mit Hans Sallmutter am 4.5.2018
Interview mit Dwora Stein am 12.12.2017, 7.2.2018 und 28.6.2018
Interview mit Sandra Stern am 28.2.2018
Interview mit Christoph Sykora am 7.5.2018
Interview mit Barbara Teiber am 25.1.2019
Interview mit Fritz Verzetnitsch am 3.5.2018
Interview mit Heinz Vogler am 9.5.2018

Periodika

Der Privatangestellte 1946–1989
Angestelltenjournal 1989–1993
Kompetenz 1994–2018
ÖGB, Tätigkeitsbericht 1945–1996
ÖGB, Jahresbericht 1996–2006

Archive

AK Wien: Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, AK-Archiv; SOWI-DOK – Sozialwissenschaftliche Dokumentation

GPA-djp/Archiv (Karin Gregor)

GPA-djp/Büro des Vorsitzenden: Wolfgang Katzian (Archiv Ursula Voyta)

GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Dwora Stein)

GPA-djp/Bundesgeschäftsführung: Dwora Stein (Archiv Ursula Mehl)

GPA-djp/Archiv Christoph Sykora

GPA-djp/Archiv Martin Panholzer

GPA-djp/Archiv Wolfgang Greif

Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien: Trend-Profil-Archiv

ÖGB: Archiv

ÖGB/Büro des Präsidenten: Wolfgang Katzian (ab Juni 2018)

Bildnachweis

AZ-Tagblatt: Abbildung 20

Der Kuckuck, 25. Mai 1930, S. 4: Abbildung 3

GPA-djp: Abbildung 26, 29, 30, 31, 32, 34, 35, 38, 40, 41, 42, 43

GPA-djp/Archiv: Abbildung 8, 13, 23

ÖGB-Archiv: Abbildung 12, 37, 39

Abbildung 1, 7 (Foto: Theo Bauer)

24 (Foto: Alfred Cermak)

16 17, 18, 19 (Foto: Czerny)

21, 25, 27 (Foto: Haslinger)

28 (Foto: Häusler)

9, 14, 15 (Foto: Kammler)

33, 36, 44 (Foto: Michael Mazohl)

45 (Foto Daniel Novotny)

22 (Foto: Tögel)

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung: Abbildung 2, 4, 5, 6

Wiener Stadt- und Landesarchiv: Abbildung 10

Wirth Maria: Abbildung 11

Anhang

ÖGB- Mitglieder seit 1945 (jeweils Stand 31.12.)

Jahr	Gesamt	Männer in %	Frauen in %
1945	298.417		
1946	924.274		
1947	1,238.088	73,5	26,5
1950	1.290.581	74,1	25,9
1955	1.398.446	73,5	26,5
1960	1.501.047	71,9	28,1
1965	1.542.813	71,9	28,1
1970	1.520.259	72,5	27,5
1975	1.587.500	71,6	28,4
1980	1.660.985	70	30
1985	1.671.381	69,2	30,8
1990	1.644.841	68,9	31,1
1995	1.583.356	68,3	31,7
1996	1.535.053	68,3	31,7
1997	1.497.584	68,3	31,7
1998	1.480.016	68,2	31,8
1999	1.465.164	67,9	32,1
2000	1.442.393	67,7	32,3
2001	1.421.027	67,7	32,4
2002	1.406.519	67,2	32,8
2003	1.385.200	66,9	33,1
2004	1.357.933	66,8	33,2
2005	1.335.421	67	33
2006	1.272.011	66,7	33,3
2007	1.247.795	65,9	34,1
2008	1.238.590	66	34
2009	1.222.190	65,6	34,4
2010	1.211.111	65,4	34,6
2011	1.205.878	65,3	34,7
2012	1.203.441	65,1	34,9
2013	1.198.649	64,9	35,1
2014	1.198.071	64,7	35,3
2015	1.196.538	64,5	35,5
2016	1.200.889	64,2	35,8
2017	1.205.698	64,1	35,9
2018	1.211.465	63,9	36,1
2019	1,216.810	63,6	36,4

Quelle: ÖGB

GPA-/GPA-djp-Mitglieder seit 1945 (Stand jeweils 31.12.)

Jahr	Gesamt	Männer in %	Frauen in %
1946	114.805		
1947	151.004	60,2	39,8
1950	138.193	65,2	34,8
1955	179.506	61	39
1960	224.950	57	43
1965	259.920	56,3	43,7
1970	263.565	57,6	42,4
1975	300.127	58,2	41,8
1980	338.290	57,2	42,8
1985	347.215	57	43
1990	337.564	56,5	43,5
1995	326.552	56,3	43,7
1996	315.434	56,6	43,4
1997	301.579	56,9	43,1
1998	298.044	57	43
1999	294.964	57	43
2000	286.576	56,9	43,1
2001	284.633	56,6	43,4
2002	287.558	56,4	43,6
2003	285.601	56,3	43,7
2004	276.313	56,4	43,6
2005	277.015	56,3	43,7
2006	265.350	56,3	43,7
2007	265.297	56,3	43,7
2008	265.320	56,6	43,4
2009	267.802	56,2	43,8
2010	269.103	55,9	44,1
2011	269.767	55,6	44,4
2012	273.970	55,3	44,7
2013	275.455	55	45
2014	277.792	54,5	45,5
2015	276.632	54,2	45,8
2016	278.083	53,8	46,2
2017	278.292	53,8	46,2
2018	280.633	53,6	46,4
2019	282.435	53,3	46,7

Quelle: ÖGB

Gewerkschaften: Mitglieder seit 1947 (Stand: jeweils 31.12.)

Gewerkschaft	1947	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Angestellte in der Privatwirtschaft		151.004	60,2	39,8	12,2
Öffentlich Angestellte		112.056	69,8	30,2	9
Gemeindeangestellte		97.876	69,5	30,5	7,9
Angestellte der freien Berufe		27.377	67,9	32,1	2,2
Bau- und Holzarbeiter		174.572	94,2	5,8	14,1
Arbeiter der chemischen Industrie		45.314	75,3	24,7	3,7
Eisenbahnbedienstete		112.034	93,7	6,3	9
Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe		24.118	56,2	43,8	1,9
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter		25.945	86,6	13,4	2,1
Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe		26.158	41,5	58,5	2,1
Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft		42.776	79,2	20,8	3,5
Lebens- und Genußmittelarbeiter		45.708	72,7	27,3	3,7
Metall- und Bergarbeiter		189.887	87,8	12,2	15,3
Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter		89.947	36	64	7,3
Post- und Telegraphenbedienstete		89.262	73,4	26,6	3,2
Arbeiter der persönlichen Dienstleistungen		34.054	24,9	75,1	2,8
Gesamt		1.288.088	73,5	26,5	100

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	1950	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Angestellte in der Privatwirtschaft		138.193	65,2	34,8	10,7
Öffentlich Angestellte		105.993	72,5	27,5	8,2
Gemeindebedienstete		112.086	73,2	26,8	8,7
Angestellte der freien Berufe		21.180	69,8	30,2	1,6
Bau- und Holzarbeiter		172.757	94,7	5,3	13,4
Arbeiter der chemischen Industrie		55.060	75,7	24,3	4,3
Eisenbahner		117.875	94	6	9,1
Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe		22.441	61,7	38,3	1,7
Bedienstete im Handel, Transport und Verkehr		24.656	78,6	21,4	1,9
Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe		19.493	43,9	56,1	1,5
Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft		66.502	76,7	23,3	5,2
Lebens- und Genußmittelarbeiter		50.047	64,8	35,2	3,9
Metall- und Bergarbeiter		202.649	86,6	13,4	15,7
Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter		109.227	34,8	65,2	8,5
Post- und Telegraphenbedienstete		40.488	75,7	24,3	3,1
Arbeiter für persönliche Dienstleistungen und der Vergnügungsbetriebe		31.934	21,1	78,9	2,5
Gesamt		1.290.581	74,1	25,9	100

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	1960	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Angestellte in der Privatwirtschaft		224.950	57	43	15
Öffentlich Bedienstete		116.918	69,8	30,2	7,8
Gemeindebedienstete		117.787	66,3	33,7	7,8
Kunst und freie Berufe		16.467	68	32	1,1
Bau- und Holzarbeiter		192.257	95,8	4,2	12,8
Arbeiter der chemischen Industrie		66.014	74,6	25,4	4,4
Eisenbahner		124.492	94,7	5,3	8,3
Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe		25.102	65,3	34,7	1,7
Bedienstete im Handel, Transport und Verkehr		25.108	73,4	26,6	1,7
Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe		13.796	38,7	61,3	0,9
Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft		67.644	74,5	25,5	4
Lebens- und Genußmittelarbeiter		58.755	62,5	37,5	3,9
Metall- und Bergarbeiter		274.753	84,1	15,9	18,3
Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter		104.724	28,9	71,1	7
Post- und Telegraphenbedienstete		49.183	80,2	19,8	3,3
Arbeiter für persönliche Dienstleistungen und der Vergnügungsbetriebe		23.097	6,1	93,9	1,5
Gesamt		1.501.047	71,9	28,1	100

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	1970	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Privatangestellte		263.565	57,6	42,4	17,3
Öffentlich Bedienstete		129.414	67,4	32,6	8,5
Gemeindebedienstete		136.340	60,1	39,9	9
Kunst und freie Berufe		15.440	69,4	30,6	1
Bau- und Holzarbeiter		192.032	96,1	3,9	12,6
Arbeiter der chemischen Industrie		69.919	75,7	24,3	4,7
Eisenbahner		120.127	94,8	5,2	7,9
Druck und Papier		25.344	74,6	25,4	1,7
Bedienstete im Handel, Transport und Verkehr		27.233	71,1	28,9	1,8
Gastgewerbliche Arbeitnehmer		17.122	40,7	59,3	1,1
Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft		39.074	81,8	18,2	2,6
Lebens- und Genußmittelarbeiter		50.578	67,5	32,5	3,3
Metall- und Bergarbeiter		283.006	83,5	16,5	18,6
Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter		69.146	30,7	69,3	4,5
Post- und Telegraphenbedienstete		60.625	79,4	20,6	4
Persönlicher Dienst		21.314	7,7	92,3	1,4
Gesamt		1.520.259	72,5	27,5	100

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	1980	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Privatangestellte		338.290	57,2	42,8	20,4
Öffentlicher Dienst		193.716	61,4	38,6	11,7
Gemeindebedienstete		158.647	57,3	42,7	9
Kunst, Medien, freie Berufe		16.584	68,9	31,1	1
Bau- und Holzarbeiter		197.755	96,2	3,8	11,9
Chemiearbeiter		64.824	77,5	22,5	3,9
Eisenbahner		117.464	94,2	5,8	7,1
Druck und Papier		24.280	74,2	25,8	1,5
Handel, Transport, Verkehr		35.330	65,1	34,9	2,1
Hotel, Gastgewerbe, persönlicher Dienst*		43.378	27,6	72,4	2,6
Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft		20.679	85,4	14,6	1,2
Lebens- und Genußmittelarbeiter		46.079	67,5	32,5	2,8
Metall-Bergbau-Industrie		273.841	81,4	18,6	16,5
Textil, Bekleidung, Leder		60.224	27,6	72,4	3,6
Post- und Fernmeldebedienstete		70.074	79	21	4,2
Gesamt		1.660.985	70	30	100

* entstanden durch die Fusion der Gewerkschaft gastgewerblicher Arbeitnehmer und der Gewerkschaft für persönliche Dienste 1978

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	1990	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Privatangestellte		337.564	56,5	43,5	20,5
Öffentlicher Dienst		230.570	57,9	42,1	14
Gemeindebedienstete		172.792	54,9	45,1	10,5
Kunst, Medien, freie Berufe		16.276	68,6	31,4	1
Bau- und Holzarbeiter		185.065	96	4	11,3
Chemiearbeiter		56.998	81,2	18,8	3,5
Eisenbahner		114.721	93,9	6,1	7
Druck und Papier		23.362	76,3	23,7	1,4
Handel, Transport, Verkehr		37.885	64,9	35,1	2,3
Hotel, Gastgewerbe, Pers. Dienst		53.656	27,5	72,5	3,3
Land-Forst-Garten		18.387	86,6	13,4	1,1
Lebens- und Genußmittelarbeiter		39.517	71,2	28,8	2,4
Metall-Bergbau-Energie		239.839	82	18	14,6
Textil, Bekleidung, Leder		38.094	28,4	71,6	2,3
Post- und Fernmeldebedienstete		80.145	77,3	22,7	4,9
Gesamt		1.644.841	68,9	31,1	100

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	2000	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Privatangestellte		286.576	56,9	43,1	19,9
Öffentlicher Dienst		234.187	52,5	47,5	16,2
Gemeindebedienstete		174.677	50,6	49,4	12,1
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe		15.694	69,4	30,6	1,1
Bau-Holz		159.985	95,6	4,4	11,1
Chemiearbeiter		35.940	85	15	2,5
Eisenbahner		99.052	93,7	6,3	6,9
Druck und Papier		18.045	85,2	14,8	1,3
Handel, Transport, Verkehr		35.099	63,7	36,3	2,4
Hotel, Gastgewerbe, Pers. Dienst		50.032	27,2	72,8	3,5
Post- und Fernmeldebedienstete		75.579	75,6	24,4	5,2
Agrar-Nahrung-Genuss		40.797	76,8	23,2	2,8
Metall-Textil*		216.730	81,1	18,9	15
Gesamt		1.442.393	67,7	32,3	100

* entstanden durch die Fusion der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie mit der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	2010	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP)*		269.103	55,9	44,1	22,2
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)		232.065	47,1	52,9	19,2
Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe (GdG –KMSfB)**		156.115	50,7	49,3	12,9
Gewerkschaft Bau Holz (GBH)		117.623	97,1	2,9	9,7
Vida***		152.460	67,2	32,8	12,6
Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) GPF		53.730	76,1	23,9	4,4
Produktionsgewerkschaft PRO-GE****		230.015	84,9	15,1	19
Gesamt		1.211.111	65,4	34,6	100

* entstanden durch die Fusion der Gewerkschaft der Privatangestellten mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier 2006

** entstanden durch die Fusion der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit der Gewerkschaft Kultur, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe 2009

*** entstanden durch die Fusion der Gewerkschaft der Eisenbahner, der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst und der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr 2006

**** entstanden durch Fusion aus Gewerkschaft Metall–Textil–Nahrung (Fusion aus Gewerkschaft Metall–Textil mit der Gewerkschaft Agrar–Nahrung–Genuss) mit der Gewerkschaft der Chemiearbeiter 2009

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	2015	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)		276.632	54,2	45,8	23,1
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)		240.140	45,5	54,5	20,1
yunion*		149.754	49,3	50,7	12,5
Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)		116.678	97	3	9,8
Vida		135.566	68,1	31,9	11,3
Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF)		47.641	76,9	23,1	4
Produktionsgewerkschaft PRO-GE		230.127	85,2	14,8	19,2
Gesamt		1.196.538	64,5	35,5	100

* vormals Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport und freie Berufe

Quelle: ÖGB

Gewerkschaft	2018	Mitglieder	Anteil Männer	Anteil Frauen	Anteil am Gesamtstand der ÖGB-Mitglieder
Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)		280.633	53,6	46,4	23,2
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)		251.136	44,5	55,5	20,7
younion		146.065	48,6	51,4	12,1
Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)		117.865	96,7	3,3	9,7
Vida		133.678	68,1	31,9	11
Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF)		45.013	76,7	23,3	3,7
Produktionsgewerkschaft PRO-GE		237.075	85,2	14,8	19,6
Gesamt		1.211.465	63,9	36,1	100

Quelle: ÖGB

Wirtschaftsbereiche der GPA-djp (August 2020)

Wirtschaftsbereich 1	Bergwerke/Eisen/Gießerei
Wirtschaftsbereich 2	Metall, Maschinen-, Fahrzeugbau
Wirtschaftsbereich 3	Elektro/Elektronik
Wirtschaftsbereich 4	Energie
Wirtschaftsbereich 5	Papier/Papierindustrie
Wirtschaftsbereich 6	Chemie/Kunststoff/Glas
Wirtschaftsbereich 7	Stein und Keramik/Holz/Säge
Wirtschaftsbereich 8	Druck/Kommunikation/Papierverarbeitung
Wirtschaftsbereich 9	Land- und Forstwirtschaft/ Nahrung/Genuss
Wirtschaftsbereich 10	Textil/Bekleidung/Schuh
Wirtschaftsbereich 11	Bau/Wohnbau
Wirtschaftsbereich 12	Handel
Wirtschaftsbereich 13	Verkehr
Wirtschaftsbereich 14	Glücksspiel/Tourismus/Freizeit
Wirtschaftsbereich 15	Wirtschaftsdienstleistungen u. sonstiges Gewerbe
Wirtschaftsbereich 16	Forschung/Bildung/Kultur/Organisationen
Wirtschaftsbereich 17	Gesundheit/Soziale Dienstleistung/Kinder- und Jugendwohlfahrt
Wirtschaftsbereich 18	2016 in den Wirtschaftsbereich 16 integriert
Wirtschaftsbereich 19	Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen
Wirtschaftsbereich 20	Sozialversicherung
Wirtschaftsbereich 21	Banken u. Nationalbank/Kreditkarten- gesellschaften
Wirtschaftsbereich 22	Sparkassen
Wirtschaftsbereich 23	Volks-, Hypobanken/Raiffeisen
Wirtschaftsbereich 24	Versicherungen
Wirtschaftsbereich 25	Medien
Wirtschaftsbereich 26	ORF und Töchter

Interessengemeinschaften der GPA-djp (August 2020)

IG Professional	Interessengemeinschaft für Führungskräfte und FachexpertInnen
IG Flex	Interessengemeinschaft für Menschen mit atypischen Beschäftigungen
IG Social	Interessengemeinschaft für Menschen in Gesundheits- und Sozialberufen sowie Interessierte
IG IT	Interessengemeinschaft für Menschen in IT-Berufen
IG Education	Interessengemeinschaft für Menschen im Bildungsbereich
IG External	Interessengemeinschaft für alle, die viel oder überwiegend außerhalb des Betriebes arbeiten
IG Migration	Interessengemeinschaft für MigrantInnen
IG Point-Of-Sale	Interessengemeinschaft für Menschen in Verkaufs- und kommerziellen Beratungsberufen

Internationale Mitgliedschaften der GPA-djp (August 2020)

Branchenverbände auf europäischer und internationaler Ebene

UNI Global Union	gewerkschaftliche Dienstleistungsinternationale
UNI Europa	Europäische Dienstleistungsinternationale
IndustiALL Europe	Europäischer Dachverband der Industriegewerkschaften
EPSU	Europäischer Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst
ETF	Europäische Transportgewerkschaft
EFFAT	Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungsmittel- und Tourismussektor
IJF	Internationale Journalisten-Föderation
EFJ	Europäische Journalismus Gewerkschaft
WOW	Weltorganisation der Arbeitnehmer

Gewerkschaftliche Dachverbände (August 2020)

IGB Internationaler Gewerkschaftsbund
EGB Europäischer Gewerkschaftsbund

Personenregister

- Ackermann, Manfred 51, 74
Adler, Friedrich 37
Adler, Victor 20, 37
Allina, Heinrich 28, 29, 38, 50, 53, 66
Altenburger, Erwin 79, 106
Androsch, Hannes 121
- Bauer, Otto 59
Beck, Wilhelm 210
Bennett, Philipp R. 217, 223
Benya, Anton 106, 112, 126, 137, 257
Berger, Margarete 125
Bermann, Julius 24, 75
Bierlein, Brigitte 254, 265
Bittner, Franz 13, 210, 229, 230
Blair, Tony 174
Bödenauer, Reinhard 13, 203
Böhm, Johann 77, 79, 90, 93, 99, 105, 112, 118, 257
Borgula, Karl 19
Boschek, Anna 19, 21, 47
Braun, Helmut 125, 144
Breitner, Hugo 29, 74
Broczyner, Alfred 27, 51, 66
- Csörgits, Renate 128
Czernetz, Carl 51
Czettel, Adolf 145
- Dallinger, Alfred 11, 13, 95, 119, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 141, 144, 145, 147, 148, 149, 151, 152, 154, 157, 167, 169, 170, 173, 215, 257
- Deutsch, Julius 59
Dinterer, Friedrich 94, 95
Dollfuß, Engelbert 47
Drizhal, Werner 13
Dürtscher, Karl 13, 216, 257, 258, 259, 260, 261, 274
- Eisler, Mathilde 51, 75
Eksl, Josef 74, 96, 125
Ellenbogen, Wilhelm 65
Elsner, Helmut 222
Exner, Ludwig 19
- Faymann, Werner 232, 241
Ferdinand, Franz 35, 36
Ferenz, Marie 84
Fetik, Ilse 13, 246
Fiala, Gottlieb 80
Figl, Leopold 77, 78
Fischer, Heinz 121
Flöttl, Walter 222
Flöttl, Wolfgang 222
Foglar, Erich 218, 241, 257
Franz Ferdinand 36
Franz Joseph I. 35
Frauenberger, Sandra 192
Frühbauer, Erwin 115
- Garcia, Michael J. 223
Gottlieb, Anton 83, 84
Gregor, Karin 13
Greif, Wolfgang 13, 204
Gritz, Josef 260
Gründler, Manfred 197
Gudenus, Johann 264
Gusenbauer, Alfred 224

- Habsburg, Otto 113
Hackl, Michael 19
Haider, Jörg 124, 131, 148, 149, 165,
166, 194, 195
Handel, Ludwig 19
Hanusch, Ferdinand 35, 44, 121
Haslauer, Wilfried 135
Haumer, Brigitte 245
Häupl, Michael 216
Haupt, Herbert 197
Häuser, Rudolf 11, 50, 53, 73, 106,
107, 109, 110, 111, 112, 117, 118,
119, 120, 121, 125, 126
Hedrich, Karl 53, 84
Heinisch, Theodor 65, 73
Helmer, Oskar 228
Helscher, Erika 182, 246
Hillegeist, Friedrich 13, 50, 52, 62,
63, 64, 65, 72, 73, 83, 87, 91, 92,
93, 94, 102, 103, 105, 106, 107,
109, 125, 257
Hindels, Josef 74, 95, 110
Hitler, Adolf 58, 69, 70, 77
Hitzinger, Walter 52
Hofecker, Eduard 82
Hoffmann, Renate 13
Höger, Karl 228
Horak, Grete 84
Horn, Otto 65, 73, 82, 94, 110
Hostasch, Eleonora 11, 12, 13, 117,
143, 144, 145, 146, 147, 148, 151,
152, 157, 164, 165, 167, 168, 170,
258, 259
Hrdlicka, Alfred 84
Hrdlicka, Leopold 84, 94
Hrdlitschka, Wilhelm 52
Hueber, Anton 19, 21
Hundstorfer, Rudolf 217, 223,
257
Janko, Franz 83
Jolles, Si(e)gmund 51, 66
Jonas, Franz 228
Kabesch, Erich 110
Kahaý, Johann 19
Karl I. 35, 41
Katzian, Wolfgang 13, 106, 159,
164, 168, 183, 186, 187, 193,
203, 206, 217, 218, 219, 220,
221, 224, 225, 229, 230, 231,
232, 235, 237, 240, 244, 245,
246, 248, 250, 251, 253, 256,
257, 259, 261, 264
Kern, Christian 232, 253
Khol, Andreas 196
Kittl, Valerie 96, 97
Kittel, Johanna 117, 147
Klaus, Josef 113
Klein, Karl 125, 146
Klenner, Fritz 65
Klestil, Thomas 194, 200
Klima, Viktor 172, 194
Klingler, Hans 125, 144
Kogler, Werner 265
Kořinek, Karl 19
Kreisky, Bruno 111, 113, 118, 119, 121,
123, 126, 129, 130, 131, 135, 137,
141, 148
Kurz, Sebastian 232, 235
Lacina, Ferdinand 173
Laichmann, Walter 186, 187
Lakenbacher, Ernst 38
Landau, Else 53
Landertshammer, Franz 53
Leichter, Käthe 47
Leichter, Otto 63
Lifka, Franz 84, 94

- Maier, Christine 147, 182
 Maisel, Karl 103, 118
 Mantler, Karl 61, 62
 Maresch, Otto Rudolf 54
 Marshall, George 87, 89
 Mehl, Ursula 13
 Metzker, Maria 98, 117
 Milch, Dionys 85
 Mitterlehner, Reinhold 232, 241
 Moik, Wilhelmine 47, 96
 Molterer, Wilhelm 232
 Mornik, Josef 19
 Morus, Thomas 138
 Münchreiter, Karl 58

 Nader, Franz 19
 Neugebauer, Fritz 225
 Neumann, Herta 96
 Nowotny, Ewald 223
 Nürnberger, Rudolf 151, 194, 210,
 213, 214

 Oberchristl, Helmut 197
 Olah, Franz 106, 112, 113, 257

 Paiha, Richard 146, 168
 Panholzer, Martin 13
 Pawlik (Ing.) 92
 Pekař, Willibald 19
 Petersilka, Josef 28
 Pick, Karl 24, 25, 50, 65, 74
 Pista, Mathias 65
 Polke, Oswald 82
 Preußler, Robert 19
 Proksch, Anton 228
 Pröll, Josef 232
 Proyer, Karl 183, 185, 193, 203, 220,
 245
 Pühringer, Josef 200

 Raab, Julius 90, 112
 Rath, Ernst Eduard vom 70
 Rechberger, Alois 165, 166
 Rehor, Grete 118
 Reichelt, Erich 14
 Reischl, Ingrid 14, 192
 Reiser, Amalie 96
 Rendi-Wagner, Pamela 253
 Renner, Karl 41, 43, 65, 77, 78, 79,
 175, 222
 Riess-Passer, Susanne 162, 197

 Sallinger, Rudolf 112
 Sallmutter, Hans 14, 141, 144, 146,
 148, 153, 159, 161, 164, 168, 169,
 170, 171, 172, 173, 174, 178, 183,
 187, 188, 196, 197, 199, 200, 206,
 210, 212, 216, 219, 220, 221, 230,
 232, 259
 Scheed, Norbert 258
 Schimmerl, Martha 53
 Schindler, Emilie 92
 Schindler, Oskar 92
 Schlesinger, Therese 26, 75
 Schober, Johann 46
 Schröder, Gerhard 174
 Schuschnigg, Kurt von 57, 58, 59,
 63, 64
 Schüssel, Wolfgang 155, 194
 Sebesta, Johann 65
 Seidel, Richard 29, 30, 50, 52, 83, 92
 Seitz, Karl 65
 Sekanina, Karl 120, 137
 Senghofer, Franz 53
 Seyß-Inquart, Arthur 58
 Simperl, Leopold 210
 Sinowatz, Fred 123, 131, 149, 194
 Skoda, Anton 110
 Skritek, Otto 51, 65, 74

- Smitka, Ludwig 19
Spiekmann, Wilhelm (Wim) 66
Spindelegger, Michael 232
Staribacher, Josef 228
Steger, Norbert 131, 135, 149, 194
Stein, Dwora 13, 14, 168, 183, 184,
186, 193, 206, 216, 220, 225, 229,
250, 256
Steiner, Eduard 65
Stern, Sandra 14, 237
Stern, Yizchak 92
Strache, Heinz Christian 254, 264
Stronach, Frank 179, 235
Stubianek, Helga 117, 125, 128, 129,
146, 147, 159
Stürgkh, Karl Graf 37
Sykora Christoph 14
- Teiber, Barbara 14, 253, 256, 257,
258, 259, 261, 262, 264, 270,
271
Trausnitz, Günther 183, 193
- Unger, Ludwig 19
Untermüller, Karl 31 83
- Van der Bellen, Alexander 254
Vaselli, Attilio 66, 73
- Verzetnitsch, Fritz 14, 124, 127, 152,
164, 182, 208, 209, 210, 211, 212,
213, 216, 222, 223, 257
Vogel, Markus 260
Vogler, Heinz 14, 125, 144, 146, 148,
165, 166
Voyta, Ursula 14
Vranitzky, Franz 124, 131, 148, 166,
170
- Waldbrunner, Karl 52
Waldheim, Kurt 131
Wallisch, Koloman 58
Weber, Rosa 98
Weinberger, Lois 79, 80
Weissel, Georg 58
Weißenberg, Gerhard 120, 126,
134
Weninger, Günter 222
Wille, Sepp 151
Wimmer, Rainer 260
Wondrack, Gertrude 115
Wonka, Richard 124, 125, 139, 140,
141, 144, 145
- Zacharias, Kurt 166
Zaunscherb, Renate 245
Zwettler, Johann 223

Autorinnen

Maria Wirth, Dr.ⁱⁿ phil, Studium der Geschichte und einer Fächerkombination (Politikwissenschaft und Soziologie) an der Universität Wien. Seit 1998 als Historikerin tätig. Derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Publikationen u. a. zu Christian Broda, dem Vienna Biocenter, dem Europäischen Forum Alpbach und der Johannes Kepler Universität Linz. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Zeitgeschichte im internationalen Kontext, Umgang mit der NS-Vergangenheit, Demokratie- und Rechtspolitik, Geschichte wissenschaftlicher Institutionen, Biographieforschung.

Sabine Lichtenberger, Mag.^a phil., Studium der Geschichte und Volkskunde an der Universität Wien. Seit 1997 Mitarbeiterin am Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte/AK-Archiv in der Arbeiterkammer Wien (seit Mai 2019 Institut für Historische Sozialforschung). Publikationen und zahlreiche Beiträge zur Geschichte des ÖGB, der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, Sozial- und ArbeitnehmerInnenpolitik. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Theodor-Körner-Fonds.

